

## Allgemeine Untersuchungen zur Sozialgeschichte

Hermann Kellenbenz (Hrsg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert. Bericht über die 5. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (= Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 21), Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1975, X, 237 S., kart., 84 DM.

Für denjenigen, dessen Arbeitsfeld im Bereich der Zeitgeschichte liegt, weckt der Begriff »Reagrarisierung« zwiespältige Assoziationen. Denn er erinnert an die vielen fruchtlosen, verschwommenen und ideologiebefrachteten Debatten aus der Anfangs- und Schlußphase der Weimarer Republik, die unter diesem Stichwort das »richtige« Mischungsverhältnis zwischen Agrar- und Industriesektor in der deutschen Volkswirtschaft auszuwiegen suchten. Im Grunde war das nichts anderes als eine Neuauflage der Agrarstaat-Industriestaat-Kontroverse, die schon im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert die Gemüter erhitzt hatte und — gestützt auf staatliche Intervention — zugunsten der Landwirtschaft künstlich in der Schwebe gehalten worden war. Kriegsbedingte Störungen im internationalen Güterverkehr und die handelspolitischen Restriktionen des Versailler Friedensvertrages, später dann die Erfahrungen der weltweiten Depression verliehen dieser Diskussion neue Nahrung und schienen all jene Stimmen zu bestätigen, die nicht müde geworden waren, vor einer einseitig vorangetriebenen Industrialisierung, ja vor einer »Überindustrialisierung« zu warnen. Reagrarisierung meinte in dieser Perspektive eine Verlagerung des volkswirtschaftlichen Gravitationspunktes auf die Landwirtschaft. Daß dies nicht nur eine Marotte konservativer Schwärmer war, läßt sich etwa daran ablesen, daß sich der Tübinger Nationalökonom Robert Wilbrandt, Mitglied der ersten Sozialisierungskommission, im September 1919 auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik zum energischen Fürsprecher dieser Parole machte. Unter Berufung auf Carl Ballods »Zukunftsstaat« erwartete er von Maßnahmen landwirtschaftlicher Intensivierung nicht nur eine Abmilderung der Anpassungsprobleme beim Übergang von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft, sondern darüber hinaus auch eine Umpolung der Wanderungsbewegung vom Land in die Stadt in eine solche von den Fabriken bzw. Kasernen in die Bauernhöfe und Gutsbetriebe — all dies Vorstellungen, die im übrigen bei den Adressaten, bei Industriearbeitern wie Landwirten, auf Skepsis, wenn nicht gar auf schroffe Ablehnung stießen. Gegen Ende der 20er Jahre waren die Kontrahenten allerdings wieder auf die traditionellen Frontlinien eingeschwenkt. Reagrarisierung wurde für die organisierte Landwirtschaft und die ihr nahestehende Publizistik zum Zauberwort für die Überwindung struktureller Schwächen, zum ideologischen Motor für eine agrarisch akzentuierte Wirtschaftspolitik gegen Exportorientierung und für Autarkie in einer von deutschen Interessen dominierten »Großraumwirtschaft«. An der Tatsache, daß Deutschland längst und unwiderruflich die Schwelle zum Industriestaat überschritten hatte, vermochten diese Thesen nicht zu rütteln. Sie zeigen aber, wie zählebig die Vorbehalte gegen diese Entwick-

lung waren und wie überaus stark das Traumbild einer »heilen«, nämlich krisenfesten, dem konjunkturellen Auf und Ab entrückten ländlichen Welt verwurzelt war<sup>1</sup>.

Diese Dimension des Begriffes »Reagrarisierung« wird in der vorliegenden, von *Hermann Kellenbenz* betreuten Sammlung von Referaten aus Anlaß der Nürnberger Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte jedoch nur am Rande berührt. Sie »wetterleuchtete« aber offenbar — wie der Herausgeber in seinem Schlußbericht betont — »gelegentlich in die Diskussion herein« (S. 219), am sichtbarsten noch in dem Beitrag von *J. Wysocki*, der nach den Möglichkeiten fragt, die der »landwirtschaftliche Nebenerwerb« (part-time-farming) für die »soziale Sicherheit« von Landarbeitern im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts zu leisten vermochte. Sein Ergebnis, daß die ohnehin nur zögernd verfolgte Politik der Arbeiteransiedlung, d. h. Arbeiter durch Zuweisung von Land in Parzellengröße an die Landwirtschaft zu binden und den größeren Wirtschaften als Arbeitskräfte-reservoir zu erhalten, nicht so sehr an den Bedürfnissen der Arbeiter als an denen der Agrarunternehmer ausgerichtet war, zusätzlich motiviert von völkischen und autarkiepolitischen Gedankengängen, ist so neu freilich nicht. Es hätte dieses Nachweises eigentlich nicht mehr bedurft, zumal auch deshalb, weil der Autor sich darauf beschränkt, die Arbeiten einiger weniger zeitgenössischer Ökonomen, allen voran v. d. Goltz und Sering, auszuschreiben. Das Problem der sozialen Sicherung von Landarbeitern jedenfalls müßte sehr viel gründlicher eingebettet werden in eine Analyse ihrer sozialen Lage und ist mit den eher rhapsodischen Bemerkungen Wysockis kaum angerissen, geschweige denn erschöpfend dargetan.

Über eine verbindliche Begrenzung des nicht ganz unproblematischen Begriffes »Reagrarisierung« hat sich die Tagung anscheinend nicht verständigen können, hat dies vielleicht auch gar nicht als vordringliche Aufgabe gesehen. Der Leser findet aber einen gewissen Anhalt bei *P. Fried* (Reagrarisierung in Südbayern seit dem 19. Jahrhundert), dessen Definition so oder leicht abgewandelt auch für die übrigen Vorträge gelten dürfte. Unter Reagrarisierung möchte Fried verstehen »a) die Aufgabe oder Vernachlässigung eines traditionellen Kleingewerbes zugunsten einer gleichzeitig betriebenen Landwirtschaft, die in der Regel aufgestockt wird, wenn die Erträge zum alleinigen Lebensunterhalt nicht ausreichen, b) die Verbäuerlichung eines Ortes oder einer ganzen Gegend durch den unter a) geschilderten Vorgang oder durch Abwanderung der Gewerbetreibenden oder durch Neuansiedlung von Kleinbauern, c) die Ansiedlung von sogenannten »Industriebauern«, d. h. Fabrikarbeitern, die nebenberuflich eine Kleinstlandwirtschaft betreiben« (S. 180). Auf diesem Hintergrund gewinnt das Fazit, das Fried aus seinen Forschungen zieht, sein besonderes Gewicht, daß Reagrarisierungstendenzen »exakt« nur im lokalen Rahmen zu belegen sind (S. 187). Die überwiegende Mehrzahl der Beiträger hat sich denn auch dankenswerterweise auf regionale, zum Teil empirisch ungewöhnlich dichte Fallstudien konzentriert. Im Anschluß an das theoretisch gehaltene Eingangsreferat von *E. Schremmer*, das »Überlegungen zur Bestimmung des gewerblichen und des agrarischen Elementes in einer Region« ausbreitet, informieren sie unter anderem über »Agrarkrise und Leibeigenschaft im spätmittelalterlichen Deutschen Südwesten« (*P. Blickle*), über die »ländliche Industrie während des Spätmittelalters in den südlichen Niederlanden« (*R. van Uytven*), die »Bedeutung des Flachsbaus im südlichen Niedersachsen für Bauern und Angehörige der unterbäuerlichen Schicht im 18. und 19. Jahrhundert« (*W. Achilles*), über »verfehlte« staatliche Gewerbeförderung am Beispiel

<sup>1</sup> Eher skeptisch über den Nutzen der hier angesprochenen Konzepte äußert sich *Ernst von Borsig*, Reagrarisierung Deutschlands? Eine Untersuchung über ihre Möglichkeiten und Grenzen, Jena 1934. Zur Anfangsphase der Weimarer Republik vgl. hier neben *Wilbrandt* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 159, München/Leipzig 1920, S. 161 ff.) neuerdings den Diskussionsbeitrag *Willi A. Boelckes*, der freilich dazu neigt, das Ausmaß der Reagrarisierungstendenzen nach dem Ersten Weltkrieg zu überschätzen, in: *Otto Büsch/Gerald D. Feldman* (Hrsg.), *Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914—1924*, Berlin 1978, S. 219 ff.

der »Einführung der Strohflechtere in Kurhessen in der Mitte des 19. Jahrhunderts« (U. Troitzsch) sowie über den Einfluß, den im 19. Jahrhundert die »Industrialisierung des Textilgewerbes auf die Einkommensmöglichkeiten in den ländlichen Gebieten« Deutschlands genommen hat (F.-W. Henning).  
Jens Flemming

Peter Kriedte / Hans Medick / Jürgen Schlumbohm, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus. Mit Beiträgen von Herbert Kisch und Franklin F. Mendels (=Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 53), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1977, 393 S., Ln., 56 DM.

Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit ist die sog. Haus- oder Heimindustrie, die sich in ländlichen Regionen, mancherorts bereits seit dem Ende des 13. Jahrhunderts, herausbildete, im 17. und 18. Jahrhundert weite Verbreitung fand und im Unterschied zum städtisch-zunftmäßigen Handwerksgewerbe Massenproduktion vor allem von Textilien für überregionale oder auch schon internationale Märkte betrieb. Anders als in der älteren Fachliteratur (v. a. die jüngere historische Schule der Nationalökonomie hatte der Hausindustrie ihr Augenmerk zugewandt) ist das Interesse der Verfasser nicht auf die Institutions- und Organisationsgeschichte der Hausindustrie als einer Stufe zwischen werkstattbetriebenem Handwerk und zentralisierter Manufaktur gerichtet, sondern sie untersuchen die Hausindustrie als eine eigenständige Produktionsform, der sie eine wesentliche Funktion in dem Übergang vom Feudalismus (Agrarwirtschaft) zum Kapitalismus (Industriewirtschaft) zuerkennen. Wichtige Fragen nach Ursachen und Verlauf der »Industriellen Revolution« erhalten von ihrer These der »Industrialisierung vor der Industrialisierung« eine einleuchtende Erklärung oder weiterführende Komponenten. Die statistische Beobachtung, daß sich industrialisierende Wirtschaftseinheiten bereits vor dem Beginn der Industrialisierung Gewerbeexport in relevantem Umfang betrieben haben, das Pauperismusproblem und vor allem die ungelöste Frage nach den Gründen und der Rolle des gesteigerten Bevölkerungswachstums (das mit erheblichen regionalen Unterschieden im Verlaufe des 18. Jahrhunderts, teilweise explosionsartig, einsetzte) für die Industrialisierung gewinnen an Plausibilität mit Hilfe des theoretischen Konzepts von Proto-Industrialisierung. Dieser Begriff, den die Verfasser von US-amerikanischen Sozialwissenschaftlern (Franklin Mendels, Charles und Richard Tilly) übernehmen, unterstreicht die These eines engen und teilweise weitreichenden Zusammenhangs zwischen Hausindustrie und Industrialisierung. Proto-Industrialisierung wird »als Herausbildung von ländlichen Regionen, in denen ein großer Teil der Bevölkerung ganz oder in beträchtlichem Maße von gewerblicher Massenproduktion für überregionale und internationale Märkte lebte«, definiert (S. 26). Die Proto-Industrialisierung gehört wesentlich in den sich über Jahrhunderte erstreckenden Auflösungsprozeß der feudal verfaßten Agrargesellschaften. Sie ist nicht der einzige, auch nicht der maßgebende Faktor in diesem Transformationsprozeß, aber sie beeinflusst die übrigen Faktoren und wird ihrerseits von ihnen beeinflusst.

Der Tatbestand, daß das Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus oder, enger formuliert, der Entstehung der Industriellen Revolution noch keineswegs ausdiskutiert ist, und zugleich die offene Theoriediskussion innerhalb der Geschichtswissenschaft werden in den unterschiedlichen Positionen der Verfasser, die sie nicht kaschieren, sondern bewußt als Denkmöglichkeiten darstellen, sichtbar. Die systemorientierte Anwendung des Konzepts der Proto-Industrialisierung als einer Unterformation neben und zwischen Feudalismus und Kapitalismus (bäuerliche Familienwirtschaft feudalen Typs bei kapitalistischer Ausprägung der Produktionssphäre) streitet mit einer evolutionsorientierten Anwendung als einem »Faktor von strategischer Bedeutung für den erstmaligen und weltgeschichtlich entscheidenden

der »Einführung der Strohflechtere in Kurhessen in der Mitte des 19. Jahrhunderts« (U. Troitzsch) sowie über den Einfluß, den im 19. Jahrhundert die »Industrialisierung des Textilgewerbes auf die Einkommensmöglichkeiten in den ländlichen Gebieten« Deutschlands genommen hat (F.-W. Henning).  
Jens Flemming

Peter Kriedte / Hans Medick / Jürgen Schlumbohm, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus. Mit Beiträgen von Herbert Kisch und Franklin F. Mendels (=Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 53), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1977, 393 S., Ln., 56 DM.

Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit ist die sog. Haus- oder Heimindustrie, die sich in ländlichen Regionen, mancherorts bereits seit dem Ende des 13. Jahrhunderts, herausbildete, im 17. und 18. Jahrhundert weite Verbreitung fand und im Unterschied zum städtisch-zunftmäßigen Handwerksgewerbe Massenproduktion vor allem von Textilien für überregionale oder auch schon internationale Märkte betrieb. Anders als in der älteren Fachliteratur (v. a. die jüngere historische Schule der Nationalökonomie hatte der Hausindustrie ihr Augenmerk zugewandt) ist das Interesse der Verfasser nicht auf die Institutions- und Organisationsgeschichte der Hausindustrie als einer Stufe zwischen werkstattbetriebenem Handwerk und zentralisierter Manufaktur gerichtet, sondern sie untersuchen die Hausindustrie als eine eigenständige Produktionsform, der sie eine wesentliche Funktion in dem Übergang vom Feudalismus (Agrarwirtschaft) zum Kapitalismus (Industriewirtschaft) zuerkennen. Wichtige Fragen nach Ursachen und Verlauf der »Industriellen Revolution« erhalten von ihrer These der »Industrialisierung vor der Industrialisierung« eine einleuchtende Erklärung oder weiterführende Komponenten. Die statistische Beobachtung, daß sich industrialisierende Wirtschaftseinheiten bereits vor dem Beginn der Industrialisierung Gewerbeexport in relevantem Umfang betrieben haben, das Pauperismusproblem und vor allem die ungelöste Frage nach den Gründen und der Rolle des gesteigerten Bevölkerungswachstums (das mit erheblichen regionalen Unterschieden im Verlaufe des 18. Jahrhunderts, teilweise explosionsartig, einsetzte) für die Industrialisierung gewinnen an Plausibilität mit Hilfe des theoretischen Konzepts von Proto-Industrialisierung. Dieser Begriff, den die Verfasser von US-amerikanischen Sozialwissenschaftlern (Franklin Mendels, Charles und Richard Tilly) übernehmen, unterstreicht die These eines engen und teilweise weitreichenden Zusammenhangs zwischen Hausindustrie und Industrialisierung. Proto-Industrialisierung wird »als Herausbildung von ländlichen Regionen, in denen ein großer Teil der Bevölkerung ganz oder in beträchtlichem Maße von gewerblicher Massenproduktion für überregionale und internationale Märkte lebte«, definiert (S. 26). Die Proto-Industrialisierung gehört wesentlich in den sich über Jahrhunderte erstreckenden Auflösungsprozeß der feudal verfaßten Agrargesellschaften. Sie ist nicht der einzige, auch nicht der maßgebende Faktor in diesem Transformationsprozeß, aber sie beeinflusst die übrigen Faktoren und wird ihrerseits von ihnen beeinflusst.

Der Tatbestand, daß das Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus oder, enger formuliert, der Entstehung der Industriellen Revolution noch keineswegs ausdiskutiert ist, und zugleich die offene Theoriediskussion innerhalb der Geschichtswissenschaft werden in den unterschiedlichen Positionen der Verfasser, die sie nicht kaschieren, sondern bewußt als Denkmöglichkeiten darstellen, sichtbar. Die systemorientierte Anwendung des Konzepts der Proto-Industrialisierung als einer Unterformation neben und zwischen Feudalismus und Kapitalismus (bäuerliche Familienwirtschaft feudalen Typs bei kapitalistischer Ausprägung der Produktionssphäre) streitet mit einer evolutionsorientierten Anwendung als einem »Faktor von strategischer Bedeutung für den erstmaligen und weltgeschichtlich entscheidenden

Durchbruch zur industriellen Revolution« (S. 33). In fünf großen Kapiteln und einem Exkurs tragen die Verfasser ihr Konzept vor. Dabei werden vor allem die Genesis der Proto-Industrialisierung aus dem »agrарischen Kontext«, d. h. der Abhängigkeit von den ökonomischen und sozialen Veränderungen der bäuerlichen Wirtschaft und Arbeitsverfassung, aus den die städtischen Beschränkungen sprengenden Expansionstendenzen des Handelskapitals, sowie die Funktion der Proto-Industrialisierung für das Bevölkerungswachstum und für die allmähliche Durchsetzung kapitalistischen Marktgeschehens berücksichtigt. Deutlich tritt dabei das Bestreben zutage, die Proto-Industrialisierung trotz Betonung größter Differenziertheit als ein gesamteuropäisches Phänomen darzustellen.

Als wichtigste Thesen werden herausgearbeitet: Die seit dem Mittelalter bestehende Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, die den Städten ein Monopol für das Betreiben von Handel und Gewerbe sicherte, löste sich durch die Gewerbeansiedlung auf dem platten Lande auf. Dieser Abbau der Schranken zwischen Stadt und Land hatte erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Wirtschafts- und Sozialstruktur. Er veränderte die ländlichen Produktionsverhältnisse in den gewerblich genutzten Regionen völlig. Er weitete die wirtschaftliche Aktivität des Handelskapitals aus und begünstigte mit den exportorientierten ländlichen Gewerbebezügen die Entstehung eines »Weltmarktes«. Das überproportionale Bevölkerungswachstum der unterbäuerlichen Schichten war Voraussetzung für die Gewerbeansiedlung in ländlichen Regionen, insofern als für die von der Landwirtschaft allein nicht mehr zu ernährende Bevölkerung in diesen Regionen der Zwang zu einem Nebengewerbe vorhanden war und für Kaufleute und Verleger hier ein großes Potential an billiger Arbeitskraft zur Verfügung stand. Das Bevölkerungswachstum war jedoch zugleich eine Folge der Proto-Industrialisierung, insofern als die Produktionsbedingungen im ländlichen Gewerbe die durch Besitz und Erbrecht bestimmten »sozialen Wachstumskontrollen« der feudalistischen Agrargesellschaft zerstörten und im Gegenteil frühe Eheschließung und Familiengründung eine Bedingung für die Erwirtschaftung eines Existenzminimums für die Familie als Produktionseinheit wurde. Kinder als Arbeitskräfte waren das »Kapital« der ländlichen Gewerbetreibenden, die, da sie ihren Lebensunterhalt zum Teil noch aus landwirtschaftlicher Tätigkeit gewannen, ein Einkommen pro Arbeitskraft erzielten, das unter dem Arbeitsentgelt von ungelerten Lohnarbeitern lag. Aus dieser Situation ergab sich einer der Widersprüche des proto-industriellen Systems, daß es die primäre Verelendung der überschüssigen ländlichen Bevölkerung zwar abwendete, zugleich aber durch das selbst hervorgerufene gesteigerte Bevölkerungswachstum eine sekundäre Armut hervorrief. Die Verfasser zitieren Moritz Mohl, der die ländliche Hausindustrie mit ihren tendenziell sinkenden Arbeitserlösen eine »Rennbahn zum Untergange« genannt hat.

Das Nebeneinander von präkapitalistischer (hauswirtschaftlicher) Produktionsweise und kapitalistischen (marktwirtschaftlichen) Produktionsbedingungen läßt die bäuerlich-gewerbliche Familienwirtschaft besonders deutlich als Übergangsphase zwischen vorkapitalistischer Agrargesellschaft und industriellem Kapitalismus erscheinen.

Die interessantesten und anregendsten Kapitel widmen sich der sozio-kulturellen Seite der hausindustriellen Familienwirtschaft: Aufhebung der Trennung von Männer- und Frauenarbeit, die noch in der bäuerlichen Wirtschaft funktional verschieden waren, bis hin zur Umkehr der herkömmlichen Rollen (aus dem Blickwinkel der beobachtenden Ober- und Mittelschichten); Entstehung einer »plebejischen Kultur« (E. P. Thompson), in der das Konsumverhalten durch Dürftigkeit und »Völlerei« zugleich geprägt ist. Die schwach ausgebildete Arbeitsdisziplin, die Lust an Feier, Spiel und Tanz, die Verschwendungssucht, die mangelnde Daseinsvorsorge werden weniger psychologisch oder gar unter moralischen Kategorien gedeutet, als aus dem besonderen Charakter der Familienwirtschaft zwischen bäuerlicher Lebenskultur und kapitalistischer Produktionssphäre erklärt.

Die in der Proto-Industrialisierung angelegten Widersprüche geben den Grund dafür ab, daß

Proto-Industrialisierung, wenn nicht weitere Bedingungen hinzutreten, nicht automatisch in die Industrialisierung überleitet, sondern daß sogar, wiederum unter spezifischer Konstellation, Stagnation und »De-Industrialisierung« eintreten können.

Der Exkurs über die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen enthält einige anregende Thesen zum Entwicklungsstand des Rechtssystems, der öffentlichen Gewalt und der merkantilen Wirtschaftspolitik, die, selbst abhängig von der jeweiligen Wirtschafts- und Sozialstruktur, hemmend oder fördernd in die wirtschaftliche Entwicklung eingriffen. Allerdings bleibt wegen der Allgemeinheit der Ausführungen der Bezug auf die jeweilige konkrete Einflußnahme auf die Entstehung und den Verlauf der Proto-Industrialisierung schwach.

Die Arbeit basiert auf breiter Kenntnis der Literatur über theoretische und empirische Aspekte der internationalen Forschung zur Geschichte der Hausindustrie. Der Reichtum an Gesichtspunkten und Beispielen ist dementsprechend groß. Dennoch stellt sich gerade deswegen die Frage nach der Repräsentativität der Einzelbelege, die aus den unterschiedlichsten Regionen, Staaten und Zeitaltern stammen, da die Verfasser selbst die Notwendigkeit einer differenzierenden Betrachtungsweise betonen. Ein weniger umfangreicher Text wäre dem Vorhaben, ein theoretisches Modell durch Abstraktion von empirischen Untersuchungsergebnissen zu entwerfen, das sodann als Orientierungshilfe für weiterführende Spezialstudien dienen soll, vielleicht angemessener gewesen, zumal, sicher als Folge der arbeitsteiligen Teamarbeit, lästige Wiederholungen von Argumentation und Beispielen vorkommen.

Wertvoll ist der Wiederabdruck der Regionalstudien von *Mendels* über Flandern und von *Kisch* über Schlesien, die in den Kontext der Proto-Industrialisierung gehören und die durch sorgfältige Analyse den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum, Entwicklungsstand der Landwirtschaft mit der Aufspaltung in kommerzialisierte Betriebe und bäuerliche Subsistenzwirtschaft, der Entstehung verdichteter ländlicher Gewerbebezonen und den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen aufzeigen.

Barbara Vogel

Hans Wilhelm Eckardt, *Herrschaftliche Jagd, bäuerliche Not und bürgerliche Kritik. Zur Geschichte der fürstlichen und adligen Jagdprivilegien vornehmlich im südwestdeutschen Raum* (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 48), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 307 S., Ln., 65 DM.

Edward P. Thompson, *Whigs and Hunters. The Origins of the Black Act*, Pantheon Books, New York 1975, 312 S., kart., \$ 5.95.

Man wird sich kaum der Illusion hingeben können, daß Eckardts Buch jemals in die top ten der historischen Buchproduktion gelangt. »Jagd« ist ein Thema, das nicht einmal die Aura der Relevanz besitzt, wenn ihm auch nicht ein gewisser nostalgischer Reiz abgeht. Zudem unternimmt der Autor einen hin und wieder recht gemächlichen Gang durch die Geschichte der herrschaftlichen Jagdpassion, bäuerlicher Not und bürgerlicher Kritik, greift zurück bis zu den alten Germanen, poliert an allen Ecken seiner Argumentation, bis sein historisches Raisonement in die historische Entwicklung selbst einblendet, und schweift dann auch wieder einmal in die Literatur oder zu den Problemen der Bürger Ulms und der Donauauen ab. Doch wäre es äußerst schade, wenn gerade dieses Buch in Vergessenheit geriete. Es ist nicht nur eine ausgezeichnete sozialgeschichtliche Analyse und versteht nicht nur den Leser streckenweise zu fesseln, sondern es ist durchdrungen von der Empörung, dem Zorn und dem Widerstand, welche die herrschaftliche Jagdpassion durch Jahrhunderte hervorrief. In seiner epischen Weise schreibt Eckardt engagierte Geschichte — und es ist gute Geschichtsschreibung.

Die Jagd war ein Ärgernis und das Jagdprivileg die Ursache wirtschaftlicher und sozialer

Proto-Industrialisierung, wenn nicht weitere Bedingungen hinzutreten, nicht automatisch in die Industrialisierung überleitet, sondern daß sogar, wiederum unter spezifischer Konstellation, Stagnation und »De-Industrialisierung« eintreten können.

Der Exkurs über die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen enthält einige anregende Thesen zum Entwicklungsstand des Rechtssystems, der öffentlichen Gewalt und der merkantilen Wirtschaftspolitik, die, selbst abhängig von der jeweiligen Wirtschafts- und Sozialstruktur, hemmend oder fördernd in die wirtschaftliche Entwicklung eingriffen. Allerdings bleibt wegen der Allgemeinheit der Ausführungen der Bezug auf die jeweilige konkrete Einflußnahme auf die Entstehung und den Verlauf der Proto-Industrialisierung schwach.

Die Arbeit basiert auf breiter Kenntnis der Literatur über theoretische und empirische Aspekte der internationalen Forschung zur Geschichte der Hausindustrie. Der Reichtum an Gesichtspunkten und Beispielen ist dementsprechend groß. Dennoch stellt sich gerade deswegen die Frage nach der Repräsentativität der Einzelbelege, die aus den unterschiedlichsten Regionen, Staaten und Zeitaltern stammen, da die Verfasser selbst die Notwendigkeit einer differenzierenden Betrachtungsweise betonen. Ein weniger umfangreicher Text wäre dem Vorhaben, ein theoretisches Modell durch Abstraktion von empirischen Untersuchungsergebnissen zu entwerfen, das sodann als Orientierungshilfe für weiterführende Spezialstudien dienen soll, vielleicht angemessener gewesen, zumal, sicher als Folge der arbeitsteiligen Teamarbeit, lästige Wiederholungen von Argumentation und Beispielen vorkommen.

Wertvoll ist der Wiederabdruck der Regionalstudien von *Mendels* über Flandern und von *Kisch* über Schlesien, die in den Kontext der Proto-Industrialisierung gehören und die durch sorgfältige Analyse den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum, Entwicklungsstand der Landwirtschaft mit der Aufspaltung in kommerzialisierte Betriebe und bäuerliche Subsistenzwirtschaft, der Entstehung verdichteter ländlicher Gewerbebezonen und den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen aufzeigen.

Barbara Vogel

Hans Wilhelm Eckardt, Herrschaftliche Jagd, bäuerliche Not und bürgerliche Kritik. Zur Geschichte der fürstlichen und adligen Jagdprivilegien vornehmlich im südwestdeutschen Raum (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 48), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 307 S., Ln., 65 DM.

Edward P. Thompson, Whigs and Hunters. The Origins of the Black Act, Pantheon Books, New York 1975, 312 S., kart., \$ 5.95.

Man wird sich kaum der Illusion hingeben können, daß Eckardts Buch jemals in die top ten der historischen Buchproduktion gelangt. »Jagd« ist ein Thema, das nicht einmal die Aura der Relevanz besitzt, wenn ihm auch nicht ein gewisser nostalgischer Reiz abgeht. Zudem unternimmt der Autor einen hin und wieder recht gemächlichen Gang durch die Geschichte der herrschaftlichen Jagdpassion, bäuerlicher Not und bürgerlicher Kritik, greift zurück bis zu den alten Germanen, poliert an allen Ecken seiner Argumentation, bis sein historisches Raisonement in die historische Entwicklung selbst einblendet, und schweift dann auch wieder einmal in die Literatur oder zu den Problemen der Bürger Ulms und der Donauauen ab. Doch wäre es äußerst schade, wenn gerade dieses Buch in Vergessenheit geriete. Es ist nicht nur eine ausgezeichnete sozialgeschichtliche Analyse und versteht nicht nur den Leser streckenweise zu fesseln, sondern es ist durchdrungen von der Empörung, dem Zorn und dem Widerstand, welche die herrschaftliche Jagdpassion durch Jahrhunderte hervorrief. In seiner epischen Weise schreibt Eckardt engagierte Geschichte — und es ist gute Geschichtsschreibung.

Die Jagd war ein Ärgernis und das Jagdprivileg die Ursache wirtschaftlicher und sozialer

Not durch Jahrhunderte. Vom späten Mittelalter bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts stand die Aufhebung der herrschaftlichen Jagdprivilegien auf dem Panier aller Aufständischen. Nicht gezählt sind die vielen kleineren Auflehnungen, Empörungen und die Wilddieberei als ein ständiges Begleitkonzert der sich zum kulturellen und sozialen Monstrum ausprägenden »Jagdgerechtigkeit«. In der Revolution 1848/49 war die »Aufhebung der Jagdgerechtigkeit für hunderttausende von Bauern wichtiger [. . .] als Freizügigkeit und Pressefreiheit« (S. 13). Wie kam es dazu? In dem Maße, in dem die Jagd im späten Mittelalter ihren funktionalen Sinn, Aufrechterhaltung der ungestörten landwirtschaftlichen Produktion und Vorbereitung für das Kriegshandwerk, verlor, wurde sie zum Kern herrschaftlicher Machtrepräsentation und adliger Selbstdarstellung. Mehr als alles andere war das Jagdprivileg ein kulturell-politisches Phänomen — die wirtschaftliche Bedeutung stand nach Aussage von Eckardt, die allerdings in manchem verkürzt scheint, in keinem nennenswerten Verhältnis zu dem Aufwand — und dessen Aufhebung eine Kulturrevolution. In einer eindrücklichen Analyse zeigt dies Eckardt etwa an der zähen und irrationalen Verteidigung der Jagdrechte durch die Mediatisierten, die in einer Mischung von romantischer Rechtfertigung und klassenmäßiger Borniertheit bis 1848 krampfhaft an »ihrem« Jagdrecht festhielten. Gerade dieser Zustand wurde Gegenstand bürgerlich-intellektueller Kritik.

Die herrschaftliche Jagdleidenschaft ist also keine anthropologische Konstante, wie dies bis heute immer wieder behauptet wird, sondern kann als eine Reaktion des Adels auf die Herausforderung der nicht-adligen Welt interpretiert werden. Jagd war in erster Linie Statussymbol, Selbstbestätigung und selbstgerechter Maßstab unproduktiven Reichtums, um den ein ganzer Kosmos von Verhaltensformen und -regeln kreiste. Sie war zweitens eine »Zuflucht vor der modernen Welt« und in diesem Sinne eine Form der Aussonderung aus den Normen der nicht-adligen Umwelt und dem stetigen Prozeß der Verbürgerlichung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens — ein Refugium der Aristokratie vor der Wirklichkeit. Jagd bedeutete drittens — von Eckardt ausnahmsweise in übermäßig komplizierter Weise so genannt — ein Mittel gegen existentielle Langeweile, d. h. ein Mittel, in einer mehr und mehr funktionsgebundenen Welt ein in sich rotierendes System der Luxusmaximierung, der Leistung ohne Produkt, zu schaffen. Schließlich war sie Ersatzhandlung und Ersatzbefriedigung.

Der geniale Handgriff dieser Arbeit besteht darin, daß diese mehr oder minder eingekapselte Welt an ihren eigenen Platz, die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Landbevölkerung, zurückversetzt wird. Was den Aristokraten Selbstbestätigung und Recht war, wurde den Bauern eine drückende Last und wurde zum wachsenden Unwesen. Luxusmaximierung bedeutete für die Landbevölkerung das Halten übergroßer Wildbestände und damit Wildschaden, Jagdfronen, also Entzug von Arbeitskraft, schließlich Kriminalisierung der Gegenwehr in der Jagd- und Wildgesetzgebung und damit wohl auch Entzug eines wohlfeilen Lebensmittels. Von den Bauernkriegen bis zu den Unruhen und Revolutionen des 19. Jahrhunderts bildete die Aufhebung der Jagdgerechtigkeit ein Leitmotiv. 1848/49 brachte in dieser Hinsicht einen entscheidenden Einschnitt. Adel und Jagd wurden aufgehoben. Allerdings setzte sich eine staatlich-kommunale Kontrolle des Jagdwesens ebensowenig durch wie die völlige Freigabe der Jagd. Jagdrecht und Jagdausübung wurden vielmehr an Grundbesitz gebunden, die adlige Passion wurde im bürgerlichen Rechtsverständnis aufgehoben: »Wer in der bürgerlichen Gesellschaft in ausreichendem Maße über Eigentum verfügt, kann das Jagdausübungsrecht erwerben.« (S. 287) Soziale Hierarchie, Jagdrecht und Jagdausübung sind also nach wie vor aufs engste miteinander verknüpft.

Niemand anders als *E. P. Thompson* hat sich nach »The Making of the English Working Class« einem ganz ähnlichen Thema zugewandt, der Entstehung des berüchtigten Black Act (1723), der »Wilderei« endgültig kriminalisierte und auf eine Reihe trivialer Tatbestände die Todesstrafe aussetzte. Während Eckardt bei der Analyse ähnlicher Gesetze und Verordnungen

gen ein wohlausgewogenes Panorama entfaltet, macht Thompson gleich eingangs darauf aufmerksam, daß bereits durch seine Auswahl der Geschichten eindeutige Leitlinien gesetzt seien, daß seine Studie parteiisch sei: »Hence when I come [ . . . ] to look a litte sourly at Walpole, Baron Page or Lord Hardwicke, and at the legal system and Whig ideology more generally, I think it possible that I may see them much as they were to be seen at the time, by William Shorter, the Berkshire farmer, or John Huntridge, the Richmond innkeeper« (S. 16). Mit anderen Worten, Thompson rekonstruiert nicht Geschichte in ihren großen und kleinen Abläufen, sondern soziale Realität und wird damit in die Konflikte der Zeitgenossen hineingezogen und zur Stellungnahme gezwungen.

Daß der Black Act Reaktion auf einen Notstand war, hat man immer schon angenommen, da die Strafandrohung für Wilddieberei, Forstfrevel und ähnliche Vergehen — selbst gemessen an den Standards des 18. Jahrhunderts — ungewöhnlich hart ausfielen. Doch war angesichts der ungewöhnlich schlechten Quellenlage über die Art dieses Notstandes kaum etwas bekannt. Erst durch die geduldige Rekonstruktion der sozialen Wirklichkeit in und um die königlichen Forsten von Windsor, Hampshire, Enfield und Richmond gelingt es Thompson, zumindest etwas Klarheit in dieser dunklen Affäre zu schaffen. Die Unsicherheiten bestehen immer im wesentlichen darin, daß die gesamte Arbeit selbst auf der niedersten Ebene der Abstraktion — der Entfaltung kollektiver Biographien der Bewohner der Forsten — auf Konjekturen angewiesen bleibt. Die tatsächlich zu beobachtende Zunahme von Forst- »Vergehen«, insbesondere aber die Brutalisierung der traditionellen Auseinandersetzungen in den Forsten (Bestechung, Mord, Morddrohung, Brandstiftung, Zerstörung durch einzelne oder Banden etc.), läßt sich weder aus allgemein demographischen (Zunahme der Bevölkerung) noch aus allgemein ökonomischen Tendenzen (Besitzabgrenzung) erklären. Diesen Antagonismus von Interessen hatte es vielmehr schon lange gegeben, und er wirkte noch lange nach. Doch der Black Act selbst und die vorausgegangene und ihn begleitende Brutalisierung des Lebens in den Forsten reflektieren eine politische Krise im weitesten Sinne. Die Thronbesteigung der Hannoveraner und die häufige Abwesenheit des Königs, der in Hannover wesentlich wildreichere Forsten vorfand, führte zu der De-facto-Übernahme der Herrschaft durch Aristokraten in offizieller oder halboffizieller Stellung, die die alten feudalen Rechte zur Steigerung ihrer eigenen Macht und ihres Reichtums nutzten. Im Grunde gab es genug Raum und genügend Wild in den Forsten, um selbst die königliche Jagdleidenschaft zu befriedigen, jedoch zerstörte die neue und aggressive Herrenschaft der Whigs, die in das wirtschaftliche Umfeld der Forsten eindrang, die ohnedies prekäre ökologische und ökonomische Balance vollends. Auf Grund ihrer politischen Stellung verstand es diese Clique von Adeligen und Neureichen, ihre wirtschaftliche und damit indirekt wiederum ihre politische Stellung auszubauen und zu festigen. Politischer Kampf, wirtschaftliche Bereicherung und brutalisierter sozialer Konflikt waren aufs engste verzahnt. Eigentumsmehrungen als politischer Prozeß und die politische Absicherung dieses Eigentums waren die bestimmenden Hintergründe für den Black Act. Diese aggressive Form der ursprünglichen Akkumulation eskalierte bloße Wilddieberei und andere Forstvergehen in einen »Kleinkrieg«. Für einige Jahre reagierten Terror und Gegenterror in den königlichen Wäldern, deren Opfer nicht nur die Bewohner, sondern letztlich auch das Schutzobjekt selbst, der Wild- und Waldbestand, waren. Ab Mitte des Jahrhunderts hatten sich zwar die neuen Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse durchgesetzt, aber gleichzeitig war auch der Wild- und Waldbestand in den Forsten drastisch gesunken, so daß an eine lohnenswerte Ausbeutung nicht mehr zu denken war.

Thompsons Buch ist in mancher Hinsicht überraschend und in einigen Belangen unbefriedigend. Im Hinblick auf die Lage der deutschen Sozialgeschichte bleibt insbesondere darauf hinzuweisen, daß es ihm gelungen ist, die Kategorie der »Politik« nahtlos in die soziale

Geschichte der Entstehung des Black Acts einzufügen, d. h. aus der sozialen Realität selbst zu entwickeln, ohne auf die bekannten geometrischen Hilfskonstruktionen angewiesen zu sein.

Michael Geyer

Leslie Bodi, *Tauwetter in Wien. Zur Prosa der österreichischen Aufklärung 1781 - 1795*, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1977, 512 S., Ln., 52 DM.

Während sich die Bourgeoisie in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts an die Spitze aller vom Feudalismus unterdrückten Klassen setzte und die traditionellen Gewalten revolutionär bezwang, vollzog sich der Übergang von der statischen Ständeordnung zu dem vom dynamischen Bürgertum getragenen Rechts- und Verfassungsstaat in Mitteleuropa nur allmählich und war von ständigen Rückschlägen begleitet. In der Donaumonarchie suchte Kaiser Joseph II. (1780 — 90), der von manchen Historikern als »Revolutionär auf dem Thron« angesehen wird, die Ideen der Aufklärung für seine politischen Zwecke nutzbar zu machen. Er bemühte sich um die Schaffung eines bürgerlichen Staatsbeamtentums, das nach seiner Pfeife tanzen und seine Befehle gehorsam und widerspruchslos ausführen sollte. Da seine (von außenpolitischen Erfordernissen diktierten) antikirchlichen und antifeudalen Reformen auf den Widerstand der privilegierten Stände stießen, sollte die Beamtenschaft eine neue gesellschaftliche Stütze des Kaisers bilden. Die Lockerung der Zensur in den ersten Regierungsjahren Josephs gab der neuen Intellektuellenschicht starken Auftrieb und erzeugte im Bürgertum die Illusion, die Willkürherrschaft durch Dekret von oben eindämmen und verfassungsmäßige Ziele gewaltlos erreichen zu können.

Die Literatur des Josephinismus ist von der (meist auf das protestantische Deutschland fixierten) germanistischen Forschung bisher sehr vernachlässigt worden. Der aus Ungarn stammende Literaturhistoriker Laszlo (Leslie) Bodi, der 1957 nach Australien emigrierte und heute Direktor des Germanistischen Instituts der Monash University in Melbourne ist, nennt seine im Grenzbereich zwischen Sozial- und Literaturgeschichte angesiedelte Untersuchung über die Wiener Prosaliteratur der Jahre 1781 — 95 »Tauwetter in Wien«. Seiner Meinung nach ist der (zuerst von Ilja Ehrenburg für die poststalinistische Epoche nach 1953 angewandte) Begriff des »Tauwetters« geeignet, um die Literaturpolitik des Josephinismus zu deuten und die Eigenart, Tendenzen und Begrenzung von Schriftstellern, die in einem reglementierten und bürokratisierten, aber Reformen anstrebenden Staat lebten, besser zu erkennen. »Die Wiener Prosa des josephinischen Jahrzehnts zeigt, daß in Situationen dieser Art der Literatur eine grundlegend emanzipatorische Tendenz innewohnt, daß sie aktiv und schöpferisch werden kann, sowie sie die Freiheit zur offenen Entfaltung erhält. Je drückender die alte Repression war, je bedingter die aus Gründen der politischen Expedienz oder des ökonomischen Vorteils gewährten ›Freiheiten‹ sind, desto stärker wird der Anspruch der Schriftsteller auf volle künstlerische, menschliche und auch politische Freiheit.« (S. 436)

Joseph II. erließ im Februar 1781, kurz nach seiner Thronbesteigung, ein Zensuredikt, das weitgehende Pressefreiheit verkündete und die Entstehung eines regen Literaturbetriebs ermöglichte. Die Kirchen- und Sozialreformen des Kaisers wurden von zahlreichen bürgerlichen Aufklärern, die das neue Lesepublikum mit einer Flut von Broschüren, Satiren, Romanen und anderen Literaturerzeugnissen überschwemmt, begeistert begrüßt. Dichter und Publizisten wie Aloys Blumauer, Johann Rautenstrauch, Johann Fezer, Franz Xaver Huber, Johann Pezzl, Joseph Richter und Johann Baptist Alxinger schufen die Grundlagen für viele Aspekte des späteren österreichischen literarischen und kulturellen Lebens.

Bald zeigte sich jedoch, daß zwischen Aufklärung breiter Bevölkerungsschichten und den Interessen des Absolutismus unüberbrückbare Gegensätze bestanden. Der Kaiser, der die absolutistische Staatsform festigen wollte, dachte nicht daran, die alte ständische Hierarchie

Geschichte der Entstehung des Black Acts einzufügen, d. h. aus der sozialen Realität selbst zu entwickeln, ohne auf die bekannten geometrischen Hilfskonstruktionen angewiesen zu sein.

Michael Geyer

Leslie Bodi, *Tauwetter in Wien. Zur Prosa der österreichischen Aufklärung 1781 - 1795*, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1977, 512 S., Ln., 52 DM.

Während sich die Bourgeoisie in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts an die Spitze aller vom Feudalismus unterdrückten Klassen setzte und die traditionellen Gewalten revolutionär bezwang, vollzog sich der Übergang von der statischen Ständeordnung zu dem vom dynamischen Bürgertum getragenen Rechts- und Verfassungsstaat in Mitteleuropa nur allmählich und war von ständigen Rückschlägen begleitet. In der Donaumonarchie suchte Kaiser Joseph II. (1780 — 90), der von manchen Historikern als »Revolutionär auf dem Thron« angesehen wird, die Ideen der Aufklärung für seine politischen Zwecke nutzbar zu machen. Er bemühte sich um die Schaffung eines bürgerlichen Staatsbeamtentums, das nach seiner Pfeife tanzen und seine Befehle gehorsam und widerspruchslos ausführen sollte. Da seine (von außenpolitischen Erfordernissen diktierten) antikirchlichen und antifeudalen Reformen auf den Widerstand der privilegierten Stände stießen, sollte die Beamtenschaft eine neue gesellschaftliche Stütze des Kaisers bilden. Die Lockerung der Zensur in den ersten Regierungsjahren Josephs gab der neuen Intellektuellenschicht starken Auftrieb und erzeugte im Bürgertum die Illusion, die Willkürherrschaft durch Dekret von oben eindämmen und verfassungsmäßige Ziele gewaltlos erreichen zu können.

Die Literatur des Josephinismus ist von der (meist auf das protestantische Deutschland fixierten) germanistischen Forschung bisher sehr vernachlässigt worden. Der aus Ungarn stammende Literaturhistoriker Laszlo (Leslie) Bodi, der 1957 nach Australien emigrierte und heute Direktor des Germanistischen Instituts der Monash University in Melbourne ist, nennt seine im Grenzbereich zwischen Sozial- und Literaturgeschichte angesiedelte Untersuchung über die Wiener Prosaliteratur der Jahre 1781 — 95 »Tauwetter in Wien«. Seiner Meinung nach ist der (zuerst von Ilja Ehrenburg für die poststalinistische Epoche nach 1953 angewandte) Begriff des »Tauwetters« geeignet, um die Literaturpolitik des Josephinismus zu deuten und die Eigenart, Tendenzen und Begrenzung von Schriftstellern, die in einem reglementierten und bürokratisierten, aber Reformen anstrebenden Staat lebten, besser zu erkennen. »Die Wiener Prosa des josephinischen Jahrzehnts zeigt, daß in Situationen dieser Art der Literatur eine grundlegend emanzipatorische Tendenz innewohnt, daß sie aktiv und schöpferisch werden kann, sowie sie die Freiheit zur offenen Entfaltung erhält. Je drückender die alte Repression war, je bedingter die aus Gründen der politischen Expedienz oder des ökonomischen Vorteils gewährten ›Freiheiten‹ sind, desto stärker wird der Anspruch der Schriftsteller auf volle künstlerische, menschliche und auch politische Freiheit.« (S. 436)

Joseph II. erließ im Februar 1781, kurz nach seiner Thronbesteigung, ein Zensuredikt, das weitgehende Pressefreiheit verkündete und die Entstehung eines regen Literaturbetriebs ermöglichte. Die Kirchen- und Sozialreformen des Kaisers wurden von zahlreichen bürgerlichen Aufklärern, die das neue Lesepublikum mit einer Flut von Broschüren, Satiren, Romanen und anderen Literaturerzeugnissen überschwemmen, begeistert begrüßt. Dichter und Publizisten wie Aloys Blumauer, Johann Rautenstrauch, Johann Fezer, Franz Xaver Huber, Johann Pezzl, Joseph Richter und Johann Baptist Alxinger schufen die Grundlagen für viele Aspekte des späteren österreichischen literarischen und kulturellen Lebens.

Bald zeigte sich jedoch, daß zwischen Aufklärung breiter Bevölkerungsschichten und den Interessen des Absolutismus unüberbrückbare Gegensätze bestanden. Der Kaiser, der die absolutistische Staatsform festigen wollte, dachte nicht daran, die alte ständische Hierarchie

zu beseitigen., die als Wortführer des Bürgertums auftretenden Intellektuellen hingegen überschritten die von Joseph II. gezogenen engen Grenzen und forderten ihre Leser auf, nicht mehr Objekt fremder Befehlsgewalt, sondern Subjekt eigener Entscheidungen zu sein. Der Schriftsteller Johann Pezzl definierte die Funktion der josephinischen Intelligenz in seinen »Marokkanischen Briefen« (1784): »Die Schriftsteller sind die Sachverwalter der niedergestampften Vernunft, der gekränkten Menschheit, der unterdrückten Unschuld, der entrissenen Freiheit. Sie bringen die Faustschläge der Tyrannei, die Meuchelschliche der Ränkesucht, die Schandstreiche des Fanatismus an das Licht des Tages, vor das Tribunal der Welt.«

Schon 1784 kam es zur ersten Krise des kaiserlichen Reformeifers und zur Einschränkung der Pressefreiheit. Der Machthaber, der anfänglich die Literatur für seine politischen Zwecke einsetzen wollte, erkannte, daß die obrigkeitlich tolerierte Kritik und das Engagement der Publizisten schnell in eine systembedrohende Gefahr umschlagen konnten. Wenn in einem autoritären politischen System »rebellische gesellschaftskritische Literatur nicht Teil einer großen gesellschaftlichen Umwälzung wird, bereitet ein neuer Frost ihr bald ein Ende«, konstatiert Bodi mit deutlichem Seitenblick auf das Verhältnis zwischen Politik und Literatur im Ostblock (S. 438).

Als die französische Revolution begann, war der Scheinliberalismus Josephs II. nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Kaiser verdamnte die von ihm anfänglich geförderten Schriftsteller Anfang 1789 als »Scriblers, die abgeschmacktes Zeug zur Schande der sogenannten national aufkeimenden Literatur und Aufklärung hervorgebracht haben«. Von nun an wurden Lockspitzel, Geheimagenten und Provokateure, die Wirtshausgespräche belauschten und jedes offene Wort denunzierten, zu Stützen des Regimes.

Die Niederlage im Türkenkrieg und die Adelsaufstände in Ungarn und Belgien bedeuteten das Ende der josephinischen Reformpolitik. Josephs II. Nachfolger Leopold II. — einer der fähigsten Habsburger auf dem Herrscherthron — vermochte angesichts der Bedrohung der Monarchie durch die französische Revolution eine Reihe innen- und außenpolitischer Kompromisse zu schließen. Er suchte die josephinischen Intellektuellen heranzuziehen und die Unterstützung der Bürger und Bauern zu sichern, um eine regierungstreue Basis zu schaffen. Mit dem Tod Leopolds und der Thronbesteigung seines Sohnes Franz endete die Periode des »Tauwetters«. Infolge der erkonservativen und repressiven Politik des neuen Herrschers wandelten sich viele ehemalige josephinische Intellektuelle zu radikalen Republikanern und Demokraten. Mit der Verhaftung und den geheimen Inquisitionsprozessen der Wiener (sowie der ungarischen und steirischen) »Jakobiner« wurde die Hoffnung der österreichischen fortschrittlichen Intelligenz, politische Freiheit und Gleichheit zu erringen, brutal zunichte gemacht.

Bodis Arbeit ist ein beachtlicher Beitrag zur Kenntnis einer zu Unrecht vergessenen Episode deutschsprachiger Literatur und österreichischer Sozialgeschichte. Der Band ist mit seltenen und interessanten Illustrationen versehen. Einige Auslassungen und Irrtümer, die dem Autor unterlaufen sind, sollten angemerkt werden. Klopstocks Schrift »Die Gelehrtenrepublik« erschien nicht 1783 (S. 100), sondern schon neun Jahre früher. Der zweite Vorname des Wiener Dichters und Jakobiners Prandstätter (dessen Andenken, wie Bodi nicht mitteilt, 1923 mit einer Erinnerungsplakette am Portal des Wiener Rathauses geehrt wurde) war Joseph und nicht Jakob. Es ist falsch, daß der theoretische Kopf der Wiener Jakobiner, Franz Hebenstreit von Streitenfeld, in seinem lateinischen Lehrgedicht »Homo Hominibus« sich auf kommunistische Schriften Babeufs stützte; denn dieser wurde erst 1795 zum Kommunisten, Hebenstreit schrieb jedoch sein Gedicht zwei Jahre früher. Bodi hätte Einzelheiten darüber in der Abhandlung von Franz Joseph Schuh über Hebenstreit (erschienen im Karl-Marx-Haus, Trier 1974) erfahren können; diese Studie fehlt jedoch in der Bibliographie ebenso wie die Arbeit von Herbert Rieser über das Fortleben des Josephinismus im 19.

Jahrhundert (Wien 1962). — Ob und inwieweit sich Bodis originelle, aber ahistorische »Tauwetter«-Terminologie als tragfähig und fruchtbar erweisen wird, mag dahinstehen. Chrustschow als Kaiser Joseph, Breschnew als Kaiser Franz — diese Vorstellung ist jedenfalls neu und frappierend.

Walter Grab

Dirk Blasius, Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität. Zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 22), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 203 S., kart., 38 DM.

Dirk Blasius kann in Anspruch nehmen, den neuen deutschen Weg in die Sozialgeschichte ohne Umschweife anzustreben. Nimmt man ihn beim Wort, so interessieren ihn weder Kriminalität — schon gar nicht die Kriminellen, die hier in ihrer rein gefilterten Form als Ausdruck gesellschaftlicher Pathologie auftreten — noch eigentlich Strafvollzug oder Strafrecht und dessen Reform, sondern dies alles als historische Konkretion des Wechselspiels zwischen Staat und Gesellschaft in den als Transformationsphase charakterisierten Jahren zwischen 1830 und 1850. Anders und praktischer ausgedrückt, untersucht er »Entstehung, Bestrafung und Verwaltung von Kriminalität« zu dem weiteren Zweck, einen Beitrag »zur Frage der Beharrungskraft politischer und gesellschaftlicher Strukturen und der von ihnen imprägnierten Wertpositionen zu leisten«. (S. 10) Eine lohnenswerte Aufgabe, zumal dies alles in kritischer Absicht zur Verbesserung der rationalen Orientierung in unserer eigenen Lebenspraxis geschieht.

Der Anstieg der Kriminalität im Vormärz — oder, genauer genommen, der anhängig gewordenen Untersuchungen — ist gemäß der Argumentation des Verfassers durch ökonomische Wechsellagen bedingt. Armut erzeugte Kriminalität, insbesondere Eigentumskriminalität, sei es zur Sicherung des Lebensunterhaltes oder in der Form eines kurzen Weges zum Wohlstand in einer Gesellschaft, in der Wohlstand als Erfolgssymbol figurierte. In dieser Zunahme von anhängigen Untersuchungen kommt damit die Verschärfung gesellschaftlicher Spannungszustände zum Ausdruck, wie dies etwa in dem Umschwingen von Eigentumsdelikten zu kollektiven Aktionen 1848 /49 sichtbar wird. An ihrem zentralen Nerv getroffen, der Erhaltung und Wahrung der Sicherheit des Eigentums, legte die bürgerliche Gesellschaft noch in statu nascendi ihre aufklärerisch-philanthropische Maske ab und begegnete dieser Gefährdung nicht mit Sozialreform, sondern mit strafrechtlicher Verbrechenskontrolle. »Die Gerechtigkeitsvorstellungen der Besitzlosen« werden »den Rechtsidealen einer bürgerlichen Gesellschaft« geopfert (S. 138), die sich angesichts ihrer eigenen Schwäche in die Arme der preußischen Feudalherrschaft zurückbegab. Im Strafvollzug zeigte sich eine ähnliche Wende. Auch er geriet in eine strukturelle Krise: Bei schrumpfender ökonomischer Bedeutung der Zuchthäuser und bei steigenden Kosten angesichts der wachsenden Zahl von verurteilten Kriminellen und schließlich auf Grund der Unwilligkeit der Erwerbsgesellschaft, die im preußischen Landrecht verankerte Resozialisierung zu übernehmen, schrumpften alle Reformansätze — deren totalitäre Strategie der konstanten Überwachung offensichtlich zu kostspielig war — zur direkten physischen Repression. Wo das Zuchthaus nicht mehr den rechten Weg lehren konnte und sollte, mußte es abschrecken.

Dies alles sind beachtenswerte Gedankengänge, die zusammengefaßt eine plausible Argumentation ergeben. Nur eben ist jedes einzelne Steinchen in diesem Gedankengebäude heftig umstritten, und die Logik der Argumentation ergibt sich nicht zwingend aus dem, was der Autor beschreibt. Nehmen wir das erste Kapitel über die Entstehung der Kriminalität, so ergeben sich erhebliche Unsicherheiten der Beweisführung. Sind Kriminalität und sozialer Protest wirklich funktionale Alternativen? Eine genauere Untersuchung dieser alten Frage

Jahrhundert (Wien 1962). — Ob und inwieweit sich Bodis originelle, aber ahistorische »Taufwetter«-Terminologie als tragfähig und fruchtbar erweisen wird, mag dahinstehen. Chrustschow als Kaiser Joseph, Breschnew als Kaiser Franz — diese Vorstellung ist jedenfalls neu und frappierend.

Walter Grab

Dirk Blasius, Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität. Zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 22), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 203 S., kart., 38 DM.

Dirk Blasius kann in Anspruch nehmen, den neuen deutschen Weg in die Sozialgeschichte ohne Umschweife anzustreben. Nimmt man ihn beim Wort, so interessieren ihn weder Kriminalität — schon gar nicht die Kriminellen, die hier in ihrer rein gefilterten Form als Ausdruck gesellschaftlicher Pathologie auftreten — noch eigentlich Strafvollzug oder Strafrecht und dessen Reform, sondern dies alles als historische Konkretion des Wechselspiels zwischen Staat und Gesellschaft in den als Transformationsphase charakterisierten Jahren zwischen 1830 und 1850. Anders und praktischer ausgedrückt, untersucht er »Entstehung, Bestrafung und Verwaltung von Kriminalität« zu dem weiteren Zweck, einen Beitrag »zur Frage der Beharrungskraft politischer und gesellschaftlicher Strukturen und der von ihnen imprägnierten Wertpositionen zu leisten«. (S. 10) Eine lohnenswerte Aufgabe, zumal dies alles in kritischer Absicht zur Verbesserung der rationalen Orientierung in unserer eigenen Lebenspraxis geschieht.

Der Anstieg der Kriminalität im Vormärz — oder, genauer genommen, der anhängig gewordenen Untersuchungen — ist gemäß der Argumentation des Verfassers durch ökonomische Wechsellagen bedingt. Armut erzeugte Kriminalität, insbesondere Eigentumskriminalität, sei es zur Sicherung des Lebensunterhaltes oder in der Form eines kurzen Weges zum Wohlstand in einer Gesellschaft, in der Wohlstand als Erfolgssymbol figurierte. In dieser Zunahme von anhängigen Untersuchungen kommt damit die Verschärfung gesellschaftlicher Spannungszustände zum Ausdruck, wie dies etwa in dem Umschwingen von Eigentumsdelikten zu kollektiven Aktionen 1848 /49 sichtbar wird. An ihrem zentralen Nerv getroffen, der Erhaltung und Wahrung der Sicherheit des Eigentums, legte die bürgerliche Gesellschaft noch in statu nascendi ihre aufklärerisch-philanthropische Maske ab und begegnete dieser Gefährdung nicht mit Sozialreform, sondern mit strafrechtlicher Verbrechenskontrolle. »Die Gerechtigkeitsvorstellungen der Besitzlosen« werden »den Rechtsidealen einer bürgerlichen Gesellschaft« geopfert (S. 138), die sich angesichts ihrer eigenen Schwäche in die Arme der preußischen Feudalherrschaft zurückbegab. Im Strafvollzug zeigte sich eine ähnliche Wende. Auch er geriet in eine strukturelle Krise: Bei schrumpfender ökonomischer Bedeutung der Zuchthäuser und bei steigenden Kosten angesichts der wachsenden Zahl von verurteilten Kriminellen und schließlich auf Grund der Unwilligkeit der Erwerbsgesellschaft, die im preußischen Landrecht verankerte Resozialisierung zu übernehmen, schrumpften alle Reformansätze — deren totalitäre Strategie der konstanten Überwachung offensichtlich zu kostspielig war — zur direkten physischen Repression. Wo das Zuchthaus nicht mehr den rechten Weg lehren konnte und sollte, mußte es abschrecken.

Dies alles sind beachtenswerte Gedankengänge, die zusammengefaßt eine plausible Argumentation ergeben. Nur eben ist jedes einzelne Steinchen in diesem Gedankengebäude heftig umstritten, und die Logik der Argumentation ergibt sich nicht zwingend aus dem, was der Autor beschreibt. Nehmen wir das erste Kapitel über die Entstehung der Kriminalität, so ergeben sich erhebliche Unsicherheiten der Beweisführung. Sind Kriminalität und sozialer Protest wirklich funktionale Alternativen? Eine genauere Untersuchung dieser alten Frage

bleibt aus, selbst der Verweis auf konträre Thesen (z. B. A.Q. Lodhi und Ch. Tilly, *Urbanization, Crime, and Collective Violence in 19th-Century France*, in: *American Journal of Sociology* 79, 1973, S. 296 - 318) fehlt. Korreliert Armut tatsächlich mit Kriminalität? Dies war eine sehr beliebte Ansicht im 19. Jahrhundert, doch Blasius versäumt, den Begriff der Armut hinreichend zu operationalisieren. Ist er etwa im Sinne absoluter Verarmung gemeint oder im Sinne eines »Wohlstandsgefälles«? Beides müßte erst noch geprüft werden. Läßt sich Kriminalität mit ökonomischen Zyklen korrelieren? Auch dies ist eine häufig zu findende These — der Autor übersieht, daß E. Renger (*Kriminalität, Preis und Lohn*, Leipzig 1933) für das Königreich Sachsen auf den Zusammenhang zwischen Reallohn und Kriminalität hingewiesen hat —, doch reicht das statistische Instrumentarium hier nicht aus, um zu verlässlichen Aussagen zu kommen. So bleibt es denn dabei, daß Holzdiebstähle im wesentlichen auf dem Land und andere Diebstähle — es gibt keinen Hinweis darauf, was eigentlich gestohlen wurde — im wesentlichen in der Stadt zu finden sind und daß »die ländlichen und städtischen Unterschichten an der Eigentumskriminalität überproportional beteiligt waren« (S. 43). Dies trifft wohl zu, nur stellt sich der Autor wiederum nicht der Frage, ob es sich dabei um eine Anfälligkeit der Unterschichten überhaupt oder um eine »kriminelle Klasse« innerhalb der Unterschichten gehandelt hat. Immerhin lassen die Bemerkungen über Rückfalltäter und vereinzelte Hinweise auf die Herkunft der Delinquenten dieses Problem auch im deutschen Kontext nicht uninteressant erscheinen. Dies soll genügen, um darauf zu verweisen, daß noch ein weiter Weg bis zu einigermaßen gesicherten Aussagen über die Kriminalität im Vormärz gegangen werden muß.

Nun hat die Delinquenzrate im Vormärz wohl tatsächlich zugenommen, unter anderem — was nicht genau geprüft wurde — weil der Eigentumsbegriff ausgeweitet wurde. Doch trieb dies das schwache Bürgertum tatsächlich in die Hände der vorindustriellen, junkerlichen Elite? Überraschenderweise entsprach die Strafrechtsreform von 1851 in allen wesentlichen Bestandteilen den bürgerlichen Vorstellungen, und dies bedarf einer Erklärung. Statt hier auf die Schwäche-These zurückzufallen, liegt doch eine andere Erklärung sehr viel näher: Die solidarische Protektion des Eigentums — ob Forst, Feld oder sonstige Werte — schuf einen ausreichenden Interessenskonsens, der auch politische Spannungen überdauerte. In der Tat war die Strafrechtsreform von 1851 ein Sieg der auf Eigentum basierenden Erwerbsgesellschaft, die bürgerliche und adlig-aristokratische Interessen verband. Von hier aus ließe sich immer noch auf preußische Sonderheiten verweisen, doch sollte man sie nicht suchen.

Michael Geyer

Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im 19. Jahrhundert. Acht Gespräche der Georg-Agricola-Gesellschaft zur Förderung der Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik, hrsg. von Wilhelm Treue und Kurt Mauel (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 2 u. 3; »Forschungsunternehmen Neunzehntes Jahrhundert« der Fritz Thyssen Stiftung), 2 Teile, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, VIII, VII + 947 S., kart., 198 DM.

Die beiden hier vorzustellenden Bände enthalten annähernd 50 Referate aus 8 wissenschaftlichen Gesprächen, die seit 1963 vom Verein Deutscher Ingenieure und der Georg-Agricola-Gesellschaft zur Förderung der Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik veranstaltet wurden. Anreger und materieller Förderer des gesamten Vorhabens war die Fritz Thyssen Stiftung mit ihrem »Forschungsunternehmen Neunzehntes Jahrhundert«. Die Vorträge der drei ersten dieser Gespräche erschienen bereits in der Zeitschrift »Technikgeschichte«, und zwar ab Bd. 32, 1965, Nr. 2. Die späteren Referate wurden als Erstdruck in der

bleibt aus, selbst der Verweis auf konträre Thesen (z. B. A.Q. Lodhi und Ch. Tilly, *Urbanization, Crime, and Collective Violence in 19th-Century France*, in: *American Journal of Sociology* 79, 1973, S. 296 - 318) fehlt. Korreliert Armut tatsächlich mit Kriminalität? Dies war eine sehr beliebte Ansicht im 19. Jahrhundert, doch Blasius versäumt, den Begriff der Armut hinreichend zu operationalisieren. Ist er etwa im Sinne absoluter Verarmung gemeint oder im Sinne eines »Wohlstandsgefälles«? Beides müßte erst noch geprüft werden. Läßt sich Kriminalität mit ökonomischen Zyklen korrelieren? Auch dies ist eine häufig zu findende These — der Autor übersieht, daß E. Renger (*Kriminalität, Preis und Lohn*, Leipzig 1933) für das Königreich Sachsen auf den Zusammenhang zwischen Reallohn und Kriminalität hingewiesen hat —, doch reicht das statistische Instrumentarium hier nicht aus, um zu verlässlichen Aussagen zu kommen. So bleibt es denn dabei, daß Holzdiebstähle im wesentlichen auf dem Land und andere Diebstähle — es gibt keinen Hinweis darauf, was eigentlich gestohlen wurde — im wesentlichen in der Stadt zu finden sind und daß »die ländlichen und städtischen Unterschichten an der Eigentumskriminalität überproportional beteiligt waren« (S. 43). Dies trifft wohl zu, nur stellt sich der Autor wiederum nicht der Frage, ob es sich dabei um eine Anfälligkeit der Unterschichten überhaupt oder um eine »kriminelle Klasse« innerhalb der Unterschichten gehandelt hat. Immerhin lassen die Bemerkungen über Rückfalltäter und vereinzelte Hinweise auf die Herkunft der Delinquenten dieses Problem auch im deutschen Kontext nicht uninteressant erscheinen. Dies soll genügen, um darauf zu verweisen, daß noch ein weiter Weg bis zu einigermaßen gesicherten Aussagen über die Kriminalität im Vormärz gegangen werden muß.

Nun hat die Delinquenzrate im Vormärz wohl tatsächlich zugenommen, unter anderem — was nicht genau geprüft wurde — weil der Eigentumsbegriff ausgeweitet wurde. Doch trieb dies das schwache Bürgertum tatsächlich in die Hände der vorindustriellen, junkerlichen Elite? Überraschenderweise entsprach die Strafrechtsreform von 1851 in allen wesentlichen Bestandteilen den bürgerlichen Vorstellungen, und dies bedarf einer Erklärung. Statt hier auf die Schwäche-These zurückzufallen, liegt doch eine andere Erklärung sehr viel näher: Die solidarische Protektion des Eigentums — ob Forst, Feld oder sonstige Werte — schuf einen ausreichenden Interessenskonsens, der auch politische Spannungen überdauerte. In der Tat war die Strafrechtsreform von 1851 ein Sieg der auf Eigentum basierenden Erwerbsgesellschaft, die bürgerliche und adlig-aristokratische Interessen verband. Von hier aus ließe sich immer noch auf preußische Sonderheiten verweisen, doch sollte man sie nicht suchen.

Michael Geyer

Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im 19. Jahrhundert. Acht Gespräche der Georg-Agricola-Gesellschaft zur Förderung der Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik, hrsg. von Wilhelm Treue und Kurt Mauel (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 2 u. 3; »Forschungsunternehmen Neunzehntes Jahrhundert« der Fritz Thyssen Stiftung), 2 Teile, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, VIII, VII + 947 S., kart., 198 DM.

Die beiden hier vorzustellenden Bände enthalten annähernd 50 Referate aus 8 wissenschaftlichen Gesprächen, die seit 1963 vom Verein Deutscher Ingenieure und der Georg-Agricola-Gesellschaft zur Förderung der Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik veranstaltet wurden. Anreger und materieller Förderer des gesamten Vorhabens war die Fritz Thyssen Stiftung mit ihrem »Forschungsunternehmen Neunzehntes Jahrhundert«. Die Vorträge der drei ersten dieser Gespräche erschienen bereits in der Zeitschrift »Technikgeschichte«, und zwar ab Bd. 32, 1965, Nr. 2. Die späteren Referate wurden als Erstdruck in der

zur genannten Zeitschrift gehörigen Schriftenreihe »Technikgeschichte in Einzeldarstellungen« veröffentlicht, und zwar in den Jahren 1968 bis 1974. Die Referate der 9. und letzten dieser Tagungen im April 1973 erschienen, ohne daß eine Erklärung dafür vorläge, weder hier noch dort.

Der Vorteil des Sammelbandes ist unverkennbar: Interessierte Kreise erhalten einen ziemlich geschlossenen Überblick über die Entwicklung einzelner Natur- und Technikwissenschaften im 19. Jahrhundert, darunter nicht nur der Physik und Chemie, sondern auch der Biologie, der Physiologie, der Elektrotechnik, der Petrographie, des Markscheidewesens usw. Tatsächlich fanden die hier zum zweiten Male veröffentlichten Vorträge dann auch sofort Beachtung. Man vergleiche die Zitate im siebten »Report Wissenschaftsforschung« des Forschungsschwerpunktes Wissenschaftsforschung der Universität Bielefeld.

Für den Rezensenten bleibt zunächst die Feststellung, daß Referate zur Geschichte der Natur- und Technikwissenschaften, die im Verlaufe von 10 Jahren vorgetragen wurden, selbst einen Teil der Wissenschaftsgeschichte repräsentieren. Eine soziologische Analyse der entsprechend engagierten »scientific community« und der Formen ihrer Integration und Desintegration könnte wieder neue Aufschlüsse bieten. *Wilhelm Treue* als einer der beiden Herausgeber hat in einer Einleitung und einer kurzen, partiell resignierten Schlußbemerkung die Hauptprobleme und Schwierigkeiten skizziert, die sich im Verlaufe des optimistisch begonnenen Unternehmens ergaben, die Wissenschaftsentwicklung des 19. Jahrhunderts »in den Griff« zu bekommen. Wenn Treues Aussagen im folgenden kurz referiert werden, dann vor allem deshalb, weil der Rezensent es nicht als seine Aufgabe ansehen kann, jene Zusammenfassungen und Strukturierungen vorzunehmen, die im Hinblick auf ein neues, erweitertes Geschichtsbild des 19. Jahrhunderts von größtem Allgemeininteresse wären, aber auch nach 50 Vorträgen (noch) jenes Desiderat geblieben sind, das sich nach den ersten Veranstaltungen schon abzeichnete.

Nach dem dritten Gespräch über Wissenschaftsgeschichte schrieb der bald darauf verstorbene Kölner Philosoph *Paul Wilpert*, der die ersten Veranstaltungen im Stile eines Polyhistoren energisch gesteuert und geleitet hatte, über die Unmöglichkeit, in der Konfrontation mit zahlreichen Einzeldisziplinen und singulären Entwicklungsgängen schnell zu generalisierenden Aussagen zu kommen. Die Weichen für alle nachfolgenden Referate wurden damals in der Weise gestellt, daß philosophische Überlegungen abwarten mußten, um zunächst »dem Ringen um neue Einsichten in den einzelnen Teilgebieten von Naturwissenschaft und Technik nachzugehen« (S. 14).

Auch *Treue* monierte seinerzeit, daß noch nichts Fundamentales, Wesentliches aus der Geschichte der Naturwissenschaften im 19. Jahrhundert herausgekommen sei und »beinahe von vornherein« auf einen Abschluß nach Art der Enzyklopädie von Diderot und d'Alembert verzichtet werde (S. 18). Die offene Hauptfrage blieb weiterhin, an welcher Stelle die Ergebnisse der Gespräche »allgemeinesgeschichtlich« relevant werden könnten. Treues Vorschlag, die 20 Arbeitskreise, welche die Thyssen-Stiftung für die Aufarbeitung des 19. Jahrhunderts aufgeboten hatte, zu verstärkter Kooperation zu bringen, fand keine Unterstützung. Noch mehr Disziplinen hätten das fehlende Verständnis der Wissenschaftshistoriker untereinander vielleicht auch gar nicht verbessert. Die Arbeit mit der Tendenz des *l'art pour l'art* wurde fortgesetzt, denn niemand sah sich anscheinend imstande, angesichts eigener, zugegebener Unkenntnis über wichtige Entwicklungen der Nachbardisziplinen schon das Übergreifende, allen Gemeinsame zu entdecken und die Geschichte der Natur- und Technikwissenschaften »in die normale historische Betrachtung« hineinzuzwingen und nicht einfach darüber hinwegzugehen (S. 24). Die hier stark verkürzten Probleme wurden in den Veranstaltungsfolgen immer wieder angesprochen, aber nicht gelöst, obwohl auch der Düsseldorfer Philosoph *A. Diemer* 1969 in Essen noch einmal Thesen unterbreitete, die den Wissenschaftsbegriff des 19. Jahrhunderts in toto betrafen und eine Art Interpretationsraster entwickelten. Bei alle-

dem kann der Rezensent nur auf *Treues* Schlußbemerkung verweisen, die einige spezifische Ergebnisse aufzeigt, die einer gegenwärtigen (anders vorgehenden) und zukünftigen Wissenschaftsforschung ebenso zur Verfügung stehen wie der allgemeinen, um theoretische Fundierungen bemühten Geschichtswissenschaft: Am Ende der Vortragsreihe stehen mehr als 900 Seiten mit neuem Forschungsmaterial, teilweise weiterführenden Literaturangaben und zahllosen Informationen über die Entwicklung einzelner Natur- und Technikwissenschaften im 19. Jahrhundert, über Fragen der Wissenschaftsorganisation und über Verbindungsstränge zwischen Wissenschaften, Handwerk und Industrie. Der Herausgeber Treue erhofft sich eine anregende Wirkung und deutet nur bescheiden an, was die beiden Bände auch sein wollen und sicherlich auch sein können: eine Herausforderung der allgemeinen Geschichtswissenschaft.

Karl-Heinz Ludwig

Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789, hrsg. von Gilbert Ziebura unter Mitwirkung von Heinz-Gerhard Haupt (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 76, Geschichte), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1975, 392 S., brosch., 32 DM; Ln., 44 DM.

Das Vorwort zu dem vorliegenden Sammelband mit seinem anspruchsvollen Titel nimmt mögliche Kritik vorweg, indem es deutlich macht, daß es unmöglich ist, sämtliche Aspekte der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789 in einem solchen Sammelband zu berücksichtigen. Von besonderer Bedeutung für die Konzeption des Bandes war es, zu verdeutlichen, was unter der Geschichte einer nationalen Wirtschaft und Gesellschaft zu verstehen ist. In erster Linie gehört zu dieser Konzeption die Forderung nach Interdisziplinarität, und zwar als Folge der Überzeugung, daß eine Geschichte von Wirtschaft und Gesellschaft zwangsläufig Totalgeschichte sein müsse, »da Gesellschaft nur als integrale und integrierte Summe aller hier spezifisch ökonomischen, soziologischen, ideologischen und politisch-institutionellen Segmente denkbar ist« (S.11). Nur ein solch umfassender Ansatz scheint den Zugriff zu dem zu erlauben, was man als »Bewegungsgesetz« einer Gesellschaft bezeichnen kann, d. h. als ihre inneren Strukturen und langzeitlichen Entwicklungsmodalitäten, hauptsächlich auch im Hinblick auf die immer weiter fortschreitende Interdependenz aller Lebensbereiche. Inwieweit dem optimalen Ziel einer Totalgeschichte durch einen dialektisch-materialistischen oder einen strukturgeschichtlichen Ansatz näher zu kommen ist, sei primär nicht so wichtig, entscheidend sei der sowohl von Marxisten wie von Strukturhistorikern gemeinsam geführte »Kampf gegen die sachlich und theoretisch widersinnige Fraktionierung von Realitäten«. Indem die damit verbundenen wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzungen als ebenso steril wie anachronistisch verworfen werden, enthält der vorliegende Band — der sich den methodologischen und theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der französischen Geschichtswissenschaft verpflichtet fühlt — auch eine programmatische Zielsetzung. Sie besteht darin, den für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte relevanten marxistischen »Ansatz« so ernst zu nehmen, wie es in Frankreich schon lange selbstverständlich und im besten Sinne Tradition ist. Neben dem Wunsch, mit diesem Band wissenschaftstheoretische Schranken abzubauen, sollen auch gleichzeitig wissenschaftssystematische Grenzen überschritten werden, indem Beiträge sowohl von Historikern wie auch von Ökonomen, Cliometrikern, Soziologen und Politologen veröffentlicht werden. Schließlich verfolgt der Band auch einen didaktischen Zweck. Er will, wie dann in der Einleitung ausführlich begründet wird, zur Rezeption der Methodendiskussion und Ergebnisse der französischen Geschichts- und Sozialwissenschaften beitragen. Dabei werden u. a. auch Wirkung und Bedeutung der »Annales«-Schule diskutiert sowie der Angriff von Dieter Groh auf deren Geschichtsverständnis aufgegriffen (S.19 f.), diskutiert wird aber auch

dem kann der Rezensent nur auf *Treues* Schlußbemerkung verweisen, die einige spezifische Ergebnisse aufzeigt, die einer gegenwärtigen (anders vorgehenden) und zukünftigen Wissenschaftsforschung ebenso zur Verfügung stehen wie der allgemeinen, um theoretische Fundierungen bemühten Geschichtswissenschaft: Am Ende der Vortragsreihe stehen mehr als 900 Seiten mit neuem Forschungsmaterial, teilweise weiterführenden Literaturangaben und zahllosen Informationen über die Entwicklung einzelner Natur- und Technikwissenschaften im 19. Jahrhundert, über Fragen der Wissenschaftsorganisation und über Verbindungsstränge zwischen Wissenschaften, Handwerk und Industrie. Der Herausgeber Treue erhofft sich eine anregende Wirkung und deutet nur bescheiden an, was die beiden Bände auch sein wollen und sicherlich auch sein können: eine Herausforderung der allgemeinen Geschichtswissenschaft.

Karl-Heinz Ludwig

Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789, hrsg. von Gilbert Ziebura unter Mitwirkung von Heinz-Gerhard Haupt (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 76, Geschichte), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1975, 392 S., brosch., 32 DM; Ln., 44 DM.

Das Vorwort zu dem vorliegenden Sammelband mit seinem anspruchsvollen Titel nimmt mögliche Kritik vorweg, indem es deutlich macht, daß es unmöglich ist, sämtliche Aspekte der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789 in einem solchen Sammelband zu berücksichtigen. Von besonderer Bedeutung für die Konzeption des Bandes war es, zu verdeutlichen, was unter der Geschichte einer nationalen Wirtschaft und Gesellschaft zu verstehen ist. In erster Linie gehört zu dieser Konzeption die Forderung nach Interdisziplinarität, und zwar als Folge der Überzeugung, daß eine Geschichte von Wirtschaft und Gesellschaft zwangsläufig Totalgeschichte sein müsse, »da Gesellschaft nur als integrale und integrierte Summe aller hier spezifisch ökonomischen, soziologischen, ideologischen und politisch-institutionellen Segmente denkbar ist« (S.11). Nur ein solch umfassender Ansatz scheint den Zugriff zu dem zu erlauben, was man als »Bewegungsgesetz« einer Gesellschaft bezeichnen kann, d. h. als ihre inneren Strukturen und langzeitlichen Entwicklungsmodalitäten, hauptsächlich auch im Hinblick auf die immer weiter fortschreitende Interdependenz aller Lebensbereiche. Inwieweit dem optimalen Ziel einer Totalgeschichte durch einen dialektisch-materialistischen oder einen strukturgeschichtlichen Ansatz näher zu kommen ist, sei primär nicht so wichtig, entscheidend sei der sowohl von Marxisten wie von Strukturhistorikern gemeinsam geführte »Kampf gegen die sachlich und theoretisch widersinnige Fraktionierung von Realitäten«. Indem die damit verbundenen wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzungen als ebenso steril wie anachronistisch verworfen werden, enthält der vorliegende Band — der sich den methodologischen und theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der französischen Geschichtswissenschaft verpflichtet fühlt — auch eine programmatische Zielsetzung. Sie besteht darin, den für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte relevanten marxistischen »Ansatz« so ernst zu nehmen, wie es in Frankreich schon lange selbstverständlich und im besten Sinne Tradition ist. Neben dem Wunsch, mit diesem Band wissenschaftstheoretische Schranken abzubauen, sollen auch gleichzeitig wissenschaftssystematische Grenzen überschritten werden, indem Beiträge sowohl von Historikern wie auch von Ökonomen, Cliometrikern, Soziologen und Politologen veröffentlicht werden. Schließlich verfolgt der Band auch einen didaktischen Zweck. Er will, wie dann in der Einleitung ausführlich begründet wird, zur Rezeption der Methodendiskussion und Ergebnisse der französischen Geschichts- und Sozialwissenschaften beitragen. Dabei werden u. a. auch Wirkung und Bedeutung der »Annales«-Schule diskutiert sowie der Angriff von Dieter Groh auf deren Geschichtsverständnis aufgegriffen (S.19 f.), diskutiert wird aber auch

die unterschiedliche Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Deutschland und Frankreich, wobei die Erklärung sicherlich in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen zu suchen ist, unter denen die divergierende Emanzipation der Bourgeoisie eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt (S. 20).

Die unterschiedlichen Beiträge des Bandes — die hier nicht einzeln angeführt werden — sind durch die Zuordnung zu vier thematischen Teilen strukturiert. Der erste Teil enthält Beiträge zur Historiographie, Methodologie und Theorie. Diese Beiträge spiegeln die Entwicklung der französischen Geschichtswissenschaft bis Mitte der 1960er Jahre wider, wobei einerseits der starke Einfluß der »Annales«-Schule deutlich wird, andererseits aber auch ein neuerwaches historiographisches Interesse, das sich z. B. in einer regelrechten Benedetto-Croce-Renaissance zeigt (S. 36). Neben dem Versuch, die französische Geschichte zu »entzentralisieren« (durch eine genauere Erfassung der sozioökonomischen Realitäten in den Regionen), »Mentalitäten« und kulturelle Normen zu studieren, geht es immer wieder um das Problem der Vermittlung von Ereignis und Struktur. Gerade dieses Problem der Koordinierung von erzählender und konzeptueller Geschichtsschreibung, »die dialektische Versöhnung von Ereignis und Struktur bleibt für Bürgerliche und Marxisten die große theoretische Aufgabe der Gegenwart« (S. 37).

Der zweite Teil enthält Beiträge zur Struktur und Entwicklung des französischen Wirtschaftssystems. Wenn auch die Wirtschaftsgeschichte in Frankreich seit 1945 erhebliche Fortschritte gemacht hat, so sind doch wichtige Problemkreise bis heute kaum behandelt worden. So gibt es kaum Arbeiten über die Finanzgeschichte und Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierungen, aber auch die Entwicklung des Handels, der Technik oder etwa des Dienstleistungsgewerbes sind weithin unbekannt. Die Mehrzahl der Arbeiten konzentriert sich auf Analysen des Ancien Régime und des 19. Jahrhunderts. Aufgrund dieses Forschungsstandes wurden im vorliegenden Teil des Bandes vornehmlich Beiträge aufgenommen, die im Zusammenhang mit der Diskussion um Periodisierung und Quantifizierung des ökonomischen Wachstums stehen. Diese wachstumstheoretischen Ansätze der Ökonomen unterscheiden sich von historischen Untersuchungen des wirtschaftlichen Wachstums insofern, als sie weder Modellbildung noch Prospektiven intendieren (S. 93).

Der dritte Teil gilt dann der Entwicklung der sozialen Klassen, wobei nicht zufällig alle Beiträge dieses Teils die Zeit von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg behandeln (S. 184). In dieser Zeit bildete sich jener spezifisch französische Typ von Gesellschaft heraus, »in der ein Teil der ökonomischen Macht in den Händen einer modernen Fraktion der Großbourgeoisie liegt, aber das massenweise Fortbestehen von Kleinbesitz und Kleinbetrieb der Klein- und Mittelbourgeoisie die politische Macht gibt« (ebda.). An einem Beitrag über das »Milieu« der Gymnasiallehrer als gesellschaftlicher Mikrokosmos innerhalb der Mittelbourgeoisie wird z. B. nicht nur die Klassenfunktion des humanistischen Bildungsideals deutlich, sondern auch der von einer wirklichen Demokratisierung weit entfernte »Republikanismus« der »Belle Epoque«.

Wenn auch die Geschichte der französischen Arbeiterklasse und des Sozialismus schon lange ein bevorzugtes Feld der nationalen und internationalen Forschung war, so sind in der letzten Zeit vornehmlich Streikanalysen sowie Betriebs- bzw. lokale Monographien der Arbeiterklasse stärker in den Vordergrund getreten (S. 185).

Der vierte und letzte Teil des Sammelbandes schließlich umfaßt Beiträge zur Ideologie und Herrschaftsstruktur. In der Vorbemerkung zu den für diesen Bereich ausgewählten Beiträgen muß konstatiert werden, daß im Vergleich zur Fülle und zum Methodenreichtum der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Untersuchungen die Studien über Ideologien oder das politische System in Frankreich weitgehend blaß und einfallslos wirken (S. 268). Aus diesem Grund erscheinen die ausgewählten Beiträge u. a. über politische Gewalt und soziale Klasse (am Beispiel der Französischen Revolution), interne Faktoren des französischen Hochimpe-

rialismus 1871 — 1914, Tradition und Innovation in der französischen Verwaltung ohne direkten Bezug zueinander und hätten auch anderen thematischen Teilen des sonst so gelungenen Bandes zugeordnet werden können.

Beatrix W. Bouvier

Heinz Steinert / Hubert Treiber, Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich (= Studienbücher zur Sozialwissenschaft, Bd. 28), Westdeutscher Verlag, Opladen 1975, 102 S., Folieneinband, 12 DM.

Die Revolution von 1848 in Frankreich wurde sowohl von Karl Marx als auch von Lorenz von Stein und Alexis de Tocqueville ausführlich interpretiert. Der in der vorliegenden kleinen soziologischen Studie unternommene Vergleich der drei Interpretationen wirft ein Problem auf, das nach Meinung der Verfasser von besonderem Interesse ist: Die drei untersuchten Autoren sind einerseits Repräsentanten unterschiedlicher theoretischer und politischer Positionen und vertreten einen jeweils eigenständigen theoretischen Ansatz (in der vorliegenden Arbeit als »Theorie des sozialen Wandels« bezeichnet, S.7), erreichen aber andererseits in ihren Revolutionsanalysen einen relativ hohen Grad an Übereinstimmung in der Interpretation. Dies gelte sowohl für den »singulären Geschehensablauf« als auch für die historischen »Schlüsselereignisse«, d. h. für die für die jeweiligen Revolutionsanalysen ausgewählten und für den Verlauf der Revolution von 1848 als markant geltenden Ereignisse. Nach Meinung der Verfasser besteht zwischen den drei diskutierten »Theorien des sozialen Wandels« und der Interpretation der »Schlüsselereignisse« ein expliziter Zusammenhang, der durch einen besonders herausgestellten »Leitgedanken« (Paradigma) (S. 7) dokumentiert werde.

Im Vordergrund der Betrachtung stehen die Theorien der drei Klassiker unter *soziologischem* Aspekt; es geht nicht um Marx, von Stein und Tocqueville als Geschichtsphilosophen und Politiker. Das Beispiel der drei nebeneinandergestellten Systeme soll vornehmlich dazu dienen, bestimmte wissenschaftstheoretische Vorstellungen über die Vorgehensweise in der Soziologie zu verifizieren (S. 12). So steht z. B. die weitgehend identische Interpretation der drei theoretischen Systeme des konkreten historischen Ablaufs im Widerspruch zu den Vorstellungen und Anschauungen (von Popper), daß »Beobachtung« durch »Theorie« kontrolliert werde, daß die Entwicklung von Theorien im Testen von Hypothesen bestehe und daß wissenschaftlicher Fortschritt dadurch erreicht werde, daß falsifizierte Theorien ausgeschieden würden (S. 12).

In der Untersuchung werden zunächst die Umriss der drei Theorien skizziert, wobei für Karl Marx gesondert die Ausdifferenzierung der Klassentheorien in den Frankreich-Schriften behandelt wird (S. 15 f.), um dann die Interpretation der »Schlüsselereignisse« anhand einer Zeittafel zu vergleichen und schließlich danach zu fragen, wie das konstatierte hohe Ausmaß an Übereinstimmung bei den drei Revolutionsanalysen zustande kommt (S. 49). Als Voraussetzung dafür werden folgende Gründe angegeben (S. 61): Die drei Klassiker haben aus der Vielzahl der dem Revolutionsverlauf zuzurechnenden Daten einige »Schlüsselereignisse« ausgewählt und bei dieser Selektion annähernd Übereinstimmung erzielt, d. h. die Rangfolge der für die Revolution als bedeutend gewerteten Ereignisse ist nahezu identisch. Diese Auswahl bestimmt weitgehend den deskriptiven Teil der jeweiligen Analyse; wird diese verlassen, so bedient sich die Analyse plausibler Argumente, deren Austauschbarkeit davon herrühre, daß sich in ihnen die damals »herrschende Meinung« widerspiegle. Schließlich verwenden alle drei Klassiker in ihren Revolutionsanalysen häufig dieselben Kategorien, was z. B. in der Benutzung des Klassenbegriffs zum Ausdruck komme, wobei jedoch der unterschiedliche Bedeutungsgehalt des Klassenbegriffs berücksichtigt werden muß, denn nur Marx und von Stein kennen und beschreiben den Zustand der »Klasse für sich«. Der Unter-

rialismus 1871 — 1914, Tradition und Innovation in der französischen Verwaltung ohne direkten Bezug zueinander und hätten auch anderen thematischen Teilen des sonst so gelungenen Bandes zugeordnet werden können.

Beatrix W. Bouvier

Heinz Steinert / Hubert Treiber, Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich (= Studienbücher zur Sozialwissenschaft, Bd. 28), Westdeutscher Verlag, Opladen 1975, 102 S., Folieneinband, 12 DM.

Die Revolution von 1848 in Frankreich wurde sowohl von Karl Marx als auch von Lorenz von Stein und Alexis de Tocqueville ausführlich interpretiert. Der in der vorliegenden kleinen soziologischen Studie unternommene Vergleich der drei Interpretationen wirft ein Problem auf, das nach Meinung der Verfasser von besonderem Interesse ist: Die drei untersuchten Autoren sind einerseits Repräsentanten unterschiedlicher theoretischer und politischer Positionen und vertreten einen jeweils eigenständigen theoretischen Ansatz (in der vorliegenden Arbeit als »Theorie des sozialen Wandels« bezeichnet, S.7), erreichen aber andererseits in ihren Revolutionsanalysen einen relativ hohen Grad an Übereinstimmung in der Interpretation. Dies gelte sowohl für den »singulären Geschehensablauf« als auch für die historischen »Schlüsselereignisse«, d. h. für die für die jeweiligen Revolutionsanalysen ausgewählten und für den Verlauf der Revolution von 1848 als markant geltenden Ereignisse. Nach Meinung der Verfasser besteht zwischen den drei diskutierten »Theorien des sozialen Wandels« und der Interpretation der »Schlüsselereignisse« ein expliziter Zusammenhang, der durch einen besonders herausgestellten »Leitgedanken« (Paradigma) (S. 7) dokumentiert werde.

Im Vordergrund der Betrachtung stehen die Theorien der drei Klassiker unter *soziologischem* Aspekt; es geht nicht um Marx, von Stein und Tocqueville als Geschichtsphilosophen und Politiker. Das Beispiel der drei nebeneinandergestellten Systeme soll vornehmlich dazu dienen, bestimmte wissenschaftstheoretische Vorstellungen über die Vorgehensweise in der Soziologie zu verifizieren (S. 12). So steht z. B. die weitgehend identische Interpretation der drei theoretischen Systeme des konkreten historischen Ablaufs im Widerspruch zu den Vorstellungen und Anschauungen (von Popper), daß »Beobachtung« durch »Theorie« kontrolliert werde, daß die Entwicklung von Theorien im Testen von Hypothesen bestehe und daß wissenschaftlicher Fortschritt dadurch erreicht werde, daß falsifizierte Theorien ausgeschieden würden (S. 12).

In der Untersuchung werden zunächst die Umriss der drei Theorien skizziert, wobei für Karl Marx gesondert die Ausdifferenzierung der Klassentheorien in den Frankreich-Schriften behandelt wird (S. 15 f.), um dann die Interpretation der »Schlüsselereignisse« anhand einer Zeittafel zu vergleichen und schließlich danach zu fragen, wie das konstatierte hohe Ausmaß an Übereinstimmung bei den drei Revolutionsanalysen zustande kommt (S. 49). Als Voraussetzung dafür werden folgende Gründe angegeben (S. 61): Die drei Klassiker haben aus der Vielzahl der dem Revolutionsverlauf zuzurechnenden Daten einige »Schlüsselereignisse« ausgewählt und bei dieser Selektion annähernd Übereinstimmung erzielt, d. h. die Rangfolge der für die Revolution als bedeutend gewerteten Ereignisse ist nahezu identisch. Diese Auswahl bestimmt weitgehend den deskriptiven Teil der jeweiligen Analyse; wird diese verlassen, so bedient sich die Analyse plausibler Argumente, deren Austauschbarkeit davon herrühre, daß sich in ihnen die damals »herrschende Meinung« widerspiegle. Schließlich verwenden alle drei Klassiker in ihren Revolutionsanalysen häufig dieselben Kategorien, was z. B. in der Benutzung des Klassenbegriffs zum Ausdruck komme, wobei jedoch der unterschiedliche Bedeutungsgehalt des Klassenbegriffs berücksichtigt werden muß, denn nur Marx und von Stein kennen und beschreiben den Zustand der »Klasse für sich«. Der Unter-

schied zu Tocqueville sei keineswegs zufällig und rühre daher, daß Tocqueville dem Proletariat im Rahmen seiner Theorie keine entscheidende Position bei der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zugewiesen habe. Diese Rolle könne das Proletariat aber auch erst dann übernehmen, wenn es sich seiner Rolle bewußt geworden sei, d. h. also, den Zustand der »Klasse für sich« erreicht habe.

An diesem Beispiel wird schließlich deutlich, daß die Übereinstimmung der Revolutionsanalyse abnimmt, je weiter die Ebene der Deskription verlassen wird. Mit zunehmendem Abstraktionsgrad machen sich auch die Implikationen der jeweiligen »Theorien des sozialen Wandels« bemerkbar. Demonstriert wird dies an dem Problem der Ablösung der politischen Revolution durch die soziale Revolution und dem unterschiedlichen Stellenwert, der gerade der sozialen Revolution zugeschrieben wird: Bei Marx hebt die »proletarische Revolution« die die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnenden Widersprüche auf und leitet den Zustand der klassenlosen Gesellschaft ein; bei Lorenz von Stein trägt gerade die »proletarische Revolution« zur vollen Entwicklung dieser Widersprüche bei, die erst durch die »soziale Reform« aufgehoben werden können; für Tocqueville schließlich wird das die bürgerliche Gesellschaft bedrohende Prinzip der Egalisierung in der »sozialen Revolution« wirksam, ein Prinzip, das zugleich auch die »demokratische Bewegung« kennzeichnet. Erst im zunehmenden Abstraktionsprozeß wird also das spezifische Interesse des jeweiligen Autors deutlich, d. h. die Revolutionsanalyse wird zum Beleg einer ganz bestimmten normativen, zukunftsweisenden Idee: Klassenherrschaft, Gesellschaftsordnung des gegenseitigen Interesses und nivellierende Bewegung der demokratischen Revolution (S. 63). Nach Meinung der Verfasser soll gerade dieser Vorgang zeigen, daß eine vom sozialen (bzw. instrumentellen) Kontext separierte »dritte Welt« objektiven Wissens weder konstruiert werden kann noch abrufbereit verfügbar ist.

Beatrix W. Bouvier

Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 23), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 412 S., kart., 64 DM.

Im vorliegenden Band sind zehn Aufsätze des Verfassers zusammengestellt, die ursprünglich 1961 — 1975 erschienen sind und so scheinbar heterogene thematische Bereiche umfassen wie die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Geschichte deutscher und europäischer Parteien, die Entwicklung des Parlamentarismus, britische Verfassungs- und Sozialgeschichte. Gleichwohl durchzieht diesen Band eine grundlegende Fragestellung, die — mit unterschiedlicher Intensität — in allen Beiträgen aufgenommen wird, nämlich die nach den historischen Vorbelastungen und Restriktionen für die Entfaltung eines funktionierenden parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland. Den Ausgangs- und Angelpunkt nehmen dabei Analysen von Gesellschaft und Verfassung des Bismarckreiches ein.

Der Verfasser ist Max Weber verpflichtet, der scharfsinnig die mangelnde Synchronisation von wirtschaftlicher und politischer Entwicklung, wie sie in der Konzentration politischer Macht in der ökonomisch gegenüber dem Bürgertum sinkenden Klasse der Großgrundbesitzer des Ostens zum Ausdruck kam, schon früh erkannt hatte. Diese Problematik ist seit den 1960er Jahren von Angehörigen einer jüngeren Historikergeneration immer wieder variiert, vertieft und weiter entfaltet worden. Und auch Ritter reflektiert diesen Strukturdefekt des Bismarckreiches, der so schwerwiegende Folgen für die weitere deutsche Geschichte hatte, nämlich die zu enge soziale Basis der herrschenden Schichten und die politische Schwäche des Bürgertums. Das Mißverhältnis von ökonomischer und politischer Macht wurde durch die Industrialisierung immer krasser, Klassengegensätze und Konflikte verschärften sich.

schied zu Tocqueville sei keineswegs zufällig und rühre daher, daß Tocqueville dem Proletariat im Rahmen seiner Theorie keine entscheidende Position bei der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zugewiesen habe. Diese Rolle könne das Proletariat aber auch erst dann übernehmen, wenn es sich seiner Rolle bewußt geworden sei, d. h. also, den Zustand der »Klasse für sich« erreicht habe.

An diesem Beispiel wird schließlich deutlich, daß die Übereinstimmung der Revolutionsanalyse abnimmt, je weiter die Ebene der Deskription verlassen wird. Mit zunehmendem Abstraktionsgrad machen sich auch die Implikationen der jeweiligen »Theorien des sozialen Wandels« bemerkbar. Demonstriert wird dies an dem Problem der Ablösung der politischen Revolution durch die soziale Revolution und dem unterschiedlichen Stellenwert, der gerade der sozialen Revolution zugeschrieben wird: Bei Marx hebt die »proletarische Revolution« die die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnenden Widersprüche auf und leitet den Zustand der klassenlosen Gesellschaft ein; bei Lorenz von Stein trägt gerade die »proletarische Revolution« zur vollen Entwicklung dieser Widersprüche bei, die erst durch die »soziale Reform« aufgehoben werden können; für Tocqueville schließlich wird das die bürgerliche Gesellschaft bedrohende Prinzip der Egalisierung in der »sozialen Revolution« wirksam, ein Prinzip, das zugleich auch die »demokratische Bewegung« kennzeichnet. Erst im zunehmenden Abstraktionsprozeß wird also das spezifische Interesse des jeweiligen Autors deutlich, d. h. die Revolutionsanalyse wird zum Beleg einer ganz bestimmten normativen, zukunftsweisenden Idee: Klassenherrschaft, Gesellschaftsordnung des gegenseitigen Interesses und nivellierende Bewegung der demokratischen Revolution (S. 63). Nach Meinung der Verfasser soll gerade dieser Vorgang zeigen, daß eine vom sozialen (bzw. instrumentellen) Kontext separierte »dritte Welt« objektiven Wissens weder konstruiert werden kann noch abrufbereit verfügbar ist.

Beatrix W. Bouvier

Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 23), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 412 S., kart., 64 DM.

Im vorliegenden Band sind zehn Aufsätze des Verfassers zusammengestellt, die ursprünglich 1961 — 1975 erschienen sind und so scheinbar heterogene thematische Bereiche umfassen wie die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Geschichte deutscher und europäischer Parteien, die Entwicklung des Parlamentarismus, britische Verfassungs- und Sozialgeschichte. Gleichwohl durchzieht diesen Band eine grundlegende Fragestellung, die — mit unterschiedlicher Intensität — in allen Beiträgen aufgenommen wird, nämlich die nach den historischen Vorbelastungen und Restriktionen für die Entfaltung eines funktionierenden parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland. Den Ausgangs- und Angelpunkt nehmen dabei Analysen von Gesellschaft und Verfassung des Bismarckreiches ein.

Der Verfasser ist Max Weber verpflichtet, der scharfsinnig die mangelnde Synchronisation von wirtschaftlicher und politischer Entwicklung, wie sie in der Konzentration politischer Macht in der ökonomisch gegenüber dem Bürgertum sinkenden Klasse der Großgrundbesitzer des Ostens zum Ausdruck kam, schon früh erkannt hatte. Diese Problematik ist seit den 1960er Jahren von Angehörigen einer jüngeren Historikergeneration immer wieder variiert, vertieft und weiter entfaltet worden. Und auch Ritter reflektiert diesen Strukturdefekt des Bismarckreiches, der so schwerwiegende Folgen für die weitere deutsche Geschichte hatte, nämlich die zu enge soziale Basis der herrschenden Schichten und die politische Schwäche des Bürgertums. Das Mißverhältnis von ökonomischer und politischer Macht wurde durch die Industrialisierung immer krasser, Klassengegensätze und Konflikte verschärften sich.

Im Unterschied zu anderen Autoren richtet Ritter den entscheidenden Vorwurf gegen das politische System des Bismarckreichs nicht moralisierend dagegen, daß liberale und demokratische Grundsätze nur höchst unzureichend verwirklicht worden seien, sondern dagegen, »daß es die politische Bildung der Nation erschwerte«. Diesen heute inflationär mißbrauchten Begriff der »politischen Bildung« siedelt Ritter nicht im Bereich abstrakter Aufklärung an, sondern versteht ihn als historische und politische Erfahrung. Für Ritter liegen die Ursachen für den eklatanten Mangel an politischer Bildung nicht nur in der Macht von Militär, Bürokratie und Junkertum begründet, sondern auch in der Zersplitterung und fehlenden Regierungsfähigkeit der Parteien, in der Ausschaltung der führenden Parlamentarier von der verantwortlichen Bestimmung der Politik — und damit auch in den Bestimmungen der Reichsverfassung.

Die Struktur des deutschen Parteiensystems — die Parteien (und Verbände) der Arbeiterbewegung eingeschlossen — wird aus dem gerade skizzierten Zusammenhang zu einem zentralen Thema der Abhandlungen Ritters. In der Nachfolge von Pluralismustheoretikern wie vor allem Ernst Fraenkel weist der Autor darauf hin, daß im Vergleich zu Frankreich und England Parteien in Deutschland wegen der verzögerten Etablierung parlamentarischer Institutionen erst relativ spät entstanden. Die starken regionalen, sozialen und konfessionellen Gegensätze in Deutschland trugen dazu bei, daß eine relativ große Zahl von Parteien entstand und daß den einzelnen Parteien zudem die innere Kohärenz mangelte. Diese Parteien waren in ihrer Entstehungszeit weltanschaulich-doktrinär geprägt worden und wurden nicht — wie Parteien in funktionierenden parlamentarischen Systemen — gezwungen, ihre Politik und Taktik dem Ziel der Gewinnung oder Erhaltung der Regierungsgewalt anzupassen, also auch Kompromisse zu schließen. Im Unterschied zu den bürgerlichen bzw. bürgerlich-aristokratischen Parteien Frankreichs und Englands im 19. Jahrhundert zeigte sich die mangelnde Integrationsfähigkeit deutscher Parteien darin, daß diese nicht die Unterschichten im Parlament zu vertreten vermochten, die Arbeiterschaft in Deutschland sich vielmehr von den liberalen Parteien frühzeitig löste und Anfang der 1860er Jahre als eigenständige politische Kraft konstituierte. Die Isolierung, die »negative Integration«, die »Gegenweltbildung« der deutschen Arbeiterbewegung ist eben auch Ergebnis des deutschen politischen Systems und seiner Parteien im 19. Jahrhundert gewesen. Im Unterschied dazu hat z. B. die Labour Party in Großbritannien, wie Ritter zeigt, von Anfang an die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften gesucht und die Regeln des parlamentarischen Regierungssystems akzeptiert. Für den Historiker der Arbeiterbewegung, der gewohnt ist, von den Organisationen und Programmen der Parteien, den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter auszugehen, sind gerade die Beiträge Gerhard A. Ritters von besonderem Interesse, in denen die Arbeiterbewegung mit ihren Organisationen im Kontext des politischen und gesellschaftlichen Systems analysiert wird: Bestimmte thematische und methodische Verengungen können so überwunden werden. Auch in den Aufsätzen, die von ihrem Titel her sich scheinbar auf Probleme der Arbeiterbewegung beschränken (»Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands bis zum Ersten Weltkrieg«, »Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts«, »Direkte Demokratie und Rätewesen in Geschichte und Theorie«), werden sonst anzutreffende Verengungen überwunden.

Ritter plädiert in den vorliegenden Aufsätzen offensiv für die Festigung, Ausdehnung und ständige Belebung des Pluralismus und des parlamentarischen Regierungssystems. Er kritisiert jene Harmonielehren der Demokratie, für die Erscheinungen wie Kanzlerdemokratie, Macht der Parteien, Fraktionsdisziplin, die repräsentative Komponente in parlamentarischen Systemen negativ zu bewerten sind. Diese Vorbelastungen des parlamentarischen Regierungssystems und der Demokratie in Deutschland reichen bekanntlich bis in unsere Gegenwart, wie Ritter u. a. am Antiparteienaffekt, am Antiparlamentarismus und Antipluralismus des Rechts- und Linksradikalismus in der Bundesrepublik zu zeigen versucht.

Die Aufsätze von Gerhard A. Ritter sind in dem Punkt vorbildlich, daß in ihnen Politikwissenschaft und Geschichte gelungen als Sozialwissenschaft verbunden worden sind: Sie können sowohl für jene Politikwissenschaftler beispielhaft sein, die mit esoterischen Theorieansätzen und Modellen sich aus der Geschichte flüchten, als auch für solche Historiker, die einen breiten Strom von Fakten nicht zu strukturieren vermögen. Und wiederum wird an den vorliegenden Untersuchungen deutlich, wie fruchtbar der komparatistische Zugang ist: Erst durch den systematischen Vergleich der deutschen Entwicklung mit der britischen und durch Hinweise auf die Geschichte anderer westeuropäischer Staaten wird die deutsche Abweichung als solche erkennbar, aber auch relativiert.

Peter Lösche

Lothar Gall (Hrsg.), *Liberalismus* (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte, Bd. 85), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976, 352 S., brosch., 26 DM; geb., 38 DM.

Nutzen und Gefahren von Readern liegen dicht beisammen. Im besten Falle wird ein gelungener Aufriß der Problematik und des aktuellen Standes der Forschung über ein sinnvoll abgegrenztes Gebiet geliefert, im übelsten wird Wissenschaft in schwer- oder auch allzuleicht verdaulichen Häppchen serviert. Davon ist der Band, von dem hier die Rede ist, sicherlich weit entfernt. Etwas enttäuscht legt man ihn dennoch aus der Hand. *Lothar Gall* hat vor Jahren eine sehr gute Edition zum Bismarck-Problem vorgelegt. Dieses Buch hier ist ihm weniger geglückt. Ich verkenne bei diesem Urteil nicht, daß die Zusammenstellung der Beiträge und die zusammenfassende Einführung ins Thema im vorliegenden Fall ungleich schwieriger gewesen sind. Und dennoch. Angesichts der sehr nützlichen fünfundzwanzigseitigen Bibliographie fragt man sich nach der Lektüre der vierzehn Aufsätze und Auszüge, ob der Stand der Forschung über »den Liberalismus« von diesem Band auch nur annähernd reflektiert wird.

Gall hat sich gegen diesen Anspruch freilich schon im ersten Satz seiner Einleitung verwahrt. Die Sammlung könne und wolle nicht einmal eine »vorläufige Bilanz der wissenschaftlichen Diskussion über das [. . .] Thema« ziehen, weil es keine »auch nur als Arbeitshypothese akzeptierte Definition der historischen Erscheinung, die der Begriff evoziert«, gebe. Das leuchtet mir nicht ein. Liberalismus ist eine in Zeit und Raum wandelbare realhistorische Erscheinung und auf der Ebene der Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung ein historischer *Begriff*, dem mit Definitionen eher Gewalt angetan, als daß zu seiner Klärung beigetragen wird. Die Entfaltung des Begriffs, zusammenfassend und übergreifend in einer begriffsgeschichtlich orientierten Einführung und monographisch-exemplarisch in sorgsam und wohlbe-gründet ausgewählten Beiträgen: Das wäre ein überzeugendes Editionsprinzip gewesen, das durchaus zu einem Resümee des Forschungsstandes und der wissenschaftlichen Diskussion hätte führen können.

Gall hat die Gelegenheit der Edition nicht zu solch einer begriffsgeschichtlichen Reflexion genützt. Die neun Seiten, die den ausgewählten Texten vorhergehen, sind bedauerlicherweise bestenfalls hier und da über die Einleitung ins Buch hinaus auch eine ergiebige Einführung ins Thema.

Die Beiträge selbst sind — vielleicht etwas vereinfachend gesagt — in zwei Gruppen einzuteilen. Die erste Hälfte ist überwiegend allgemeiner ideengeschichtlicher Natur. In diesen Arbeiten kommen zeitliche und örtliche Differenzierungen, mögen sie auch nicht überall ganz unbeachtet bleiben, kaum zur Geltung. Die zweite Hälfte beschäftigt sich mit der politisch-sozialen Ausdrucksform des Liberalismus im 19. Jahrhundert in einzelnen Ländern. Deutschland ist viermal, Frankreich, England und Rußland sind je einmal vertreten. Die Inhaltsübersicht erweckt einen Eindruck, der von der Lektüre der Beiträge bestätigt wird. Wichtige

Die Aufsätze von Gerhard A. Ritter sind in dem Punkt vorbildlich, daß in ihnen Politikwissenschaft und Geschichte gelungen als Sozialwissenschaft verbunden worden sind: Sie können sowohl für jene Politikwissenschaftler beispielhaft sein, die mit esoterischen Theorieansätzen und Modellen sich aus der Geschichte flüchten, als auch für solche Historiker, die einen breiten Strom von Fakten nicht zu strukturieren vermögen. Und wiederum wird an den vorliegenden Untersuchungen deutlich, wie fruchtbar der komparatistische Zugang ist: Erst durch den systematischen Vergleich der deutschen Entwicklung mit der britischen und durch Hinweise auf die Geschichte anderer westeuropäischer Staaten wird die deutsche Abweichung als solche erkennbar, aber auch relativiert.

Peter Lösche

Lothar Gall (Hrsg.), *Liberalismus* (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte, Bd. 85), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976, 352 S., brosch., 26 DM; geb., 38 DM.

Nutzen und Gefahren von Readern liegen dicht beisammen. Im besten Falle wird ein gelungener Aufriß der Problematik und des aktuellen Standes der Forschung über ein sinnvoll abgegrenztes Gebiet geliefert, im übelsten wird Wissenschaft in schwer- oder auch allzuleicht verdaulichen Häppchen serviert. Davon ist der Band, von dem hier die Rede ist, sicherlich weit entfernt. Etwas enttäuscht legt man ihn dennoch aus der Hand. *Lothar Gall* hat vor Jahren eine sehr gute Edition zum Bismarck-Problem vorgelegt. Dieses Buch hier ist ihm weniger geglückt. Ich verkenne bei diesem Urteil nicht, daß die Zusammenstellung der Beiträge und die zusammenfassende Einführung ins Thema im vorliegenden Fall ungleich schwieriger gewesen sind. Und dennoch. Angesichts der sehr nützlichen fünfundzwanzigseitigen Bibliographie fragt man sich nach der Lektüre der vierzehn Aufsätze und Auszüge, ob der Stand der Forschung über »den Liberalismus« von diesem Band auch nur annähernd reflektiert wird.

Gall hat sich gegen diesen Anspruch freilich schon im ersten Satz seiner Einleitung verwahrt. Die Sammlung könne und wolle nicht einmal eine »vorläufige Bilanz der wissenschaftlichen Diskussion über das [. . .] Thema« ziehen, weil es keine »auch nur als Arbeitshypothese akzeptierte Definition der historischen Erscheinung, die der Begriff evoziert«, gebe. Das leuchtet mir nicht ein. Liberalismus ist eine in Zeit und Raum wandelbare realhistorische Erscheinung und auf der Ebene der Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung ein historischer *Begriff*, dem mit Definitionen eher Gewalt angetan, als daß zu seiner Klärung beigetragen wird. Die Entfaltung des Begriffs, zusammenfassend und übergreifend in einer begriffsgeschichtlich orientierten Einführung und monographisch-exemplarisch in sorgsam und wohlbe-gründet ausgewählten Beiträgen: Das wäre ein überzeugendes Editionsprinzip gewesen, das durchaus zu einem Resümee des Forschungsstandes und der wissenschaftlichen Diskussion hätte führen können.

Gall hat die Gelegenheit der Edition nicht zu solch einer begriffsgeschichtlichen Reflexion genützt. Die neun Seiten, die den ausgewählten Texten vorhergehen, sind bedauerlicherweise bestenfalls hier und da über die Einleitung ins Buch hinaus auch eine ergiebige Einführung ins Thema.

Die Beiträge selbst sind — vielleicht etwas vereinfachend gesagt — in zwei Gruppen einzuteilen. Die erste Hälfte ist überwiegend allgemeiner ideengeschichtlicher Natur. In diesen Arbeiten kommen zeitliche und örtliche Differenzierungen, mögen sie auch nicht überall ganz unbeachtet bleiben, kaum zur Geltung. Die zweite Hälfte beschäftigt sich mit der politisch-sozialen Ausdrucksform des Liberalismus im 19. Jahrhundert in einzelnen Ländern. Deutschland ist viermal, Frankreich, England und Rußland sind je einmal vertreten. Die Inhaltsübersicht erweckt einen Eindruck, der von der Lektüre der Beiträge bestätigt wird. Wichtige

Aspekte des Liberalismus bleiben ausgeblendet oder werden unzulässig unterbelichtet. Das gilt in erster Linie für den wirtschaftlichen Liberalismus. Seine Bedeutung für die durchdringende Kraft des Liberalismus, die ihn trotz allen Geredes von »Krise« und »Elend« zu dem Denk- und Handlungszusammenhang gemacht hat, der die Neuzeit vielleicht am stärksten geprägt hat, klingt nur in der Arbeit von *Bullock* an. Das gilt auch für den Sozialliberalismus, von dem in *Schieders* Aufsatz andeutungsweise die Rede ist und dessen Tradition geringzuschätzen keine Gründe vorliegen. Ein Beitrag zur Problematik des liberalen Parteiwesens wäre ebenfalls erwünscht gewesen. Platz für all das hätte man schaffen können. Die ersten vier Beiträge sind entbehrlich. Die von *Schapiro*, *Leontovitsch* und *Watkins* sind Ausdruck des Versuchs, eben doch so etwas wie Definitionen des Liberalismus zu konstruieren. Das läuft fast notgedrungen auf die Explikation eines weidlich bekannten Gedankensyndroms hinaus, das zwar das liberale Herz erwärmt, aber den kritischen Kopf sehr skeptisch stimmt, weil ihm der idealtypische Charakter dieses Konstrukts nur zu bewußt ist. Angesichts der beiden glänzenden, wundervoll knappen Analysen von *Laski* und *Cesaire* hätte man diese Texte nicht vermißt. Der Leser sollte vielleicht überhaupt mit den sieben Seiten von *Cesaire* beginnen, wenn er rasch mit der Spannbreite des Problems vertraut und von dessen Vielfalt nicht zugleich verschreckt werden möchte. *Cesaire* weist auf vier Hauptrichtungen der Deutung hin: Liberalismus als politische Doktrin, die sich gegen die Willkür politischer Gewalten richtet, Liberalismus als Philosophie vom Menschen, in deren Mittelpunkt ein individualistischer Freiheitsbegriff und der Glaube an die Vernunft stehen, Liberalismus als Geisteshaltung und Liberalismus als politisch-soziale »Praxis«.

Dafür kann, wer in dem Band etwas über Liberalismus erfahren will, den Beitrag von *Ashcraft* (Marx und Weber über den Liberalismus als bürgerliche Ideologie) getrost überschlagen. Warum 45 von 300 Textseiten für diese wenig erleuchtete Weber-Kritik (Da Weber »mitten in einer bürgerlichen Gesellschaft lebte, die unter akuter strukturaler Auflösung litt, schrieb er den Sozialwissenschaften die Aufgabe zu, die sozialen Phänomene in einer ›Idealform‹ neu zu konstruieren«) verschwendet wurden, ist mir unerfindlich.

Die — wenn man so will — »empirischen« Beiträge sind durchweg mit Gewinn zu lesen. Im einzelnen näher auf sie einzugehen, ist hier nicht der Ort. Methodisch und inhaltlich am »modernsten« sind m. E. die Aufsätze von *Sheehan* und *Schmidt*. Nicht weil sie erst Anfang der 70er Jahre geschrieben worden sind, sondern weil ihr Ansatz am ehesten verspricht, dem Phänomen Liberalismus neue Aspekte abzugewinnen. *Schmidt* vergleicht die Möglichkeiten und die Praxis liberaler Politik in Deutschland und England nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Gestaltung in beiden Ländern. Dem Schicksal des deutschen Liberalismus wird dank dieses Ansatzes viel von seiner scheinbaren Außergewöhnlichkeit genommen, seine unverkennbaren Besonderheiten werden auf neue Art verständlich. *Sheehans* soziographischer Versuch über den deutschen Liberalismus im Vormärz geht dagegen nicht ohne Erfolg alten Denktopoi zu Leibe. Es sei ein Irrtum, den Liberalismus »als ideologischen Ausdruck des unternehmerischen Bürgertums zu betrachten«. Die Einsicht in die soziale Heterogenität führt dann wie von selbst zur Erkenntnis der Mannigfaltigkeit der sozioökonomischen Ansichten und der Nachdrücklichkeit, mit der liberales Denken vom Begriff der Gesellschaft und vom Eindruck sozialen und wirtschaftlichen Wandels bestimmt war. Die Vielfalt sozialgeschichtlicher Methoden scheint z. Zt. weiterzuführen als der eher ideengeschichtliche Ansatz *Lothar Galls*. Aus der Exegese von *Rotteck-Welckerschen* und ähnlich liberalen Lexikonartikeln vorindustrielles, vorrevolutionäres soziales Kontinuitätsbewußtsein und mangelnde Einsicht in den »grundsätzlichen Strukturwandel des gesamtgesellschaftlichen Ordnungsgefüges« herzuleiten, ist schon gewagt genug; es wird noch gewagter, wenn man daran die spätere »Orientierungskrise des Liberalismus« und seinen »Verlust an politischer und sozialer Integrationskraft« knüpft, weil es ihm Anfang der 1850er Jahre nicht gelungen sei, die Realität der heraufkommenden Industriege-

sellschaft mit dieser Denkhaltung in Einklang zu bringen. Bekanntlich hat der deutsche Liberalismus nie stärkere Integrationskraft und größere praktische Wirksamkeit entfaltet als in den 50er, 60er und frühen 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Der eine oder andere Beitrag zur Organisations- und Wirkungsgeschichte hätte das zeigen können.

Kurz, der Band enthält manche interessante und sogar richtungweisende Arbeit. Insgesamt fehlt es ihm an Ausgewogenheit sowie an Aspekt- und Perspektivenreichtum.

Volker Hentschel

Georg Friedrich Kolb, Lebenserinnerungen eines liberalen Demokraten 1808 - 1884, hrsg. von Ludwig Merckle; Vorwort, Lebensbild Kolbs und Nachlaßbearbeitung von Elmar Krautkrämer, Verlag Rombach, Freiburg 1976, 270 S., engl. brosch., 24 DM.

Der Pfälzer Georg Friedrich Kolb (1808 — 1884) blieb im Laufe seiner langen öffentlichen Wirksamkeit als Publizist (u. a. als Herausgeber der »Neuen Speyerer Zeitung«) und als Abgeordneter in der Nationalversammlung und im bayerischen Landtag (1848/49, 1863 bis 1872) stets seiner Linie als entschiedener Demokrat und gemäßigter Republikaner, als großdeutsch-antipreußischer Nationaler, als Verfechter des Vorrangs des Selbstbestimmungsrechts der Völker vor dem Nationalgedanken, als Gegner jedes Partikularismus, aber auch eines unnötigen Zentralismus, und als bürgerlicher Verächter der »eigentlichen Bourgeoisie« treu und sah sich daher zeitlebens zu einer freilich auf Gesetzmäßigkeit der Mittel bedachten Oppositionshaltung genötigt. Von diesem Standpunkt aus sind seine Lebenserinnerungen geschrieben, von denen leider nur die bis ca. 1850 reichenden Teile vollständig erhalten geblieben sind. Er schildert zunächst die Zustände und politischen Wechsellagen in der Pfalz vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Hambacher Fest 1832 und dessen blutiger Unterdrückung und schließt einen Überblick über die politische Entwicklung im vormärzlichen Bayern mit Schwerpunkt auf den Wechselbeziehungen zwischen Monarch, Regierung und Landtag an, der mit dem Rücktritt König Ludwigs I. endet (im Anhang stehen einige Pikanterien über »die Eskapaden der Lola Montez«). Am ausführlichsten wird die Revolution von 1848/49 beschrieben, während der Kolb alle Stationen auf der nationalen Ebene vom Vorparlament über den Fünfziger-Ausschuß bis zur Nationalversammlung (er schloß sich dort bis auf eine kurze, unerwähnt gebliebene Unterbrechung der Fraktion im »Deutschen Hof« an) und zum Rumpfparlament miterlebte und -gestaltete und zudem im bayerischen Landtag eine bedeutende Rolle spielte, bis die pfälzischen Abgeordneten wegen des pfälzischen Aufstandes suspendiert wurden. Am Aufstand selbst war er nicht leitend beteiligt, schon wegen seiner häufigen Abwesenheit; er förderte ihn aber publizistisch und über Bemühungen, ihn mittels der Entsendung eines Reichskommissars durch v. Gagern »gewissermaßen zu legalisieren«, distanzierte sich aber von selbsternannten revolutionären Gremien (Landesverteidigungsausschuß, Provisorische Regierung) und tat als Bürgermeister von Speyer alles, um bewaffnete Konfrontationen mit den einmarschierten preußischen und später bayerischen Truppen zu vermeiden. Dennoch wurde er verhaftet, was er als Rache für seine Enthüllung im Landtag deutete, daß Ludwig I. öffentliche Gelder für eine Anleihe an den wittelsbachischen Thron in Griechenland ohne Landtagszustimmung verwendet hatte.

Seine spätere politische Wirksamkeit nach einem halben Jahr Gefängnis und einem Exil in der Schweiz bis 1859 erhellen Fragmente, von denen seine Begründung für die Niederlegung seines Mandats im Zollparlament von 1868 und ein Bericht über die Landtagssitzungen kurz vor und während des deutsch-französischen Krieges erwähnenswert sind. Dort setzte sich Kolb für eine Herabsetzung der Präsenzzeit und nach Kriegsausbruch für eine bewaffnete Neutralität Bayerns und für einen frühzeitigen ehrenhaften Frieden mit Frankreich ohne An-

sellschaft mit dieser Denkhaltung in Einklang zu bringen. Bekanntlich hat der deutsche Liberalismus nie stärkere Integrationskraft und größere praktische Wirksamkeit entfaltet als in den 50er, 60er und frühen 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Der eine oder andere Beitrag zur Organisations- und Wirkungsgeschichte hätte das zeigen können.

Kurz, der Band enthält manche interessante und sogar richtungweisende Arbeit. Insgesamt fehlt es ihm an Ausgewogenheit sowie an Aspekt- und Perspektivenreichtum.

Volker Hentschel

Georg Friedrich Kolb, Lebenserinnerungen eines liberalen Demokraten 1808 - 1884, hrsg. von Ludwig Merckle; Vorwort, Lebensbild Kolbs und Nachlaßbearbeitung von Elmar Krautkrämer, Verlag Rombach, Freiburg 1976, 270 S., engl. brosch., 24 DM.

Der Pfälzer Georg Friedrich Kolb (1808 — 1884) blieb im Laufe seiner langen öffentlichen Wirksamkeit als Publizist (u. a. als Herausgeber der »Neuen Speyerer Zeitung«) und als Abgeordneter in der Nationalversammlung und im bayerischen Landtag (1848/49, 1863 bis 1872) stets seiner Linie als entschiedener Demokrat und gemäßigter Republikaner, als großdeutsch-antipreußischer Nationaler, als Verfechter des Vorrangs des Selbstbestimmungsrechts der Völker vor dem Nationalgedanken, als Gegner jedes Partikularismus, aber auch eines unnötigen Zentralismus, und als bürgerlicher Verächter der »eigentlichen Bourgeoisie« treu und sah sich daher zeitlebens zu einer freilich auf Gesetzmäßigkeit der Mittel bedachten Oppositionshaltung genötigt. Von diesem Standpunkt aus sind seine Lebenserinnerungen geschrieben, von denen leider nur die bis ca. 1850 reichenden Teile vollständig erhalten geblieben sind. Er schildert zunächst die Zustände und politischen Wechsellagen in der Pfalz vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Hambacher Fest 1832 und dessen blutiger Unterdrückung und schließt einen Überblick über die politische Entwicklung im vormärzlichen Bayern mit Schwerpunkt auf den Wechselbeziehungen zwischen Monarch, Regierung und Landtag an, der mit dem Rücktritt König Ludwigs I. endet (im Anhang stehen einige Pikanterien über »die Eskapaden der Lola Montez«). Am ausführlichsten wird die Revolution von 1848/49 beschrieben, während der Kolb alle Stationen auf der nationalen Ebene vom Vorparlament über den Fünziger-Ausschuß bis zur Nationalversammlung (er schloß sich dort bis auf eine kurze, unerwähnt gebliebene Unterbrechung der Fraktion im »Deutschen Hof« an) und zum Rumpfparlament miterlebte und -gestaltete und zudem im bayerischen Landtag eine bedeutende Rolle spielte, bis die pfälzischen Abgeordneten wegen des pfälzischen Aufstandes suspendiert wurden. Am Aufstand selbst war er nicht leitend beteiligt, schon wegen seiner häufigen Abwesenheit; er förderte ihn aber publizistisch und über Bemühungen, ihn mittels der Entsendung eines Reichskommissars durch v. Gagern »gewissermaßen zu legalisieren«, distanzierte sich aber von selbsternannten revolutionären Gremien (Landesverteidigungsausschuß, Provisorische Regierung) und tat als Bürgermeister von Speyer alles, um bewaffnete Konfrontationen mit den einmarschierten preußischen und später bayerischen Truppen zu vermeiden. Dennoch wurde er verhaftet, was er als Rache für seine Enthüllung im Landtag deutete, daß Ludwig I. öffentliche Gelder für eine Anleihe an den wittelsbachischen Thron in Griechenland ohne Landtagszustimmung verwendet hatte.

Seine spätere politische Wirksamkeit nach einem halben Jahr Gefängnis und einem Exil in der Schweiz bis 1859 erhellen Fragmente, von denen seine Begründung für die Niederlegung seines Mandats im Zollparlament von 1868 und ein Bericht über die Landtagssitzungen kurz vor und während des deutsch-französischen Krieges erwähnenswert sind. Dort setzte sich Kolb für eine Herabsetzung der Präsenzzeit und nach Kriegsausbruch für eine bewaffnete Neutralität Bayerns und für einen frühzeitigen ehrenhaften Frieden mit Frankreich ohne An-

nexionen ein. Mit Genugtuung vermerkte er eine Anerkennung seiner Haltung seitens der SDAP (Krautkrämer weist in seiner Einleitung darauf hin, daß Kolb im Münchner Bereich Bebel auf dessen Wunsch bei dessen Auseinandersetzung mit den Anhängern J. B. v. Schweitzers geholfen hat).

Dem Stil nach handelt es sich um ungemein lebendig und anschaulich, aber durchaus unpathetisch geschriebene Erinnerungen, die für die Veröffentlichung bestimmt waren. Kolb spart alles Private aus, stellt seine Person nicht in den Vordergrund, beurteilt politische Gegner differenziert, spricht etlichen von ihnen wenigstens ehrenhafte Motive zu und schildert die Rolle des Volkes ohne Revolutionsromantik. Die Quelle eignet sich hervorragend für Proseminare, abgesehen von ihrem wissenschaftlichen Wert für die Parteien- und Parlamentsforschung.

Die Edition wird durch eine knappe biographische Skizze des Bearbeiters Elmar Krautkrämer eingeleitet, der 1959 eine Monographie über Kolb veröffentlicht hat. Die Edition zeigt Spuren von Hast und ist recht sparsam kommentiert. Wenn auch in der Einleitung vermerkt wird, daß Kolb kurz vor seinem Tod (1884) mit der Überarbeitung seiner Erinnerungen begann, so stutzt der Leser dennoch, wenn mehrfach im fortlaufenden Text Ereignisse erwähnt werden, die sich Jahre und Jahrzehnte nach dem angegebenen Entstehungsjahr des jeweiligen Kapitels abgespielt haben, oder wenn in einem Unterkapitel, das der Angabe nach 1849 im Zweibrücker Arresthaus geschrieben wurde, Kolb sich selbst aus einer Aufzeichnung rückblickender Natur zitiert, die er im Arresthaus 1849 angefertigt hat. Konrad von Zwehl

Gerd Fesser, Linkliberalismus und Arbeiterbewegung. Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861—1866 (= Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 48), Akademie-Verlag, Berlin [DDR] 1976, XIII, 207 S., kart., 27 M.

Die Beschäftigung mit dem Verhältnis von liberalem Bürgertum und wiedererwachender elementarer Arbeiterbewegung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts seitens der neueren nichtmarxistischen Forschung durchzieht ein starkes politisches Interesse. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach der Notwendigkeit der Trennung von bürgerlicher Emanzipations- und Arbeiterbewegung, die unter Reprojektierung verschiedener, die jeweilige gesellschaftspolitische Vorstellung des Autors widerspiegelnder sog. Integrationsmodelle beantwortet wird. Eine doppelte Zielsetzung liegt auch der Arbeit von Gerd Fesser, Mitglied des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, zugrunde. Er setzt für den von ihm bearbeiteten Zeitraum die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei voraus. Als *inhaltliche* Aufgabe seiner Arbeit bezeichnet er es, »am Beispiel des preussischen Bürgertums die historische Aufgabe und die politischen Möglichkeiten zu bestimmen, welche die deutsche Bourgeoisie 1861 bis 1866 besaß und welche Stellung sie hierbei — in ihrem eigenen wohlverstandenen Klasseninteresse! — gegenüber Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung einnehmen mußte«, sowie »Aussagen darüber zu treffen, auf welche Weise und in welchem Umfang die DFP [Deutsche Fortschrittspartei] Einfluß auf Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung erlangte« (S. V f.). Die zweite »zentrale Aufgabe« sieht Fesser »in der parteilichen Auseinandersetzung mit der modernen imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung« (S. VII).

Diese zweifache Aufgabenstellung gerinnt im 120seitigen Textteil der — gegenüber der 1973er Jenaer Dissertationsfassung zwar inhaltlich überarbeiteten, aber nicht erweiterten — Untersuchung zu einer wunderlichen Mischung von meist thesenhaft formulierten eigenen und fremden Forschungsergebnissen, Belegzitataten und Polemiken gegen die einschlägige

nexionen ein. Mit Genugtuung vermerkte er eine Anerkennung seiner Haltung seitens der SDAP (Krautkrämer weist in seiner Einleitung darauf hin, daß Kolb im Münchner Bereich Bebel auf dessen Wunsch bei dessen Auseinandersetzung mit den Anhängern J. B. v. Schweitzers geholfen hat).

Dem Stil nach handelt es sich um ungemein lebendig und anschaulich, aber durchaus unpathetisch geschriebene Erinnerungen, die für die Veröffentlichung bestimmt waren. Kolb spart alles Private aus, stellt seine Person nicht in den Vordergrund, beurteilt politische Gegner differenziert, spricht etlichen von ihnen wenigstens ehrenhafte Motive zu und schildert die Rolle des Volkes ohne Revolutionsromantik. Die Quelle eignet sich hervorragend für Proseminare, abgesehen von ihrem wissenschaftlichen Wert für die Parteien- und Parlamentsforschung.

Die Edition wird durch eine knappe biographische Skizze des Bearbeiters Elmar Krautkrämer eingeleitet, der 1959 eine Monographie über Kolb veröffentlicht hat. Die Edition zeigt Spuren von Hast und ist recht sparsam kommentiert. Wenn auch in der Einleitung vermerkt wird, daß Kolb kurz vor seinem Tod (1884) mit der Überarbeitung seiner Erinnerungen begann, so stutzt der Leser dennoch, wenn mehrfach im fortlaufenden Text Ereignisse erwähnt werden, die sich Jahre und Jahrzehnte nach dem angegebenen Entstehungsjahr des jeweiligen Kapitels abgespielt haben, oder wenn in einem Unterkapitel, das der Angabe nach 1849 im Zweibrücker Arresthaus geschrieben wurde, Kolb sich selbst aus einer Aufzeichnung rückblickender Natur zitiert, die er im Arresthaus 1849 angefertigt hat. Konrad von Zwehl

Gerd Fesser, Linkliberalismus und Arbeiterbewegung. Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861—1866 (= Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 48), Akademie-Verlag, Berlin [DDR] 1976, XIII, 207 S., kart., 27 M.

Die Beschäftigung mit dem Verhältnis von liberalem Bürgertum und wiedererwachender elementarer Arbeiterbewegung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts seitens der neueren nichtmarxistischen Forschung durchzieht ein starkes politisches Interesse. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach der Notwendigkeit der Trennung von bürgerlicher Emanzipations- und Arbeiterbewegung, die unter Reprojizierung verschiedener, die jeweilige gesellschaftspolitische Vorstellung des Autors widerspiegelnder sog. Integrationsmodelle beantwortet wird. Eine doppelte Zielsetzung liegt auch der Arbeit von Gerd Fesser, Mitglied des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, zugrunde. Er setzt für den von ihm bearbeiteten Zeitraum die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei voraus. Als *inhaltliche* Aufgabe seiner Arbeit bezeichnet er es, »am Beispiel des preußischen Bürgertums die historische Aufgabe und die politischen Möglichkeiten zu bestimmen, welche die deutsche Bourgeoisie 1861 bis 1866 besaß und welche Stellung sie hierbei — in ihrem eigenen wohlverstandenen Klasseninteresse! — gegenüber Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung einnehmen mußte«, sowie »Aussagen darüber zu treffen, auf welche Weise und in welchem Umfang die DFP [Deutsche Fortschrittspartei] Einfluß auf Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung erlangte« (S. V f.). Die zweite »zentrale Aufgabe« sieht Fesser »in der parteilichen Auseinandersetzung mit der modernen imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung« (S. VII).

Diese zweifache Aufgabenstellung gerinnt im 120seitigen Textteil der — gegenüber der 1973er Jenaer Dissertationsfassung zwar inhaltlich überarbeiteten, aber nicht erweiterten — Untersuchung zu einer wunderlichen Mischung von meist thesenhaft formulierten eigenen und fremden Forschungsergebnissen, Belegzitataten und Polemiken gegen die einschlägige

westdeutsche Forschung (mit den Kollegen aus der DDR setzt sich Fesser fast ausnahmslos in den Anmerkungen auseinander). Die Untersuchung ist in vier Kapiteln chronologisch gegliedert. Nach der Beschreibung von Gründung und Physiognomie der DFP analysiert Fesser deren Haltung zur Arbeiterbewegung während der ersten Anfänge in Berlin (Eichlersche Bewegung), dann die Auseinandersetzungen des Bürgertums mit Lassalle 1863/64, die preußische Koalitionsrechtsdebatte 1864/65 und die ersten Spannungen zwischen dem Berliner Arbeiterverein und der DFP am Vorabend des Krieges von 1866. Im letzten Kapitel beschreibt er mittels Engels' »Militärfrage« von 1865 die objektiv richtige Politik der Arbeiterpartei sowie am Beispiel von F. A. Lange eine bürgerlich-demokratische Alternative zur praktizierten Arbeiterpolitik der DFP (diesen Abschnitt hat Fesser im Jahrbuch für Geschichte, Bd. 14 / 1976, zu einem Aufsatz ausgeweitet). Der Abdruck von 13 Quellen beschließt den Band. Schon die Gliederung weist darauf hin, daß Fesser sich in seinen Aussagen zur DFP fast ausschließlich auf den Berliner Führungszirkel der Fraktion und einige Personen wie Hammacher, Lange, Hoverbeck beschränkt. Man muß ihm zugestehen, daß die Quellen nur eine mühselige Sammlung (weniger) archivalischer und gedruckter Äußerungen zulassen. Doch ist einerseits in den von Fesser besuchten Archiven, wie der Rezensent aus eigener Erfahrung weiß, durchaus noch mehr Material zur Arbeiterpolitik der DFP vorhanden<sup>1</sup>; andererseits ist nicht einzusehen, warum DDR-Historiker vom Besuch westdeutscher Archive und Bibliotheken dispensiert sein sollen, wenn im umgekehrten Fall jeweils eine eingehende Begründung gefordert wird. Nicht zu Unrecht kritisiert Fesser an der westdeutschen Geschichtsschreibung, sie habe »qualitativ und selbst quantitativ nur sehr wenig zur Erforschung der ›Arbeiterpolitik‹ der Fortschrittspartei geleistet« (S. VII). Nehmen wir dies zum Maßstab bei der Betrachtung der einzelnen Abschnitte des Fesserschen Buches.

In der DFP sieht Fesser die Wortführerin eines großen Teils der preußischen und damit der deutschen Bourgeoisie (S. V f.), die sie somit repräsentiere. Die soziale Basis der Partei sucht er über die Zusammensetzung der Fraktion bzw. die regionalen »Einzugsgebiete« in den Wahlen zu ermitteln (S. 11 f., 115). Weder Wahlmännerstrukturen, Wahlvereine<sup>2</sup> noch die Abstimmungen in den einzelnen Wahlklassen, deren soziale Zusammensetzung sich zudem nach dem Gesamtsteueraufkommen des Wahlkreises richtete, werden untersucht. Fesser differenziert drei Gruppen innerhalb der Partei (Linksliberale = ehemalige 48er Demokraten — rechte Liberale — kleinbürgerliche Demokraten) und berücksichtigt alle gleichermaßen, womit aber der Titel der Arbeit (»Linksliberalismus«) nicht mehr recht einleuchtet. Wird einerseits behauptet, die Linksliberalen hätten in der DFP den Ton angegeben (S. 14), so weist Fesser selbst auf die dominierende Rolle der Rechten wie von Unruh hin (S. 23; vgl. S. 18). Die Bourgeoisie stand mehrheitlich wie ein Teil des Bürgertums, so Fesser richtig, nicht hinter der DFP. Gerade zur Begründung der Stellvertreterthese hätte die Funktion des »Linken Zentrums« untersucht werden müssen: Es wird kaum erwähnt. Gleichfalls vermißt man eine Antwort auf die Frage, warum gerade Advokaten, Literaten und Beamte als Interessenvertreter des wirtschaftsliberalen Bürgertums im Parlament fungierten, oder generell die Berücksichtigung des Partei-Problems<sup>3</sup>, d. h. der Tatsache, daß die DFP keine Mitgliederpartei

1 Verwiesen sei hier nur auf die Überwachungsakten der Berliner Wahlmännerversammlungen im Staatsarchiv Potsdam oder den Nationalvereinsnachlaß im Zentralen Staatsarchiv Potsdam. Unbedingt hätte die Arbeiterpresse durchgesehen werden müssen, so die Coburger »Arbeiterzeitung«, der »Social-Demokrat« usw.

2 Für deren Auswertung vgl. zuletzt die in vielen Punkten recht angreifbare Studie von Michael Gugel, Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Sozioökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts 1857—1867, Köln 1975, S. 59—63.

3 Dazu Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 9, 11 f.

war, woraus sich Schwierigkeiten bei der Zurechnung von Nichtparlamentariern zur DFP ergeben, wenn man sie von der allgemeinen Strömung des »Fortschrittsliberalismus« trennen will. Diesen Umstand nützt Fesser aus, indem er unter dem Begriff des »Fortschrittlers« (S. 87, 89) F. A. Lange für die DFP reklamiert, wodurch er *innerhalb* der Partei den Ansatz für eine demokratische Arbeiterpolitik lokalisieren kann. Mit dem Beispiel Lange kann er dann seine These, das Bürgertum habe in seiner verfehlten Arbeiterpolitik gegenüber seiner historischen Mission versagt, durch eine reale historische Alternative untermauern!

Die Eichlersche Bewegung vom Spätsommer 1862 ist für Fesser mit der (späteren) Agententätigkeit ihres Führers gerichtet. Die Polemik gegen Na'amans Darstellung<sup>4</sup> (S. 29 ff.) verzichtet auf inhaltliche Argumente. Statt dessen verläßt sich Fesser, dies methodisch untermauert (S. XI), recht unkritisch auf die Erinnerungen von Bebel und Vahlteich. So übersieht er z. B. die aus den von ihm benutzten Akten hervorgehende und für die Beurteilung der Eichlerschen Bewegung wichtige Tatsache, daß vier Mann des ersten Siebener-Komitees vom August 1862 sich später im *liberalen* Arbeiterverein exponierten. Das ausführliche Kapitel über die Auseinandersetzung zwischen Lassalle und dem liberalen Bürgertum, im wesentlichen eine Zusammenfassung der DDR-Forschung, bringt inhaltlich ebenfalls kaum Neues. Die Koalitionsdebatte von 1864/65 verdient besondere Aufmerksamkeit wegen der dabei erstmals offenbar werdenden Spannungen zwischen den liberal-demokratischen Arbeitervereinen und der DFP. Fessers recht dürftige Skizze (S. 77-87) weist eklatante Mängel auf: Er bezieht weder die für die Diskussion der Motive der liberalen Parlamentsinitiative in Sachen Koalitionsfreiheit aufschlußreiche Bebel-Schippel-Debatte in der »Neuen Zeit« von 1898/99 mit ein, noch hat er die teilweise in Broschürenform vorliegenden zahlreichen Stellungnahmen aus der Arbeiterschaft aufgearbeitet<sup>5</sup>. Bei der Bewertung der Haltung der DFP zu §183 der Gewerbeordnung berücksichtigt Fesser nicht, daß Regierung und Polizei seit der Reaktionszeit auf die Anwendung dieses Paragraphen ausdrücklich verzichteten<sup>6</sup>.

Fessers Auseinandersetzung mit den Varianten bürgerlicher und »rechtssozialdemokratischer« Geschichtsschreibung fußt auf der in der DDR-Historiographie einheitlich vertretenen These von der historischen Aufgabe des Bürgertums, die Fesser für die DFP so formuliert (vgl. S. 5, 21, 24, 77, 96, 114 f., 118): 1. sei es die geschichtliche Aufgabe der Bourgeoisie gewesen, im Verfassungskonflikt die Macht zu erringen und die Beseitigung der feudalen Relikte durchzusetzen; 2. habe die objektive Möglichkeit einer revolutionären Situation bestanden (S. 6)<sup>7</sup>; 3. sei das Bündnis der DFP mit einer (zu schaffenden) Arbeiterpartei objektiv gefordert, die Angst des Bürgertums vor der Arbeiterbewegung sachlich unbegründet gewesen (S. 118).

Es hätte einem marxistischen Ansatz doch wohl entsprochen, mittels einer tiefergehenden Analyse des Verhaltens der DFP zur Arbeiterschaft auf das diesem zugrundeliegende materielle Interesse zu schließen, wie dies etwa Gugel für die Einheits- und Freiheitsproblematik versucht hat, um so zumindest die behaupteten »objektiven« Interessen zu verifizieren, an-

4 *Sblomo Na'aman*, Der Fall Eichler, in: IRSH 15, 1970, S. 347—374.

5 Die sogenannte Sozialkommission, von der Regierung zur Beratung des Koalitionsrechtsproblems zusammengerufen, in der u. a. der ehemalige Vorsitzende des Berliner Arbeitervereins Karl Dittmann saß, wird nicht erwähnt. Vgl. gegenüber Fesser etwa *Helmut Anders*, Der Kampf der Arbeiterklasse um die Koalitionsfreiheit in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Preußen, Jur. Diss. Leipzig 1961 (MS) und *Hermann Müller*, Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Berlin 1917, (Reprint Berlin / Bonn 1978), bes. S. 64, 97 f.

6 Vgl. Zentrales Staatsarchiv Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 10, Bd. 6, Bl. 258 f.

7 Dabei stützt sich Fesser auf einen von einem exmittierten Kneipier verursachten Straßenkrawall; vgl. die Berichte der Berliner Volks-Zeitung bzw. der National-Zeitung vom 2.—3.7.1863. Fessers Verweis, S. 140, Anm. 55, bezieht sich übrigens auf die Volks-, nicht auf die National-Zeitung.

statt das reale Verhalten mittels einer theoretisch deduzierten historischen Handlungsnotwendigkeit auf dem Hintergrund einer gleichfalls abstrakt behaupteten, nirgendwo belegten, partiellen Interessenidentität von Arbeiterschaft und Bürgertum zu kritisieren<sup>8</sup>. Eine solche Analyse würde, wenn sie die gegebenen innenpolitischen Konstellationen sowie die 1848er Erfahrungen der Bedrohung konkreter bürgerlicher Interessen durch eine sich formierende Arbeiterbewegung berücksichtigt, zu dem Ergebnis kommen, daß die DFP — bewußt oder unbewußt — tatsächlich ihren objektiven Interessen entsprechend gehandelt hat. Dementsprechend ließe sich die faktische liberale Arbeiterpolitik, abgesehen von durchaus vorhandenen sozialen Motiven, als Produkt konkreter politischer und wirtschaftlicher Notwendigkeiten nachweisen, für deren *äußere* Form sehr oft ideologische Beschränktheiten verantwortlich zeichneten. Statt dessen untersucht Fesser die DFP-Politik nur im Hinblick auf ihre *Versäumnisse*, was sie, an ihrer historischen Aufgabe gemessen, gefehlt habe. Er sucht nicht nach einer positiven Begründung ihrer tatsächlichen Politik, für die er im übrigen nur Plausibilitäten anbieten kann (z. B. S. 4 f., 118 f., desgl. S. 21).

Generös verzichtet Fesser auf jede Vermittlung zwischen dem »objektiven« Interesse der Bourgeoisie bzw. dem der »Arbeiterschaft« als Klasse und der jeweiligen recht differenzierten Zusammensetzung der beiden Kontrahenten: den unterschiedlichen, ja teilweise gegensätzlichen Gruppeninteressen, die er für die DFP selbst diagnostiziert und die für die Anziehungskraft der Schulzeschen Genossenschaftsideologie auf eine mehrheitlich handwerklich geprägte Arbeiterschaft verantwortlich waren.

Gegenüber der »rechtssozialdemokratischen« bzw. »imperialistischen« Geschichtsschreibung zum Thema wird, bei ausführlicher Zitation, nicht argumentiert, sondern doziert. Die materiellen »Ergebnisse« werden abgesichert durch zahlreiche Belege aus der DDR-Forschung bzw. den sozialistischen Klassikern, wobei die Auslegung von Engels' »Militärfrage« einer eingehenderen Betrachtung wert wäre. Neue Forschungsergebnisse bietet Fesser kaum, einige Thesen der DDR-Forschung — besonders zur Basis der DFP, ihrer Haltung in der Koalitionsdebatte etc. — werden leicht modifiziert.

Fessers Buch ist in erster Linie nicht ein Forschungsbeitrag zum Thema, sondern eine pointierte und dabei oft präzise die vorliegende DDR-Forschung sowie die Erinnerungsliteratur, unter Illustrierung aus einigen ungedruckten Quellenbeständen, zusammenfassende, polemische Auseinandersetzung mit der westdeutschen Geschichtsschreibung in ihren zwei hauptsächlichsten Varianten, die über ausgewählte Zitate in einer durchaus bedauernden Gestalt vorgeführt werden.

Toni Offermann

Der liberale Roman und der preußische Verfassungskonflikt. Analyseskizzen und Materialien. Unter Mitarbeit von Elke Neumann hrsg. von Bernd Peschen und Claus-Dieter Krohn (= Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaft, Bd. 7), Metzler Verlag, Stuttgart 1976, VIII, 290 S., Pb., 36 DM.

Ziel des vorliegenden »Arbeitsbuches« ist, »ausgehend von einer bestimmten gesellschaftlich-politischen Konstellation das antagonistische Material zu dokumentieren, auf das vor allem

<sup>8</sup> Zu der These von der historischen Mission des Bürgertums und den daraus folgenden methodischen Implikationen bemerkt *Gugel* (s. Anm. 2), S. 226, grundsätzlich: »Wohl weist man allgemein auf die ökonomische Unterentwicklung der deutschen Bourgeoisie oder auf die Tatsache hin, daß sie an zwei Fronten kämpfte — jedoch nur, um in einem qualitativen Sprung die Argumentations- und Darstellungsebene zu wechseln und von ›Feigheit‹, ›Übervorsichtigkeit‹, ›prinzipienloser Kompromißpolitik‹, ›Verlogenheit‹, ›Verrat‹, ja ›historischer Schuld‹ zu sprechen. Es scheint, als träfe bei Nichterfüllung des theoretisch gesetzten Klassenzieles die Handelnden ein moralischer Tadel[. . .]«.

statt das reale Verhalten mittels einer theoretisch deduzierten historischen Handlungsnotwendigkeit auf dem Hintergrund einer gleichfalls abstrakt behaupteten, nirgendwo belegten, partiellen Interessenidentität von Arbeiterschaft und Bürgertum zu kritisieren<sup>8</sup>. Eine solche Analyse würde, wenn sie die gegebenen innenpolitischen Konstellationen sowie die 1848er Erfahrungen der Bedrohung konkreter bürgerlicher Interessen durch eine sich formierende Arbeiterbewegung berücksichtigt, zu dem Ergebnis kommen, daß die DFP — bewußt oder unbewußt — tatsächlich ihren objektiven Interessen entsprechend gehandelt hat. Dementsprechend ließe sich die faktische liberale Arbeiterpolitik, abgesehen von durchaus vorhandenen sozialen Motiven, als Produkt konkreter politischer und wirtschaftlicher Notwendigkeiten nachweisen, für deren *äußere* Form sehr oft ideologische Beschränktheiten verantwortlich zeichneten. Statt dessen untersucht Fesser die DFP-Politik nur im Hinblick auf ihre *Versäumnisse*, was sie, an ihrer historischen Aufgabe gemessen, gefehlt habe. Er sucht nicht nach einer positiven Begründung ihrer tatsächlichen Politik, für die er im übrigen nur Plausibilitäten anbieten kann (z. B. S. 4 f., 118 f., desgl. S. 21).

Generös verzichtet Fesser auf jede Vermittlung zwischen dem »objektiven« Interesse der Bourgeoisie bzw. dem der »Arbeiterschaft« als Klasse und der jeweiligen recht differenzierten Zusammensetzung der beiden Kontrahenten: den unterschiedlichen, ja teilweise gegensätzlichen Gruppeninteressen, die er für die DFP selbst diagnostiziert und die für die Anziehungskraft der Schulzeschen Genossenschaftsideologie auf eine mehrheitlich handwerklich geprägte Arbeiterschaft verantwortlich waren.

Gegenüber der »rechtssozialdemokratischen« bzw. »imperialistischen« Geschichtsschreibung zum Thema wird, bei ausführlicher Zitation, nicht argumentiert, sondern doziert. Die materiellen »Ergebnisse« werden abgesichert durch zahlreiche Belege aus der DDR-Forschung bzw. den sozialistischen Klassikern, wobei die Auslegung von Engels' »Militärfrage« einer eingehenderen Betrachtung wert wäre. Neue Forschungsergebnisse bietet Fesser kaum, einige Thesen der DDR-Forschung — besonders zur Basis der DFP, ihrer Haltung in der Koalitionsdebatte etc. — werden leicht modifiziert.

Fessers Buch ist in erster Linie nicht ein Forschungsbeitrag zum Thema, sondern eine pointierte und dabei oft präzise die vorliegende DDR-Forschung sowie die Erinnerungsliteratur, unter Illustrierung aus einigen ungedruckten Quellenbeständen, zusammenfassende, polemische Auseinandersetzung mit der westdeutschen Geschichtsschreibung in ihren zwei hauptsächlichsten Varianten, die über ausgewählte Zitate in einer durchaus bedauernden Gestalt vorgeführt werden.

Toni Offermann

Der liberale Roman und der preußische Verfassungskonflikt. Analyseskizzen und Materialien. Unter Mitarbeit von Elke Neumann hrsg. von Bernd Peschen und Claus-Dieter Krohn (= Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaft, Bd. 7), Metzler Verlag, Stuttgart 1976, VIII, 290 S., Pb., 36 DM.

Ziel des vorliegenden »Arbeitsbuches« ist, »ausgehend von einer bestimmten gesellschaftlich-politischen Konstellation das antagonistische Material zu dokumentieren, auf das vor allem

<sup>8</sup> Zu der These von der historischen Mission des Bürgertums und den daraus folgenden methodischen Implikationen bemerkt *Gugel* (s. Anm. 2), S. 226, grundsätzlich: »Wohl weist man allgemein auf die ökonomische Unterentwicklung der deutschen Bourgeoisie oder auf die Tatsache hin, daß sie an zwei Fronten kämpfte — jedoch nur, um in einem qualitativen Sprung die Argumentations- und Darstellungsebene zu wechseln und von ›Feigheit‹, ›Übervorsichtigkeit‹, ›prinzipienloser Kompromißpolitik‹, ›Verlogenheit‹, ›Verrat‹, ja ›historischer Schuld‹ zu sprechen. Es scheint, als träfe bei Nichterfüllung des theoretisch gesetzten Klassenzieles die Handelnden ein moralischer Tadel[. . .]«.

die Romane von Freytag, Raabe und Fontane eine künstlerische Antwort darstellten. Der Schwerpunkt des Bandes liegt auf der Dokumentation der öffentlichen, parteipolitisch orientierten Auseinandersetzung in diesem Zeitraum. Sie ist so strukturiert, daß aus ihr die sozialwissenschaftlichen Grundkenntnisse und Voraussetzungen erarbeitet werden können, die für die literaturwissenschaftliche Umsetzung der Romananalyse notwendig sind« (Umschlagtext). Die thematisch gegliederte Sammlung von 149 z. T. erstmals gedruckten Dokumenten zum bürgerlichen Emanzipationskampf im preußischen Verfassungskonflikt 1862/66 wird eingeleitet zum einen vom Germanisten unter den Herausgebern, Bernd Peschken, mit grundsätzlichen methodologischen Bemerkungen, einer in vielen Einzelheiten und Deutungen recht anfechtbaren Skizze der emanzipatorischen Tendenzen im Verfassungskampf sowie sozialgeschichtlichen »Analyseskizzen« von Werken der o. a. Autoren, zum andern vom Historiker Claus-Dieter Krohn mit einer knappen und pointierten Darstellung der »Sozialgeschichte des Verfassungskonflikts«.

Entscheidend für das Gelingen des anspruchsvollen Unternehmens einer Vermittlung von Sozial- und Literaturgeschichte ist gleichermaßen die theoretisch-methodologische Konzeption wie die davon abhängende Quellenauswahl. Insbesondere der einleitende Teil vermag keineswegs zu überzeugen, doch muß hier eine knappe inhaltliche Zusammenfassung genügen. Um in der interdisziplinären Zusammenarbeit die Eigenständigkeit von Sozial- und Literaturgeschichte auch in methodischer Hinsicht zu wahren, fordert Peschken eine je eigenständige »Herauspräparierung von Strukturen« (S. 8), die es dann zu vermitteln gelte. Beim vorliegenden Thema sei letzteres »über die emanzipatorischen Absichten der im Verfassungskonflikt tätigen Generation möglich« (Vorwort), die ihre ästhetische Umsetzung in den Werken der genannten Autoren gefunden hätten. Die inhaltliche Bestimmung von »Fortschrittlichkeit«, ihrer emanzipativen Funktion und ihres sozialen Trägers darf nach Peschken nur aus dem realen historischen Prozeß selbst heraus erfolgen. Die relativ fortschrittlichste Richtung der Epoche kann seiner Meinung nach nur diejenige sein, die auch die Mittel in der Hand hat, ihre Ziele eventuell zu erreichen. »Den eigenen politischen Mitteln unangemessene Forderungen« deuten ebenso wie ein trotz vorhandener politischer Mittel vorgenommener Verzicht auf die Durchsetzung humanitärer Absichten auf ein »falsches Bewußtsein« (S. 6). Unter diesen Voraussetzungen kann Peschken dann als den Träger der realistischsten und fortschrittlichsten Tendenz der Epoche die bürgerliche Emanzipationsbewegung und letztlich — hierin weit unkritischer als Krohn (s. S. 51) — die Deutsche Fortschrittspartei (!) bestimmen (S. 15 f., 21), womit er den gewünschten *gemeinsamen* Träger für die (sozial)politischen und die literarischen Emanzipationstendenzen erhält. Doch konkretisiert Peschken weder die emanzipative Funktion der fortschrittsparteilichen Kampfziele noch ihre behaupteten größeren Realisierungschancen, die er für 1862/66 als besser einschätzt als für 1848/49. Das wohl nächstliegende historische Korrektiv zur Überprüfung bürgerlicher Fortschrittlichkeit, die sich formierende Arbeiterbewegung, wird ebenso weitgehend ausgeklammert (vgl. etwa die ausgewählten Lassalle-Dokumente Nr. 78, 85, 104, 106) wie die fortschreitende Ökonomisierung des bürgerlich-liberalen Denkens. Das konzeptionelle Kernproblem des Arbeitsbuches wird mit keinem Wort berührt: Die Dokumentation des bürgerlichen Verfassungskampfes soll augenscheinlich nicht nur der Interpretation von literarischen Werken dienen, die zur Konfliktzeit entstanden sind, sondern auch von solchen, deren Handlung zwar in diese Zeit fällt, die aber erst Jahre später verfaßt wurden (z. B. Raabe, Freytag)! Was der Benutzer hier angesichts der sich in ihnen niederschlagenden handfesten Verdrängungsprozesse der alten (verfassungs)politischen Kampfziele im Wilhelminischen Kaiserreich mit dem edierten Material anfangen soll, bleibt dunkel. (Nebenbei bemerkt: Gerade Raabes *Gutmanns Reisen*, denen doch die 2. Generalversammlung des Nationalvereins von 1860 als Rahmenhandlung dient, wird nicht einmal erwähnt.) Angesichts der vorgelegten »Analyseskizzen« bleibt schließlich offen, für welche sonstigen Werke und Interpretationen hier denn Material

bereitgelegt wird. Die Möglichkeit einer Anwendung auf die zeitgenössische Lyrik (z. B. Herwegh, Freiligrath) zieht Peschken leider nicht in Erwägung.

Über die Brauchbarkeit des *Quellentils* entscheidet aber letztlich der von den Autoren ins Auge gefaßte Benutzerkreis — daher zu diesem Komplex nur einige kritische Bemerkungen aus fachwissenschaftlicher Sicht. Am Dokumentenmaterial fällt der überproportionale Prozentsatz literarischer Produkte des nicht gerade als repräsentativ zu bezeichnenden Twesten auf (21 von 149 Nrn.). Irritierend wirken eingestreute »Quellen« aus dem Bereich der neueren Literatur (Nr. 58, 68, 92, 112). Kaum verständlich ist jedoch der Rückgriff auf Archivmaterial — zudem oft nur Polizei- und Ministerialberichte — bei einem völligen Verzicht auf *das* Forum bürgerlicher Öffentlichkeit, Bewußtseinsbildung und Artikulation: die liberale Tagespresse! Die Fülle der zum Abdruck kommenden Quellen muß gerade im Zusammenhang mit einer äußerst sparsamen Annotierung den angesprochenen sach- und fachfremden Benutzer überfordern, was auch durch die stark lenkenden Quellen- und Abschnittsüberschriften nicht ausgeglichen werden kann. Oft fragt man sich, *was* eigentlich dokumentiert werden soll: Repräsentieren die abgedruckten Materialien die vorherrschende Einstellung des Bürgertums zum vorliegenden Problemkomplex, oder dokumentieren sie gerade eine diesbezüglich uneinheitliche Haltung, indem nur die jeweils fortschrittlichen Vertreter zu Worte kommen (z. B. Judenfrage: Nr. 61; Frauenemanzipation: Nr. 63 f., vgl. Nr. 248; Arbeiterfrage: Nr. 65, 67, 69 ff.). Insgesamt bleibt der Eindruck dieses Arbeitsbuches, gerade von seinem selbstgesteckten Ziel her gesehen, dem (angehenden) Germanisten den Zugang zu einer sozialgeschichtlichen Interpretation literarischer Texte zu eröffnen, durchaus unbefriedigend. Für eine Analyse der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts bietet der Band allerdings aufschlußreiches und z. T. neues Material.

Toni Offermann

Das Tagebuch Julius Hölders 1877—1880. Zum Zerfall des politischen Liberalismus in Württemberg und im Deutschen Reich, hrsg. von Dieter Langewiesche (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A: Quellen, Bd. 26), Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1977, XVIII, 334 S., kart., 48 DM.

Das Tagebuch, das der Württemberger Julius Hölder (1819—1887; Landtagsabgeordneter 1848/49 und 1856—1881; Landtagspräsident 1875—1881; nationalliberaler Reichstagsabgeordneter 1871—1881; württembergischer Innenminister 1881 bis zu seinem Tode) in der Zeit zwischen Juli 1877 und Ende 1880 führte, ist eine zentrale Quelle nicht nur für die württembergische Landesgeschichte, sondern auch und vor allem für die innen- und wirtschaftspolitische Umbruchphase im Bismarckreich (die sog. »zweite« oder »innere« Reichsgründung), die auch zum Auseinanderbrechen der Nationalliberalen Partei führte. Bislang war das Tagebuch nur durch die im pro-Bismarckischen Sinn tendenziös ausgewählten Auszüge bekannt, die H. v. Poschinger in seinem Werk über »Bismarck und die Parlamentarier« (1895 f.) abgedruckt hat. Hölders Perspektive bei seiner detaillierten Schilderung von internen Vorgängen in der nationalliberalen Reichstagsfraktion (Entscheidungsprozeß, Flügelkämpfe, taktische Absprachen, vertrauliche Mitteilungen wie z. B. über Bennigsens Verhandlungen mit Bismarck über einen Eintritt von Nationalliberalen in die Regierung) ist vornehmlich von seiner Position in Württemberg bestimmt. Hölder war im späten Vormärz in der demokratischen Bewegung aktiv, nahm aber während der Revolution eine gemäßigt oppositionelle Haltung ein, die ihn für den demokratischen wie den liberalen Flügel der bürgerlichen Opposition als Integrationsfigur annehmbar machte; er hatte entscheidenden Anteil daran, daß die liberal-demokratischen Kräfte im Landtag bis zur Mitte der 1860er Jahre als einheitliche Fraktion auftraten. Die kontroverse Einschätzung des Bismarckschen Weges zur

bereitgelegt wird. Die Möglichkeit einer Anwendung auf die zeitgenössische Lyrik (z. B. Herwegh, Freiligrath) zieht Peschken leider nicht in Erwägung.

Über die Brauchbarkeit des *Quellenteils* entscheidet aber letztlich der von den Autoren ins Auge gefaßte Benutzerkreis — daher zu diesem Komplex nur einige kritische Bemerkungen aus fachwissenschaftlicher Sicht. Am Dokumentenmaterial fällt der überproportionale Prozentsatz literarischer Produkte des nicht gerade als repräsentativ zu bezeichnenden Twesten auf (21 von 149 Nrn.). Irritierend wirken eingestreute »Quellen« aus dem Bereich der neueren Literatur (Nr. 58, 68, 92, 112). Kaum verständlich ist jedoch der Rückgriff auf Archivmaterial — zudem oft nur Polizei- und Ministerialberichte — bei einem völligen Verzicht auf *das* Forum bürgerlicher Öffentlichkeit, Bewußtseinsbildung und Artikulation: die liberale Tagespresse! Die Fülle der zum Abdruck kommenden Quellen muß gerade im Zusammenhang mit einer äußerst sparsamen Annotierung den angesprochenen sach- und fachfremden Benutzer überfordern, was auch durch die stark lenkenden Quellen- und Abschnittsüberschriften nicht ausgeglichen werden kann. Oft fragt man sich, *was* eigentlich dokumentiert werden soll: Repräsentieren die abgedruckten Materialien die vorherrschende Einstellung des Bürgertums zum vorliegenden Problemkomplex, oder dokumentieren sie gerade eine diesbezüglich uneinheitliche Haltung, indem nur die jeweils fortschrittlichen Vertreter zu Worte kommen (z. B. Judenfrage: Nr. 61; Frauenemanzipation: Nr. 63 f., vgl. Nr. 248; Arbeiterfrage: Nr. 65, 67, 69 ff.). Insgesamt bleibt der Eindruck dieses Arbeitsbuches, gerade von seinem selbstgesteckten Ziel her gesehen, dem (angehenden) Germanisten den Zugang zu einer sozialgeschichtlichen Interpretation literarischer Texte zu eröffnen, durchaus unbefriedigend. Für eine Analyse der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts bietet der Band allerdings aufschlußreiches und z. T. neues Material.

Toni Offermann

Das Tagebuch Julius Hölders 1877—1880. Zum Zerfall des politischen Liberalismus in Württemberg und im Deutschen Reich, hrsg. von Dieter Langewiesche (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A: Quellen, Bd. 26), Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1977, XVIII, 334 S., kart., 48 DM.

Das Tagebuch, das der Württemberger Julius Hölder (1819—1887; Landtagsabgeordneter 1848/49 und 1856—1881; Landtagspräsident 1875—1881; nationalliberaler Reichstagsabgeordneter 1871—1881; württembergischer Innenminister 1881 bis zu seinem Tode) in der Zeit zwischen Juli 1877 und Ende 1880 führte, ist eine zentrale Quelle nicht nur für die württembergische Landesgeschichte, sondern auch und vor allem für die innen- und wirtschaftspolitische Umbruchphase im Bismarckreich (die sog. »zweite« oder »innere« Reichsgründung), die auch zum Auseinanderbrechen der Nationalliberalen Partei führte. Bislang war das Tagebuch nur durch die im pro-Bismarckischen Sinn tendenziös ausgewählten Auszüge bekannt, die H. v. Poschinger in seinem Werk über »Bismarck und die Parlamentarier« (1895 f.) abgedruckt hat. Hölders Perspektive bei seiner detaillierten Schilderung von internen Vorgängen in der nationalliberalen Reichstagsfraktion (Entscheidungsprozeß, Flügelkämpfe, taktische Absprachen, vertrauliche Mitteilungen wie z. B. über Bennigsens Verhandlungen mit Bismarck über einen Eintritt von Nationalliberalen in die Regierung) ist vornehmlich von seiner Position in Württemberg bestimmt. Hölder war im späten Vormärz in der demokratischen Bewegung aktiv, nahm aber während der Revolution eine gemäßigt oppositionelle Haltung ein, die ihn für den demokratischen wie den liberalen Flügel der bürgerlichen Opposition als Integrationsfigur annehmbar machte; er hatte entscheidenden Anteil daran, daß die liberal-demokratischen Kräfte im Landtag bis zur Mitte der 1860er Jahre als einheitliche Fraktion auftraten. Die kontroverse Einschätzung des Bismarckschen Weges zur

Reichsgründung spaltete die beiden Lager; Hölder sah sich genötigt, gegen die antipreußisch-föderalistische, demokratische »Volkspartei« 1866 eine »Deutsche Partei« zu gründen, für die er Anhänger über den Kreis der propreußischen, aber über den Grad an Selbständigkeit der Bundesstaaten uneinigen Liberalen hinaus bei nationalgesinnten Konservativen und bei wirtschaftsbürgerlichen Kreisen suchen mußte. Die Partei wurde unter seiner Führung in den 1870er Jahren zur stärksten Fraktion; die gemeinsame Basis der inhomogenen Wählerschaft bestand freilich nur in der Bejahung der Reichsgründung und der Reichsinstitutionen, so daß liberale Reformziele in den Hintergrund traten. Die Deutsche Partei arbeitete im Landtag eng mit dem nur als Fraktion existierenden »Regierungsclub« zusammen; Hölder pflegte auch ein persönliches Verhältnis zum Ministerpräsidenten Frhr. v. Mittnacht, dessen Reichspolitik er voll billigte und der ihm auch viele vertrauliche Mitteilungen aus Landespolitik und Bundesrat zukommen ließ. Die Konservativen (vor allem Pietisten) sonderten sich zwar 1876 ab und bildeten eine eigene Deutschkonservative Partei; doch ihre Zusammenarbeit mit der Deutschen Partei einschließlich der gemeinsamen Aufstellung von Reichstagskandidaten blieb bestehen, wobei sich freilich immer weniger Gewählte im Reichstag den Nationalliberalen und immer mehr den konservativen Fraktionen anschlossen. Das Funktionieren einer lockeren, regierungsnahen Honoratiorenpartei samt der Rolle des staatlichen Wohlwollens für die Kandidaten und der Bedeutung gesellschaftlicher Verbindungen (Burschenschaften, gesellige Anlässe etc.) wird im Tagebuch sehr anschaulich geschildert, ebenso wie Hölders vergebliche Bemühungen, die bisher kooperierenden Kräfte in einer einheitlichen Partei auf der Grundlage von Reichstreue und Abwehr unitarischer Tendenzen zusammenzuführen.

Entsprechend wuchs Hölders Reserve gegenüber der nationalliberalen Reichstagsfraktion wegen der zentralistischen Neigungen seiner preußischen Kollegen, der »Tyrannei« in der Fraktion und der gegen Bismarck gerichteten »doktrinären« Angriffe des linken Flügels, dessen Sezession er herbeiwünschte. Hölder ließ sich im März 1879 nicht mehr in den Fraktionsvorstand wählen und trat im Juli 1879 zusammen mit 15 Süddeutschen, mit denen er sich der schutzzöllnerischen interfraktionellen Vereinigung von 204 Abgeordneten angeschlossen hatte, aus der Fraktion aus, ohne die Verbindung zu ihr ganz zu lösen. Die Unterstützung der Bismarckschen Zoll- und Handelspolitik ist freilich nicht interessenpolitisch motiviert; wenn auch drei Abgeordnete seiner Gruppe der Eisenindustrie nahestanden, so waren doch nicht wirtschaftliche Sonderinteressen ausschlaggebend, zumal sich die württembergischen Handels- und Gewerbekammern durchaus uneinheitlich geäußert hatten, sondern die Entlastung der Länder von den Matrikularbeiträgen, abgesehen vom Stimmungsumschwung bei der Wählerschaft zugunsten mäßiger Schutzzölle.

Die Edition ist eine nachträgliche Frucht der Beschäftigung des Herausgebers mit »Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung« (Düsseldorf 1974; vgl. die Rez. von L. Gall in HZ, Bd. 228, 1979, S. 99—101) und ist ungewöhnlich reichhaltig kommentiert und mit einer Einleitung versehen, die aufgrund ihrer Aspektvielfalt mehr als nur eine biographische Skizze bietet. Konrad von Zwehl

Ludolf Herbst, Die erste Internationale als Problem der deutschen Politik in der Reichsgründungszeit. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der Politik »monarchischer Solidarität« (= Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 46), Musterschmidt-Verlag, Göttingen / Frankfurt / Zürich 1975, 240 S., engl. brosch., 70 DM.

Die aus einer Dissertation hervorgegangene vorliegende Arbeit will sich vornehmlich einem Problem widmen, das sich in Geschichte und Politik immer wieder gestellt hat: das Verhält-

Reichsgründung spaltete die beiden Lager; Hölder sah sich genötigt, gegen die antipreußisch-föderalistische, demokratische »Volkspartei« 1866 eine »Deutsche Partei« zu gründen, für die er Anhänger über den Kreis der propreußischen, aber über den Grad an Selbständigkeit der Bundesstaaten uneinigen Liberalen hinaus bei nationalgesinnten Konservativen und bei wirtschaftsbürgerlichen Kreisen suchen mußte. Die Partei wurde unter seiner Führung in den 1870er Jahren zur stärksten Fraktion; die gemeinsame Basis der inhomogenen Wählerschaft bestand freilich nur in der Bejahung der Reichsgründung und der Reichsinstitutionen, so daß liberale Reformziele in den Hintergrund traten. Die Deutsche Partei arbeitete im Landtag eng mit dem nur als Fraktion existierenden »Regierungsclub« zusammen; Hölder pflegte auch ein persönliches Verhältnis zum Ministerpräsidenten Frhr. v. Mittnacht, dessen Reichspolitik er voll billigte und der ihm auch viele vertrauliche Mitteilungen aus Landespolitik und Bundesrat zukommen ließ. Die Konservativen (vor allem Pietisten) sonderten sich zwar 1876 ab und bildeten eine eigene Deutschkonservative Partei; doch ihre Zusammenarbeit mit der Deutschen Partei einschließlich der gemeinsamen Aufstellung von Reichstagskandidaten blieb bestehen, wobei sich freilich immer weniger Gewählte im Reichstag den Nationalliberalen und immer mehr den konservativen Fraktionen anschlossen. Das Funktionieren einer lockeren, regierungsnahen Honoratiorenpartei samt der Rolle des staatlichen Wohlwollens für die Kandidaten und der Bedeutung gesellschaftlicher Verbindungen (Burschenschaften, gesellige Anlässe etc.) wird im Tagebuch sehr anschaulich geschildert, ebenso wie Hölders vergebliche Bemühungen, die bisher kooperierenden Kräfte in einer einheitlichen Partei auf der Grundlage von Reichstreue und Abwehr unitarischer Tendenzen zusammenzuführen.

Entsprechend wuchs Hölders Reserve gegenüber der nationalliberalen Reichstagsfraktion wegen der zentralistischen Neigungen seiner preußischen Kollegen, der »Tyrannei« in der Fraktion und der gegen Bismarck gerichteten »doktrinären« Angriffe des linken Flügels, dessen Sezession er herbeiwünschte. Hölder ließ sich im März 1879 nicht mehr in den Fraktionsvorstand wählen und trat im Juli 1879 zusammen mit 15 Süddeutschen, mit denen er sich der schutzzöllnerischen interfraktionellen Vereinigung von 204 Abgeordneten angeschlossen hatte, aus der Fraktion aus, ohne die Verbindung zu ihr ganz zu lösen. Die Unterstützung der Bismarckschen Zoll- und Handelspolitik ist freilich nicht interessenpolitisch motiviert; wenn auch drei Abgeordnete seiner Gruppe der Eisenindustrie nahestanden, so waren doch nicht wirtschaftliche Sonderinteressen ausschlaggebend, zumal sich die württembergischen Handels- und Gewerbekammern durchaus uneinheitlich geäußert hatten, sondern die Entlastung der Länder von den Matrikularbeiträgen, abgesehen vom Stimmungsumschwung bei der Wählerschaft zugunsten mäßiger Schutzzölle.

Die Edition ist eine nachträgliche Frucht der Beschäftigung des Herausgebers mit »Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung« (Düsseldorf 1974; vgl. die Rez. von L. Gall in HZ, Bd. 228, 1979, S. 99—101) und ist ungewöhnlich reichhaltig kommentiert und mit einer Einleitung versehen, die aufgrund ihrer Aspektvielfalt mehr als nur eine biographische Skizze bietet. Konrad von Zwehl

Ludolf Herbst, Die erste Internationale als Problem der deutschen Politik in der Reichsgründungszeit. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der Politik »monarchischer Solidarität« (= Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 46), Musterschmidt-Verlag, Göttingen / Frankfurt / Zürich 1975, 240 S., engl. brosch., 70 DM.

Die aus einer Dissertation hervorgegangene vorliegende Arbeit will sich vornehmlich einem Problem widmen, das sich in Geschichte und Politik immer wieder gestellt hat: das Verhält-

nis staatlicher Macht zu radikalen politischen Minderheiten mit seiner Dialektik von Unterdrückung und Freiheit (S. 7). Der Autor will mit dieser Arbeit den Versuch machen, die Politik Deutschlands in den Jahren 1871 bis 1872 (also nach der Reichsgründung und nicht, wie im Titel angegeben, in der Reichsgründungszeit) im Zusammenhang mit der Verfolgung der Internationale zu analysieren. Dies könne zwar nur auf dem Hintergrund der sozialen Frage und ihrer verschiedenen Lösungsmöglichkeiten geschehen, im Vordergrund der Betrachtung sollen aber vor allem die politisch-organisatorischen und rechtlichen Probleme einer Verfolgung der Internationale stehen — Probleme also, die auf der diplomatischen Ebene zwischen den Großmächten Frankreich, Rußland, Österreich-Ungarn, England und Deutschland zur Sprache kamen.

Erst nach dem Aufstand der Pariser Kommune vom März 1871 und den französischen Versuchen, die Internationale als den Hauptschuldigen an diesem Aufstand darzustellen, wurde die Internationale zum brisanten Problem der europäischen Politik, indem einmal die Internationale als gesamteuropäische Bedrohung erscheinen sollte und zum anderen eine gemeinsame Verfolgung der Kommunisten gefordert wurde. Allerdings fand die Regierung in Versailles mit ihren Bemühungen um gemeinsame europäische Abwehrmaßnahmen gegen die Internationale nur begrenztes Entgegenkommen (S. 65 f.). Einen besonderen Stellenwert nahm Rußland in der französischen Kalkulation ein, denn dort wurde die revolutionäre Gefahr als evident angesehen.

Wenn man davon ausgeht, daß die heraufbeschworene revolutionäre Bedrohung sowohl in Versailles wie in Berlin im Sinne nationalstaatlicher Machtinteressen genutzt werden sollte, so mag man »mit einigem Recht in Favres Vorgehen im Frühsommer 1871 einen Gegenzug zur Politik Bismarcks und zu seinem Bestreben sehen können, die Republik Frankreich im monarchischen Europa außenpolitisch zu isolieren« (S. 66). Während Bismarck Rußland und Österreich-Ungarn im Namen monarchischer Solidarität ans Reich binden wollte, ging das Bestreben der französischen Politik dahin, im Vorgehen gegen die Internationale derart zu verfahren, daß voraussichtlich nur Rußland dieser Politik folgen würde. Gelänge es auf diese Weise, an der deutschen Politik vorbeizuziehen, so könnte ein momentanes französisch-russisches Spezialinteresse zum Ausgangspunkt einer breiteren Interessengemeinschaft werden (S. 67). Wie der Autor nachweist, bemühte sich Bismarck sehr schnell, dieser möglichen Annäherung zwischen Frankreich und Rußland entgegenzuwirken. Es sei vor allem dem überlegenen diplomatischen Spiel Bismarcks zuzuschreiben, daß aus der Situation im Sommer 1871 keine negativen Folgen für die außenpolitische Stellung Deutschlands erwachsen seien, »dem es gelang, sich hinter der ablehnenden Haltung Englands zu verstecken und Österreich-Ungarn zu gewinnen, ohne Rußland vor den Kopf zu stoßen« (S. 155).

Durch den Untertitel stellt der Autor seine Arbeit und die detaillierten Analysen in den größeren Rahmen der »Politik monarchischer Solidarität«. Zu den Auswirkungen der Pariser Kommune gehörte es nun, daß sie das Bewußtsein für einen Revolutionstypus schärfte, der nicht nur die Monarchie, sondern auch die Republik bedrohte und damit neue Gegensätze schuf. Die bürgerliche Demokratie hatte sich selbst auf die Seite der Monarchie gestellt, und gemeinsam standen sie der sozialen, proletarischen Revolution gegenüber. Wie Herbst konstatiert, konnte dies nicht ohne Auswirkungen auf die Politik monarchischer Solidarität bleiben (S. 223). Bismarck benutzte den sich anbahnenden Kampf gegen die Internationale für seine Annäherung an Österreich-Ungarn und die Isolierung Frankreichs, andererseits zeigte sich, daß der enge Zusammenhang zwischen Revolutionsgefahr und Außenpolitik bei der Verfolgung der Internationale auch zugunsten Frankreichs und zur Isolierung des neuen Deutschen Reichs nutzbar zu machen war. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß unter den in den Jahren 1871/72 bestehenden Bedingungen die Politik monarchischer Solidarität — sollte sie zu konkreten gemeinsamen Maßnahmen gegen die Sozialisten führen — die Gefahr in sich barg, durch die unvermeidliche Offenlegung der strukturellen Unterschiede der

Staaten die Interessengegensätze zu vertiefen. Eine Konkretisierung der Politik monarchischer Solidarität gegen die Gefahren der sozialen Revolution war in den Jahren 1871/72 also gar nicht möglich (S. 224). Wie Herbst feststellt, hätte auch der Fortbestand der ersten Internationale wohl kaum etwas geändert. Die Möglichkeiten zur Konkretisierung dieser Politik ergaben sich erst später.

Beatrix W. Bouvier

Hans-Peter Ullmann, *Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895 - 1914* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 21), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 464 S., kart., 84 DM.

Die wirtschaftlichen Interessenverbände gehören derzeit sicherlich zu den besterforschten Erscheinungen der Geschichte des deutschen Kaiserreichs. Das dürfte zwei inhaltlich-sachliche Gründe haben, die von der vergleichsweise günstigen Quellenlage unterstützt worden sind. Freie Wirtschaftsverbände hat es vor der Gründung des Reiches in dieser Gestalt in Deutschland nicht gegeben. Der Formwandel in der Artikulation und praktischen Vertretung privater Gruppeninteressen hat daher zu Recht die Aufmerksamkeit der Historiker wachgerufen; zumal die Aufmerksamkeit von Historikern, die ihr Augenmerk vorrangig nicht mehr auf die Haupt- und Staatsaktionen, sondern auf deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen und Bezüge richten. Es war naheliegend, von Studien über die Organisation und Politik der Interessenverbände weitere Aufklärung über die Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen Wirtschaft und Politik zu erwarten, die Lederer bereits 1912 als »Ökonomisierung des politischen Lebens« thesenhaft zugespitzt behandelt hat und die in der Zwischenzeit im Begriff des »Organisierten Kapitalismus« gleichsam den Charakter eines System erhalten haben.

In den vergangenen zehn Jahren sind sehr eingehende und zugleich wohl abschließende Monographien über die vier bekanntesten und sicherlich auch wichtigsten Verbände erschienen. Puhle (1966) und Kaelble (1967) haben den Anfang mit Arbeiten über den BdL und den CVDI gemacht. Mielkes Untersuchung über den Hansa-Bund ist nur wenig später, 1970, in Berlin als Dissertation angenommen, in überarbeiteter Fassung aber erst 1976 gedruckt worden. Sehr viel rascher — dafür ist den Herausgebern der »Kritischen Studien« ebenso zu danken wie für die verzögerte Publikation der aufschlußreichen Studie von Mielke — ist die umfangreiche Arbeit über den Bund der Industriellen im Druck erschienen, mit der Hans-Peter Ullmann 1975 in Köln von Theodor Schieder promoviert worden ist.

Es wäre reizvoll, die Gelegenheit zu benutzen, um ein erstes Resümee zu ziehen und die Ergebnisse der speziellen Verbandsforschung mit der Rolle und Bedeutung zu konfrontieren, die den Verbänden in gängigen »Konzepten« und Interpretationen der Geschichte der Wilhelminischen Zeit zugewiesen werden. Es wäre nichts Neues, wenn verkürzte Thesen und übermäßig scharf pointierte Formulierungen von der Spezialforschung zwar nicht mehr getragen werden, aber dennoch ihren Platz im Deutungs»raster« für eine historische Erscheinung oder Epoche noch eine gute Weile behalten, weil ihre Revision womöglich die Interpretation größerer Zusammenhänge fragwürdig erscheinen ließe.

Es wäre reizvoll! Aber hier ist nicht der rechte Ort dafür. Hier geht es um das Buch Ullmanns. Und an dem läßt sich auch nicht exemplarisch zeigen, worauf es bei einer zusammenfassenden Betrachtung ankäme. Das liegt nicht am Buch, sondern am BdI. Mag man auch die Zeit für gekommen halten, die Bedeutung der wirtschaftlichen Interessenverbände im politischen und gesellschaftlichen Gefüge ihrer Zeit, vor allem aber die Überschätzung ihres tatsächlichen Einflusses auf wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen und Entscheidungen wesentlich tiefer zu hängen, als es derzeit geschieht — wenn man es am Beispiel des BdI

Staaten die Interessengegensätze zu vertiefen. Eine Konkretisierung der Politik monarchischer Solidarität gegen die Gefahren der sozialen Revolution war in den Jahren 1871/72 also gar nicht möglich (S. 224). Wie Herbst feststellt, hätte auch der Fortbestand der ersten Internationale wohl kaum etwas geändert. Die Möglichkeiten zur Konkretisierung dieser Politik ergaben sich erst später.

Beatrix W. Bouvier

Hans-Peter Ullmann, *Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895 - 1914* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 21), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 464 S., kart., 84 DM.

Die wirtschaftlichen Interessenverbände gehören derzeit sicherlich zu den besterforschten Erscheinungen der Geschichte des deutschen Kaiserreichs. Das dürfte zwei inhaltlich-sachliche Gründe haben, die von der vergleichsweise günstigen Quellenlage unterstützt worden sind. Freie Wirtschaftsverbände hat es vor der Gründung des Reiches in dieser Gestalt in Deutschland nicht gegeben. Der Formwandel in der Artikulation und praktischen Vertretung privater Gruppeninteressen hat daher zu Recht die Aufmerksamkeit der Historiker wachgerufen; zumal die Aufmerksamkeit von Historikern, die ihr Augenmerk vorrangig nicht mehr auf die Haupt- und Staatsaktionen, sondern auf deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen und Bezüge richten. Es war naheliegend, von Studien über die Organisation und Politik der Interessenverbände weitere Aufklärung über die Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen Wirtschaft und Politik zu erwarten, die Lederer bereits 1912 als »Ökonomisierung des politischen Lebens« thesenhaft zugespitzt behandelt hat und die in der Zwischenzeit im Begriff des »Organisierten Kapitalismus« gleichsam den Charakter eines System erhalten haben.

In den vergangenen zehn Jahren sind sehr eingehende und zugleich wohl abschließende Monographien über die vier bekanntesten und sicherlich auch wichtigsten Verbände erschienen. Puhle (1966) und Kaelble (1967) haben den Anfang mit Arbeiten über den BdL und den CVDI gemacht. Mielkes Untersuchung über den Hansa-Bund ist nur wenig später, 1970, in Berlin als Dissertation angenommen, in überarbeiteter Fassung aber erst 1976 gedruckt worden. Sehr viel rascher — dafür ist den Herausgebern der »Kritischen Studien« ebenso zu danken wie für die verzögerte Publikation der aufschlußreichen Studie von Mielke — ist die umfangreiche Arbeit über den Bund der Industriellen im Druck erschienen, mit der Hans-Peter Ullmann 1975 in Köln von Theodor Schieder promoviert worden ist.

Es wäre reizvoll, die Gelegenheit zu benutzen, um ein erstes Resümee zu ziehen und die Ergebnisse der speziellen Verbandsforschung mit der Rolle und Bedeutung zu konfrontieren, die den Verbänden in gängigen »Konzepten« und Interpretationen der Geschichte der Wilhelminischen Zeit zugewiesen werden. Es wäre nichts Neues, wenn verkürzte Thesen und übermäßig scharf pointierte Formulierungen von der Spezialforschung zwar nicht mehr getragen werden, aber dennoch ihren Platz im Deutungs»raster« für eine historische Erscheinung oder Epoche noch eine gute Weile behalten, weil ihre Revision womöglich die Interpretation größerer Zusammenhänge fragwürdig erscheinen ließe.

Es wäre reizvoll! Aber hier ist nicht der rechte Ort dafür. Hier geht es um das Buch Ullmanns. Und an dem läßt sich auch nicht exemplarisch zeigen, worauf es bei einer zusammenfassenden Betrachtung ankäme. Das liegt nicht am Buch, sondern am BdI. Mag man auch die Zeit für gekommen halten, die Bedeutung der wirtschaftlichen Interessenverbände im politischen und gesellschaftlichen Gefüge ihrer Zeit, vor allem aber die Überschätzung ihres tatsächlichen Einflusses auf wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen und Entscheidungen wesentlich tiefer zu hängen, als es derzeit geschieht — wenn man es am Beispiel des BdI

täte, hänge beides denn doch gleich zu tief. Ullmann hat ja doch letztlich die Geschichte fortwährender Vergeblichkeit und wiederholten Scheiterns geschrieben. Eine nachhaltig einfluß- und erfolgreiche Vertretung der Interessen klein- und mittelbetrieblicher Industrieller hat es trotz des BdI im Kaiserreich nicht gegeben.

Als derart begrenzte Interessenvertretung war der Bund zunächst übrigens gar nicht gedacht gewesen. Er ist 1895 ausdrücklich als Gegenorganisation zum BdL und überdies im Widerstreit zur einseitigen Betonung schwer- und textilindustrieller Interessen im CVDI ins Leben gerufen worden und sollte Repräsentant der gesamten deutschen Industrie sein. Diesem hohen Anspruch ist er von Anbeginn nicht gerecht geworden. Die Vorstellung des Chemievereins, der 1889 im Zorn den Centralverband verlassen hatte, einen halbstaatlichen Zwangsverband der ganzen Industrie einschließlich des CVDI zu schaffen, ist über den Bereich der Vorstellung nie hinausgediehen. Aber auch die bescheidenere Hoffnung, dem CVDI Mitglieder abwerben zu können, hat getrogen. Der etablierte, finanzkräftige Centralverband ist von der Gründung des Bundes nicht sonderlich gestört worden. So ist der BdI nicht einmal der »Schutzverband der Fertigungindustrie« geworden, sondern — etwas überspitzt formuliert — eine Art Refugium der »Unterprivilegierten« in der industriellen Unternehmerschaft gewesen und geblieben. In ihm haben sich, abgesehen von der Chemie, die Branchen mit mittelmäßigem oder unterdurchschnittlichem Wachstum zusammengefunden. Es waren dies zugleich die Branchen, in denen die Klein- und Mittelbetriebe vorherrschten. Das hat sich zunächst auf die Organisation und die Finanzkraft höchst nachteilig ausgewirkt. Ullmann schildert das nach einem Vorspann über die »Genese industrieller Interessenvertretungen«, der unnötig weit ausholt und dann mit Notwendigkeit zu knapp und gerafft ausfällt, und nach der vorzüglich konzentriert dargestellten Gründungsgeschichte ausführlich und überzeugend. Dem Verband ist es nie gelungen, eine handlungsfähige, zentrale Führung herauszubilden. Die kurze Phase der Zentralisationsbemühungen bis etwa 1902 ist zugleich die Phase der größten Einflußlosigkeit und Mißerfolge gewesen. Wie maßgebend die Mitwirkung der landwirtschaftlichen und industriellen Interessenten an der endgültigen Formulierung des schon von den Zeitgenossen weit über das Maß seiner faktischen wirtschaftlichen Wirkung zu hoher sozialer und politischer Bedeutung emporstilisierten Zollgesetzes von 1902 tatsächlich gewesen ist, ist trotz der Quellenforschung von Stegmann, Witt, Eley und nun auch von Ullmann immer noch unzureichend geklärt. Wie aber auch immer — der BdI hat dabei jedenfalls keine Rolle gespielt.

Das hat den Fertigwarenproduzenten — soweit den Außenhandelsstatistiken zu entnehmen ist — freilich weniger geschadet, als sie selbst befürchtet haben und als Ullmann hin und wieder unterstellt (S. 101, 201). Im Zeichen des Bülow-Tarifs ist der Anteil des Exports am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen nach Hoffmanns Schätzungen von 14,7 % (1905) auf 17,4 % (1912) und gar 19,2 % (1913) gestiegen. Der Wert der ausgeführten Fertigwaren ist von 1905 bis 1909 um 19,2 % und bis 1913 um 65 % gewachsen. Dies aber hier, da es noch um die organisatorischen Leistungen und Fehlleistungen des BdI geht, nur in Parenthese.

Wirkungsvoller ist der Verband erst nach der Jahrhundertwende aufgetreten, als die regionalen Organisationen an Gewicht gewannen. Dabei ist freilich stärker noch als vorher offenbar geworden, daß seine Reichweite nicht nur hinsichtlich der vertretenen Industriebranchen und Unternehmensgrößen, sondern auch regional sehr begrenzt war. Bei genauer Hinsicht gab es eigentlich nur zwei Wirtschaftsregionen, in denen der Bund nachhaltig Fuß gefaßt hatte: Südwestdeutschland und das nichtpreußische Mitteldeutschland. In Bayern hat es gute Ansätze gegeben, die mit der Gründung des unabhängigen Bayerischen Industriellenverbandes, der sich zusehends vom Bund entfernte und auf den CVDI zu bewegte, aber rasch zu Ende gingen. In Preußen hat der BdI nie größeres Gewicht gehabt. Seine »Hochburg« war seit der Gründung des Verbandes sächsischer Industrieller (VSI) im Jahr 1902 das König-

reich Sachsen. 1909 waren dort nicht zuletzt dank der siebenjährigen Geschäftsführung des jungen Stresemann allein 69 % aller Einzelmitglieder des BdI beheimatet.

Ullmann deutet die hochgradige Durchsetzungsfähigkeit des VSI an, exemplifiziert sie aber nicht beweiskräftig. Das mag angesichts des Themas und der Fragestellung seines Buches weniger zu kritisieren als zu bedauern sein. Da so nachdrücklich betont wird, daß in der zweiten, längeren Phase der Verbandstätigkeit die Landesverbände eher den Bund konstituierten und trugen, als daß der Bund die Tätigkeit der Landesverbände bestimmt und koordiniert hätte, und da der VSI als »Vorbild und Erfolgsausweis für das neue landesverbandliche Organisationsprinzip« (S. 53) vorgestellt wird, ist es immerhin ein verständliches Bedauern. Mir scheint, daß ein tiefer eindringender Abschnitt über die praktische Tätigkeit des VSI unsere Einsicht in Wesen und Arbeit der wirtschaftlichen Interessenverbände im Kaiserreich mehr gefördert hätte, als die siebenundzwanzig etwas aufgeblähten, allzu gewollt »theoriehaltigen« und eigentlich wenig überraschenden Seiten zur Verbandsideologie. Zumal das Stresemann-Buch von Donald Warren mancherlei Aufklärung schuldig geblieben ist und zumal Ullmann — aber vielleicht liest er das gar nicht so gern — als Darsteller und Interpret empirischer Zusammenhänge viel interessanter und origineller ist denn als Ideologiekritiker und als betont historischer Sozialwissenschaftler mit theoretischem Anspruch.

Ich habe mich jedenfalls nach den spannenden Kapiteln über die viel internen Streit provozierenden organisatorischen Probleme und über die durchgehend katastrophale Finanzlage des Bundes, die es ihm nicht erlaubte, sich »auf dem Gebiet der Parteienfinanzierung [zu] betätigen [oder] in Wahlkämpfe durch Kandidatenfinanzierung« einzugreifen (S. 80), bei der Lektüre des folgenden Ideologiekapitels und des weit längeren Abschnitts über die »Einflußmöglichkeiten« des BdI einer gewissen Lesemüdigkeit nicht ganz erwehren können. Die Handlung retardiert in diesem Mittelstück auf unerfreuliche Weise. Das müßte bei etwas strafferer Darstellung nicht ganz so sein, verweist aber auch auf die hauptsächliche Schwierigkeit aller Verbandsgeschichte. Zwischen dem historischen Interesse an den verbandspolitischen Praktiken, dem Einfluß auf administrative und gesetzgeberische Maßnahmen sowie dem zähl- und meßbaren Erfolg der Verbände und der Aussagekraft der Quellen zu diesen Fragen gibt es eine erhebliche Diskrepanz. Parlamentarische Lobby und informelle Bemühungen, Regierungen und Verwaltungen für partikulare wirtschaftliche und politische Interessen zu gewinnen, werden gewöhnlich nicht aktenkundig. Deshalb läßt sich wenig Handgreifliches darüber schreiben. Nicht umsonst wird immer wieder beispielhaft auf den Wirtschaftlichen Ausschuß bei der Vorbereitung des Zollgesetzes von 1902 als institutionalisierter Interessenvertretung und auf die 12 000-Mark-Affäre als zufällig bloßgestelltes stillschweigendes Zusammenwirken eines Reichsamtes und eines Interessenverbandes hingewiesen, im übrigen aber versucht, mit hypothetischen Überlegungen die Wahrscheinlichkeit der erfolgreichen Einflußnahme plausibel zu machen.

Ullmann leitet diese Wahrscheinlichkeit aus einigen derzeit gängigen Betrachtungen über die Herrschaftsstruktur des Kaiserreichs, die Rekrutierung und Zusammensetzung seiner Bürokratien und die »ideologische Affinität« zwischen den Verwaltungsspitzen und der Industrie ab. Das Resümee, die Verwaltung habe »zur präferentiellen Berücksichtigung der agrarischen vor den industriellen, der schwerindustriellen vor den fertigindustriellen und der Interessen der besitzenden Klasse vor denen der Arbeiterklasse [tendiert]«, ist freilich zu vage und zu wenig belegt, um völlig zu überzeugen. Ich frage mich, ob es sich ein Historiker nicht zu einfach macht, wenn er den Mangel an Quellenbelegen mit dem Rückgriff auf die Theorie der »non-decisions« und der »einflußlosen Einflußnahme« überbrückt. An der Idee mag ja manches dran sein, als »theoretischer Stützpfeiler« in der historischen Argumentation wirkt sie gleichwohl wie ein unangreifbarer deus ex machina. Über »Nichtthematisierung« (S. 110) läßt sich schlechterdings nicht mehr rasonnieren. Die Geschichtswissenschaft tut sich keinen Gefallen, wenn sie ihre Deutungen der Bestreitbarkeit entzieht, und sie läuft Gefahr, Leerfor-

meln zu produzieren. Ich kann jedenfalls — um ein beliebiges Beispiel zu nennen — nicht ohne weiteres einsehen, daß die »Konvergenz organisatorischer Strukturen« — wenn es sie denn zwischen Reichsverwaltung und Wirtschaft gegeben haben sollte — »die Herausbildung ›interbürokratischer‹ Beziehungen [erleichtert] und die Verflechtung zwischen Verwaltung und Verbänden« gefördert haben soll (S. 116).

Nach den etwas mühsam zu lesenden 50 bis 60 Seiten, die diese Abschnitte füllen, wird das Buch dann allerdings noch einmal interessant und informativ. Ullmann schildert unter der etwas zu hoch gegriffenen Überschrift »Fertigindustrielle Politik im Wilhelminischen Deutschland: Einflußnahme und Bündnispolitik des BdI« zunächst die Entstehung des Bülow-Tarifs und der Handelsverträge, die auf seiner Grundlage abgeschlossen worden sind, dann die vorübergehende Zusammenarbeit des BdI mit dem CVDI in der wenig wirkungsvollen Interessengemeinschaft der Deutschen Industrie und schließlich seine Aktivität im Widerstreit zum Centralverband im Hansabund. Insbesondere im Teil über den Zolltarif tritt der Bund wegen der geringen Rolle, die er bei der Entstehung des Gesetzes gespielt hat, zwar stark in den Hintergrund. Die Auseinandersetzungen im Wirtschaftlichen Ausschuß und in der Regierung werden dafür um so eingehender dargestellt. Der Tarif und die Handelsverträge erscheinen hier weniger von wirtschaftlichen Interessenten beeinflusst und stärker als das »Resultat innerbürokratischer Konflikte und Kompromisse, die in der ›mittleren Linie‹ Bülows ihre Ausprägung fanden« (S. 239). Dem dürfte weitgehend zuzustimmen sein. Am Abschluß der Handelsverträge hat der berühmte und als Menetekel staatlich geförderter agrarisch-schwerindustrieller Sammlung perhorreszierte Wirtschaftliche Ausschuß überhaupt nicht mehr mitgewirkt. Nach der Veröffentlichung des Regierungsentwurfs im Juli 1901 ist er nicht mehr einberufen worden. Es war an der Zeit, die Bedeutung dieses Gremiums und der anderen Beiräte auf das rechte Maß zu reduzieren. Wahrscheinlich waren sie tatsächlich kaum mehr als »eine Kulisse, die der Herr Minister nach Belieben verschieben und hinter die er sich zurückziehen« konnte (Bueck, zit. S. 123).

Der BdI hat deshalb in den letzten Friedensjahren unter dem zunehmenden Einfluß Stresemanns von Versuchen, auf Regierungen und Verwaltungen unmittelbar einzuwirken, mehr und mehr abgesehen und verstärktes Gewicht auf die Durchdringung der Nationalliberalen Partei, die Beeinflussung der öffentlichen Meinung und die Werbung von »Hilfsvölkern« (Angestellte, »wirtschaftsfriedliche« Arbeiter und »kleine« Landwirte) gelegt. An Durchschlagskraft hat er dadurch freilich kaum gewonnen. Der BdI ist ein »Bund der Unzulänglichen« geblieben.

Ullmann hat das einsichtig und mit hohem Informationsgehalt dargestellt. Daß er sich dabei durchgehend den Denk- und Sprachtopoi verschrieben hat, die im Zusammenhang mit der Geschichte des Kaiserreichs derzeit fällig sind, und gar zu undistanziert und leichthin von »Organisiertem Kapitalismus«, »Großer Depression«, »großer und kleiner Sammlung«, »Solidarprotektionismus«, »plebiszitärem Cäsarismus«, »Staatsintervention«, »permanenter Staatsstreichdrohung«, »Sozialimperialismus« und »konservativer Neugründung« spricht, hat mein Lesevergnügen nicht eben erhöht. Aber das ist angesichts des fragwürdigen Nimbus, den diese Formeln inzwischen besitzen, wohl mein Problem. Im übrigen hat man gelernt, hinter den kurzschlüssigen Interpretationen, zu denen sie verleiten — »Die Interessenverbände wurden zu einem Mittel staatlicher Wirtschaftslenkung und gleichzeitig ein Mittel zur Lenkung des Staates« (S. 19, 234), um nur ein Beispiel zu nennen, das gleich wiederholt auftaucht —, den Wert eines Buches zur Geschichte des Kaiserreichs richtig einzuschätzen.

Volker Hentschel

Dietrich Geyer, *Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860—1914* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 27), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1977, 344 S., Pb., 58 DM.

In einem 1973 erschienenen Aufsatz<sup>1</sup> hat Geyer darauf hingewiesen, daß Rußland in der Imperialismusdebatte der neueren westlichen Forschung bis dahin ganz am Rande geblieben war. Und er hat in diesem Aufsatz in zunächst hypothetischer Weise den Versuch gemacht, das Sonderphänomen des russischen Imperialismus zwischen 1860 und 1914 zu beschreiben und aus den wechselseitigen Bedingungen der weltpolitischen Lage, des inneren politischen und sozialökonomischen Wandels des Zarenreiches sowie der Kontinuität des historisch gewachsenen russischen Großmacht- und Sendungsbewußtseins zu erklären.

Diesen Ansatz, Ablösung der Imperialismustheorie hinsichtlich Rußlands vom alleinigen Bedingungsfaktor einer hochentwickelten Industrialisierung und Erweiterung des Bezugsrahmens um Fragen nach den krisenhaften »intrasystemaren Transformationsprozessen«, die für die ökonomisch rückständige Großmacht Rußland seit der Bauernbefreiung charakteristisch waren, hat Geyer in seinem neuen Buch wieder aufgegriffen und auf beispielhafte Weise durchgeführt. Es liegt in der Konsequenz dieses Ansatzes, wenn Geyer jede Festlegung auf einen Primat der Außen- oder der Innenpolitik vermeidet und statt dessen Außen- und Innenpolitik in ihrer Interdependenz darstellt. »Zu fragen ist zum einen nach den gesellschaftlichen und ökonomischen Bewegungskräften, die die Großmachtspolitik des Zarenreiches beeinflusst haben, zum anderen nach den Rückwirkungen des internationalen Engagements auf innerrussische Spannungslagen und Entwicklungsprobleme« (S. 11).

Im 1. Teil des Buches, »Reform und Expansion 1860—1885«, untersucht Geyer die Frage nach den Voraussetzungen des modernen russischen Imperialismus, der nicht aus einem angeblich naturgesetzlichen Expansions- und Weltherrschaftsstreben der Russen erklärt werden kann, sondern als Folge der »qualitativen Veränderungen« zu begreifen ist, »die das Zarenreich und seine Politik zwischen 1860 und 1914 verwandelt haben« (S. 14). Geyer sieht daher die Geburtsstunde des russischen Imperialismus nicht erst in den 1890er Jahren, in denen der Industrialisierungsprozeß große Fortschritte machte, sondern bereits in der Reformperiode, die nach dem verlorenen Krimkrieg mit dem Ziel einsetzte, die erschütterte Großmachtposition des Reiches wieder zu befestigen. Der krisenhafte Charakter dieses Modernisierungsprozesses, der die sozialen und ökonomischen Fundamente des Staates berührte, dazu die chronische Finanzschwäche und industrielle Unterentwicklung Rußlands standen einer offensiven Großmachtspolitik im Wege. Dieser Befund, innenpolitische Labilität und ökonomischer Rückstand, ist, wie auch die späteren Abschnitte des Buches belegen, im Grunde genommen bis zum 1. Weltkrieg hin unverändert geblieben. Dennoch oder gerade deshalb hat das Zarenreich auf dem Balkan, in Zentralasien und im Fernen Osten imperiale Interessen in einer Weise verfolgt, die es dreimal in Kriege verstrickte und die seine innenpolitische Krisenlage immer weiter zuspitzte. Die Frage nach den Ursachen dieser Politik ist das zentrale Thema des Buches.

Hinsichtlich der Orientpolitik liegt die Antwort Geyer zufolge zu einem wesentlichen Teil in der kompensatorischen Funktion des »gesellschaftlich fundierten Nationalismus«, dessen Druck sich die bewegungsschwache Autokratie schließlich nicht zu entziehen vermochte. Die Hoffnungen auf eine systemstabilisierende Wirkung wurden jedoch durch den enttäuschenden Ausgang des russisch-türkischen Krieges von 1877/78 zunichte gemacht.

Andere Motive waren für die zentralasiatische Expansion der 1860er und 1870er Jahre aus-

<sup>1</sup> Dietrich Geyer, Rußland als Problem der vergleichenden Imperialismusforschung, in: Rudolf von Thadden / Gert von Pistohlkors / Hellmuth Weiss (Hrsg.), *Das Vergangene und die Geschichte. Festschrift für Reinhard Wittram zum 70. Geburtstag*, Göttingen 1973, S. 337—368.

schlaggebend. Sie ist vor allem als eine Ersatzhandlung zu begreifen, die das Prestigebedürfnis der Machteliten relativ risikolos befriedigen konnte. In der russischen Öffentlichkeit hat diese Politik allerdings nie eine so starke Resonanz gefunden und so heftige nationalistische Emotionen geweckt wie die nach Konstantinopel gerichtete. Immerhin konnte aber die militär-koloniale Expansion in Mittelasien die Ebenbürtigkeit Rußlands gegenüber dem britischen Weltreich wenigstens zeitweise suggerieren. Doch langfristig gesehen, führte diese Politik, die den russisch-englischen Gegensatz dauerhaft machte und Rußland in den imperialistischen Wettlauf der entwickelten Industrienationen hineinzog — ohne dadurch den ökonomischen Rückstand zu verkürzen oder die innenpolitische Dauerkrise entschärfen zu können —, das Zarenreich an die Grenze seiner imperialen Möglichkeiten. Ein Rückzug aus der Großmachtrolle war freilich nicht möglich. Rußland war und blieb in die internationale Politik eingespant.

Aus dieser Prämisse erwuchs die Notwendigkeit einer raschen nachholenden Industrialisierung. Infolge der außerordentlichen Kapitalschwäche Rußlands war das jedoch nur um den Preis stetig wachsender Kapitalabhängigkeit vom Ausland möglich, die wiederum auf die auswärtigen Beziehungen zurückwirkte. Zugleich höhnte der Industrialisierungsprozeß das autokratische System immer weiter aus. Im 2. Teil seines Buches beschreibt Geyer diese Epoche des »geborgten Imperialismus« von 1885 bis 1905. Ausführlich werden die Komplexe der russisch-deutschen und russisch-französischen Beziehungen erörtert mit ihren handels-, zoll- und finanzpolitischen Implikationen, die zur Entfremdung von Deutschland und zur Allianz mit Frankreich beitrugen, ohne daß dieser außenpolitischen Schwenkung eine bewußte Konzeption der russischen Diplomatie zugrunde gelegen hätte. Geyer macht deutlich, daß letztlich die Militärs die treibenden Kräfte der Annäherung an Frankreich waren, während die ökonomischen Bedingungen eher den Ausgleich mit Deutschland nahelegten.

Daß Rußland trotz aller Anstrengungen, den Modernisierungsrückstand aufzuholen, nicht in der Lage war, mit den anderen imperialistischen Mächten zu konkurrieren, zeigt das im Fiasco des Krieges mit Japan und der Revolution von 1905 endende Kapitel der Expansion in Ostasien. Das mit dem Namen des Finanzministers Witte eng verknüpfte fragwürdige Konzept der »friedlichen Durchdringung« Chinas mit Hilfe der Eisenbahn- und Bankenpolitik war nicht durchzuhalten und führte auch ökonomisch nicht zum Erfolg. Die militärische Eskalation dagegen gehörte zur Automatik dieser Strategie der Einflußsicherung, der eine eindeutig moderne imperialistische Qualität zuzusprechen ist.

Wichtig für die Frage nach den Zusammenhängen zwischen dem Krieg und der Revolution von 1905 ist, daß eine Ableitungsfunktion als zentrales Motiv für die Kriegspolitik nicht zu erkennen ist. Andererseits hatte der Krieg unüberschbaren Anteil an der Zuspitzung der Systemkrise. Gleichwohl ist die Revolution keineswegs nur aus der Antikriegsbewegung erwachsen. Der Revolutionsprozeß hatte vielmehr eine starke Eigendynamik entwickelt. Der Entschluß zum Frieden wiederum ist nicht allein auf die Revolution zurückzuführen, sondern auch auf den drohenden Staatsbankrott, der nur durch neue Auslandsanleihen abwendbar war. Das Interesse des französischen Gläubigers an der russischen Bündnisfähigkeit hat sich in dieser Situation rettend für das alte Regime ausgewirkt.

Die Probleme der »Zwischenkriegszeit 1905—1914«, die im 3. Teil des Buches behandelt werden, sind gekennzeichnet einerseits durch die Unfähigkeit des zu konstitutionellen Zugeständnissen gezwungenen autokratischen Systems, umfassende Reformen in Angriff zu nehmen, andererseits durch das ungebrochene Großmachtbewußtsein, das die einzige Klammer bildete, welche die alte Gesellschaft noch halbwegs zusammenhielt. Dies und die unveränderte Einbeziehung Rußlands in die von wachsender Kriegsgefahr gekennzeichnete internationale Politik ermöglichten es, daß die Rüstungspolitik Priorität gewann. Dagegen konnte sich eine Defensivstrategie nicht durchsetzen, der die Sanierung der zerrütteten Finanzen und die Entwicklung der Wirtschaftskraft vorrangige Anliegen waren.

Zu den Merkmalen der Vorkriegszeit gehört schließlich die 1909 einsetzende hochkonjunkturelle Phase, die aber trotz erstaunlicher Wachstumsraten nur eine Scheinblüte war, weil die strukturellen Modernisierungsprobleme dadurch nicht geringer wurden. In engem Zusammenhang mit der Konjunktur stand eine durch wachsende ausländische Direktinvestitionen verdichtete internationale Verflechtung der russischen Wirtschaft. Trotzdem kann nicht davon gesprochen werden, daß die russische Industrie von ausländischen Kapitalgruppen beherrscht worden und das Zarenreich mithin auf einen »halbkolonialen« Status abgesunken sei. Es ist aber andererseits auch nicht zu übersehen, daß der hohe Anteil des französischen Kapitals an der Rüstungsfinanzierung die außenpolitische Bewegungsfreiheit Rußlands eingeengt hat.

Die Erörterung der militärischen und strategischen Aspekte der russischen Politik nach 1905 zeigt einerseits das Festhalten an imperialen Fernzielen, andererseits die Erkenntnis der militärischen Ohnmacht auf. Dem entsprach eine defensiv angelegte Außenpolitik, die auch von den Militärs mitgetragen wurde. Ziel war es, Rußland kriegsbereit zu machen, nicht jedoch, den letztlich für unvermeidbar gehaltenen europäischen Krieg selbst auszulösen.

Bei der Analyse der innenpolitischen Konfliktlage kommt Geyer zu dem der sowjetischen Forschung widersprechenden Schluß, daß 1914 keine »revolutionäre Situation« bestanden habe, die den Entschluß zum Krieg als Ableitungsstrategie erfordert oder nahegelegt hätte. Der Eintritt in den Krieg resultierte vielmehr aus der Überzeugung der diplomatischen und militärischen Führung, daß außerordentliche Gefahr für die russische Großmachtposition im Verzuge war, was weiteres Zögern nicht zuließ. Eine akute innenpolitische Krisensituation war also nicht verantwortlich für den Befehl zur Mobilmachung. Trotzdem war die innenpolitische Lage für die Kriegsentscheidung keineswegs irrelevant. Gerade die von den sozialen Spannungen genährte Revolutionsangst großer Teile der bürgerlichen Gesellschaft ist als einer der wichtigsten Gründe für das Anwachsen chauvinistischer Stimmungen zu nennen, die der Regierung im Juli 1914 die Gewißheit vermitteln, auf breite Zustimmung zu stoßen. Die Großmachtideologie hielt den drohenden Zerfall der alten Gesellschaft noch einmal auf. Wenn Geyer von einem keineswegs bedeutungslosen Anteil des Nationalismus am Ausbruch des Krieges spricht und die nach innen wirkende »konfliktdämpfende Kraft des Nationalismus« hervorhebt (S. 238), so ist dem zuzustimmen und zugleich die Frage zu stellen, warum er dann nahezu ausschließt, daß die Regierung im Juli 1914 auch »konterrevolutionäres Krisenmanagement« betrieben haben könnte, zumal er früher selbst anders geurteilt hat: »Nicht nur die sowjetische Forschung, sondern auch die Untersuchungen amerikanischer Rußlandhistoriker sprechen mit guten Gründen vom Faktum einer revolutionären Situation, die erst durch den Kriegsbeginn entschärft worden sei.«<sup>2</sup>

Im letzten Kapitel seines Buches betrachtet Geyer noch einmal die schon im 1. und 2. Teil gestreifte innerstaatliche Kolonialpolitik im Kaukasus und in den asiatischen Randgebieten. Die Analyse der Methoden und Funktionen kolonialer Herrschaft in diesen Gebieten zeigt, daß hier am ehesten direkte Parallelen zu den Praktiken des westeuropäischen Imperialismus in Asien und Afrika gezogen werden können.

Geyers Buch vermittelt eine Fülle von Einsichten über die Zusammenhänge von Innen- und Außenpolitik des russischen Reiches, die man sich am Schluß noch einmal zusammengefaßt wünschte, zumal Geyers komplexe Sprache hohe Anforderungen an den Leser stellt. Insgesamt ist das Werk ein beeindruckender Versuch der Zusammenschau eines halben Jahrhunderts russischer Geschichte. Wenn man berücksichtigt, daß ein derartiger Versuch notwendigerweise gänzlich vom (z. T. sehr unterschiedlich fortgeschrittenen) Forschungsstand abhängig ist (den die Anmerkungen zusammen mit dem Literaturverzeichnis in vorbildlicher Weise

<sup>2</sup> *Dietrich Geyer*, *Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1968, S. 31; unverändert in der 2. Aufl., Göttingen 1977, S. 31.

repräsentieren), so ist klar, daß Geyers scharfsinnige Überlegungen und Deutungen nicht in allen Fällen gleichermaßen allgemeine Gültigkeit beanspruchen wollen und können. Diese Problematik offenbart sich z. B. in der Frage des Einflusses der russischen Presse und öffentlichen Meinung auf Entscheidungen der Regierung, wie er beispielhaft im Verlauf der Orientkrise der 1870er Jahre wirksam wurde. Die bisherige Forschung (in dieser speziellen Frage z. B. David MacKenzie, *The Serbs and Russian Panslavism 1875—1878*, Ithaca, New York 1967, auf den sich Geyer stützt) hat noch nicht hinreichend die politische Wirksamkeit und den Stellenwert der Presse im innenpolitischen Kräftespiel klären können. Trotz der Skepsis Geyers, daß hier entscheidende Fortschritte zu erzielen seien (S. 50), erscheinen dem Rezensenten Versuche zur Klärung dieses Problems sinnvoll. Volker Mettig

H. J. Dyos/Michael Wolff (eds.), *The Victorian City. Images and Realities*, Vol. I: Past and Present/Numbers of people, Voll. II: Ideas in the Air/A Body of Troubles/A New Earth/Epilogue, Routledge & Kegan Paul, London/Henley/Boston, Vol. I: 1977, pp. XVI, 224, XIV, Vol. II: 1973, pp. XII, 429—957.

The first volume of »The Victorian City« — appropriately dedicated to H. L. Beales — was originally published in 1973 and has now appeared as a paperback. The editors have assembled a team of economic and social historians, statisticians, and sociologists to examine various aspects of life in the Victorian city. Apart from *E. E. Lampard's* detailed statistical study of »The Urbanised World«, the essays deal with the English city in the Victorian age.

Some of the essays are pieces of original research, while others survey the present state of knowledge concerning problems that have long been discussed by historians. It may be doubted whether *Paul Thompson's* account of childhood in the 1890s, based upon the recollections of elderly people, differs very much from earlier descriptions of urban family life with which historians have long been familiar.

On the other hand *Raphael Samuel* breaks new ground when he describes the life style of the English migrant workers in the nineteenth century who »have left remarkably few traces of their existence«. It is not always appreciated that, side by side with miners, factory operatives, shopkeepers, and many other workers who stayed in one place for all or most of their lives there was also a mobile labour force which moved about the country at different times of the year. This labour force comprised many different types of migrants. At one end of the scale were the tramps, pickpockets, hucksters, and strolling players, while at the other end were respectable workers who had a fixed abode in a town in the winter but migrated to the countryside in the summer. Some workers — such as bargees, navvies, and gypsies — were bound to be continually on the move by the very nature of their occupations. Others were migrants because of the seasonal character of certain types of work. For example since gasworks were busy in the winter and slack in the summer it is not surprising that stokers should seek employment on the land in the summer. For town workers, with a taste for country life, there were ample opportunities for work on the land. In June gangs of mowers and haymakers moved from one farm to another. Next came the corn harvest, followed by fruit picking and hop picking. The lifting of the potato crop completed the cycle of harvests. Samuel explains that migrants often followed the same routes year after year. The entertainers, strolling players, and pedlars travelled from one fair and race meeting to another while those who moved from the city to the countryside were regularly engaged in the same harvests. It is clear that the migrant workers played a significant part in the Victorian economy. Without them many farmers would have been in difficulties at harvest time.

repräsentieren), so ist klar, daß Geyers scharfsinnige Überlegungen und Deutungen nicht in allen Fällen gleichermaßen allgemeine Gültigkeit beanspruchen wollen und können. Diese Problematik offenbart sich z. B. in der Frage des Einflusses der russischen Presse und öffentlichen Meinung auf Entscheidungen der Regierung, wie er beispielhaft im Verlauf der Orientkrise der 1870er Jahre wirksam wurde. Die bisherige Forschung (in dieser speziellen Frage z. B. David MacKenzie, *The Serbs and Russian Panslavism 1875—1878*, Ithaca, New York 1967, auf den sich Geyer stützt) hat noch nicht hinreichend die politische Wirksamkeit und den Stellenwert der Presse im innenpolitischen Kräftespiel klären können. Trotz der Skepsis Geyers, daß hier entscheidende Fortschritte zu erzielen seien (S. 50), erscheinen dem Rezensenten Versuche zur Klärung dieses Problems sinnvoll. Volker Mettig

H. J. Dyos/Michael Wolff (eds.), *The Victorian City. Images and Realities*, Vol. I: Past and Present/Numbers of people, Voll. II: Ideas in the Air/A Body of Troubles/A New Earth/Epilogue, Routledge & Kegan Paul, London/Henley/Boston, Vol. I: 1977, pp. XVI, 224, XIV, Vol. II: 1973, pp. XII, 429—957.

The first volume of »The Victorian City« — appropriately dedicated to H. L. Beales — was originally published in 1973 and has now appeared as a paperback. The editors have assembled a team of economic and social historians, statisticians, and sociologists to examine various aspects of life in the Victorian city. Apart from *E. E. Lampard's* detailed statistical study of »The Urbanised World«, the essays deal with the English city in the Victorian age.

Some of the essays are pieces of original research, while others survey the present state of knowledge concerning problems that have long been discussed by historians. It may be doubted whether *Paul Thompson's* account of childhood in the 1890s, based upon the recollections of elderly people, differs very much from earlier descriptions of urban family life with which historians have long been familiar.

On the other hand *Raphael Samuel* breaks new ground when he describes the life style of the English migrant workers in the nineteenth century who »have left remarkably few traces of their existence«. It is not always appreciated that, side by side with miners, factory operatives, shopkeepers, and many other workers who stayed in one place for all or most of their lives there was also a mobile labour force which moved about the country at different times of the year. This labour force comprised many different types of migrants. At one end of the scale were the tramps, pickpockets, hucksters, and strolling players, while at the other end were respectable workers who had a fixed abode in a town in the winter but migrated to the countryside in the summer. Some workers — such as bargees, navvies, and gypsies — were bound to be continually on the move by the very nature of their occupations. Others were migrants because of the seasonal character of certain types of work. For example since gasworks were busy in the winter and slack in the summer it is not surprising that stokers should seek employment on the land in the summer. For town workers, with a taste for country life, there were ample opportunities for work on the land. In June gangs of mowers and haymakers moved from one farm to another. Next came the corn harvest, followed by fruit picking and hop picking. The lifting of the potato crop completed the cycle of harvests. Samuel explains that migrants often followed the same routes year after year. The entertainers, strolling players, and pedlars travelled from one fair and race meeting to another while those who moved from the city to the countryside were regularly engaged in the same harvests. It is clear that the migrant workers played a significant part in the Victorian economy. Without them many farmers would have been in difficulties at harvest time.

Without them the completion of the railways and other great public works would probably have been long delayed.

Other essays examine three aspects of the leisure activities of the English urban workers in the Victorian era — public houses, theatres, and broadsheet ballads. *Brian Harrison* discusses the public house (particularly those in London) as transport centres in the days of the stage coaches, as centres of recreation, and as places at which public meetings were held. In his description of the London stage *M. R. Booth* draws attention to numerous plays in which a contrast was drawn between the sufferings of the poor in the metropolis and the happy life that they had left behind in the countryside. Playwrights were reviving an old legend — which goes back at least as far as Peter Gaskell's book on »The Manufacturing Population of England« (1833) — which had depicted the life of the villager before the industrial revolution as an ideal state of existence. *V. E. Neuburg* covers familiar ground when he discusses the broadsheet ballads of the nineteenth century. When dealing with ballads on the royal family he states that they »often exhibited an adulatory, unsophisticated attitude to royalty which remains a characteristic of much journalism today«. But some ballads were highly critical of the Prince Consort. The song »Lovely Albert« depicted him as a poverty stricken German fortune hunter who had married Victoria for her money and had then turned traitor during the Crimean War. (»It is rumoured over Britain's Isle, That Albert's in the Tower«).

Historians have cause to be grateful to the editors of this exceptionally well illustrated collection of essays which brings together the results of the researches of various experts in the field of urban social history.

The second volume, like the first, includes some pieces of original research, while other essays are discussions based upon the researches of other scholars. Some of the chapters have been written by historians while others are from the pens of urban specialists, sociologists, or literary critics. The most useful contributions are those which attempt to give a reasonably comprehensive survey of some aspect of English urban life in the nineteenth century. *Rosen*, for example, has written an admirable account of the diseases and epidemics which flourished in Queen Victoria's reign while *Himmelfarb's* chapter includes a valuable criticism of Mayhew's »London Labour and the London Poor« and *Pierson's* contribution deals with some of the planned »new towns« of the nineteenth century (Saltaire, Akroydon, Crossley, Bournville, Port Sunlight). On the other hand the chapters on some of the great cities — London, Manchester, Leeds, Belfast, Birmingham — are somewhat disappointing since they deal only with particular aspects of their development. And, on the whole, the sociological chapters are equally thin. It is, for example, a little difficult to take very seriously the »hypothesis about the sanitary movement« in chapter 28 which appears to attempt to draw an analogy between the potty training of infants and the sanitary improvements in Victorian cities.

W. O. Henderson

Gwyn Harries-Jenkins, *The Army in Victorian Society* (= *Studies in Social History*), Routledge & Kegan Paul, London/University of Toronto Press, Toronto/Buffalo 1977, pp. XII, 320, clothbound, £ 5.50.

Recruiting advertisements in England today invite young men to »join the professionals«. A hundred years ago a more appropriate slogan would have been »join the amateurs«. As the author of this interesting survey observes, one of the most striking characteristics of the British army in Victorian times was its amateurism. Only in the artillery and the engineers

Without them the completion of the railways and other great public works would probably have been long delayed.

Other essays examine three aspects of the leisure activities of the English urban workers in the Victorian era — public houses, theatres, and broadsheet ballads. *Brian Harrison* discusses the public house (particularly those in London) as transport centres in the days of the stage coaches, as centres of recreation, and as places at which public meetings were held. In his description of the London stage *M. R. Booth* draws attention to numerous plays in which a contrast was drawn between the sufferings of the poor in the metropolis and the happy life that they had left behind in the countryside. Playwrights were reviving an old legend — which goes back at least as far as Peter Gaskell's book on »The Manufacturing Population of England« (1833) — which had depicted the life of the villager before the industrial revolution as an ideal state of existence. *V. E. Neuburg* covers familiar ground when he discusses the broadsheet ballads of the nineteenth century. When dealing with ballads on the royal family he states that they »often exhibited an adulatory, unsophisticated attitude to royalty which remains a characteristic of much journalism today«. But some ballads were highly critical of the Prince Consort. The song »Lovely Albert« depicted him as a poverty stricken German fortune hunter who had married Victoria for her money and had then turned traitor during the Crimean War. (»It is rumoured over Britain's Isle, That Albert's in the Tower«).

Historians have cause to be grateful to the editors of this exceptionally well illustrated collection of essays which brings together the results of the researches of various experts in the field of urban social history.

The second volume, like the first, includes some pieces of original research, while other essays are discussions based upon the researches of other scholars. Some of the chapters have been written by historians while others are from the pens of urban specialists, sociologists, or literary critics. The most useful contributions are those which attempt to give a reasonably comprehensive survey of some aspect of English urban life in the nineteenth century. *Rosen*, for example, has written an admirable account of the diseases and epidemics which flourished in Queen Victoria's reign while *Himmelfarb's* chapter includes a valuable criticism of Mayhew's »London Labour and the London Poor« and *Pierson's* contribution deals with some of the planned »new towns« of the nineteenth century (Saltaire, Akroydon, Crossley, Bournville, Port Sunlight). On the other hand the chapters on some of the great cities — London, Manchester, Leeds, Belfast, Birmingham — are somewhat disappointing since they deal only with particular aspects of their development. And, on the whole, the sociological chapters are equally thin. It is, for example, a little difficult to take very seriously the »hypothesis about the sanitary movement« in chapter 28 which appears to attempt to draw an analogy between the potty training of infants and the sanitary improvements in Victorian cities.

W. O. Henderson

Gwyn Harries-Jenkins, *The Army in Victorian Society* (= *Studies in Social History*), Routledge & Kegan Paul, London/University of Toronto Press, Toronto/Buffalo 1977, pp. XII, 320, clothbound, £ 5.50.

Recruiting advertisements in England today invite young men to »join the professionals«. A hundred years ago a more appropriate slogan would have been »join the amateurs«. As the author of this interesting survey observes, one of the most striking characteristics of the British army in Victorian times was its amateurism. Only in the artillery and the engineers

was a proper standard of expertise required. Despite its title Mr Harries-Jenkins's survey is concerned only with the officers and not with the men of the British army. He shows that officers were drawn largely from wealthy landed families. Even after the purchase of commissions was stopped they were still drawn from the same social class — and the same public schools — and most junior officers still needed a private income to maintain their accustomed standard of living. Patriotism, physical fitness, courage, and ability to command were rated more highly than book learning or professional skill. Although the average British officer may not have read Clausewitz he was likely to have seen far more service in the field than most German or French officers. It is true that between the battle of Waterloo and the retreat from Mons Britain fought only one war in Europe — in the Crimea — but her forces were almost continuously engaged in campaigns in every part of the world. What the British officer may have lacked in theoretical knowledge he gained in practical experience. Mr Harries-Jenkins discusses the attitude of the public to the army in the nineteenth century. Since Britain had the most powerful navy in the world and felt safe from invasion a small army of volunteers — quite different from the relatively large conscript armies on the Continent — was considered sufficient for the nation's needs. People were quick to condemn the army for inefficiency after a defeat but equally quick to shower praise upon it after a victory. The author recounts with some relish the failures of the army in the early stages of the Crimean war and the second Boer war. The fact remains that in the end the allies did take Sebastopol and the British army did defeat the Boers. In military affairs, as in some other aspects of national life, Britain showed a capacity for muddling through in Victorian times.

W. O. Henderson

Herbert Graubohm, Die Ausbildung in der deutschen Marine. Von ihrer Gründung bis zum Jahre 1914. Militär und Pädagogik im 19. Jahrhundert, Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 444 S., kart., 58 DM.

Der Autor dieser umfangreichen Studie ist Berufssoldat in der Marine der Bundeswehr. Er hat sie als Dissertation am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg geschrieben. Wie viele andere hat Graubohm also von dem Privileg Gebrauch gemacht, das in den Sozialwissenschaften gar nicht so selten ist, nämlich darüber *wissenschaftlich* zu arbeiten, was seinen eigenen Lebensbereich alltäglich bestimmt. Er ist Soldat in der Marine, und er schreibt über die Marine (genauer: über die Marine in einer früheren Epoche). Er studiert Pädagogik, und er schreibt über Pädagogik. Dieses besondere, sagen wir: Theorie-Praxis-Verhältnis (zu einem Teil ist es mehr als ein Verhältnis zwischen Theorie erster und Theorie zweiter Stufe) wird am Eingang dieser Besprechung deshalb so betont, weil es natürlich Fragestellung und Ansatzhöhe der Arbeit beeinflusst. Dieser Einfluß nun läßt sich nicht, oberflächlichen Kriterien folgend, schlicht mit einem negativen oder positiven Vorzeichen versehen. Zwei Arten solcher oberflächlicher Wertungen sind etwa in den einander widersprechenden Sätzen ausgedrückt: Nur wer selbst Soldat in der Marine ist, versteht genug von ihrer Eigenart, um sinnvoll über sie wissenschaftlich arbeiten zu können — und: Angehörige einer (militärischen oder anderen) Institution können nicht mit wissenschaftlicher Distanz über sie Aussagen machen. Beide Sätze sind falsch. Graubohms Dissertation kann dabei gewiß als Beleg für die Widerlegung des zweiten Satzes benutzt werden, denn sie ist ihm viel zu gründlich geraten, als daß sie sich in die Reihe jener zeitweise (und auch heute noch) so prominenten Marine-Jubel-Literatur einordnen ließe. Worum geht es ihm? Er will das Ausbildungssystem der deutschen Marine von 1850 (dem Gründungsjahr) bis 1914 rekonstruieren und dabei insbesondere den Wandel der diesem System unterliegenden pädagogischen Normen und Zielvorstellungen beschreiben. Dabei geht er von

was a proper standard of expertise required. Despite its title Mr Harries-Jenkins's survey is concerned only with the officers and not with the men of the British army. He shows that officers were drawn largely from wealthy landed families. Even after the purchase of commissions was stopped they were still drawn from the same social class — and the same public schools — and most junior officers still needed a private income to maintain their accustomed standard of living. Patriotism, physical fitness, courage, and ability to command were rated more highly than book learning or professional skill. Although the average British officer may not have read Clausewitz he was likely to have seen far more service in the field than most German or French officers. It is true that between the battle of Waterloo and the retreat from Mons Britain fought only one war in Europe — in the Crimea — but her forces were almost continuously engaged in campaigns in every part of the world. What the British officer may have lacked in theoretical knowledge he gained in practical experience. Mr Harries-Jenkins discusses the attitude of the public to the army in the nineteenth century. Since Britain had the most powerful navy in the world and felt safe from invasion a small army of volunteers — quite different from the relatively large conscript armies on the Continent — was considered sufficient for the nation's needs. People were quick to condemn the army for inefficiency after a defeat but equally quick to shower praise upon it after a victory. The author recounts with some relish the failures of the army in the early stages of the Crimean war and the second Boer war. The fact remains that in the end the allies did take Sebastopol and the British army did defeat the Boers. In military affairs, as in some other aspects of national life, Britain showed a capacity for muddling through in Victorian times.

W. O. Henderson

Herbert Graubohm, Die Ausbildung in der deutschen Marine. Von ihrer Gründung bis zum Jahre 1914. Militär und Pädagogik im 19. Jahrhundert, Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 444 S., kart., 58 DM.

Der Autor dieser umfangreichen Studie ist Berufssoldat in der Marine der Bundeswehr. Er hat sie als Dissertation am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg geschrieben. Wie viele andere hat Graubohm also von dem Privileg Gebrauch gemacht, das in den Sozialwissenschaften gar nicht so selten ist, nämlich darüber *wissenschaftlich* zu arbeiten, was seinen eigenen Lebensbereich alltäglich bestimmt. Er ist Soldat in der Marine, und er schreibt über die Marine (genauer: über die Marine in einer früheren Epoche). Er studiert Pädagogik, und er schreibt über Pädagogik. Dieses besondere, sagen wir: Theorie-Praxis-Verhältnis (zu einem Teil ist es mehr als ein Verhältnis zwischen Theorie erster und Theorie zweiter Stufe) wird am Eingang dieser Besprechung deshalb so betont, weil es natürlich Fragestellung und Ansatzhöhe der Arbeit beeinflusst. Dieser Einfluß nun läßt sich nicht, oberflächlichen Kriterien folgend, schlicht mit einem negativen oder positiven Vorzeichen versehen. Zwei Arten solcher oberflächlicher Wertungen sind etwa in den einander widersprechenden Sätzen ausgedrückt: Nur wer selbst Soldat in der Marine ist, versteht genug von ihrer Eigenart, um sinnvoll über sie wissenschaftlich arbeiten zu können — und: Angehörige einer (militärischen oder anderen) Institution können nicht mit wissenschaftlicher Distanz über sie Aussagen machen. Beide Sätze sind falsch. Graubohms Dissertation kann dabei gewiß als Beleg für die Widerlegung des zweiten Satzes benutzt werden, denn sie ist ihm viel zu gründlich geraten, als daß sie sich in die Reihe jener zeitweise (und auch heute noch) so prominenten Marine-Jubiläum-Literatur einordnen ließe. Worum geht es ihm? Er will das Ausbildungssystem der deutschen Marine von 1850 (dem Gründungsjahr) bis 1914 rekonstruieren und dabei insbesondere den Wandel der diesem System unterliegenden pädagogischen Normen und Zielvorstellungen beschreiben. Dabei geht er von

der These aus, daß »militärische Einrichtungen mit innerer Notwendigkeit dem Zustand der Gesellschaft« entsprechen (S. 11). Das ist zwar, gelinde gesagt, mißverständlich formuliert, jedoch eine sinnvolle Ausgangsbasis, wenn man das Gemeinte richtig versteht. Da das 19. Jahrhundert (von Pestalozzi bis zur Jugendbewegung) *auch* ein Jahrhundert der Pädagogik genannt werden kann (jedenfalls tun das Pädagogen gern und stolz), erscheint es in der Tat reizvoll, einmal nachzuzeichnen, auf welche Weise sich die einander folgenden pädagogischen Moden auf das Militär ausgewirkt haben.

Mit dieser Fragestellung im Mittelpunkt der Untersuchung ist Graubohm auf einer Untersuchungsebene angesiedelt, auf der es verhältnismäßig leicht ist, politisch kontroverse Aspekte seines Themas fortzulassen oder nur knapp zu streifen. »Das militärische Erziehungssystem mit seinem zentralen Anliegen, soldatische Tugenden mittels Willens- und Gemütsbildung zu stabilisieren, bleibt außerhalb der vorgestellten theoretischen Konzeption.« (S. 14) Schade! Aber in der Tat unvermeidbar, denn allein die Rekonstruktion der Ausbildungsgänge an den verschiedenen Schulen (Schiffsjungen-Institut, Marineschule, Artillerie-Abteilungsschulen, Matrosen-Divisionsschulen, Werft-Divisionsschulen, Torpedo-Abteilungsschulen) verlangt viel Raum. Graubohm hat die vorhandene Literatur und zusätzlich die Aktenbestände des Militärarchivs in Freiburg sorgfältig ausgewertet. Das macht seine zuweilen mühselig zu lesende Arbeit das eine oder andere Mal ganz überraschend aktuell oder spannend oder zumindest besonders interessant. Person und Rolle des langjährigen Chefs der Admiralität von Stosch werden so im Vorübergehen in ein neues Licht gestellt. Die innerorganisatorischen Querelen über die Kontrolle der Ausbildung spielten sich vor einhundert Jahren offenbar nach demselben Muster ab wie heute — die haarfeine und folgenreiche Unterscheidung zwischen »Lehrordnung« und »Prüfungsordnung« (S. 209) ist z. B. solch ein nach wie vor erfolgreiches Instrument in den Händen der Zentralinstanz.

Mühselig zu lesen ist Graubohms Arbeit vor allem deshalb, weil er gestalterische Probleme bei der Ordnung seines Stoffes nicht ganz bewältigt hat. Zugleich die »Geschichte« der Ausbildung in der Marine und eine systematische Analyse ihrer pädagogischen Prinzipien schreiben und diese letzteren dann noch in längeren Exkursen in den Kontext der Geschichte der Pädagogik in Deutschland setzen zu wollen, heißt sich programmatisch überfordern. Und den Leser auch.

Drei kritische Anmerkungen zur Präsentation des (mit einem Druckkostenzuschuß des Bundesministers der Verteidigung versehenen) Buches: So gut und nützlich das Sach- und Stichwortregister geraten ist, so unvollständig blieb das Namensverzeichnis — und damit ist es recht eigentlich überflüssig. Der Autor hat bei der Korrektur der Fahnen offenbar von Zeit zu Zeit die Lust am (zugegeben) wenig anregenden Geschäft des Korrigierens verloren, anders ist die Häufung von vielen kleinen, harmlosen, jedoch ärgerlichen Druckfehlern (z. B. S. 14, 79, 155, 162, 178, 180, 183, 187, 203, 276, 279 — dann hab' ich's aufgegeben) schwer zu erklären. Der Verlag schließlich ist zu fragen, ob es denn unumgänglich ist, den oberen Rand des Buches auf einen halben Zentimeter zu verknappen. Wer (eigene, nicht aus Bibliotheken entlehene) Bücher mit dem Bleistift in der Hand zu lesen und auf die Seiten Anmerkungen o. ä. zu schreiben gewöhnt ist, wird hier unnütz vergrätzt.

Mit solchen Beckmessereien die Besprechung von Graubohms aufschlußreichem Buch zu beenden, wäre nicht fair. Daß die Marine im 19. Jahrhundert ein kräftig ausgeprägtes und differenziertes Schul- und Unterrichtssystem aufgebaut und weiterentwickelt hat, daß sie sich dabei auf einmal eher konventionelle, einmal durchaus originelle Weise mit den Standardproblemen eines solchen Systems (Eingangsqualifikation, Beschränkung des Stoffes, Methoden des Unterrichts, Anteil von theoretischer und praktischer Ausbildung usw.) auseinandergesetzt hat, findet sich ausführlich bei Graubohm beschrieben. Obwohl in der Institution Marine alle didaktischen Überlegungen im Grundsatz der besseren Erfüllung *militärischer* Zwecke dienen, sind diese Überlegungen doch von zeitgenössischen geistigen Strömungen,

von pädagogischen Theorien und ihrem Wandel beeinflusst worden. Graubohms gründliche Arbeit ist ein thematisch beschränkter, aber begrüßenswerter Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses Militär/Zivilgesellschaft im Deutschland des 19. Jahrhunderts.

Wilfried von Bredow

Erich Weede, Weltpolitik und Kriegsursachen im 20. Jahrhundert. Eine quantitativ-empirische Studie, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1975, XII, 438 S., Folieneinband, 78 DM.

In der quantitativen Kriegsursachenforschung sind in den letzten Jahren Möglichkeiten und Grenzen des Messens und Vergleichens von Konflikten und deren Ursachen stärker sichtbar geworden. In diesem Kontext bedeutet die Studie von Erich Weede (eine Mannheimer politikwissenschaftliche Habilitationsschrift) einen wichtigen Schritt, um vor allem die *Grenzen* dieser Forschungsrichtung genauer festzulegen.

Weede legt eingangs seine Zweifel dar, ob es auch nur eine einzige Theorie gebe — wenn man unter Theorie ein hypothetisch-deduktives Aussagesystem verstehe, das klar genug sei, um seine Falsifikationsbedingungen offenzulegen —, die in empirischen Studien dem Falsifikationssystem ausgesetzt worden sei (S. 2). Er läßt mit einem vorsichtigen »Vielleicht« allenfalls die Feldtheorie von Rudolf J. Rummel gelten, die dieser seit Anfang der sechziger Jahre in einer Reihe von Beiträgen entwickelt hat. Ihr Grundgedanke ist, daß Unterschiede bzw. Distanzen zwischen Nationen deren Verhalten zueinander determinieren. Zugleich begegnet Weede der Feldtheorie kritisch, weil auch sie eine »Theorie« ohne zureichend prüfbare Hypothesen sei. Er vergleicht dann Untersuchungen zum Problem der Konfliktbeteiligung (Rummel, Singer-Small, Russett, Kende, SIPRI), in denen (u. a. für die fünfziger Jahre) festgestellt wird, daß Großmachtstatus und Kriegsbeteiligung höher als Bruttosozialprodukt und Kriegsbeteiligung miteinander korrelieren, und zeigt daran, daß Meßprobleme selbst so einfache Hypothesen wie »Großmächte bzw. mächtige Nationen führen häufig Krieg« nur schwer prüfbar machen, wenn die Zeiträume der Untersuchung kurz sind. Verlängert sich der Beobachtungszeitraum, steigt auch die Korrelation zwischen Macht und Kriegsbeteiligung. Es wächst aber auch die Zahl anderer erklärungsbedürftiger Ursachen. Ziel der Arbeit von Weede ist es deshalb, eine Theorie zu entwickeln, die zur Erklärung von Konflikten »stabile und leicht wahrnehmbare Gegebenheiten und Hintergrundbedingungen verwendet, die dyadische Relation und nationale Positionen im Relationengeflecht charakterisieren« (S. 44). Um den Bestimmungsrahmen genauer fixieren zu können, formuliert er sieben »vorläufige« Postulate, aus denen die zu falsifizierenden Hypothesen abgeleitet werden. Im ersten Postulat wird festgestellt, daß grundlegende politisch-militärische Entscheidungen, die gegen andere Nationen gerichtet sind, eine Funktion von perzipierten Interessengegensätzen und perzipierten Chancen zur Durchsetzung eigener Interessen sind (S. 50). Das zweite Postulat geht davon aus, daß ein Sicherheitsdilemma wahrscheinlich dann wahrgenommen wird, wenn zwei Nationen unabhängig voneinander sind und wenn keine übergeordnete Instanz es verhindern kann, daß sie Krieg gegeneinander führen.

Während die beiden ersten Postulate recht allgemeiner Natur sind, enthält das dritte Postulat schon eine speziellere Aussage: Je mächtiger eine Nation sei, desto eher werde sie »Frieden durch Stärke« und »Sicherheit durch Überlegenheit« als Lösung des Sicherheitsdilemmas betrachten und damit die Gegensätze nationaler Sicherheitsinteressen noch verschärfen (S. 56). Hier wird auf einen Zusammenhang hingewiesen, den Karl Deutsch einmal als Parkinsonsches Gesetz der nationalen Sicherheit bezeichnet hat, weil das Gefühl, militärisch bedroht zu sein, mit der militärischen Macht zu wachsen scheint. Zugleich fördert Sicherheit durch Überlegenheit die Tendenz zu einer Vorstellung von absoluter Sicherheit, die die absolute Unsicherheit und Unterlegenheit aller anderen voraussetzt.

von pädagogischen Theorien und ihrem Wandel beeinflusst worden. Graubohms gründliche Arbeit ist ein thematisch beschränkter, aber begrüßenswerter Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses Militär/Zivilgesellschaft im Deutschland des 19. Jahrhunderts.

Wilfried von Bredow

Erich Weede, Weltpolitik und Kriegsursachen im 20. Jahrhundert. Eine quantitativ-empirische Studie, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1975, XII, 438 S., Folieneinband, 78 DM.

In der quantitativen Kriegsursachenforschung sind in den letzten Jahren Möglichkeiten und Grenzen des Messens und Vergleichens von Konflikten und deren Ursachen stärker sichtbar geworden. In diesem Kontext bedeutet die Studie von Erich Weede (eine Mannheimer politikwissenschaftliche Habilitationsschrift) einen wichtigen Schritt, um vor allem die *Grenzen* dieser Forschungsrichtung genauer festzulegen.

Weede legt eingangs seine Zweifel dar, ob es auch nur eine einzige Theorie gebe — wenn man unter Theorie ein hypothetisch-deduktives Aussagesystem verstehe, das klar genug sei, um seine Falsifikationsbedingungen offenzulegen —, die in empirischen Studien dem Falsifikationssystem ausgesetzt worden sei (S. 2). Er läßt mit einem vorsichtigen »Vielleicht« allenfalls die Feldtheorie von Rudolf J. Rummel gelten, die dieser seit Anfang der sechziger Jahre in einer Reihe von Beiträgen entwickelt hat. Ihr Grundgedanke ist, daß Unterschiede bzw. Distanzen zwischen Nationen deren Verhalten zueinander determinieren. Zugleich begegnet Weede der Feldtheorie kritisch, weil auch sie eine »Theorie« ohne zureichend prüfbare Hypothesen sei. Er vergleicht dann Untersuchungen zum Problem der Konfliktbeteiligung (Rummel, Singer-Small, Russett, Kende, SIPRI), in denen (u. a. für die fünfziger Jahre) festgestellt wird, daß Großmachtstatus und Kriegsbeteiligung höher als Bruttosozialprodukt und Kriegsbeteiligung miteinander korrelieren, und zeigt daran, daß Meßprobleme selbst so einfache Hypothesen wie »Großmächte bzw. mächtige Nationen führen häufig Krieg« nur schwer prüfbar machen, wenn die Zeiträume der Untersuchung kurz sind. Verlängert sich der Beobachtungszeitraum, steigt auch die Korrelation zwischen Macht und Kriegsbeteiligung. Es wächst aber auch die Zahl anderer erklärungsbedürftiger Ursachen. Ziel der Arbeit von Weede ist es deshalb, eine Theorie zu entwickeln, die zur Erklärung von Konflikten »stabile und leicht wahrnehmbare Gegebenheiten und Hintergrundbedingungen verwendet, die dyadische Relation und nationale Positionen im Relationengeflecht charakterisieren« (S. 44). Um den Bestimmungsrahmen genauer fixieren zu können, formuliert er sieben »vorläufige« Postulate, aus denen die zu falsifizierenden Hypothesen abgeleitet werden. Im ersten Postulat wird festgestellt, daß grundlegende politisch-militärische Entscheidungen, die gegen andere Nationen gerichtet sind, eine Funktion von perzipierten Interessengegensätzen und perzipierten Chancen zur Durchsetzung eigener Interessen sind (S. 50). Das zweite Postulat geht davon aus, daß ein Sicherheitsdilemma wahrscheinlich dann wahrgenommen wird, wenn zwei Nationen unabhängig voneinander sind und wenn keine übergeordnete Instanz es verhindern kann, daß sie Krieg gegeneinander führen.

Während die beiden ersten Postulate recht allgemeiner Natur sind, enthält das dritte Postulat schon eine speziellere Aussage: Je mächtiger eine Nation sei, desto eher werde sie »Frieden durch Stärke« und »Sicherheit durch Überlegenheit« als Lösung des Sicherheitsdilemmas betrachten und damit die Gegensätze nationaler Sicherheitsinteressen noch verschärfen (S. 56). Hier wird auf einen Zusammenhang hingewiesen, den Karl Deutsch einmal als Parkinsonsches Gesetz der nationalen Sicherheit bezeichnet hat, weil das Gefühl, militärisch bedroht zu sein, mit der militärischen Macht zu wachsen scheint. Zugleich fördert Sicherheit durch Überlegenheit die Tendenz zu einer Vorstellung von absoluter Sicherheit, die die absolute Unsicherheit und Unterlegenheit aller anderen voraussetzt.

Neben dem *Sicherheitsdilemma* produziert vor allem das *Abgrenzungsdilemma* systematisch konfliktvermehrnde Interessengegensätze. Deshalb heißt es im vierten Postulat: Danach wird ein Abgrenzungsdilemma wahrgenommen, wenn zwei benachbarte Nationen, die Unabhängigkeit voneinander beanspruchen, keine übergeordnete Instanz haben, die die Abgrenzung der Herrschafts- und Gebietsansprüche oktroyiert. Die nationalen Entscheidungsträger, so lautet das fünfte Postulat, wählen aus einer Menge nicht perfekt miteinander korrelierender Abgrenzungskriterien im allgemeinen diejenigen aus, die den eigenen Herrschaftsanspruch maximieren, d. h. auch intern legitimieren (S. 58 f.).

Im sechsten Postulat werden die Folgen erkannter Interessengegensätze angedeutet, so die Zunahme der Kriegsvorbereitungen und der Kriegsgefahr, wenn militärischer Sieg einer Seite die Durchsetzung ihrer Interessen zu erlauben scheint (S. 62). Das siebte Postulat — Charakteristika von Nationen und von Beziehungen zwischen Nationen könnten nur über die Wahrnehmung von Interessengegensätzen und über erkannte Chancen, diese Interessen militärisch durchzusetzen, grundsätzliche politisch-militärische Entscheidungen, die sich gegen andere Nationen richten, systematisch beeinflussen — hat vor allem die Funktion anzudeuten, was alles *irrelevant* zur Erklärung politisch-militärischer Entscheidungen ist (S. 64).

Kernstück dieser »Prätheorie«, wie sie Weede zurückhaltend nennt, ist also »nicht nur die Dominanz von perzipierten Interessengegensätzen über perzipierte Gemeinsamkeiten, sondern auch, daß die systematisch kriegstreibenden Interessengegensätze mit dem Abgrenzungs- und Sicherheitsdilemma zusammenhängen« (S. 65). Während die Postulate vor allem die Hintergrundbedingungen von Interessengegensätzen zwischen Nationen zu erfassen suchen, versuchen die davon abgeleiteten Hypothesen diese Bedingungen direkt mit dem Entscheidungsverhalten in Beziehung zu setzen.

Als besonders fruchtbar erscheinen dabei die Hypothesen, die sich mit dem Verhältnis von Supermächten und den »Provinzen« des von ihnen dominierten Blocks beschäftigen, so etwa die, daß zwischen den Supermächten und den »Provinzen« ihres Blocks bzw. ihrer Einflusssphären erhöhte Kriegsgefahr herrscht, vor allem deshalb, weil ein Bürgerkrieg oder ein Putsch in der »Provinz« die Kriegsgefahr zwischen dieser Provinz und der vorgesetzten Supermacht erhöht (S. 78). Ähnlich einleuchtend ist auch die Hypothese, daß Zugehörigkeit zu verschiedenen Blöcken die Kriegsgefahr zwischen den betroffenen Nationen ebenso vermindert wie zwischen den dominierten Nationen (»Provinzen«) eines Blocks, die in latente Territorialkonflikte verwickelt sind (S. 196). In zahlreichen Datenreihen wird die Evidenz dieser Behauptungen empirisch erhärtet. Die Einzeluntersuchungen und deren Ergebnisse auch nur im Überblick wiederzugeben, ist hier nicht der Raum. Über verschiedene Zeiträume, internationale Systeme, Kriegsoperationalisierungen wird immer wieder bestätigt, daß Nachbarschaft, latente Territorialkonflikte, die Zweierbeziehung von Großmächten und politisch-militärische Relevanz einer Nation wesentlich zum Krieg beitragen, wobei latente Territorialkonflikte das stärker als bloße Nachbarschaften tun, während die Zweierbeziehung von Großmächten weniger Kriegsgefahr als die anderen »Bedingungen impliziert« (S. 220).

Dabei zeigt sich auch, daß Allianzen sich als untaugliches Mittel der Friedenssicherung unter den Alliierten darstellen (S. 241). Hingegen zählen Furcht vor dem Atomkrieg und gemeinsame Abhängigkeit von derselben Supermacht zu jenen Voraussetzungen, die die Konfliktgefahr unter allen untersuchten und konfliktfördernden Bedingungen dämpfen (S. 255). Dieses eher düstere Panorama wird auch nicht gerade durch die während des ganzen Untersuchungszeitraumes (50er und 60er Jahre) geltende Beobachtung erhellt, »daß, wer eine Supermacht zum Freund und Beschützer hat, keine eigenen Feinde mehr hat — und keine Feinde mehr braucht« (S. 282). Hingegen bringt die Analyse des Zusammenhangs von Militarisierung (die in der Korrelation von Verteidigungsausgaben und Bruttosozialprodukt

ihren genauesten Indikator hat) und Kriegsgefahr kaum eindeutige Ergebnisse. Dabei weist Weede auf wahrscheinlich auch für künftige quantitative Forschung geltende Erkenntnisgrenzen hin, wenn er feststellt: »[...] ein eindeutiger und starker Einfluß von Militarisation auf Kriegsgegnerschaften, der unabhängig von der weltpolitischen Konstellation ist, [ist] nicht gerade, was ich als Ergebnis künftiger Forschungen erwarten würde« (S. 343).

Weedes Annahmen und Ergebnisse sind deshalb so provokativ, weil er im Gegensatz zur kritischen Friedensforschung den Zusammenhang von innerer Ordnung und Krieg nicht für evident hält: Natürlich gebe es Leute, die von Rüstung und Militarisation profitierten. Daraus lasse sich aber nicht schließen, daß die Rüstungsinteressenten erst das Rüstungsbedürfnis schafften und erfänden. Schließlich gebe es auch Leute, die vom Bedürfnis nach Nahrung oder Heilung lebten. Ihnen sage man nicht schon deshalb nach, daß sie die entsprechenden Bedürfnisse erst erfunden hätten (S. 98; vgl. auch S. 42, 90, 283, 353). Die damit in Beziehung stehende These, nicht die Gerechtigkeit, sondern die Eindeutigkeit der Abgrenzung sei die Basis des Friedens als *absentia belli* (S. 348), wie sie Weede in seinen abschließenden Überlegungen formuliert, greift allerdings zu kurz. Das Gefälle der »Gerechtigkeit« (als Synonym für umfassende Ungleichheit) kann so stark sein, daß jeder Versuch zur Abgrenzung von Herrschaftsansprüchen (auch ideologischer Provenienz) und -gebieten überrollt werden kann.

Hier wie auch bei der These, die Verteidigungslasten der »Provinzen« seien als Ausdruck der Unterwerfung unter die vorgesetzte Supermacht, gewissermaßen als »Loyalitätsbeweis«, zu betrachten (S. 369), ist Widerspruch anzumelden, nicht nur wegen des darin sichtbar werdenden Schematismus, sondern auch wegen der Tendenz, die Supermächte aus ihrer Verantwortung zu entlassen, zum Frieden innerhalb wie außerhalb ihres Blocks beizutragen. Sicherlich sollte sich eine »am Überleben noch interessierte Friedensforschung« nicht prinzipiell scheuen, auch »realistische Kapitalisationsforschung« zu sein (S. 367). Aber es nützt nicht viel, wenn Weede den Basissatz der kritisch sich verstehenden Friedensforschung (»die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und materieller Demokratie« als Bedingung für eine »internationale Friedensordnung«) einfach umkehrt und statuiert, eine Fortsetzung der vorhandenen Gewaltverzicht (als Anfang einer Friedensordnung) und deren Ausbau müßten den Rahmen bilden, in dem soziale Gerechtigkeit und materielle Demokratie auch nur versucht werden könnten (S. 371). Ohne neue Formen übernationaler Gemeinschaftsbildung, die es ermöglicht, schon teilweise innerstaatlich bestehenden Prinzipien des demokratischen Rechts- und Sozialstaats auch international Geltung zu verschaffen, wird es keine dauerhafte Friedensordnung geben. Wie so oft ist das Einfache auch das Schwierige. Gleichwohl muß es versucht werden, denn selbst die Matadoren des Friedens durch Abschreckung glauben nicht an dessen Dauerwirkung. Henry A. Kissinger hat schon Mitte der sechziger Jahre das Konzept »Frieden durch Furcht« für nicht testbar gehalten. Hartmut Soell

Pierre Léon (Ed.), *Histoire économique et sociale du monde*. Publié avec le concours du Centre National des Lettres, Vol. 5: *Guerres et crises 1914—1947*. Volume dirigé par Georges Dupeux; Vol. 6: *Le second XXe siècle, 1947 à nos jours*, Volume dirigé par Pierre Léon, Librairie Armand Colin, Paris 1977, 624 p., 607 p., Ln., je Bd. 160 ff.

Die letzten zwei Bände dieser großangelegten modernen Weltwirtschaftsgeschichte stellen den Übergang von der Vergangenheit zur Gegenwart dar. In den letzten Kapiteln befassen wir uns mit Zeitgeschichte, und die Abschlusssätze aus der Feder des inzwischen verstorbenen Herausgebers, Pierre Léon, sind durchaus pessimistisch: Trotz der wirtschaftlichen Erfolge und technologischen Errungenschaften der entwickelten Welt bleiben uns heute überragende

ihren genauesten Indikator hat) und Kriegsgefahr kaum eindeutige Ergebnisse. Dabei weist Weede auf wahrscheinlich auch für künftige quantitative Forschung geltende Erkenntnisgrenzen hin, wenn er feststellt: »[...] ein eindeutiger und starker Einfluß von Militarisation auf Kriegsgegnerschaften, der unabhängig von der weltpolitischen Konstellation ist, [ist] nicht gerade, was ich als Ergebnis künftiger Forschungen erwarten würde« (S. 343).

Weedes Annahmen und Ergebnisse sind deshalb so provokativ, weil er im Gegensatz zur kritischen Friedensforschung den Zusammenhang von innerer Ordnung und Krieg nicht für evident hält: Natürlich gebe es Leute, die von Rüstung und Militarisation profitierten. Daraus lasse sich aber nicht schließen, daß die Rüstungsinteressenten erst das Rüstungsbedürfnis schafften und erfänden. Schließlich gebe es auch Leute, die vom Bedürfnis nach Nahrung oder Heilung lebten. Ihnen sage man nicht schon deshalb nach, daß sie die entsprechenden Bedürfnisse erst erfunden hätten (S. 98; vgl. auch S. 42, 90, 283, 353). Die damit in Beziehung stehende These, nicht die Gerechtigkeit, sondern die Eindeutigkeit der Abgrenzung sei die Basis des Friedens als *absentia belli* (S. 348), wie sie Weede in seinen abschließenden Überlegungen formuliert, greift allerdings zu kurz. Das Gefälle der »Gerechtigkeit« (als Synonym für umfassende Ungleichheit) kann so stark sein, daß jeder Versuch zur Abgrenzung von Herrschaftsansprüchen (auch ideologischer Provenienz) und -gebieten überrollt werden kann.

Hier wie auch bei der These, die Verteidigungslasten der »Provinzen« seien als Ausdruck der Unterwerfung unter die vorgesetzte Supermacht, gewissermaßen als »Loyalitätsbeweis«, zu betrachten (S. 369), ist Widerspruch anzumelden, nicht nur wegen des darin sichtbar werdenden Schematismus, sondern auch wegen der Tendenz, die Supermächte aus ihrer Verantwortung zu entlassen, zum Frieden innerhalb wie außerhalb ihres Blocks beizutragen. Sicherlich sollte sich eine »am Überleben noch interessierte Friedensforschung« nicht prinzipiell scheuen, auch »realistische Kapitalisationsforschung« zu sein (S. 367). Aber es nützt nicht viel, wenn Weede den Basissatz der kritisch sich verstehenden Friedensforschung (»die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und materieller Demokratie« als Bedingung für eine »internationale Friedensordnung«) einfach umkehrt und statuiert, eine Fortsetzung der vorhandenen Gewaltverzichte (als Anfang einer Friedensordnung) und deren Ausbau müßten den Rahmen bilden, in dem soziale Gerechtigkeit und materielle Demokratie auch nur versucht werden könnten (S. 371). Ohne neue Formen übernationaler Gemeinschaftsbildung, die es ermöglicht, schon teilweise innerstaatlich bestehenden Prinzipien des demokratischen Rechts- und Sozialstaats auch international Geltung zu verschaffen, wird es keine dauerhafte Friedensordnung geben. Wie so oft ist das Einfache auch das Schwierige. Gleichwohl muß es versucht werden, denn selbst die Matadoren des Friedens durch Abschreckung glauben nicht an dessen Dauerwirkung. Henry A. Kissinger hat schon Mitte der sechziger Jahre das Konzept »Frieden durch Furcht« für nicht testbar gehalten. Hartmut Soell

Pierre Léon (Ed.), *Histoire économique et sociale du monde*. Publié avec le concours du Centre National des Lettres, Vol. 5: *Guerres et crises 1914—1947*. Volume dirigé par Georges Dupeux; Vol. 6: *Le second XXe siècle, 1947 à nos jours*, Volume dirigé par Pierre Léon, Librairie Armand Colin, Paris 1977, 624 p., 607 p., Ln., je Bd. 160 ff.

Die letzten zwei Bände dieser großangelegten modernen Weltwirtschaftsgeschichte stellen den Übergang von der Vergangenheit zur Gegenwart dar. In den letzten Kapiteln befassen wir uns mit Zeitgeschichte, und die Abschlusssätze aus der Feder des inzwischen verstorbenen Herausgebers, Pierre Léon, sind durchaus pessimistisch: Trotz der wirtschaftlichen Erfolge und technologischen Errungenschaften der entwickelten Welt bleiben uns heute überragende

Probleme wie Umweltschutz, Energiekrise, Arbeitslosigkeit, wachsende Übervölkerung und ansteigende Armut der Entwicklungsländer, Intoleranz und Terrorismus, für die noch keinerlei Lösungen in Aussicht sind.

Dennoch wäre es falsch, die Bilanz der letzten sechzig Jahre als negativ anzusehen. Wer heute noch immer »Fortschritt« als ein Schimpfwort betrachtet, wird diese faktengesättigten Seiten mit Gewinn lesen. Selbst zu Lebzeiten des Durchschnittslesers waren die Dinge gewöhnlich ärger, als sie es heute sind.

Das Niveau dieser beiden Bände entspricht wie das der vorhergehenden einem Handbuch für das höhere Studium. Obwohl einige Kapitel wie z. B. die über internationalen Warenaustausch und Währungskrise ein Minimum wirtschaftlicher Vorkenntnisse voraussetzen, ist doch ziemlich alles auch dem intelligenten Laien leicht verständlich. Wie immer und ganz unausbleiblich in einem Sammelband gibt es Unterschiede im Stil und in den Ansprüchen, die die verschiedenen Abschnitte an den Leser stellen, aber die Einheit des Werkes als ganzes ist gewahrt worden. Es gibt auch wenige Wiederholungen und noch geringere Lücken, am augenfälligsten hier etwa das Aussparen der englischen Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg.

Wenn an der Zusammensetzung dieses Werkes von dieser Sicht her wenig auszusetzen ist, so ist es schon schwer, sich mit der hier verwandten Definition der Wirtschafts- und Sozialgeschichte einverstanden zu erklären. Der fünfte Band enthält zu viel politische und diplomatische, sogar militärische und strategische Ereignisse, aber vernachlässigt die Sozialgeschichte, es sei denn, man gäbe sich mit der Beschreibung des Modestils der zwanziger Jahre als einer Andeutung davon zufrieden. Die Ausdehnung der europäischen Geschichte auf die übrige Welt entsprechend dem Obertitel läßt auch viel zu wünschen übrig. Soweit die Kolonialwelt und selbst unabhängige Weltteile wie Lateinamerika überhaupt ins Auge gefaßt werden, erscheinen sie im Zusammenhang mit ihren wirtschaftlichen Beziehungen mit Europa und Nordamerika und nicht im Sinne ihrer eigenen Entwicklung. In beiderlei Hinsicht (Gleichgewicht zwischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte wie auch selbständige Behandlung der »Dritten Welt«) ist der sechste Band viel ausgewogener.

Im einzelnen wird der Erste Weltkrieg knapp behandelt, politisch-militärisch und traditionell. Bei der Darstellung der 20er Jahre bewährt sich heuristisch die Abwechslung zwischen der Weltwirtschaft im ganzen und den einzelnen Staatengruppen und Großstaaten. Dieses Jahrzehnt wird als eine »Periode der Dummheit« angesehen. Die Gebietsänderungen innerhalb Europas wurden z. B. auf politischer und finanzieller Ebene vollzogen ohne Rücksicht auf industrielle Voraussetzungen. Andere Paradoxe jener Zeit sind mit Schärfe dargestellt. So führte das stark ausgeprägte Freiheitsstreben der Nachkriegsjahre bloß zu wachsenden Eingriffen des Staates. Die Revolutionen (außerhalb Rußlands) änderten wenig an der Sozialstruktur; Kapitalanlagen im Ausland waren mit größter Freizügigkeit möglich, führten aber bloß zu den engstirnigsten Beschränkungen. Was die deutsche Wirtschaft betrifft, so halten sich die Autoren an die moderne Ansicht von Laursen und Pedersen, daß die Inflation als solche nicht so zerstörend wirkte, wie vielfach angenommen wurde, und daß verschiedene Klassen und Gruppen ganz unterschiedlich davon betroffen waren. Ebenso wird die einfache Erklärung des italienischen Faschismus als Waffe des Mittelstandes gegen das Proletariat einer scharfen Kritik unterzogen.

Die Wirtschaftskrise der 30er Jahre wird im Grunde durch eine Überprofittheorie erklärt: Der Krieg hatte die Kapitalbesitzer an eine zu hohe Profitrate gewöhnt, die in den 20er Jahren zur Unterkonsumtion beitrug, auf die das Kapital wiederum nicht mit technologischen Verbesserungen und der Erschließung neuer Märkte, sondern mit Einschränkungen im Investitionsbereich reagierte. Der konjunkturelle Rückgang, der dadurch ausgelöst wurde, wurde dann weiterhin durch Deflationspolitik, die teilweise eine Reaktion auf die vorhergehende Inflation darstellte, durch die Unfähigkeit, eine internationale Preisstabilität zu bewah-

ren, und durch Warenüberproduktion in den außereuropäischen Ländern zu einer Weltkrise. In der Praxis, und trotz verschiedener theoretischer Bedenken, entstanden Defizite in den Staatshaushalten aller wirtschaftlichen Großmächte; Hitler, so der Autor, nutzte die sich daraus ergebende Aufschwungswelle aus, ohne sie selbst ausgelöst zu haben. Die Sozialgeschichte des Dritten Reiches unterschied sich in den Hauptzügen nicht von der anderer westlicher Länder. Die These Feldmans und Turners, daß die Verbindungen des Großkapitals mit Hitler nicht so eng waren, wie bisher angenommen wurde, wird hier akzeptiert; die Anhängerschaft der NSDAP vor der Machtergreifung wird hier hauptsächlich dem evangelischen Mittelstand, den Kleinstädten, den Studenten und der Jugend überhaupt zugeschrieben.

Den entwickelten Überseeländern wie Japan, Australien, Neuseeland und auch Lateinamerika wird mehr Aufmerksamkeit geschenkt, als es sonst in Werken dieser Art üblich ist: Die wachsenden Unterschiede, der Einfluß der Bevölkerungszunahme und der ausländischen Kapitalinvestitionen werden hier zum erstenmal hervorgehoben. Die Betonung des unkontrollierten Anwachsens der Großstädte mit ihren hohen Ansprüchen und ihrer Arbeitslosigkeit wie auch die Diskussion über die ungleiche Entwicklung der Landwirtschaft auch in Afrika und Asien sind von besonderem Wert.

Die Beschreibung der Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkrieges konzentriert sich hauptsächlich auf Europa. Die Autoren lehnen sich hier wieder an die moderne Auslegung an, die die Schwächen der Kriegsvorbereitung der deutschen Wirtschaft betont. Die Sozialanalyse dieser Periode bleibt aber weiterhin schwach.

In der Nachkriegswelt, die im sechsten Band behandelt wird, werden die Sozialstrukturen und ihre Entwicklung auf die Geschichte viel besser präzisiert, besonders bei den Entwicklungsländern. Die Autoren sind mehr von der wirtschaftlichen Übermacht und dem technischen Fortschritt der USA beeindruckt, als man es in der französischen Literatur erwartet hätte, während die europäische Wirtschaftsgemeinschaft kritischer behandelt wird, als anzunehmen wäre.

Rußland und Osteuropa, der islamischen Welt, Indien und vor allem Japan wird hier besondere Aufmerksamkeit bis in Einzelheiten der Entwicklung geschenkt. Der Abschnitt über das östliche Inselreich zeichnet sich durch detaillierte Beschreibung und gewagte Urteile aus. Osteuropa wie auch Indien werden hier als weniger einheitlich, als sie selbst vorgeben, angesehen. Der Abschnitt über China enthält wieder zuwenig über wirtschaftliche Entwicklung und zuviel politische Spekulation.

Was die Mittelpunkte des modernen Kapitalismus selbst, Nordamerika, Europa und Japan, anbetrifft, so folgen die Autoren der These von Chandler: Der »neue Kapitalismus« mit seinen »conglomerates«, die sich nicht, wie einst die Trusts und Konzerne, auf eine einzelne Industrie stützen, sondern im Gegenteil ihre Kapitalanlagen auf möglichst viele weitverbreitete Zweige verteilen, verspricht zumindest eine größere Stabilität als der Kapitalismus der Zwischenkriegsperiode. Ebenso lassen sich die »Multinationals«, hauptsächlich, aber nicht ausschließlich amerikanischen Ursprungs, als eine Art Verteilungsorganisation darstellen, die über die Grenzen hinweg Kapital und Arbeit, Bodenschätze und Absatzmarkt vermitteln, um lehrbuchgemäß die Produktion und den Verkauf der Waren auf die billigste und effizienteste Weise zu organisieren. Soweit man übersehen kann, halten sich die Autoren an die Konvergenztheorie: Struktur und Organisation in den osteuropäischen Ländern, von Japan ganz zu schweigen, passen sich mit immer größerer Ähnlichkeit an das westliche Muster an. Wirtschaftlich gesehen, sind es die Währungsfragen und der Energie- und Rohstoffmangel, die dem weiteren Fortschritt eine Schranke setzen, während sich noch eine ganze Reihe von ungeahnten sozialen Problemen in den Vordergrund drängen.

Die beiden Bände sind mit zahlreichen treffenden Abbildungen ausgestattet und enthalten die nötigen Tabellen, graphischen Darstellungen und bibliographischen Nachweise. Mit ganz

geringfügigen Ausnahmen sind die Angaben völlig verlässlich, die Urteile liberal-demokratisch, die Quellen up-to-date.

Die Schwächen und Stärken der Geschichtsauffassung, die diesen Bänden zugrunde liegt, hängen gewissermaßen zusammen. Auf der einen Seite findet man, unvoreingenommen aus vielen Quellen eklektisch zusammengetragen, zahlreiche Fakten, die eine Fundgrube für weitere verschiedenartige Auslegungen bilden. Aber auf der anderen Seite muß man feststellen, daß die wirtschaftliche Dynamik, obwohl sie des öfteren genau herausgearbeitet wird, häufig zerstückelt wird, während die soziale Dynamik, bezeichnenderweise mit Ausnahme der außereuropäischen Entwicklungsländer, ganz fehlt: So erscheint der deutsche Faschismus plötzlich auf der Bühne der Weltgeschichte, und seine Ursachen müssen mit Mühe zusammengestellt werden, anstatt sich aus der vorhergegangenen Geschichte zu ergeben. Ebenso sind die Fehlschläge der modernen Zeit mit all ihren Errungenschaften, mit dem neuen Wohlstand, der gesicherten Existenz, dem Frieden — welche unseren Vätern als ein unerreichbares Paradies erschienen wären —, diese Fehlschläge wie der Terrorismus, der aus der Studentenbewegung hervorgegangen ist, die Unfähigkeit des Westens, seine Umwelt zu schützen, die wachsenden Reichtumsunterschiede zwischen der privilegierten und der unterprivilegierten Welt, sie alle sind irgendwie unerklärlich, sie werden als ein zusätzliches Element angesehen und nicht, wie es sein müßte, als integraler Bestandteil derselben Welt, die in den positiven Abschnitten beschrieben wird.

Die Autoren haben es mit Recht unmöglich gefunden, eine Wirtschaftsgeschichte, geschweige denn eine Sozialgeschichte ohne Hinweis auf politische Machtfaktoren zu schreiben. Insofern ist der Gesamtplan völlig gerechtfertigt. Jedoch waren sie nicht imstande, diese verschiedenen Bestandteile zu einer Einheit zusammenzuschmelzen. Bezeichnenderweise hatten sie den größten Erfolg bei der Behandlung der nichteuropäischen Welt, obwohl sie sich hier an Thesen halten mußten, die zweifellos, wie andere vor ihnen, bald von anderen Thesen abgelöst sein werden. Die soziale Dynamik Europas ist ungleich schwieriger und müßte auf einer anderen Ebene behandelt werden. Es ist nicht die Schuld der Autoren, die sich unter Pierre Léons Einfluß zu einem umfassenden Werk vereinigt haben, daß es diese Untersuchung noch nicht gibt. Es ist ihr Verdienst, zu einer Basis dazu beigetragen zu haben.

Sidney Pollard

Gerhard Schulz, *Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918—1945* (= Deutsche Geschichte, hrsg. von Joachim Leuschner, Bd. 10), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 252 S., kart., 15,80 DM.

Das Angebot einführender Darstellungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert hat sich in den letzten Jahren erfreulich ausgeweitet; dies gilt insbesondere auch hinsichtlich der Berücksichtigung sozial- und wirtschaftshistorischer Fragestellungen. Allerdings bedingt dies auch, daß jede weitere Untersuchung dieser Art ihre Existenzberechtigung besonders nachzuweisen hat. Offensichtlich ist dabei, daß, betrachtet man die Fülle der Ereignisse, dieser Nachweis wohl nicht durch den Versuch erbracht werden kann, die Totalität des historischen Geschehens getreulich nachzuzeichnen, sondern daß dies nur durch die Konzentration auf das Wesentliche geleistet werden kann. Die Auswahl und die Begründung dieser Auswahl werden damit zu der entscheidenden Aufgabe. Auch wer mit dem Ergebnis nicht einverstanden ist und begründete Einwendungen gegen die im einzelnen dargelegten Kriterien zu erheben hat, wird nicht umhinkönnen zuzugeben, daß Hans-Ulrich Wehler sich in seiner Studie über das Deutsche Kaiserreich 1871—1918, die als Band 9 der von Joachim Leuschner herausgegebenen Deutschen Geschichte erschienen ist, dieser Aufgabe gestellt und eine problemorientierte Strukturanalyse vorgelegt hat. Der hier anzuzeigende Folgebund

geringfügigen Ausnahmen sind die Angaben völlig verlässlich, die Urteile liberal-demokratisch, die Quellen up-to-date.

Die Schwächen und Stärken der Geschichtsauffassung, die diesen Bänden zugrunde liegt, hängen gewissermaßen zusammen. Auf der einen Seite findet man, unvoreingenommen aus vielen Quellen eklektisch zusammengetragen, zahlreiche Fakten, die eine Fundgrube für weitere verschiedenartige Auslegungen bilden. Aber auf der anderen Seite muß man feststellen, daß die wirtschaftliche Dynamik, obwohl sie des öfteren genau herausgearbeitet wird, häufig zerstückelt wird, während die soziale Dynamik, bezeichnenderweise mit Ausnahme der außereuropäischen Entwicklungsländer, ganz fehlt: So erscheint der deutsche Faschismus plötzlich auf der Bühne der Weltgeschichte, und seine Ursachen müssen mit Mühe zusammengestellt werden, anstatt sich aus der vorhergegangenen Geschichte zu ergeben. Ebenso sind die Fehlschläge der modernen Zeit mit all ihren Errungenschaften, mit dem neuen Wohlstand, der gesicherten Existenz, dem Frieden — welche unseren Vätern als ein unerreichbares Paradies erschienen wären —, diese Fehlschläge wie der Terrorismus, der aus der Studentenbewegung hervorgegangen ist, die Unfähigkeit des Westens, seine Umwelt zu schützen, die wachsenden Reichtumsunterschiede zwischen der privilegierten und der unterprivilegierten Welt, sie alle sind irgendwie unerklärlich, sie werden als ein zusätzliches Element angesehen und nicht, wie es sein müßte, als integraler Bestandteil derselben Welt, die in den positiven Abschnitten beschrieben wird.

Die Autoren haben es mit Recht unmöglich gefunden, eine Wirtschaftsgeschichte, geschweige denn eine Sozialgeschichte ohne Hinweis auf politische Machtfaktoren zu schreiben. Insofern ist der Gesamtplan völlig gerechtfertigt. Jedoch waren sie nicht imstande, diese verschiedenen Bestandteile zu einer Einheit zusammenzuschmelzen. Bezeichnenderweise hatten sie den größten Erfolg bei der Behandlung der nichteuropäischen Welt, obwohl sie sich hier an Thesen halten mußten, die zweifellos, wie andere vor ihnen, bald von anderen Thesen abgelöst sein werden. Die soziale Dynamik Europas ist ungleich schwieriger und müßte auf einer anderen Ebene behandelt werden. Es ist nicht die Schuld der Autoren, die sich unter Pierre Léons Einfluß zu einem umfassenden Werk vereinigt haben, daß es diese Untersuchung noch nicht gibt. Es ist ihr Verdienst, zu einer Basis dazu beigetragen zu haben.

Sidney Pollard

Gerhard Schulz, *Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918—1945* (= Deutsche Geschichte, hrsg. von Joachim Leuschner, Bd. 10), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 252 S., kart., 15,80 DM.

Das Angebot einführender Darstellungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert hat sich in den letzten Jahren erfreulich ausgeweitet; dies gilt insbesondere auch hinsichtlich der Berücksichtigung sozial- und wirtschaftshistorischer Fragestellungen. Allerdings bedingt dies auch, daß jede weitere Untersuchung dieser Art ihre Existenzberechtigung besonders nachzuweisen hat. Offensichtlich ist dabei, daß, betrachtet man die Fülle der Ereignisse, dieser Nachweis wohl nicht durch den Versuch erbracht werden kann, die Totalität des historischen Geschehens getreulich nachzuzeichnen, sondern daß dies nur durch die Konzentration auf das Wesentliche geleistet werden kann. Die Auswahl und die Begründung dieser Auswahl werden damit zu der entscheidenden Aufgabe. Auch wer mit dem Ergebnis nicht einverstanden ist und begründete Einwendungen gegen die im einzelnen dargelegten Kriterien zu erheben hat, wird nicht umhinkönnen zuzugeben, daß Hans-Ulrich Wehler sich in seiner Studie über das Deutsche Kaiserreich 1871—1918, die als Band 9 der von Joachim Leuschner herausgegebenen Deutschen Geschichte erschienen ist, dieser Aufgabe gestellt und eine problemorientierte Strukturanalyse vorgelegt hat. Der hier anzuzeigende Folgebund

dieser Reihe über die Weimarer Republik und das Dritte Reich von Gerhard Schulz verzichtet dagegen vollständig auf eine solche Darlegung von Auswahlkriterien oder gar seiner theoretischen und methodischen Konzeption, sondern beschränkt sich im wesentlichen auf einen chronologischen Bericht über die Ereignisgeschichte. Mir scheint, daß sich Schulz mit dieser seiner, allerdings nicht explizit genannten, Vorentscheidung der Chance begeben hat, die wesentlichen strukturellen Probleme der Weimarer Republik, die Ursachen ihres Scheiterns und die Realität der Herrschaftsausübung im Dritten Reich adäquat zu analysieren.

Im wesentlichen auf die politische Geschichte fixiert, erzählt Schulz in fünf Abschnitten (Novemberrevolution und Friedensschluß; Die zwanziger Jahre; Staatskrise, Wirtschaftskrise und Fehlschlag der autoritären Restauration; Der totalitäre Staat des Nationalsozialismus und die deutsche Politik; Deutschland und der Zweite Weltkrieg) die Geschichte von Entstehung, relativer Stabilität und Untergang der Weimarer Republik, vom Aufstieg und der Herrschaftsausübung des Nationalsozialismus und dessen selbst verschuldetem Untergang im Zweiten Weltkrieg. Verhältnismäßig breit und im wesentlichen auch zutreffend werden dabei wichtige politische Entscheidungssituationen wie etwa die Parlamentarisierung der Reichsregierung im Oktober 1918, die Auseinandersetzungen um die Reichsverfassung, die Friedensverhandlungen in Versailles, die Stresemannsche Außenpolitik oder die Brüning'sche Präsidialdiktatur, schließlich auch die Zielsetzungen Hitlers in den Jahren bis 1939 oder die Grundlagen des totalitären Staates beschrieben: Freilich geschieht dies alles phänomenologisch, bisweilen auch individual-psychologisierend, erklärt wird dagegen kaum etwas. Um jedem Mißverständnis vorzubeugen: Natürlich bietet Schulz auch Erklärungsmodelle an, verknüpft er etwa ökonomische Lage und politische Entscheidungen in seiner Darstellung der Revolution, der Weltwirtschaftskrise und des Scheiterns der Brüning'schen Politik oder der Rüstungskonjunktur und der Herrschaftsstabilisierung nach 1933. Aber dies geschieht bloß additiv, Ursachen und Wirkungszusammenhänge werden nicht deutlich, welche sozialen Kräfte sich jeweils mit welchen Methoden durchsetzten und wer die Verantwortung im einzelnen zu tragen hat, dies alles bleibt im Dunkeln, es sei denn, man verträte die Auffassung, daß im modernen, hochkomplizierten, auf vielen Gebieten tätig werdenden Interventionsstaat solche Fragen zureichend beantwortet wären, indem man einige wenige Personen, Ebert, Stresemann, Brüning, Hitler, in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Diese Bemerkungen deuten schon an, worin die wesentlichen Defizite dieser Darstellung liegen: Es mangelt ihr an zureichenden Analysen der Parteien, der Verbände der Wirtschaft, der bürokratischen Apparate, der sozialen Schichtung und ihrer Veränderungen, auch an einer zureichenden Analyse des Systems der Herrschaftsausübung und seiner Veränderungen zwischen 1918 und 1945. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird höchstens punktuell dargestellt; methodisch befriedigende, sich auch der Quantifizierung bedienende Strukturuntersuchungen werden jedoch nicht angestellt. Geistige und kulturelle Tendenzen, auch wenn deren Wirkungszusammenhänge mit der politischen Geschichte wie bei der Entstehung des übersteigerten Nationalismus, der Führerideologie u. a. offen zutage liegen, werden noch nicht einmal erwähnt.

Insgesamt handelt es sich um eine enttäuschende Einführung in die jüngste deutsche Geschichte, die einmal mehr den Beweis dafür liefert, daß mit naivem Erzählen nichts gewonnen ist, sondern daß die Historiographie einer theoretischen und methodischen Konzeption zur Strukturierung ihres Gegenstandes bedarf. Dies Ergebnis ist um so bedauerlicher und unverständlicher, als Gerhard Schulz mit einer Reihe von wichtigen und überzeugenden Studien zur Geschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus hervorgetreten ist.

Peter-Christian Witt

Gian Enrico Rusconi, *La crisi di Weimar. Crisi di sistema e sconfitta operaia* (= Einaudi Paperbacks 83), Einaudi, Torino 1977, XII, 515 S., Pb., 10.000 Lit.

Die Geschichte der Weimarer Republik hat, wie zahlreiche Übersetzungen und Neuauflagen (u. a. Rosenberg, Eyck, Klein, Laqueur, Broué) beweisen, in der historiographischen und politischen Debatte Italiens in den letzten Jahren ein steigendes Interesse gefunden. Weimar verkauft sich kilowise, wie kürzlich scherzhaft eine bekannte Wochenzeitung schrieb. Dies stark politisch motivierte Interesse wird gespeist von den realen oder scheinbaren Analogien zwischen dem Deutschland von damals und dem Italien von heute, gilt doch für beide die Aussage, daß es sich um ein in Krise befindliches demokratisch-parlamentarisches System in einer hochindustrialisierten Gesellschaft handelt(e), das geprägt wurde/wird von starken sozialen und gesellschaftlichen Spannungen, einem weit gefächerten und fraktionierten Parteiensystem, schwachen und kurzlebigen Regierungen und außerparlamentarischen und antiparlamentarischen Bewegungen von Gewicht.

Neben vielen kurzlebigen Neuerscheinungen hat dieses Interesse auch einige substantielle Beiträge hervorgebracht. Dazu zählt ohne Zweifel die Arbeit des Turiner Soziologen G. E. Rusconi, der nach mehreren Untersuchungen über die Frankfurter Schule nun, unterstützt durch ein Stipendium der A.-von-Humboldt-Stiftung, darangegangen ist, das politische, soziale und historische Umfeld der Weimarer Zeit zu erforschen. Das Ergebnis ist eine außerordentlich materialreiche, dicht geschriebene Querschnitt- und Längsschnittanalyse der Weimarer Republik, die ihr Augenmerk vor allem auf die Anfangs- und Schlußphase richtet und hier vor allem die Rolle der SPD im Visier hat. Neben knappen Forschungsresümees u. a. der Revolutionsforschung 1918/19, der Mittelstandsproblematik, der Geschichte der KPD, der Aufstiegsphase der nationalsozialistischen Bewegung enthält der Band dank der aufmerksamen Lektüre der SPD-Partei- und Gewerkschaftspresse, der linken kulturpolitischen und theoretischen Zeitschriften, der Parteitagprotokolle (u. a. zwei Kapitel über R. Hilferding) Beiträge zu einer bis heute nicht geschriebenen Geschichte der SPD in der Weimarer Republik und verdient schon von daher auch Beachtung im deutschen Sprachraum. Rusconi geht aus von den vier Fundamentalkompromissen in institutionellen, sozioökonomischen, militärischen und politischen Bereich, die die Grundlage der Weimarer Republik bildeten, und verfolgt dann in einer Analyse der verschiedenen politisch-institutionellen, sozioökonomischen und ideologisch-kulturellen Subsysteme, wie sich diese Fundamentalkompromisse von 1928/29 an aufzulösen begannen und unter dem Krisendruck der Weltwirtschaftskrise zerbrachen. Rusconi sieht in der Herausbildung der Weimarer Republik eine besondere Entstehungsform eines parlamentarisch-demokratischen Systems, die er mit dem Begriff der »*democrazia contrattata*« (ausgehandelte Demokratie) zu erfassen sucht. »*Democrazia contrattata* bedeutet«, so schreibt er, »daß die institutionelle Form der Demokratie, statt den akzeptierten politischen Rahmen zu bilden, innerhalb dessen sich die gesellschaftlichen Kräfte bewegen und miteinander ringen, selbst Gegenstand permanenter, bald offener, bald ideologisch verdeckter, bald latenter Kompromisse wird.« (S. 30) Wer an die Startbedingungen etwa der Dritten französischen Republik oder der italienischen Republik nach 1946 denkt, bei denen die Legitimität der neuen Staatsform ähnlich umstritten war wie 1919 Weimarer Republik und Verfassung, den wird diese Konzeptualisierung kaum überzeugen.

Ein unaufgelöstes Spannungsverhältnis besteht auch zwischen dem Konzept der »*democrazia contrattata*«, in das die von Rusconi scharf kritisierten Fehlleistungen und Unterlassungen der MSPD eingegangen sind, ja, deren Voraussetzungen sie gewissermaßen bildeten, und der von A. Rosenberg übernommenen These, die Gründe für das Scheitern von Weimar seien in den Jahren 1918/19 zu suchen, d. h. in dem nicht aufgelösten Widerspruch zwischen politischem System und sozioökonomischer Struktur. Voluntaristischer und deterministischer

Ansatz stehen so bisweilen unvermittelt nebeneinander, besonders sichtbar in dem nur am Rande thematisierten Verhältnis der traditionellen wirtschaftlich-militärisch-bürokratischen Führungseliten zum Weimarer System, das schrittweise abgebaut und dann in der »Operation Reichskanzler Hitler« (S. 36) durch ein neues Mächtegleichgewicht ersetzt wurde. Rusconi warnt zwar vor der Gefahr, aus dem Groß- und Finanzkapital »den ständig präsenten und siegreichen Demiurgen in der Geschichte der modernen Industriegesellschaften« zu machen, ist dieser Gefahr aber selbst auch nicht ganz entgangen.

Sieht man jedoch von diesen nicht immer schlüssig skizzierten Rahmenbedingungen der Weimarer Republik ab, so bilden die Analysen Rusconis vielfach stimulierende, von den Erfahrungen der heutigen italienischen Linken her inspirierte Betrachtungen über Möglichkeiten und Grenzen linker gesellschaftlicher Reform- und Wandlungspolitik in der Weimarer Zeit. Der Band hat dem Autor, wenn schon nicht den Ruf eines Klassikers (so etwas voreilig die kommunistische Zeitschrift *Rinascita*), so doch den eines der besten italienischen Kenner der Weimarer Szene eingetragen.

Jens Petersen

Hartmut Schustereit, *Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919—1930* (= Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien), Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1975, 296 S., kart., 38 DM.

Der deutsche Liberalismus der Weimarer Republik und insbesondere die linksliberale DDP sind in der letzten Zeit wieder verstärkt in den Mittelpunkt der Parteigeschichtsschreibung gerückt (u. a. die Arbeiten von L. Albertin, 1972; J. C. Heß, 1973 und 1978; R. Opitz, 1973; E. Portner, 1974; W. Schneider, 1978). In diesen Forschungsbereich reiht sich auch — anders als es der Titel auf den ersten Blick vermuten läßt — die Studie von Hartmut Schustereit ein. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, das Verhältnis von DDP und Sozialdemokratie in Hinblick auf grundsätzliche politische Übereinstimmungen dieser beiden staatstragenden Parteien, vor allem aber in Hinblick auf ihre wesentlichen politischen Differenzen zu untersuchen. Im Vordergrund der Betrachtung stehen dabei bestimmte tagespolitische Entscheidungen und programmatische Auffassungen, deren je konkrete parteistrukturale bzw. ideologische Bedingtheiten Schustereit aufzuspüren beabsichtigt. Die entwicklungsbestimmenden Ereignisse und Probleme der ersten deutschen Republik wie z. B. die Novemberrevolution, der Versailler Vertrag, der Kapp-Lüttwitz-Putsch, der Ruhrkampf, die Wahl des Reichspräsidenten 1925 und die Beamten- und Bildungspolitik dienen dem Autor in diesem Zusammenhang als »case studies« seiner vergleichenden Betrachtung.

Mit seiner eindeutigen Schwerpunktverlagerung auf die DDP beabsichtigt Schustereit, Forschungslücken in bezug auf wesentliche programmatische Aussagen der Weimarer Linksliberalen zu schließen, da der DDP fast über den gesamten Zeitraum der Republik hinweg ein verbindliches Programm fehlte, »das neuen politischen Ereignissen oder theoretischen Einsichten Rechnung getragen hätte« (S. 15). Darüber hinaus begründet der Autor die Richtung seiner Aufgabenstellung mit der besonders gearteten Beziehung zwischen SPD und DDP. Diese war charakterisiert durch die starke Berücksichtigung, die der politische Faktor Sozialdemokratie in nahezu allen DDP-Entscheidungen fand, während umgekehrt die SPD für die Linksliberalen insgesamt nur geringes Interesse aufzubringen vermochte.

Wie Schustereit überzeugend nachzuweisen vermag, war die starke Fixierung der DDP auf die Sozialdemokratie bestimmt von durchaus ambivalenten politisch-ideologischen Bewertungen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem »sinnlosen Bolschewismus« der Novemberrevolution (S. 44) und aufgrund der »verfassungswidrigen« politischen Ansprüche der Freien Gewerkschaften in der Folge des Kapp-Putsches (S. 87) mißtrauten die auf

Ansatz stehen so bisweilen unvermittelt nebeneinander, besonders sichtbar in dem nur am Rande thematisierten Verhältnis der traditionellen wirtschaftlich-militärisch-bürokratischen Führungseliten zum Weimarer System, das schrittweise abgebaut und dann in der »Operation Reichskanzler Hitler« (S. 36) durch ein neues Mächtegleichgewicht ersetzt wurde. Rusconi warnt zwar vor der Gefahr, aus dem Groß- und Finanzkapital »den ständig präsenten und siegreichen Demiurgen in der Geschichte der modernen Industriegesellschaften« zu machen, ist dieser Gefahr aber selbst auch nicht ganz entgangen.

Sieht man jedoch von diesen nicht immer schlüssig skizzierten Rahmenbedingungen der Weimarer Republik ab, so bilden die Analysen Rusconis vielfach stimulierende, von den Erfahrungen der heutigen italienischen Linken her inspirierte Betrachtungen über Möglichkeiten und Grenzen linker gesellschaftlicher Reform- und Wandlungspolitik in der Weimarer Zeit. Der Band hat dem Autor, wenn schon nicht den Ruf eines Klassikers (so etwas voreilig die kommunistische Zeitschrift *Rinascita*), so doch den eines der besten italienischen Kenner der Weimarer Szene eingetragen.

Jens Petersen

Hartmut Schustereit, *Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919—1930* (= Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien), Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1975, 296 S., kart., 38 DM.

Der deutsche Liberalismus der Weimarer Republik und insbesondere die linksliberale DDP sind in der letzten Zeit wieder verstärkt in den Mittelpunkt der Parteigeschichtsschreibung gerückt (u. a. die Arbeiten von L. Albertin, 1972; J. C. Heß, 1973 und 1978; R. Opitz, 1973; E. Portner, 1974; W. Schneider, 1978). In diesen Forschungsbereich reiht sich auch — anders als es der Titel auf den ersten Blick vermuten läßt — die Studie von Hartmut Schustereit ein. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, das Verhältnis von DDP und Sozialdemokratie in Hinblick auf grundsätzliche politische Übereinstimmungen dieser beiden staatstragenden Parteien, vor allem aber in Hinblick auf ihre wesentlichen politischen Differenzen zu untersuchen. Im Vordergrund der Betrachtung stehen dabei bestimmte tagespolitische Entscheidungen und programmatische Auffassungen, deren je konkrete parteistrukturelle bzw. ideologische Bedingtheiten Schustereit aufzuspüren beabsichtigt. Die entwicklungsbestimmenden Ereignisse und Probleme der ersten deutschen Republik wie z. B. die Novemberrevolution, der Versailler Vertrag, der Kapp-Lüttwitz-Putsch, der Ruhrkampf, die Wahl des Reichspräsidenten 1925 und die Beamten- und Bildungspolitik dienen dem Autor in diesem Zusammenhang als »case studies« seiner vergleichenden Betrachtung.

Mit seiner eindeutigen Schwerpunktverlagerung auf die DDP beabsichtigt Schustereit, Forschungslücken in bezug auf wesentliche programmatische Aussagen der Weimarer Linksliberalen zu schließen, da der DDP fast über den gesamten Zeitraum der Republik hinweg ein verbindliches Programm fehlte, »das neuen politischen Ereignissen oder theoretischen Einsichten Rechnung getragen hätte« (S. 15). Darüber hinaus begründet der Autor die Richtung seiner Aufgabenstellung mit der besonders gearteten Beziehung zwischen SPD und DDP. Diese war charakterisiert durch die starke Berücksichtigung, die der politische Faktor Sozialdemokratie in nahezu allen DDP-Entscheidungen fand, während umgekehrt die SPD für die Linksliberalen insgesamt nur geringes Interesse aufzubringen vermochte.

Wie Schustereit überzeugend nachzuweisen vermag, war die starke Fixierung der DDP auf die Sozialdemokratie bestimmt von durchaus ambivalenten politisch-ideologischen Bewertungen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem »sinnlosen Bolschewismus« der Novemberrevolution (S. 44) und aufgrund der »verfassungswidrigen« politischen Ansprüche der Freien Gewerkschaften in der Folge des Kapp-Putsches (S. 87) mißtrauten die auf

Volksgemeinschaft und Privateigentum angelegten Linksliberalen der »klassenkämpferischen Sozialdemokratie« und deren programmatischem Zielhorizont einer sozialistischen Demokratie. Andererseits war für den größten Teil der Deutschen Demokraten die »große Zukunftsaufgabe« einer von der Interessenharmonie aller Volksschichten geprägten demokratischen Republik nur »Arm in Arm mit der Sozialdemokratie« zu erfüllen (S. 41). Hier liegt der entscheidende Grund für die permanenten Bestrebungen der DDP, die SPD politisch in eine Große Koalition einzubinden. Sie allein war nach dem Selbstverständnis der Linksliberalen der Garant für eine wirkungsvolle politische Zusammenarbeit von bürgerlichen und sozialistischen Demokraten und damit »die einzig wirklich erstrebenswerte Regierungskoalition auf Reichs- und Länderebene« (S. 103 f.).

Das Votum für die Große Koalition verweist bereits auf ein »Essential« des liberaldemokratischen Selbstverständnisses in der Weimarer Republik. Die DDP verstand sich entschieden nicht als eine beliebige Interessenpartei, sondern als die einzig wirkliche »Volks- und Staatspartei« (S. 195), ein Umstand, der in dem arg überstrapazierten und schließlich zur Phrase degradierten Topos von der Überparteilichkeit sowie in dem Bestreben, als Mittler zwischen den divergierenden parteipolitischen Interessen aufzutreten, offenkundig wurde. Die Überzeugung, eine besonders »staatsbewußte Vorhut des gesamten deutschen Staatsvolkes« zu sein, korrespondierte mit einem Staatsverständnis, das den Staat als überindividuelle Wesenheit deutlich von der Gesellschaft abhob (S. 194 f.). Dieser Staatsgedanke begründete im Verein mit dem Glauben an die »Mission des deutschen Staatsvolkes in der europäischen Völkergemeinschaft« (S. 196 f.) einen Primat der Außenpolitik, der von nationalistischen Tönen keineswegs frei war. Schustereit beschreibt in diesem Zusammenhang mit großer Akribie die oft in Irrationalismen ausufernde Protesthaltung der Linksliberalen gegen den »Schmachfrieden von Versailles« (S. 68 f.) und gegenüber der »französisch-belgischen Willkür und Brutalität« (S. 96) im Ruhrkampf 1923; der Autor stellt aber gleichzeitig heraus, daß die DDP von Anfang an zu den maßgeblichen Stützen der Stresemannschen Verständigungspolitik gehörte.

Auch die außenpolitische Übereinstimmung mit der SPD in bezug auf die maßvolle Revisionspolitik Stresemanns vermochte nicht die gravierenden politisch-ideologischen Differenzen beider Parteien zu kompensieren und damit eine tragfähige Basis gemeinsamen politischen Handelns herzustellen. Die DDP konnte mithin weder ihrer selbstgestellten Aufgabe, »politischer Koordinator« (S. 221) zwischen der Sozialdemokratie und den staatstragenden bürgerlichen Parteien zu sein, gerecht werden, noch die Abkehr zunehmend breiterer Bevölkerungskreise vom politisch organisierten Linksliberalismus verhindern. Hierfür macht Schustereit ideologische Verkrustungen und parteistrukturell bedingte Defizite der DDP mitverantwortlich. Diese Faktoren zusammengenommen bewirkten einen irreparablen »Verlust an parteibildender Kraft« (S. 271) im politischen Linksliberalismus der Weimarer Republik. Die DDP vermochte sich nicht »ohne Fesseln einer veralteten Ideologie den veränderten politischen und soziologischen Verhältnissen der industriellen Massengesellschaft anzupassen« (S. 231). Sie behielt den längst anachronistisch gewordenen Charakter einer Gesinnungspartei bei, in der autonome Persönlichkeiten, zumeist Intellektuelle, die politische Richtung bestimmten. Eine schlecht funktionierende Parteiorganisation sowie der Mangel an unmittelbarer Fühlungnahme zwischen Abgeordneten, Parteiapparat und Wählern waren die aus diesem Selbstverständnis resultierenden Folgen. Der chronische Geldmangel<sup>1</sup> und die überwiegend distanzierte Haltung der linksliberalen Presse taten ein übriges, um den Nieder-

<sup>1</sup> Auf das wichtige Kapitel der Parteifinanzierung geht *Schustereit* nur am Rande ein; siehe dazu den Literaturbericht von *Konstanze Wegner*, Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 4, 1978, H. 1, S. 132 ff.

gang des politisch organisierten Linksliberalismus in der Auflösungsphase der Weimarer Republik zu besiegeln.

Gegen diese von Schustereit vorgenommene Parteianalyse ist folgendes kritisch anzumerken: Über der Herausstellung des übertriebenen Individualismus als entscheidendem Bedingungsfaktor des mangelhaften Partezusammenhalts gerät die zugegebenermaßen stärker außen- und wehrpolitisch bestimmte Flügelbildung zwischen einer betont national bzw. nationaldemokratisch ausgerichteten Parteimehrheit<sup>2</sup> und einer in sich wiederum heterogenen pazifistischen Parteiminderheit<sup>3</sup> aus dem Blickfeld. Der permanente Konflikt zwischen diesen beiden Parteiflügeln wirkte sich mit Gewißheit auch bei innenpolitischen Entscheidungen aus und trug wesentlich zur Unfähigkeit des Linksliberalismus bei, »parteibildend« zu wirken. Die Behandlung des Weimarer Linksliberalismus als einheitliche ideologische Größe stellt ein weiteres Defizit der Arbeit Schustereits dar. Denn die liberale Idee war gerade in Deutschland in ihrer wechselvollen Geschichte einer ganzen Reihe krisenhafter Wandlungen unterlegen, die ihre Substanz nicht unberührt gelassen haben. Als Beispiel hierfür mag in diesem Zusammenhang die zeitweilige Überfremdung der liberalen Idee durch Aufnahme von Elementen (sozial)imperialistischen Denkens genügen<sup>4</sup>. Ebenso wie der Gesinnungsparteicharakter auf den Partiebegriff des älteren deutschen Liberalismus zurückverweist, stellen die mit stark nationalen, teilweise nationalistischen Komponenten durchsetzte Außenpolitik und der betonte Etatismus der Parteimehrheit Faktoren der zuletzt genannten geschichtlichen Überlagerung noch in der Weimarer Republik dar.

Schließlich wäre eine stärkere Einbeziehung sozial- und wirtschaftspolitischer Problemkreise in die Arbeit Schustereits wünschenswert gewesen. Hier hätte sich gezeigt, ob die DDP aufrichtig darum bemüht gewesen ist, den Weg einer Wirtschaftsform »zwischen Bolschewismus und Kapitalismus« (S. 261) zu beschreiten. Eine derartige Verbreiterung der Fragestellung hätte überdies die Möglichkeit eingeräumt, den Schritt von der doch vorherrschenden Beschreibung ideengeschichtlicher Sachverhalte zur Ideologiekritik zu vollziehen.

Während die Studie für die DDP-Geschichtsschreibung, vor allem im Hinblick auf das programmatische Selbstverständnis der Linksliberalen und ihre Beziehung zur SPD, einige Forschungslücken schließen kann, findet der vornehmlich an der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung interessierte Leser nur wenig Neues vor. Mit Ausnahme einiger, bislang unbeachtet gebliebener tagespolitischer Details, wie sie z. B. die innerparteilichen Kontroversen um die Kandidatenaufstellung für die Reichspräsidentenwahl 1925 darstellen (S. 108), lehnt sich Schustereit in seiner Beschreibung und Bewertung der sozialdemokratischen Politik an ältere Literatur zu diesem Problemkreis an. Dabei hätte die vom Autor vorgenommene Auswertung der Nachlässe so bedeutender Sozialdemokraten wie Eduard Bernstein, Otto Braun, Eduard David, Karl Kautsky, Carl Severing, Hermann Müller-Franken und Gustav Noske zumindest eine Modifizierung bestimmter gängiger Interpretationsschemata erwarten lassen.

Die SPD begegnet uns in der vorliegenden Arbeit als eine »schichtenspezifische Integrationspartei«, deren Stärke im Organisationspatriotismus und im Gemeinschaftsgefühl ihrer Mitglieder lag, deren letztlich verhängnisvoll wirkende »politische Tatlähmung« (Hans

2 Zum Demokratischen Nationalismus in der DDP siehe neuerdings *Jürgen C. Heß*, *Das ganze Deutschland soll es sein. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei*, Stuttgart 1978.

3 *Karl Holl*, *Pazifismus oder liberaler Neu-Imperialismus?*, in: *Imperialismus im 20. Jahrhundert*, Gedenkschrift für George W. F. Hallgarten, hrsg. von *Joachim Radkau* und *Immanuel Geiss*, München 1972, S. 171 ff.

4 Siehe dazu *Wolfgang J. Mommsen*, *Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus*, in: *Liberalismus und imperialistischer Staat*, hrsg. von *K. Holl* und *G. List*, Göttingen 1975, S. 109 ff.

Mommsen) jedoch ihre Ursache in dem verbürokratisierten, überalterten und politisch inflexiblen Parteiapparat sowie im erschreckenden Mangel an geeigneten Führerpersönlichkeiten fand. Eine Partei zudem, die der programmatischen Festlegung auf den Klassenkampf und der Zukunftsvorstellung von der sozialistischen Demokratie verhaftet blieb und deshalb nach dem Urteil des Autors nicht durchweg konstruktive parlamentarische Opposition im liberal-demokratischen Sinne betrieben hat.

Gleichwohl bescheinigt Schustereit der Sozialdemokratie, daß sie ständig um eine loyale Haltung zur Republik bemüht war und Wesentliches zu ihrem Aufbau beigetragen hat. Dies berührt jedoch nicht einen entscheidenden Einwand des Autors gegen die sozialdemokratische Politik während der kombinierten Staats- und Gesellschaftskrise in den späten 20er und frühen 30er Jahren. Obgleich sich die SPD nach Meinung Schustereits auf dem Weg zur Volkspartei befand (S. 186), war sie nicht bereit, in den sozialpolitischen Auseinandersetzungen des Jahres 1929/30 die Interessen ihrer Klientel zurückzustellen und somit »ein Opfer zur Rettung des Parlamentarismus zu bringen« (S. 186). Damit trug sie mehr noch als die Freien Gewerkschaften »den größten Teil der Verantwortung für den Zusammenbruch der letzten tragfähigen Mehrheit im Reichstag der Weimarer Zeit« (S. 269).

Schustereit folgt mit seiner Kritik einer älteren, nicht unumstrittenen Interpretationslinie, die außer acht läßt, daß eine Frontstellung der Partei gegen die Freien Gewerkschaften in der Frage der Arbeitslosenunterstützung schwerwiegende Legitimations- und Loyalitätsverluste der SPD in der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung nach sich gezogen hätte. Überdies ist in Rechnung zu stellen, daß seit den Wahlen im Mai 1928 ein konservatives Interessenbündnis aus Bürokratie, Militär, Industrie und Großlandwirtschaft, das weit in das bürgerliche Parteienspektrum hineinreichte, darauf bedacht war, jede Gelegenheit zur Ausschaltung der Sozialdemokratie und zum Umbau der Verfassung auszunützen. Gerade unter den Bedingungen der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise hätte ein Einlenken der SPD im Streit um die Sozialpolitik den grundsätzlichen Konflikt um das parlamentarische System und eine sozialgebundene Demokratie nur aufgeschoben, mit hoher Wahrscheinlichkeit aber nicht aufgehoben.

Ulrich Heinemann

James M. Diehl, *Para-Military Politics in Weimar Germany*, Indiana University Press, Bloomington/London 1977, X, 406 pp., clothbound, \$ 17.50.

James Diehl's useful study offers an extensive survey of para-military organizations during the Weimar Republic. Though based on detailed archival research of its own, it is perhaps mainly a work of synthesis, bringing together a host of recent literature with the findings of the major monographs, of which the works of the DDR historians Könnemann and Finker, Berghahn's study of the *Stahlhelm*, Schulze's of the *Freikorps*, Fenske's of Bavaria, and Karl Rohe's classic analysis of the *Reichsbanner* are the most important<sup>1</sup>. In delimiting the terms of

<sup>1</sup> Erwin Könnemann, *Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920)*, Berlin [GDR] 1971; Kurt Finker, *Die militaristischen Wehrverbände in der Weimarer Republik und ihre Rolle bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und bei der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges (1924—1929)*, Habilitationsschrift Potsdam 1964; Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten, 1918—1935*, Düsseldorf 1966; Hagen Schulze, *Freikorps und Republik 1918—1920*, Boppard am Rhein 1969; Hans Fenske, *Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918*, Bad Homburg 1969; Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1966. Two major contributions to our understanding of political violence and

Mommsen) jedoch ihre Ursache in dem verbürokratisierten, überalterten und politisch inflexiblen Parteiapparat sowie im erschreckenden Mangel an geeigneten Führerpersönlichkeiten fand. Eine Partei zudem, die der programmatischen Festlegung auf den Klassenkampf und der Zukunftsvorstellung von der sozialistischen Demokratie verhaftet blieb und deshalb nach dem Urteil des Autors nicht durchweg konstruktive parlamentarische Opposition im liberal-demokratischen Sinne betrieben hat.

Gleichwohl bescheinigt Schustereit der Sozialdemokratie, daß sie ständig um eine loyale Haltung zur Republik bemüht war und Wesentliches zu ihrem Aufbau beigetragen hat. Dies berührt jedoch nicht einen entscheidenden Einwand des Autors gegen die sozialdemokratische Politik während der kombinierten Staats- und Gesellschaftskrise in den späten 20er und frühen 30er Jahren. Obgleich sich die SPD nach Meinung Schustereits auf dem Weg zur Volkspartei befand (S. 186), war sie nicht bereit, in den sozialpolitischen Auseinandersetzungen des Jahres 1929/30 die Interessen ihrer Klientel zurückzustellen und somit »ein Opfer zur Rettung des Parlamentarismus zu bringen« (S. 186). Damit trug sie mehr noch als die Freien Gewerkschaften »den größten Teil der Verantwortung für den Zusammenbruch der letzten tragfähigen Mehrheit im Reichstag der Weimarer Zeit« (S. 269).

Schustereit folgt mit seiner Kritik einer älteren, nicht unumstrittenen Interpretationslinie, die außer acht läßt, daß eine Frontstellung der Partei gegen die Freien Gewerkschaften in der Frage der Arbeitslosenunterstützung schwerwiegende Legitimations- und Loyalitätsverluste der SPD in der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung nach sich gezogen hätte. Überdies ist in Rechnung zu stellen, daß seit den Wahlen im Mai 1928 ein konservatives Interessenbündnis aus Bürokratie, Militär, Industrie und Großlandwirtschaft, das weit in das bürgerliche Parteienspektrum hineinreichte, darauf bedacht war, jede Gelegenheit zur Ausschaltung der Sozialdemokratie und zum Umbau der Verfassung auszunützen. Gerade unter den Bedingungen der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise hätte ein Einlenken der SPD im Streit um die Sozialpolitik den grundsätzlichen Konflikt um das parlamentarische System und eine sozialgebundene Demokratie nur aufgeschoben, mit hoher Wahrscheinlichkeit aber nicht aufgehoben.

Ulrich Heinemann

James M. Diehl, *Para-Military Politics in Weimar Germany*, Indiana University Press, Bloomington/London 1977, X, 406 pp., clothbound, \$ 17.50.

James Diehl's useful study offers an extensive survey of para-military organizations during the Weimar Republic. Though based on detailed archival research of its own, it is perhaps mainly a work of synthesis, bringing together a host of recent literature with the findings of the major monographs, of which the works of the DDR historians Könnemann and Finker, Berghahn's study of the *Stahlhelm*, Schulze's of the *Freikorps*, Fenske's of Bavaria, and Karl Rohe's classic analysis of the *Reichsbanner* are the most important<sup>1</sup>. In delimiting the terms of

<sup>1</sup> Erwin Könnemann, *Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920)*, Berlin [GDR] 1971; Kurt Finker, *Die militaristischen Wehrverbände in der Weimarer Republik und ihre Rolle bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und bei der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges (1924—1929)*, Habilitationsschrift Potsdam 1964; Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten, 1918—1935*, Düsseldorf 1966; Hagen Schulze, *Freikorps und Republik 1918—1920*, Boppard am Rhein 1969; Hans Fenske, *Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918*, Bad Homburg 1969; Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1966. Two major contributions to our understanding of political violence and

his enquiry Diehl has taken three significant decisions. The first is chronological. The study extends from the foundation of the Republic through to 1930, with the reaction to the 1928 elections as the formal climax of the narrative. It abstains from discussing the years after 1930 on the grounds that »the militarization of German politics had been completed, the pattern of political violence that crippled the Republic was established, and the broad outlines of future para-military developments were already drawn« (p. X). Secondly, the study covers both the right and the left of the political spectrum, so that the republican *Reichsbanner* and the Communist *Rote Frontkämpferbund* are treated as well as the right-wing formations. Thirdly, the approach is both organizational and narrative, so that little space is given to structural analysis, whether for constructing a typology of the *Verbände*, locating them more exactly in the political system, laying bare their internal relations or exploring the content of their activities. Though each of these three decisions is defensible in its own terms, they also have certain consequences for the value of the analysis, as will become clear.

Within its chosen limits Diehl's book has many virtues. Most obviously it is useful to have information on the whole spectrum of para-military activity gathered together in a single volume. Diehl distinguishes lucidly between the different initiatives in 1919 — *Freikorps*, *Zeitfreiwilligenverbände* and *Einwohnerwehren* — and his account is now the best available in English. His discussion of the *Einwohnerwehren* (Civil Guards) is particularly useful in this respect. He is also good on the different phases of para-military activity, carefully explaining the processes of political adaptation which successive conjunctures demanded. Briefly he distinguishes four of these: the initial period of chaotic insurgency up to 1920; a period of consolidation when the failure of the Kapp Putsch in March 1920 imposed the adapted legal form of the *Wehrverbände* and drove the more radical tendencies underground; the period of relative stability beginning in 1923—24, when the military associations gradually transformed themselves into *politische Kampfbünde*, of which the *Stahlhelm*, *Jungdeutscher Orden* and *Bund Bayern und Reich* were the most important; a final period began in 1928, when the indifferent success in influencing the right-wing parties and the disappointing outcome of the Reichstag election initiated a process of decomposition from which the SA eventually emerged as the beneficiary. A further feature of the period after 1923—24 was the formation of para-military organizations of the left, which helped consolidate the existing ideological fronts. On the whole Diehl leads us through a potentially confusing thicket of shifting organizational growths, though his touch is perhaps surer for the early than the later 1920s, when some of the threads tend to get lost (e. g. it is unclear what happens to *Bund Bayern und Reich*, which by contrast occupies a dominant place in the earlier discussion). The balance is good and Diehl commendably avoids the temptation to give undue attention to the NSDAP in the discussion of 1923. There are helpful discussions of the impact of para-military activity on the changing political style — the activist élan, the cult of the heroic, the importance of ritual, marching and ceremonial, the general aestheticization of politics — and the author communicates successfully how the para-military groups helped create a »state of latent civil war« (p. 194), even in the more stable conditions after 1924.

However, there are also some potential weaknesses. Most importantly in this respect, Diehl is virtually committed to a holistic notion of political culture, which assigns exaggerated causal significance to structured patterns of behaviour that are held to exist independently of the situations and movements that bear them, and which themselves determine political

---

militarism during the Weimar Republic have been published since Diehl's work was completed, both of which anticipate future monographs: *Richard Bessel*, *Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik: Von den Freikorps zur SA*, and *Eve Rosenhaft*, *Gewalt in der Politik: Zum Problem des »Sozialen Militarismus«*, both in: *Klaus-Jürgen Müller/Eckardt Opitz* (Eds.), *Militär und Militarismus in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978, pp. 193—222, and 237—260.

actions. When tied to a particular conjuncture this is not so far removed from the insubstantial notion of *Zeitgeist* or spirit of the age. Thus when Diehl speaks of »the militarization of German political life following the First World War« and »the rise and normalization of political violence« (p. IX), he is explicitly characterizing the Weimar polity as a whole. Militarized styles of politics are held to have permeated the political culture in general, infecting the very language of public discourse and creating a brutalized intellectual climate, so that the adoption of para-military forms is itself taken to explain the Republic's collapse. This emerges particularly clearly from Diehl's inclusion of the leftist organizations in his study, for this tends to strengthen the central implication of his argument, namely that there is an *essential* logic to the para-military style which is inimical to democracy, that by forming their own para-military groups the left were simply submitting to the logic of »anti-democratic thought« and playing into the hands of the right, and that this directly prepared the victory of the Nazis. There is clearly something in this. The circumstances of the Republic's birth — popular-democratic mobilization, counter-revolutionary violence, working-class insurgency, and civil war — certainly established a new context for political life, as did the collapse of nationalist hopes in the successive traumas of defeat and Versailles. However, Diehl goes further than this, strongly implying that it was the recourse to violence itself which was at fault, irrespective of the interests it served and the uses to which it was put. Lurking within this is the familiar — but historically bogus — liberal antithesis of reason and violence, and it is arguable whether this abstract moral-political principle can adequately theorize the use of political violence in specific situations, its legitimacy, and its relation to different forms of social stability and political order. That violence has occurred in certain historical situations may be regretted, but its necessity for political objectives (whether authoritarian, democratic or socialist) cannot be judged solely on a moral plain<sup>2</sup>. Thus it is far from clear that para-military forms can *in themselves* bear the weight of explanatory importance that Diehl implicitly assigns them. This is partly a matter of theoretical ambiguity, for the author devotes insufficient attention to the problem of exactly what kind of contradictions the militarization of politics embodied. The fact that the latter became institutionalized during the period of relative stability after 1923—24 was more a symptom of the Republic's continuing structural weakness than its cause, and thus far more of a problem for further investigation than Diehl's analysis perhaps concedes, for he treats it very much as a given factor. The persistence of right-wing para-military activity which expressly disputed the legitimacy of the republican state was — as Diehl naturally recognizes — compelling evidence of that state's inability to organize political consent on a broad enough basis. To that extent the tardy recourse to the *Reichsbanner* as a republican version of the same kind of activity was an admission of weakness, for though by that time the credibility of the Republic urgently required such a militant response, it also confirmed more formally the existing polarization of allegiance. But to explain how the right could still mobilize such violent antipathy to the Republic in the mid-1920s we need to move beyond Diehl's chosen organizational perspective. On the one hand we need to know far more about the ideology of the para-military formations, not as a description of their formal beliefs for Diehl provides much of this already (e. g. the discussion of »front ideology«, pp. 211 ff.), but as an analysis of the material practices and social relations that bound the loyalties of the membership together. To understand the resilience of the para-military opposition, that is, we must imagine what it actually meant to be a member, and for that the whole internal life of the movement must be patiently reconstructed. But on the other hand the *Wehrverbände* must be carefully situated in the larger milieu of right-wing politics, at the very least in relation to

<sup>2</sup> See the comments of *Anthony Arblaster*, *What is Violence?*, in: *The Socialist Register* 1975, London 1975, pp. 224—249.

the DNVP, the *Wirtschaftspartei* and the *Deutschvölkische Freiheitspartei*. For to a great extent the survival of the combat leagues as independent para-military formations reflected the failure of the right-wing parties to consolidate their own leadership. The Republic's crisis of legitimacy was subtly reproduced in the persistent disunity of the right and its uncertain relation to parliamentary practice.

In other words, Diehl doesn't really press his enquiry deeply enough. He certainly recognizes the basic dilemma of the para-military right — their espousal of extra-parliamentary goals in the parliamentary state — but too often the analysis is separated from a necessary larger context. The neglect of the parti-political right has already been intimated, and for every particular reference which the text actually makes (e. g. the relations with the *Vereinigte Vaterländische Verbände*, the campaign against Locarno, the vexed relations with the DNVP, or Wulle's *Kampfblock* of 1928) equally important omissions may also be found (e. g. how did the para-military coalescence represented by Orgesch relate to the sub-party *völkisch* activity best exemplified by the *Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund*?). Again this is largely a factor of Diehl's chosen approach, for to situate the para-military milieu in the overall history of the Weimar right we need to examine how para-military activities were inserted into the latter primarily at a local level. As already suggested, it was the disorganization of the right after 1918 that provided the basic conditions for an independent para-military practice, and the dynamics of that disunity before the advent of the triumphant NSDAP badly need illuminating. At several points Diehl refers to important ideological contradictions — e. g. the drift from restorative conservatism after March 1920, the divisions between bourgeois-conservative and *völkisch* tendencies in Bavaria, similar differences in the *Stahlhelm*, incipient disillusionment with the DNVP and the older »Wilhelmine« nationalism of the VVVD, and so on — and these are potentially the most interesting parts of his analysis. But to establish the real importance of these antagonisms considerably more detail was needed.

Finally, this raises the most important of the book's weaknesses, namely its lack of clarity on the question of Nazism. The disunity of the right before 1930 leads to this directly, for the success of the NSDAP was precisely its discovery of how the different elements of the right *could* be combined together on a more stable basis. Unfortunately, the relationship between the para-military right before 1930 and the success of the Nazis after that date — above all the specificity of the latter — is never systematically tackled, and at the end the reader is left in some uncertainty. Diehl offers the general arguments concerning the role of the para-military groups in preparing the »intellectual climate« and »the physical environment in which such a violent political movement could come to power« (p. IX), but it is difficult to see exactly what explanatory value is being intended. At its worst the argument simply presents Nazism as a natural destination, the final answer to »the long search for an effective organizational and electoral counter-weight to the well-organized German working-class movement that had begun in the 1890s« (p. 22). Similarly, Diehl expressly describes the emergence of the SS police state as the »historical and logical, though not inevitable, conclusion to the practice of para-military politics« inaugurated at the start of the 1920s (p. 291). As it stands this provides no means of distinguishing theoretically between fascism and less virulent forms of right-wing politics. This is clearly a question of major historical importance for students of the period, and deserves to have been treated more fully.

However, these misgivings should not detract too much from the value of Diehl's book. Within the limits of its chosen perspective it remains a lucid guide to the shape of its subject and will serve as a reliable synthesis for future students.

Geoff Eley

Ulrich Dunker, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919—1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 354 S., Pb., 48 DM.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten wurde im Februar 1919 in Berlin gegründet. Zweck dieses Bundes sollte die Pflege der Kameradschaft und die gegenseitige Unterstützung in wirtschaftlichen Angelegenheiten sein. Was dieses Ziel betrifft, so unterscheidet sich der RjF in nichts von den meisten anderen Soldatenverbänden und -bünden der Zeit. Erst das Hinzutreten eines weiteren Ziels macht die Untersuchung dieser konservativen Organisation besonders interessant, des Ziels nämlich der »Abwehr aller verleumderischen Angriffe auf die Ehre jüdischer Frontsoldaten«. Der innergesellschaftliche Burgfrieden von 1914 hatte in Deutschland nicht lange angehalten, und bereits während des Krieges war der Antisemitismus als Sündenbockideologie zur Erklärung infrastruktureller Probleme neu belebt worden. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten fand verhältnismäßig viel Zulauf. In den Jahren der Weimarer Republik schwankte seine Mitgliederzahl zwischen 30 000 und 40 000. Obwohl die meisten der deutschen Juden damals in Berlin lebten — rund ein Drittel der knapp 570 000 zählenden jüdischen Mitbürger Deutschlands wohnte 1925 in der Hauptstadt —, konnte der RjF in diesem Jahr fast 500 Ortsgruppen verzeichnen. Das Bedürfnis nach Zusammenschluß unter jüdischen Frontsoldaten war also beträchtlich (in den Bund wurden in der Tat nur Soldaten aufgenommen, die »an der Front« gekämpft hatten).

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten war nach dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens die zweitgrößte jüdische Organisation in der Weimarer Republik. Eine Darstellung seiner Geschichte und Organisation, seiner Ideologie und Aktivität stellt einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der deutschen Juden dar. Ulrich Dunker hat mit bemerkenswertem Spürsinn und beträchtlichem Einsatz Materialien und zeitgenössische Zeugen, beide mehr oder weniger in alle Welt zerstreut, aufgetan und auf diese Weise eine Reihe von Informationen über den RjF gerettet, die ohne ihn wahrscheinlich verlorengegangen wären. Zudem ist ihm zu bescheinigen, daß er die umfangreiche Literatur zu den Themenkreisen Antisemitismus und Juden in Deutschland und sozial- und ideengeschichtliche Wurzeln des Nationalsozialismus gut kennt. Seine Arbeit ist, wenngleich zuweilen von Wiederholungen nicht ganz frei, knapp und flüssig geschrieben. Die einleitenden Kapitel »Forschungsstand« und »Quellenlage« mögen dem einen oder anderen Leser allzu knapp erscheinen, ich halte seine Auswahl für begründet und seine Urteile ebenfalls. Auch die klug ausgewählten Statistiken und der kurze historische Überblick über die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung und des Antisemitismus in Deutschland erweisen Dunker als einen sparsamen, direkt auf den Kern der Sache zu sprechen kommenden Formulierer.

In seinen beiden Hauptkapiteln behandelt Dunker die Geschichte des RjF in der Weimarer Republik und im nationalsozialistischen Reich. Eine Zusammenfassung einschließlich einer Reflexion über die Notwendigkeit des Scheiterns der Assimilationspolitik des RjF sowie ein Dokumentenanhang schließen das Buch ab. Über die Präsentation will ich zum Schluß noch einiges Kritische sagen.

Der Antisemitismus, der vor dem Ersten Weltkrieg zu einem festen Bestandteil völkisch-nationalistischer Ideologien geworden war, lebte nach 1918 verstärkt auf. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. »Die allgemeine Erschütterung und Verunsicherung durch den Zusammenbruch des Kaiserreichs, der von sehr vielen Zeitgenossen nicht nur als Debakel eines Herrschaftssystems, sondern auch als Zusammenbruch des eigenen Orientierungsrahmens erlebt wurde, kann in ihrer Bedeutung für den Antisemitismus in der Weimarer Zeit schwerlich unterschätzt werden«, schreibt Dunker und akzentuiert damit neben der politischen Erklärung auch eine sozialpsychologisch orientierte. Die zweite ist vor allem zur Erklärung der *Wirksamkeit* antisemitischer Klischees heranzuziehen. Diese einzuschränken, war der Zweck des jüdischen »Abwehrkampfes« in der Weimarer Republik. Die Aktivität des RjF in

dieser Zeit verteilte sich auf mehrere Felder. Jedes von ihnen wurde aber von den Antisemiten bestimmt — es liegt in der Natur eines »Abwehrkampfes«, daß er reaktiv geführt wird. In der Praxis bedeutet das, obgleich das vielen Beteiligten wohl kaum klar war, ein schweres Handicap. Der RjF zog in erster Linie gegen das Klischee von der »Drückebergerei« der Juden im Weltkrieg zu Felde, ferner gegen die Vorwürfe der »Unproduktivität« und schließlich gegen das Klischee der »körperlichen Minderwertigkeit« des »krummen« Juden.

Wort und Schrift, Flugblatt, Plakat und Broschüre, bildeten das wichtigste Medium im Kampf gegen die Verleumdung der Ehre der jüdischen Weltkriegssoldaten. Die Publikation einer rund zehntausend (überprüfter) Namen umfassenden Liste von gefallenem jüdischen Soldaten erfüllte die Mitglieder des RjF mit Stolz und Genugtuung. Da der Antisemitismus aber keine rationale, empirischer Nachprüfung standhalten wollende »Theorie«, sondern ein politisches Verhetzungsprogramm war, blieb die erhoffte Breitenwirkung aus. Pittoresk aus heutiger Sicht nehmen sich die Siedlungs- und Berufsumschichtungspläne der zwanziger Jahre aus (auch eine Art von parallelverschobener Antwort auf zionistische Siedlungsvorstellungen in Palästina). Die Übernahme von agrarromantischen Vorstellungen und ihre Adaption zum Zwecke des Aufweisens »jüdischer Produktivität« hatten zeitweise ein beachtliches Echo in den Reihen des RjF, und einige organisatorische und in der Tat auch landwirtschaftliche Ansätze hat es vor 1933 auch gegeben. Der Nationalsozialismus machte dem ein rasches Ende. Wenn es in einem Aufsatz in der Vereinszeitschrift »Der Schild« vom Januar 1922 heißt: »Uns Juden fehlt das Bodenständige. Wir kranken daran, daß wir nicht teilhaben an der Gesundheit, die aus dem Beckern des Bodens wächst. Wie ist dem abzuhelpen? Nur dadurch, daß auch wir Juden uns am Ackerbau beteiligen und daß aus ihm befruchtende Säfte ins Judentum eindringen« — dann klingt das nicht nur gespenstig und hochgradig verwirrt, sondern ist zugleich ein Zeugnis für die absurde Dialektik von Assimilation und Antisemitismus.

Die Vorstellung von der »körperlichen Minderwertigkeit« der Juden schließlich wurde bekämpft durch eine ausgedehnte Sport- und Jugendarbeit. In den Phasen verstärkter Gefahr antisemitischer Übergriffe organisierte der RjF auch, offenbar durchaus erfolgreich, Aktionen zum Selbstschutz.

Dunker bemerkt an mehreren Stellen seiner Arbeit, daß die Mitglieder des RjF durch ihr Engagement »selbstsicherer« und »selbstbewußter« geworden seien. Die führenden Männer des RjF (vor allem Löwenstein, auf dessen Initiative seine Gründung zurückging und der seine Geschicke bis zum Schluß lenkte) schätzten Ende 1932 ihren Abwehrkampf als erfolgreich ein und meinten, »bereits eine tiefe Bresche in die Judenfeindschaft unserer Tage geschlagen« zu haben.

Dunker nennt dies eine »Fehleinschätzung«, und er hat gewiß recht damit. Dennoch ist das Problem damit nicht völlig benannt, das Problem nämlich der Diskrepanz zwischen einem Selbst- und Umweltverständnis, wie es der RjF hegte, und der Einstellung dieser Umwelt zu den Juden insgesamt oder zu verschiedenen Fraktionen unter ihnen. Dieses Problem ist noch weit vertrackter, als es in den knappen (sich häufig auf Arnold Paucker beziehenden) Ausführungen Dunkers anläßlich der Frage nach der Loyalität des RjF der Weimarer Republik gegenüber (S. 110 f.) zum Ausdruck kommt. Ausgeprägter und häufig in tragischer Dimension erscheint diese Diskrepanz während der nationalsozialistischen Jahre, jedenfalls bis 1935. Was dort grell und grotesk wirkt, ist ein tiefreichendes Mißverständnis über die Ebenen und Möglichkeiten der Assimilation. Der RjF war ein konservativer, ja in vielem reaktionärer Bund. Seine Mitglieder, zumeist Angehörige des Mittelstandes, viele mit akademischer Bildung, waren den zeitgenössischen Rechts-Ideologien, dem Schützengraben-Militarismus des Frontkämpfergeistes, den agrarromantischen Ideen, den Volkstums- und antidemokratischen Parolen jener Jahre in demselben Maße ausgesetzt wie die anderen Deutschen — und sie erlagen ihnen in ähnlicher Weise. Was anders war, waren *erstens* das

Bekenntnis zur jüdischen Religion (dies wurde niemals in Frage gestellt, auch nach 1933 nicht), *zweitens* die Konfrontation mit Antisemitismus und, damit verbunden, *drittens* die Schwierigkeit, sich politisch zu orientieren, weil der Antisemitismus von einer Seite herkam, der diese Juden sich eigentlich zugehörig fühlten, der nationalen Rechten, wohingegen andere politische Optionen (z. B. für Arbeiterparteien) gegen die eigenen wirtschaftlichen Überzeugungen und Interessen verstießen. Wenn man den RjF ernst nimmt, darf man die öffentlichen Erklärungen seiner führenden Köpfe nach 1933 nicht schlicht als Opportunismus hinstellen und ihn für die Zeit der Weimarer Republik zur republikanischen Organisation erklären, wie es Dunker, wenn auch zögernd (zögernder als A. Paucker), tut. Dunker trifft auch nicht genau, wenn er schreibt, der Bund habe keine klare Vorstellung vom Wesen seiner Gegner gehabt, denn er sei parteipolitisch neutral geblieben und habe vor 1933 bei der NSDAP nur die antisemitische Komponente bekämpft. Aus einer Analyse der reaktionären Ideologie des RjF ergibt sich, verkürzt formuliert, daß er eine klare Vorstellung gar nicht haben *konnte*. Der Bund wollte jene national gesinnten Juden repräsentieren, die sich einer gewissen Affinität zum Faschismus (abzüglich seines Antisemitismus) durchaus bewußt waren. Nach ihrer Vorstellung von einem völkisch geprägten Führerstaat waren antisemitische Komponenten darin auch entbehrlich. Nach ihren Vorstellungen von sich selbst mußte jeder Nationalsozialist auch unmittelbar den fundamentalen Unterschied zwischen national gesinnten und anderen (z. B. zionistischen) Juden erkennen. Daß die Rolle des Antisemitismus (anders als z. B. die des Antikapitalismus) nach der Machtübernahme nicht gegen Null abnehmen würde, daß auf der anderen Seite die Nationalsozialisten demzufolge die demonstrierte Überanpassung des RjF mit besonderem Mißtrauen betrachteten, lag außerhalb des Horizonts seiner führenden Männer, jedenfalls noch Anfang 1934. Zahlreiche Indizien sprechen dafür. Als infolge des Schocks der Machtübernahme viele Juden die Notwendigkeit zu engerem Zusammenrücken verspürten und deshalb der Zulauf zum RjF kräftig anstieg, hielt »Der Schild« dies für die »schönste Anerkennung für die Arbeit und Bedeutung des RjF«!

Die Machtübernahme bedeutete nicht nur eine quantitative Erweiterung, sondern vor allem auch eine *neue Politik*. In heftigen innerjüdischen Auseinandersetzungen mit den Zionisten ging es um den Führungsanspruch in der deutschen Judenheit. »Aufgabe der neuen Politik war, eine Bevorzugung der eigenen Mitglieder durch die Betonung von deren Zugehörigkeit zu Deutschland zu erreichen sowie den Versuch zu unternehmen, durch Eingliederung in den nationalsozialistischen Staat eine neue Basis für die jüdische Bevölkerung zu finden.« (S. 129). In zahlreichen Eingaben und Denkschriften an Reichspräsident und Reichskanzler wurde versucht, ein Konzept für diese Eingliederung vorzulegen. Es lief darauf hinaus, die Solidarität mit nicht national gesinnten Juden aufzukündigen und eine Art Apartheid von Juden und Nichtjuden einzuführen. Der RjF, seit einiger Zeit übrigens auch nach dem »Führerprinzip« organisiert, stellte seine »Assimilation« also dadurch unter Beweis, daß er für eine Trennung plädierte! Gewiß spielten hier auch Kompromißkalkulationen eine Rolle. Nachdem jüdische Frontsoldaten von den Maßnahmen des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« ausgenommen worden waren, mochte die Versuchung des RjF zur Überschätzung seiner Möglichkeiten besonders groß gewesen sein. Anfang 1935 mußte er erfahren, daß das 1000jährige Reich auf die Mitarbeit der national gesinnten Juden keinen Wert legte: Zum Wehrdienst wurden keine Juden zugelassen, trotz aller Versuche des RjF, diese Entscheidung revidieren zu lassen.

Dieser Mißerfolg war das letzte deutliche Zeichen des Scheiterns der Integrationspolitik des RjF. Bald darauf kam es zu einer Annäherung mit den zionistischen jüdischen Organisationen; denn das Problem der Auswanderung stellte sich nun immer dringender, unangesehen des politischen Standorts der betroffenen Juden. Die Auflagen der Behörden verschärfen sich. Nach dem Pogrom im November 1938 stellte der RjF seine Aktivität ein.

Dunker bemüht sich, was eine besondere Würdigung verdient, um vorsichtige, abgewogene Urteile. Selbst da, wo es aus heutiger Sicht schwerfällt, den Handlungen der Betroffenen unvoreingenommen zu folgen, bringt er keine unfairen Wertungen in seinen Text. Im Schlußkapitel wird noch einmal die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Assimilation aufgeworfen. Die Geschichte des RjF zeige, schreibt Dunker, in welchem Maße sich eine Gruppe von Juden an die sie umgebende Gesellschaft angeglichen habe. Seine Politik solle nicht als »Abirrigung und Selbstaufgabe« verurteilt werden. Die Haltung der Mitglieder des RjF habe mit der der Mehrzahl ihrer deutschen Mitbürger übereingestimmt. Da der RjF die Juden in Deutschland lediglich als Religionsgemeinschaft verstanden habe, hätten sie in seinen Augen auch keine Tradition zu verlieren gehabt. Mir scheint, dieses Urteil trifft haarscharf daneben. Gewiß ist es unsinnig und nicht zu rechtfertigen, von einer Gruppe der Gesellschaft, selbst wenn sie nicht für deren gesamte Sozialstruktur repräsentativ ist, ein Mehr an politischer Einsicht und Vorschau zu verlangen als von anderen Gruppen, politischen Parteien z. B. Wenn aber der Assimilationsprozeß so weit geht, daß die sich Assimilierenden die Vorstellung übernehmen, Assimilation solle nicht sein (»keine Vermischung mit der arischen Bevölkerung«, Löwenstein), wenn die Krönung der Emanzipation der Juden ihr freiwilliger Verzicht auf diese Emanzipation bedeutet, dann verlieren Begriffe wie »Abirrigung« jeden Aussagewert. Nicht der Assimilationsgedanke ist durch das Scheitern des RjF diskreditiert worden, allenfalls *diese* Politik der Assimilation als Antwort auf den Nationalsozialismus. Für eine demokratische Politik kann der RjF heute genausowenig Vorbild sein wie die anderen konservativen, dem Nationalsozialismus gegenüber blinden Organisationen in der Weimarer Republik. Daß auch in der Bundesrepublik die Attraktivität solcher Art Blindheit noch empfunden werden kann, geht aus der Tatsache hervor, daß einer der militanten Führungsmitglieder des RjF zwischen 1930 und 1934, Ludwig Freund, im Jahr 1967 mit dem Konrad-Adenauer-Preis der Deutschlandstiftung ausgezeichnet wurde.

Dunkers Buch wäre wahrscheinlich als umfangreicher, vielleicht zweigeteilter Aufsatz in einem Sammelband besser aufgehoben als in der vorliegenden Buchform. Der Repro-Druck liest sich nicht ganz einfach, die Fußnoten hätten kürzer gefaßt werden können. Im Vorspruch dankt der Autor jemandem, der »die Druckkosten« übernommen hat. Sollte das bedeuten, daß diese wichtige historische Studie tatsächlich nur aufgrund der finanziellen Eigeninitiative ihres Verfassers publiziert werden konnte, daß sich keine wissenschaftliche Institution, keine staatsbürgerliche Bildungseinrichtung zur finanziellen Mitträgerschaft durchzuringen wußte — es wäre ein böses Zeichen. Die Debatte um den Nationalsozialismus und wie man in ihm Karriere machte, produziert allerorten überflüssige Bestseller. Was Zionismus ist, weiß auch der gebildete Deutsche heute nicht mehr so richtig. So ist diesem Buch eine breite, aufklärerische Wirkung zu wünschen.

Wilfried von Bredow

Kurt Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918— 1932. Grundlinien und Dokumente, Böhlau Verlag, Köln/Wien 1976, XII, 402 S., Ln., 72 DM.

Wenn die Anzeichen nicht trügen, intensiviert sich in den letzten Jahren das öffentliche Interesse an Problemen, Tendenzen und künftiger Richtung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik (aK), legt man die eher noch ansteigende Flut von einschlägigen Publikationen, Verlautbarungen von Politikern, Ministerialbeamten, Sozialwissenschaftlern, Juristen, Publizisten sowie Erörterungen in Presse und Parlamenten zugrunde. Es konnte nicht ausbleiben, daß nach einer langen Phase stiefmütterlicher Vernachlässigung nun auch ihre historisch-genetischen Grundlagen, Vorläufer und Voraussetzungen von diesem Trend, den wohl

Dunker bemüht sich, was eine besondere Würdigung verdient, um vorsichtige, abgewogene Urteile. Selbst da, wo es aus heutiger Sicht schwerfällt, den Handlungen der Betroffenen unvoreingenommen zu folgen, bringt er keine unfairen Wertungen in seinen Text. Im Schlußkapitel wird noch einmal die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Assimilation aufgeworfen. Die Geschichte des RjF zeige, schreibt Dunker, in welchem Maße sich eine Gruppe von Juden an die sie umgebende Gesellschaft angeglichen habe. Seine Politik solle nicht als »Abirring und Selbstaufgabe« verurteilt werden. Die Haltung der Mitglieder des RjF habe mit der der Mehrzahl ihrer deutschen Mitbürger übereingestimmt. Da der RjF die Juden in Deutschland lediglich als Religionsgemeinschaft verstanden habe, hätten sie in seinen Augen auch keine Tradition zu verlieren gehabt. Mir scheint, dieses Urteil trifft haarscharf daneben. Gewiß ist es unsinnig und nicht zu rechtfertigen, von einer Gruppe der Gesellschaft, selbst wenn sie nicht für deren gesamte Sozialstruktur repräsentativ ist, ein Mehr an politischer Einsicht und Vorschau zu verlangen als von anderen Gruppen, politischen Parteien z. B. Wenn aber der Assimilationsprozeß so weit geht, daß die sich Assimilierenden die Vorstellung übernehmen, Assimilation solle nicht sein (»keine Vermischung mit der arischen Bevölkerung«, Löwenstein), wenn die Krönung der Emanzipation der Juden ihr freiwilliger Verzicht auf diese Emanzipation bedeutet, dann verlieren Begriffe wie »Abirring« jeden Aussagewert. Nicht der Assimilationsgedanke ist durch das Scheitern des RjF diskreditiert worden, allenfalls *diese* Politik der Assimilation als Antwort auf den Nationalsozialismus. Für eine demokratische Politik kann der RjF heute genausowenig Vorbild sein wie die anderen konservativen, dem Nationalsozialismus gegenüber blinden Organisationen in der Weimarer Republik. Daß auch in der Bundesrepublik die Attraktivität solcher Art Blindheit noch empfunden werden kann, geht aus der Tatsache hervor, daß einer der militanten Führungsmitglieder des RjF zwischen 1930 und 1934, Ludwig Freund, im Jahr 1967 mit dem Konrad-Adenauer-Preis der Deutschlandstiftung ausgezeichnet wurde.

Dunkers Buch wäre wahrscheinlich als umfangreicher, vielleicht zweigeteilter Aufsatz in einem Sammelband besser aufgehoben als in der vorliegenden Buchform. Der Repro-Druck liest sich nicht ganz einfach, die Fußnoten hätten kürzer gefaßt werden können. Im Vorspruch dankt der Autor jemandem, der »die Druckkosten« übernommen hat. Sollte das bedeuten, daß diese wichtige historische Studie tatsächlich nur aufgrund der finanziellen Eigeninitiative ihres Verfassers publiziert werden konnte, daß sich keine wissenschaftliche Institution, keine staatsbürgerliche Bildungseinrichtung zur finanziellen Mitträgerschaft durchzuringen wußte — es wäre ein böses Zeichen. Die Debatte um den Nationalsozialismus und wie man in ihm Karriere machte, produziert allerorten überflüssige Bestseller. Was Zionismus ist, weiß auch der gebildete Deutsche heute nicht mehr so richtig. So ist diesem Buch eine breite, aufklärerische Wirkung zu wünschen.

Wilfried von Bredow

Kurt Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918— 1932. Grundlinien und Dokumente, Böhlau Verlag, Köln/Wien 1976, XII, 402 S., Ln., 72 DM.

Wenn die Anzeichen nicht trügen, intensiviert sich in den letzten Jahren das öffentliche Interesse an Problemen, Tendenzen und künftiger Richtung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik (aK), legt man die eher noch ansteigende Flut von einschlägigen Publikationen, Verlautbarungen von Politikern, Ministerialbeamten, Sozialwissenschaftlern, Juristen, Publizisten sowie Erörterungen in Presse und Parlamenten zugrunde. Es konnte nicht ausbleiben, daß nach einer langen Phase stiefmütterlicher Vernachlässigung nun auch ihre historisch-genetischen Grundlagen, Vorläufer und Voraussetzungen von diesem Trend, den wohl

wesentlich das Peisert-Gutachten von 1971 befruchtete<sup>1</sup>, erfaßt und Gegenstand historischer Forschung wurden. Insbesondere die vielfältigen konzeptionellen und institutionellen Bestrebungen während der Weimarer Republik, die sich nicht zuletzt wegen der macht- und volkstumpolitischen Auswirkungen des Weltkrieges ergaben, welche zu neuartigen Methoden internationaler Einflußnahme und Selbstdarstellung bzw. zu Ersatzstrategien für verlorenes Terrain zwangen, dürfen mittlerweile als recht gut erforscht gelten. Neben den speziellen Fragen gewidmeten Arbeiten von K.W. Wippermann über die Reichszentrale für Heimatdienst (1976) und E. Ritter über das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart (1976) ist diese Lage vornehmlich Düwell zu danken, der nach einer kleineren Vorausstudie über Probleme des deutschen Auslandsschulwesens in der Weimarer Republik (GWU 1975) nun auf thematisch und quellenmäßig breitester Grundlage Ziele und Wege deutscher aK nach 1918 sowie konfligierende, parallele und einander überlappende Denkmodelle zu Charakter und Funktion dieses Sammelbeckens wissenschafts-, kunst-, außen- und wirtschaftspolitischer Interessen vorführt. Bezeichnet man mit Peisert als die vier Grundstrukturen außenkulturpolitischer Ziele »Selbstdarstellung«, »Information«, »Austausch und Zusammenarbeit« sowie »einseitige Übertragung der eigenen Kultur«, dann wird man zumeist »ein Konglomerat aller dieser Zielvorstellungen« antreffen, wie W. Rudolf zutreffend feststellte: »Es gibt keinen Staat, der auswärtige Kulturpolitik lediglich als Kulturpropaganda betreibt, noch einen, der ausschließlich auf Austausch und Zusammenarbeit abstellt. Das erstere gestatten häufig die politischen Verhältnisse im Ausland nicht, das zweite verbietet das eigene Interesse«<sup>2</sup>. Immerhin lassen sich das jeweilige Mehr oder Minder diskutieren, dominierende bzw. abgedrängte Komponenten jener Verlagerung der political culture in die internationalen Beziehungen herauspräparieren, die mit der zunehmenden internationalen Verflechtung und der gleichzeitigen innenpolitischen, länderweise abgestuften »Vergesellschaftung« bzw. Demokratisierung, insbesondere also seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, in Mittel- und Westeuropa sowie Nordamerika der traditionellen Außen- und Außenwirtschaftspolitik neue Elemente zuführte.

Langfristig betrachtet, kennzeichnet die Geschichte der deutschen aK von ihren Anfängen bis zur Gegenwart dem Anspruch nach eine Transformation von Kulturpropaganda, in der Frühphase auch als Kulturimperialismus auftretend, bis hin zu einer Theorie des Kulturaustauschs, konzeptionell geprägt häufig durch Außenseiter wie K. Lamprecht, C.H. Becker, A. Bergsträsser, P. Rohrbach und D. Sattler<sup>3</sup>. In der Praxis überlappen sich indes beide Vorstellungen, wohl zu keiner Zeit spannungsreicher als während der Weimarer Republik. Eben hier setzt Düwells Fragestellung ein, der sein reiches, neben diversen zeitgenössischen Publikationen, Presseartikeln und Parlamentsreden in erster Linie aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (AA) geschöpftes Material entlang der leitenden Fragestellung Kulturpropaganda vs. Kulturautonomie analysiert.

Nach dem verlorenen Krieg überwog zunächst die Hoffnung, mit Hilfe der zuvor offiziell kaum systematisch betriebenen aK partiell den äußeren Machtverlust kompensieren zu können, durchaus auf der Linie der unmittelbaren politischen Nachkriegsschriften der Gelehrten

1 Peisert, Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag des AA 1971, publiziert Stuttgart 1978.

2 W. Rudolf, Probleme der auswärtigen Kulturverwaltung, in: Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 1972, S. 645—661, Zitate S. 645 f. Diese Arbeiten bleiben bei Düwell unberücksichtigt.

3 Für einen ersten knappen Überblick, der bis 1933 ausschließlich Düwell folgt, vgl. O. Splett, Zwischen Weltgeltung und Weltzivilisation. Die auswärtige Kulturpolitik Deutschlands in diesem Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/77, S. 3—38. — Der sehr interessante Sattler-Nachlaß wird z. Zt. im Münchener Institut für Zeitgeschichte für die Forschung aufbereitet.

Delbrück, Meinecke, Troeltsch und Oncken, deren bislang propagierter ethischer Imperialismus nun zugunsten einer in dieser Situation realpolitischen Betonung des Kulturstaates sich wandelte, von Publizisten wie Rohrbach und Rühlmann nachhaltig aufgegriffen. Klängen hier bereits Vorstellungen einer —notgedrungenen— Eigenwertigkeit der kulturellen nationalen Orientierung an, so wirkte im AA, das seit der von Düwell im Bereich der aK minutiös nachgezeichneten, inzwischen durch Doß (1977) umfassend bekannten Schülerschen Reform 1919/20 zentrale, kompetente und leistungsfähige Schaltstelle der aK mit deutlichem Schwerpunkt auf dem Auslandsschulwesen und der Pflege des Deutschtums und deutscher Minoritäten war, die macht- und wirtschaftspolitische »Verzwecklichung« in der Förderung wissenschaftlicher, künstlerischer und volkstümlicher Bestrebungen als überlagerndes Grundmuster sich aus. Zwar gebot bald die Sachlogik, von übertriebenen Hoffnungen auf die Chancen solcherart betriebener aK abzurücken und schon um des Zwecks willen den Primat kultureller Autonomie in den vom Reich abgetrennten Gebieten oder neu gebildeten Staaten wie Polen hervorzuheben, insgesamt überwog jedoch im AA bis 1928/29 und wohl auch noch danach eine Instrumentalisierung kulturpolitischer Aktivitäten, insbesondere im Auslandsschulwesen, das bereits vor dem Krieg zentraler Angelpunkt der aK gewesen war (vgl. geheime Denkschrift vom April 1914, als 2. Dokument im Anhang abgedruckt), der Förderung deutscher wissenschaftlicher Institutionen im Ausland, des Austauschs von Studenten und Wissenschaftlern, der Protektion deutscher Ärzte und Krankenhausarbeit, deutscher Buchwerbung und Kunst im Ausland. Leider erfährt man kaum etwas über die sicher diesem Kontext zuzurechnende auswärtige Pressebeeinflussung und außenpolitisch orientierte innere Pressepolitik; es wäre erstaunlich, wenn dieses zumindest im Rahmen der Kulturpropaganda hochbedeutsame Penetrationsinstrument nicht ausgeschöpft worden wäre; eher ist eine bewußte Ausklammerung im Rahmen der Darstellung zu vermuten. Auf der anderen Seite fand das Konzept idealistischer Kulturautonomie schon früh eine erste Ausformulierung durch den preußischen Kultusminister und Orientalisten C. H. Becker, aufgegriffen u. a. von dem Zentrums-Kulturpolitiker G. Schreiber, nach 1928 mit publizistischer Breitenwirkung von Anne Selig. Doch erst gegen Ende der Republik, vornehmlich 1928/29, konstatiert der sehr nuanciert argumentierende Verfasser zunehmende Ausdehnung einer Auslandskulturpolitik als Abkehr von der alten Kulturpropaganda in der öffentlichen Diskussion und in offiziellen Stellungnahmen, wobei als herausragender Protektor Außenminister Stresemann mit einer Reichstagsrede vom 26.4.1929 und einigen dienstlichen Rundschreiben (als Dokumente 3—5 im Anhang) in Anspruch genommen wird, in der Interpretation vielleicht zu sehr abgelöst von dessen politischem Gesamtkonzept. Mit der 1930—1932 sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise hatten diese Tendenzen jedoch keine Chance zur Entfaltung und wurden nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zugunsten einer einseitigen Wiederbelebung bzw. Fortführung instrumentaler Kulturpropaganda vollständig erstickt. Immerhin waren konzeptionelle und institutionelle Grundlagen gelegt, an die nach 1945 u. a. die Kulturabteilung des AA, der DAAD und das Goethe-Institut anzuknüpfen vermochten, als »Rückkehr der Kultur zu ihrem eigenen Gesetz«, wie es Gertrud Bäumer einmal formuliert hatte.

Mag gelegentlich das die Darstellung durchziehende kategoriale Raster von Kulturpropaganda und Kulturautonomie als Alternativmodelle für aK in der Weimarer Republik für die Quelleninterpretation etwas stilisiert erscheinen — scheinbar kulturautonomistische Äußerungen können auch auf eine vermittelte Instrumentalisierung verweisen, wie zum Vergleich die Betonung sittlich verankerter Völkerbunds Ideale durch die Heidelberger Vereinigung um Brockdorff-Rantzau in der Situation Frühjahr 1919 wohl die einzige Chance zu erfolgreicher nationaler Realpolitik bot —, als heuristisch leitende Fragestellung und ordnendes Prinzip angesichts der Materialfülle erweist es eine überzeugende Leistungsfähigkeit, da Grundlinien hervortreten und insbesondere behutsam aufgegriffene begriffliche Klärungen einschlägiger

soziologischer Arbeiten (R. M. Emge, 1967) fruchtbar auf die zeitgenössische Nomenklatur angewendet werden, diese weder überformt noch sich in ihr verliert.

Angesichts der zeitlichen Begrenzung geht Düwell auf Vorläufer und Vorstadien der aK vor 1918 nur knapp ein. Wenn nachfolgend dieser Aspekt stärker aufgegriffen wird, so rechtfertigt sich dies a) aus dem Stellenwert der ersten beiden von insgesamt sechs im Anhang abgedruckten Schlüsseldokumente (Lamprechts Rede über aK 1912 und jene AA-Denkschrift über das Auslandsschulwesen April 1914), die allein 115 von insgesamt 129 Seiten Anhang umfassen, b) von der angewandten »genetisch-phänomenologischen« Methode her (S. XI), c) als Hinweis auf einige hier offene Fragen und d) wegen der für die nachfolgenden Jahrzehnte nicht unerheblichen Interpretation als in allerersten Ansätzen entwickelte einseitige Kulturpropaganda. Künftige Forschungen werden noch ein weites Feld hier finden, das demnächst von den Dissertationen von J. Kloosterhuis über Kulturimperialismus, von W. Stenke über Lamprechts »Zentralstelle für Außendienst« und von L. Wiese-Schorn über Lamprecht sowie den bald zu erwartenden Publikationen B. vom Brockes teilweise abgedeckt werden dürfte. Zu Recht stellt Düwell den als Kulturpolitiker immer noch unzureichend erforschten, hochinteressanten Karl Lamprecht in den Mittelpunkt seiner Analyse der Vorkriegsentwicklung, die sich indes auf eine verhältnismäßig schmale Literaturkenntnis stützt<sup>4</sup>. Die Hintergründe des Briefwechsels zwischen Bethmann Hollweg und Lamprecht 1910—1913 mit einem vielbeachteten Höhepunkt in der Veröffentlichung des Kanzlerbriefes an Lamprecht vom 21.6.1913 in der Vossischen Zeitung vom 12.12.1913 sind nach den Untersuchungen von Schönebaum, v. Vietsch und Wernecke gar so unbekannt nicht, auch wurde Lamprechts Rede über aK vor dem Verband für internationale Verständigung 1912, die auch in der vor allem von Diplomaten, hohen Beamten und Offizieren gelesenen »Deutschen Revue« bereits im Dezember 1912 abgedruckt worden ist, 1974 wieder zugänglich gemacht<sup>5</sup>. Die hier entwickelten Gedanken führte Lamprecht, der den Begriff aK bereits um 1907, nicht erst 1912, prägte, wiederholt aus, u. a. in einem Schreiben an Bethmann vom 19.5.1913, das dessen Brief vom 21. Juni unmittelbar auslöste<sup>6</sup>. Weniger Bethmann, der Lamprechts Bestrebungen mit großer Sympathie gegenüberstand, sich aber als Kanzler von Amts wegen Zurückhaltung auferlegen mußte, als vielmehr das AA reagierte distanziert auf zahlreiche Vorstöße des Leipziger Kulturhistorikers, der Reichskanzlei und AA im Winter 1913/14 mit Besuchen und Zuschriften nachgerade bombardierte; im AA fanden die gleichzeitigen, in mancher Hinsicht konkurrierenden Aktivitäten von Rohrbach und Jäckh, die sich vorrangig auf Auslandsschulen und -Hochschulen im Nahen Osten konzentrierten und im Frühjahr 1914 mit dem vom AA unterstützten Organ »Das größere Deutschland« Breitenwirkung im Bildungsbürgertum (dem eigentlichen Adressaten auch von Lamprecht) erzielten, freundlicheres Gehör. Man sollte indes nicht die Bedeutung des Lamprecht-Kreises unterschätzen, in dem Lamprecht selbst zwar entscheidender Promotor, aber schon frühzeitig abgesichert durch Unterstützung verschiedener Persönlichkeiten und

4 Ergänzend wäre vor allem hinzuweisen auf *H. Schönebaum*, Karl Lamprechts Mühen um innere und äußere Kulturpolitik, *WaG*, 15, 1955, S. 137—152; *E. v. Vietsch*, Bethmann Hollweg, 1969; *K. Wernecke*, Der Wille zur Weltgeltung, 1970; *K. Stenkewitz*, Gegen Bajonett und Dividende, 1960; *G. Deckart*, Deutsch-englische Verständigung, 1967; *G. Hollenberg*, Englisches Interesse am Kaiserreich, 1974; *R. Chickering*, The »Verband für internationale Verständigung« 1911—1914, in: *Journal of Contemporary History*, 8, 1973, S. 147—164; *N. Andernach*, Der Einfluß der Parteien auf das Hochschulwesen in Preußen 1848—1918, 1972.

5 *H. Schönebaum* (Hrsg.), Karl Lamprecht. Ausgewählte Schriften, 1974, Nr. 30.

6 DZA I (Potsdam), RK, Nr. 4. Der rege Briefwechsel zwischen Lamprecht und Bethmann findet sich überwiegend im Lamprecht-Nachlaß der UB Bonn, dort auch ein Ms. um 1912 mit dem Hinweis: »Ich denke, daß ich das Wort »äußere Kulturpolitik« vor etwa 4—5 Jahren geprägt habe« [S2713, WW 270].

Organisationen war. Die hierauf folgende, von Düwell (S. 73) kurz skizzierte institutionelle Ausformung zu einer Zentralstelle für Auslandsdienst in Verbindung mit dem AA im Frühjahr 1914 verdient wohl noch eingehendere Erörterung, da jetzt brennpunktartig diverse, seit mehreren Jahren beobachtbare Tendenzen sich verdichteten<sup>7</sup>. In einer letzten, bislang wohl nicht beachteten öffentlichen Erörterung der Ziele und Inhalte aK in der Frankfurter Zeitung vom 12.4.1914 warnte Lamprecht vor ihrer einseitigen Anbindung an wirtschaftliche Interessen, wie er sie wohl seitens des AA befürchtete, und entwickelte im Ansatz ein Modell, das auf die von Düwell erst für Weimar reklamierte Konzeption der Kulturautonomie hindeutet. Wenn er im gleichen Artikel einleitend betont, »Kultur« sei in den letzten Jahren zum Schlagwort geworden, so kennzeichnet dies völlig richtig den Nährboden für die Ausformung eines zunächst diffusen Programms von aK, das mehr an das AA und die Reichsleitung herangetragen als von dieser entworfen wurde. Kulturpolitik als innenpolitisch, oftmals recht heterogen begründetes Desiderat und notwendige Überhöhung des jungen deutschen Imperialismus durchzieht leitmotivisch fast die gesamte gebildete Zeitschriftenpresse seit etwa 1907, wandelt den »Kunstwart« in einem »Kulturwart«, produziert Kulturparteien, -parlamente, -tage, -kartelle, erzeugt einen Kulturkonservatismus und äquivalente Tendenzen im gemäßigten Liberalismus, schlägt sich indirekt in dem riesigen, seit 1905 erscheinenden, von P. Hinneberg herausgegebenen Sammelwerk »Die Kultur der Gegenwart« nieder, weitet sich begrifflich auf die gesamten sozialen Verhältnisse wie in der Jubiläumsschrift »Soziale Kultur und Volkswohlfahrt« von 1913 aus und findet schließlich — seit 1907 in nennenswertem Umfang — konkreteren Niederschlag in der Intensivierung internationaler kultureller Kontakte einerseits, den vielfältig aufgegriffenen Forderungen nach vermehrter politischer Bildungsarbeit im Inneren andererseits und verweist so auf das eingangs erwähnte Syndrom von internationaler Verflechtung und innerstaatlicher Ausdifferenzierung der Gesellschaft. Beispielhaft sei nochmals auf Lamprecht hingewiesen, dessen Postulat einer »Politisierung der Gesellschaft« im Berliner Tageblatt vom 15.1.1907 mit seinen kurz danach einsetzenden Bemühungen um aK auf das engste verknüpft ist. In diesem Zusammenhang sind denn wohl auch der in diesen Jahren zum Tragen kommende Professoren-austausch mit den USA, vermehrte und institutionalisierte internationale Studentenbegegnungen, die Gründung des Amerika-Instituts in Berlin 1910 durch den kulturpolitisch ambitionierten Deutschamerikaner H. Münsterberg, der geplante Ausbau des Orientalischen Seminars in Berlin zu einer Auslandshochschule, die inhaltliche Diskussion um die Ausweitung des Hamburger Kolonialinstituts zu einer Universität, die Errichtung einer auf verbesserte deutsch-englische Kulturbeziehungen über die Historie abzielenden Eduard VII.-Stiftung in London, die zunehmenden gegenseitigen Besuche deutscher und englischer Kirchenmänner und Journalisten, die Interparlamentarische Union, schließlich die insbesondere von Diels und Harnack betriebene institutionelle Internationalisierung der Akademien und einzelner Disziplinen zu sehen, an der die Regierung reges Interesse zeigte. So betonte Harnack, die deutschen Historiker hätten die Einberufung des zweiten Internationalen Historikerkongresses 1908 nach Berlin (nach Rom 1904) »nicht aus eigenem Interesse, sondern aus internatio-

7 Lamprecht-Nachlaß und Akten der Reichskanzlei enthalten reiches Material zu seinen Vorstößen vom Sommer 1913 bis Frühjahr 1914. Hervorzuheben sind vornehmlich im Nachlaß eine Aufzeichnung Lamprechts vom 30.12.1913 mit 6 Anlagen und das Protokoll einer Besprechung über Maßnahmen zur Förderung deutscher aK vom 6.2.1914, deren Teilnehmerzusammensetzung die Breitenwirkung von Lamprechts Bemühungen signalisiert (S. 2713, Korr. 61). Die von Düwell, S. 19 erwähnte Denkschrift vom 8. 12.1913 bleibt wohl weiterhin unauffindbar; auf Lamprechts Begleitschreiben an Bethmann vom 8.12. notierte dieser, sie sei GehRat Kuntzen zur Information überlassen (DZA I, RK, Nr. 4). — Zunächst zögernd, dann offensichtlich bereitwilliger akzeptierten Lamprecht und sein Kreis den eindeutigen Primat des Auslandsschulwesens in der Konzeption des AA.

naler Courtoisie und auf den ausdrücklichen Wunsch der Regierung« unternommen<sup>8</sup>. Vor diesem Hintergrund verdient schließlich die von Prof. Ludwig Stein im Frühjahr 1912 durchgeführte, mit der Reichsregierung abgestimmte und in der Zeitschrift »Nord und Süd« publizierte Verständigungsaktion mit Großbritannien, der entsprechende Good-will-Aktionen mit Rußland und Frankreich folgen sollten, als neuartiges — und sicher kulturpolitisches — Instrument außenpolitischer Spannungsminderung besonderes Interesse. Demgegenüber nahmen sich die offiziellen initiierten Projekte deutscher aK vor 1914 verhältnismäßig bescheiden aus, auch wenn sie einer zeitgenössischen Dokumentation zufolge immer noch beträchtlichen Umfang besaßen<sup>9</sup>. Auch im Weltkrieg brach eine den Namen verdienende aK nicht vollständig ab, hält man sich etwa das vom AA inspirierte, für die neutralen USA verfaßte Sammelwerk »Deutschland und der Weltkrieg« vor Augen<sup>10</sup>. Den Ergebnissen Düwells ist also für die Zeit der Weimarer Republik in vollem Umfang zuzustimmen, doch sollte künftig die Entwicklung aK im Vorkriegsdeutschland nicht nur als kurzes Vorspiel, vielmehr als bedeutsame, wenn auch im staatlichen Archivgut nur begrenzt faßbare Strömung gesehen werden, die in einen breiten internationalen wie innenpolitischen Kontext einzugliedern ist.

Rüdiger vom Bruch

Michael Wolffsohn, *Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930—1934* (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 30), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1977, 504 S., kart., 116 DM.

Schon mehrfach ist inzwischen die deutsche Arbeitsbeschaffungspolitik in der Weltwirtschaftskrise 1930 ff. untersucht worden. Wolffsohn weist indessen mit einigem Recht darauf hin, daß »die Fragen: Welche sozialen Gruppen waren an der Arbeitsbeschaffung besonders interessiert, welche Motive lagen ihren Vorschlägen zugrunde und welchen Nutzen zogen sie aus der konkreten Arbeitsbeschaffungspolitik? bislang nur in allgemeinen Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik [...] indirekt beantwortet wurden« (S. 16) — zumindest was die Haltung der Großindustrie, der »mittleren Industrie« und des Mittelstandes, insbesondere des Handwerks, anlangt. Im Mittelpunkt der hier vorgelegten Untersuchung steht die Frage, »ob und inwieweit diese drei Gruppen versucht haben, die staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik in ihrem Interesse zu beeinflussen und wie erfolgreich sie dabei waren« (S. 16 f.). Dabei solle — gemäß der dritten eingangs zitierten Frage — »interessenkritisch« vorgegangen werden, müsse doch »die von den betroffenen Wirtschaftsgruppen und Politikern beanspruchte Funktion der Arbeitsbeschaffung [...] mit der ›tatsächlichen‹ — so wie sie dem nachträglichen Beobachter erscheint — verglichen werden [...]. Freilich« — so wird überaus vorsichtig eingeräumt — sei »›die‹ tatsächliche Funktion wohl ebensowenig zu ermitteln [...] wie die absolute Wahrheit« (S. 17). Zur Beantwortung der eingangs formulierten Fra-

8 A. v. Harnack an Bülow, 11.11. 1907, Nachlaß Harnack, Deutsche Staatsbibliothek Berlin [DDR], Handschriftenabteilung.

9 Vgl. Hochschul-Nachrichten, Jg. 24, 1913/14, H. 278—283, Jg. 25, 1914/15, H. 300, Jg. 26, 1916/17, H. 301—306. Der in Professorenkreisen umstrittene, finanziell über Vorlesungsanzeigen vom preußischen Kultusministerium protegierte Herausgeber P. v. Salvisberg hatte sich seit 1910 wiederholt für eine Intensivierung deutscher aK eingesetzt.

10 Deutschland und der Weltkrieg, hrsg. von O. Hintze, F. Meinecke, H. Oncken, H. Schumacher, 1915. Die Entstehungsgeschichte des Werkes läßt sich genau rekonstruieren über die Teilnachlässe Delbrück im Bundesarchiv Koblenz und in der Deutschen Staatsbibliothek Berlin [DDR] sowie Teilnachlaß G. v. Schmoller, HStA Wiesbaden, Abt. 1088.

naler Courtoisie und auf den ausdrücklichen Wunsch der Regierung« unternommen<sup>8</sup>. Vor diesem Hintergrund verdient schließlich die von Prof. Ludwig Stein im Frühjahr 1912 durchgeführte, mit der Reichsregierung abgestimmte und in der Zeitschrift »Nord und Süd« publizierte Verständigungsaktion mit Großbritannien, der entsprechende Good-will-Aktionen mit Rußland und Frankreich folgen sollten, als neuartiges — und sicher kulturpolitisches — Instrument außenpolitischer Spannungsminderung besonderes Interesse. Demgegenüber nahmen sich die offiziellen initiierten Projekte deutscher aK vor 1914 verhältnismäßig bescheiden aus, auch wenn sie einer zeitgenössischen Dokumentation zufolge immer noch beträchtlichen Umfang besaßen<sup>9</sup>. Auch im Weltkrieg brach eine den Namen verdienende aK nicht vollständig ab, hält man sich etwa das vom AA inspirierte, für die neutralen USA verfaßte Sammelwerk »Deutschland und der Weltkrieg« vor Augen<sup>10</sup>. Den Ergebnissen Düwells ist also für die Zeit der Weimarer Republik in vollem Umfang zuzustimmen, doch sollte künftig die Entwicklung aK im Vorkriegsdeutschland nicht nur als kurzes Vorspiel, vielmehr als bedeutsame, wenn auch im staatlichen Archivgut nur begrenzt faßbare Strömung gesehen werden, die in einen breiten internationalen wie innenpolitischen Kontext einzugliedern ist.

Rüdiger vom Bruch

Michael Wolffsohn, *Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930—1934* (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 30), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1977, 504 S., kart., 116 DM.

Schon mehrfach ist inzwischen die deutsche Arbeitsbeschaffungspolitik in der Weltwirtschaftskrise 1930 ff. untersucht worden. Wolffsohn weist indessen mit einigem Recht darauf hin, daß »die Fragen: Welche sozialen Gruppen waren an der Arbeitsbeschaffung besonders interessiert, welche Motive lagen ihren Vorschlägen zugrunde und welchen Nutzen zogen sie aus der konkreten Arbeitsbeschaffungspolitik? bislang nur in allgemeinen Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik [...] indirekt beantwortet wurden« (S. 16) — zumindest was die Haltung der Großindustrie, der »mittleren Industrie« und des Mittelstandes, insbesondere des Handwerks, anlangt. Im Mittelpunkt der hier vorgelegten Untersuchung steht die Frage, »ob und inwieweit diese drei Gruppen versucht haben, die staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik in ihrem Interesse zu beeinflussen und wie erfolgreich sie dabei waren« (S. 16 f.). Dabei solle — gemäß der dritten eingangs zitierten Frage — »interessenkritisch« vorgegangen werden, müsse doch »die von den betroffenen Wirtschaftsgruppen und Politikern beanspruchte Funktion der Arbeitsbeschaffung [...] mit der ›tatsächlichen‹ — so wie sie dem nachträglichen Beobachter erscheint — verglichen werden [...]. Freilich« — so wird überaus vorsichtig eingeräumt — sei »›die‹ tatsächliche Funktion wohl ebensowenig zu ermitteln [...] wie die absolute Wahrheit« (S. 17). Zur Beantwortung der eingangs formulierten Fra-

8 A. v. Harnack an Bülow, 11.11. 1907, Nachlaß Harnack, Deutsche Staatsbibliothek Berlin [DDR], Handschriftenabteilung.

9 Vgl. Hochschul-Nachrichten, Jg. 24, 1913/14, H. 278—283, Jg. 25, 1914/15, H. 300, Jg. 26, 1916/17, H. 301—306. Der in Professorenkreisen umstrittene, finanziell über Vorlesungsanzeigen vom preußischen Kultusministerium protegierte Herausgeber P. v. Salvisberg hatte sich seit 1910 wiederholt für eine Intensivierung deutscher aK eingesetzt.

10 Deutschland und der Weltkrieg, hrsg. von O. Hintze, F. Meinecke, H. Oncken, H. Schumacher, 1915. Die Entstehungsgeschichte des Werkes läßt sich genau rekonstruieren über die Teilnachlässe Delbrück im Bundesarchiv Koblenz und in der Deutschen Staatsbibliothek Berlin [DDR] sowie Teilnachlaß G. v. Schmoller, HStA Wiesbaden, Abt. 1088.

gen, die — auf die drei genannten Wirtschaftsgruppen zugeschnitten — nicht mehr ganz so offen anmuten, fällt doch z. B. die Arbeitnehmerschaft aus dem Raster heraus, hat Wolffsohn — neben einer umfassenden Publizistik-Auswertung — reichhaltige unveröffentlichte Quellenbestände herangezogen; so stützt er sich u. a. auf — im Quellenverzeichnis sehr global aufgeführte — Materialien aus dem Bundesarchiv Koblenz (vor allem: Reichskanzlei, Reichsfinanzministerium, Wirtschaftsgruppen und die Nachlässe Frowein, Kastl und Silverberg), aus dem Militärarchiv Freiburg/Br. (vor allem: Nachlaß Schleicher), aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, aus dem Archiv für Kommunalwissenschaft und aus mehreren Firmenarchiven (Bayer, BASF, Gutehoffnungshütte und Krupp) sowie dem Privatarchiv Eric M. Warburg.

Die zentrale Frage der Untersuchung Wolffsohns lautet also: »War die staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik Funktion des Drucks, den die Untersuchungsgruppen auf die politischen Entscheidungsträger ausübten?« (S. 24). Diese Frage scheint jedoch zumindest mißverständlich formuliert zu sein, bedürften doch vielmehr das Unterbleiben einer aktiven Arbeitsbeschaffungspolitik unter Brüning, die zögerliche Haltung Papens und die Behinderung Schleichers einer Erklärung; mit anderen Worten: Ist nicht unter Umständen die Verspätung, mit der — entgegen den Forderungen der Freien Gewerkschaften — Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeleitet wurden, auf den Druck von wirtschaftlichen Interessengruppen zurückzuführen? Stimmten nicht die Regierungen Brüning und Papen mit der unternehmerisch-wirtschaftsliberalen Hoffnung auf die »selbstheilenden Kräfte« einer nicht durch gesetzliche Lasten behinderten Privatwirtschaft überein? Überdies: Geht nicht die Frage nach dem »Druck« von Wirtschaftsgruppen auf die Regierungspolitik, nach dem Grad der Kommunikation zwischen Verbänden und Regierung zum Teil an dem Vorsatz vorbei, die »bisherigen Antworten [der Forschung] zu überprüfen und in den übergeordneten Zusammenhang des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft zu stellen« (S. 16)? Denn die Frage eines etwaigen systembedingten Zusammenhangs zwischen privatkapitalistischer Verfügung über Produktion und Investition, staatlicher Wirtschaftsankurbelung und Beschränkung des gewerkschaftlichen Aktionsfeldes (nationalsozialistische Variante: Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933) bleibt dabei weitgehend außerhalb des Blickfeldes.

Nach statistisch untermauerten Vorüberlegungen zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeitszahlen und Wahlerfolg von KPD und vor allem NSDAP, zur Beschäftigung der Kabinette seit 1930 mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und zur Zahl der von einzelnen Interessengruppen vorgelegten Eingaben an die Regierung zu Fragen der Wirtschaftspolitik wird zunächst die Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Brüning bis Hitler (1930—34) geschildert (Teil I). Dabei wird der Regierung Brüning attestiert, sie habe »sich im allgemeinen an der volkswirtschaftlichen ›Effizienz‹ und — wie 1930 — an dem Ziel einer staatlichen Mittlerrolle« (S. 65; siehe auch S. 55 f.) — zwischen den untersuchten Interessengruppen, aber auch zwischen organisierter Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft — orientiert. Bedenkt man jedoch das Eintreten der Gewerkschaft für Arbeitsbeschaffung, für Arbeitszeitverkürzung und Lohn- bzw. Kaufkraftstabilisierung, so mag angesichts des Scheiterns dieser Forderungen die »Vermittlerrolle«, d. h. die Kompromißbereitschaft, der Regierung Brüning in einem anderen Licht erscheinen. Ähnlich problematisch sieht die Beurteilung der Politik Papens aus, die auch Wolffsohn offenbar durchaus ambivalent einschätzt; während er die Arbeitsbeschaffungspolitik zunächst als »nicht einseitig unternehmerfreundlich« (S. 187) eingestuft sehen will, nennt er sie abschließend »sicherlich unternehmerfreundlich« (S. 369). Dennoch meint er — ohne konkrete Belege — »aufgrund der bearbeiteten Quellen nicht umhin« zu können, das »im allgemeinen negative Urteil über die Sozialpolitik der Regierung Papen in Frage zu stellen« (S. 97). Er wendet sich konkret gegen die Einschätzung Leiparts, nach der Papens Politik als »sozialreaktionär« und als »Klassenkampf von oben« angesprochen werden müßte. Worauf Wolffsohn — angesichts von notverordneter Senkung der

Sozialleistungen und Möglichkeiten der Tariflohnunterschreitung einerseits, angesichts von Mehrbeschäftigungsprämien und Steuergutscheinen für die Privatwirtschaft andererseits — sein Urteil gründet, bleibt offen. Durch die Begrenzung des Blicks vor allem auf die (zivile) Arbeitsbeschaffung verstellt sich Wolffsohn auch die Möglichkeit, die Politik des Kabinetts Hitler umfassend einzuschätzen; denn weder die Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung noch die Aufrüstung werden systematisch in die Fragestellung der Untersuchung einbezogen. So bleibt als Grundthese festzuhalten: »Politik im Sinne der Unternehmer? Gewiß! Aber Politik durch die Unternehmer oder im Auftrag der Unternehmer? Gerade dafür gibt es in den Akten der Regierung und ihrer Bürokratie keine oder nur wenige Hinweise.« (S. 114). Warum das Kabinett Hitler jedoch eine »Politik im Sinne der Unternehmer« betrieben hat, wird nicht erläutert.

Dieses Ergebnis — kein konkreter Einfluß der untersuchten Wirtschaftsgruppen auf die Arbeitsbeschaffungspolitik — wird im zweiten Teil durch Detailanalyse der Stellungnahmen und Aktionen von BDI und VDA, DIHT, Schwerindustrie, chemischer Industrie, der »mittleren Industrie« und der Zentral- und Regionalorganisationen des Handwerks unterstrichen. Neue Ergebnisse finden sich vor allem in der Untersuchung von Bauindustrie und Handwerk, deren Nutzen aus der Arbeitsbeschaffungspolitik — als sie in großem Stile durchgeführt wurde — deutlich herausgestellt wird; daß — dank der Aufrüstung — indessen auch Schwerindustrie und Chemie nicht leer ausgingen, daß sich die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Handeln mit der nationalsozialistischen Machtübernahme, hier konkret: mit der Zerschlagung der Gewerkschaften, geändert hatten, daß die Profite — im Gegensatz zu den Löhnen — in der Folgezeit anstiegen, das alles bleibt — wenn es erwähnt wird — für die Argumentation Wolffsohns unwesentlich. Nur die weitgehende Unterbelichtung der Politik der Gewerkschaften als den »Interessenkontrahenten« der drei Wirtschaftsgruppen kann die gegenstandslose Feststellung — für die Zeit der Regierungen Papen und Schleicher — erklären: »So lange nämlich Gewerkschaften bestanden, konnte Arbeitsbeschaffung nicht gegen sie betrieben werden.« (S. 384). Denn eher scheint es so, als seien die Vertreter privatwirtschaftlicher Interessen nicht geneigt gewesen, eine staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik zu unterstützen, solange (autonome) Gewerkschaften bestanden. Für Wolffsohn steht jedoch auch in der zusammenfassenden Schlußbetrachtung fest: »Es bleibt dabei: Den politischen und wirtschaftlichen Kurs der Arbeitsbeschaffung bestimmten die politisch Mächtigen und nicht die führenden Männer der Wirtschaft.« (S. 375).

Michael Schneider

Staat und NSDAP 1930—1932. Quellen zur Ära Brüning, eingel. von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe: Die Weimarer Republik, Bd. 3), Droste Verlag, Düsseldorf 1977, LXXXIX, 350 S., Ln., 120 DM.

Während in der bisherigen Forschung zum Nationalsozialismus überwiegend den Personen, Gruppen oder Konstellationen nachgegangen worden ist, die den Aufstieg der Partei bewirkt oder ermöglicht haben, ist die Frage nach den Kräften und den juristischen Instrumentarien, die diesen Aufstieg einzudämmen suchten, in den Hintergrund getreten. Diese Lücke will die vorliegende Dokumentation zu schließen helfen. Anhand ausgewählter Materialien aus den Innenministerien des Reichs und der Länder, insbesondere aus den Akten des sog. Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (1929 in Nachrichtensammelstelle des RMdI umbenannt), und aus verschiedenen Nachlässen etc. wird gezeigt, daß seit Anfang 1930 in wachsendem Umfang Informationen über die NSDAP gesammelt und aus-

Sozialleistungen und Möglichkeiten der Tariflohnunterschreitung einerseits, angesichts von Mehrbeschäftigungsprämien und Steuergutscheinen für die Privatwirtschaft andererseits — sein Urteil gründet, bleibt offen. Durch die Begrenzung des Blicks vor allem auf die (zivile) Arbeitsbeschaffung verstellt sich Wolffsohn auch die Möglichkeit, die Politik des Kabinetts Hitler umfassend einzuschätzen; denn weder die Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung noch die Aufrüstung werden systematisch in die Fragestellung der Untersuchung einbezogen. So bleibt als Grundthese festzuhalten: »Politik im Sinne der Unternehmer? Gewiß! Aber Politik durch die Unternehmer oder im Auftrag der Unternehmer? Gerade dafür gibt es in den Akten der Regierung und ihrer Bürokratie keine oder nur wenige Hinweise.« (S. 114). Warum das Kabinett Hitler jedoch eine »Politik im Sinne der Unternehmer« betrieben hat, wird nicht erläutert.

Dieses Ergebnis — kein konkreter Einfluß der untersuchten Wirtschaftsgruppen auf die Arbeitsbeschaffungspolitik — wird im zweiten Teil durch Detailanalyse der Stellungnahmen und Aktionen von BDI und VDA, DIHT, Schwerindustrie, chemischer Industrie, der »mittleren Industrie« und der Zentral- und Regionalorganisationen des Handwerks unterstrichen. Neue Ergebnisse finden sich vor allem in der Untersuchung von Bauindustrie und Handwerk, deren Nutzen aus der Arbeitsbeschaffungspolitik — als sie in großem Stile durchgeführt wurde — deutlich herausgestellt wird; daß — dank der Aufrüstung — indessen auch Schwerindustrie und Chemie nicht leer ausgingen, daß sich die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Handeln mit der nationalsozialistischen Machtübernahme, hier konkret: mit der Zerschlagung der Gewerkschaften, geändert hatten, daß die Profite — im Gegensatz zu den Löhnen — in der Folgezeit anstiegen, das alles bleibt — wenn es erwähnt wird — für die Argumentation Wolffsohns unwesentlich. Nur die weitgehende Unterbelichtung der Politik der Gewerkschaften als den »Interessenkontrahenten« der drei Wirtschaftsgruppen kann die gegenstandslose Feststellung — für die Zeit der Regierungen Papen und Schleicher — erklären: »So lange nämlich Gewerkschaften bestanden, konnte Arbeitsbeschaffung nicht gegen sie betrieben werden.« (S. 384). Denn eher scheint es so, als seien die Vertreter privatwirtschaftlicher Interessen nicht geneigt gewesen, eine staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik zu unterstützen, solange (autonome) Gewerkschaften bestanden. Für Wolffsohn steht jedoch auch in der zusammenfassenden Schlußbetrachtung fest: »Es bleibt dabei: Den politischen und wirtschaftlichen Kurs der Arbeitsbeschaffung bestimmten die politisch Mächtigen und nicht die führenden Männer der Wirtschaft.« (S. 375).

Michael Schneider

Staat und NSDAP 1930—1932. Quellen zur Ära Brüning, eingel. von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe: Die Weimarer Republik, Bd. 3), Droste Verlag, Düsseldorf 1977, LXXXIX, 350 S., Ln., 120 DM.

Während in der bisherigen Forschung zum Nationalsozialismus überwiegend den Personen, Gruppen oder Konstellationen nachgegangen worden ist, die den Aufstieg der Partei bewirkt oder ermöglicht haben, ist die Frage nach den Kräften und den juristischen Instrumentarien, die diesen Aufstieg einzudämmen suchten, in den Hintergrund getreten. Diese Lücke will die vorliegende Dokumentation zu schließen helfen. Anhand ausgewählter Materialien aus den Innenministerien des Reichs und der Länder, insbesondere aus den Akten des sog. Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (1929 in Nachrichtensammelstelle des RMdI umbenannt), und aus verschiedenen Nachlässen etc. wird gezeigt, daß seit Anfang 1930 in wachsendem Umfang Informationen über die NSDAP gesammelt und aus-

gewertet wurden, die jedoch von der Reichsregierung wie auch von der Rechtsprechung kaum oder gar nicht genutzt wurden.

Ein ausführliches Vorwort des Herausgebers stellt nicht nur die chronologisch geordneten Quellen kommentierend in den politischen Zusammenhang, sondern gibt auch einen Abriss über die Schwierigkeiten eines wirksamen »Staatsschutzes« in der Weimarer Republik, die sich aus den unbeschränkten Verfassungsgarantien der freien Meinungsäußerung (Art. 118 RV) sowie den analog konzipierten Freiheitsrechten für die Beamten (Art. 130 RV) ergaben. Von den beiden Möglichkeiten des Staatsschutzes, dem politischen Strafrecht gegen den Hochverrat und der Treuebindung der auch nach 1918 nie in Frage gestellten spezifischen Berufsgruppe der Beamten an die Republik, dokumentiert die Edition vor allem die letztere. Sie beginnt mit den verschiedenen Maßnahmen der Regierungen nach dem Volksbegehren gegen den Young-Plan, das sowohl der NSDAP den Durchbruch gebracht als auch eine alarmierende Radikalisierung der Beamtenschaft gezeigt hatte, in der sich, so Schulz, trotz aller Versuche beispielsweise in Preußen, die konservativen Traditionen dieser Berufsgruppe aufzubrechen, »der völlige Fehlschlag der bis dahin verfolgten Beamtenpolitik abzuzeichnen schien« (S. XXIII).

In mehrfachem Konzeptionswechsel von defensiven zu offensiven Maßnahmen, bei unterschiedlichen Strategien etwa zwischen der Reichsregierung und dem Preussischen Staatsministerium sowie zwischen den Reichsressorts und dem Reichskanzler, konnte eine schlüssige Haltung der Exekutive gegenüber der NSDAP nicht entwickelt werden. Sichtlich irritiert und ratlos reagierte die staatliche Verwaltung auf die wachsende Massenpartei, die auf parlamentarischem Wege ihren Einfluß ständig vergrößern konnte, aus ihrem aggressiven Antiparlamentarismus jedoch kein Hehl machte, die einerseits offen und planmäßig Terrorakte verübte, deren Führer andererseits jedoch spektakuläre Loyalitätserklärungen zur Verfassung abgaben.

Kaum hatten Anfang 1930 die Innenminister des Reichs und Preußens erste Maßnahmen gegen Anhänger der NSDAP und »andere staatsfeindliche Organisationen« (S. 6) im öffentlichen Dienst ins Auge gefaßt, da wurde nach den Landtagswahlen in Thüringen der Nationalsozialist Frick zum dortigen Innenminister ernannt. In umfangreichen Denkschriften suchten Wirth und Severing jetzt wohl nachzuweisen, daß die NSDAP »mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den gewaltsamen Umsturz« anstrebe (S. 95 ff.); unklar blieb dabei allerdings, wie der Widerspruch staatsrechtlich zu lösen sei, daß die Nazis einerseits als Minister amtieren konnten, andererseits vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden sollten. Ebenso ungewiß blieb, mit welchen Mitteln gegen die propagierten Umsturzversuche vorzugehen sei, solange sie nicht durch konkrete Handlungen reale Straftatbestände erfüllten. Erschwert wurde ein gezieltes Vorgehen immer wieder durch die ambivalente Haltung der Reichsregierung, besonders des Reichskanzlers, des Reichsjustizministers und des Reichswehrministers Groener, der im zweiten Brüning-Kabinett zusätzlich auch noch das Innenressort übernahm. Teilte Groener Anfang 1930 beispielsweise die Analyse der Innenminister Wirth und Severing (S. 3 ff.), so änderte sich seine Haltung nach Hitlers Legalitätseid im sog. Ulmer Reichswehrprozeß vor dem Reichsgericht (S. 165 ff.), ehe er nach Hitlers eigener Kandidatur gegen Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl 1932 erneut auf Abwehrkurs gegenüber der NSDAP ging (S. 309 ff.). Noch größere Unsicherheit im Kabinett brachte Brünings Haltung, der trotz der vorgelegten Expertisen mit Hitler zu verhandeln begann und mehrere Anfragen von Kabinettskollegen, wie gegen die nationalsozialistische Infiltration der Behörden vorgegangen werden solle, entweder gar nicht oder ausweichend mit der Bemerkung beantwortete, daß es ein Fehler sei, die NSDAP als genauso gefährlich einzustufen wie die KPD. Auch der Justizminister verhinderte unter ständigem Hinweis auf das Fehlen der »rechtlichen Grundlagen« jede Aktivität im Ansatz, ohne daß er jemals die Initiative ergriff, um diese Grundlagen zu schaffen.

Mit einem spektakulären Beschluß vom Juni 1930, der Mitgliedern und Anhängern staatsfeindlicher Organisationen den öffentlichen Dienst versperren wollte, suchte Preußen im Alleingang den nötigen Klärungsprozeß anzuregen und Druck auf die Reichsregierung auszuüben. Doch diesem Vorgehen schlossen sich nur einige andere Länder an, wie auch die seit Anfang 1931 vereinzelt von der Rechtsprechung gekommenen Anstöße von der Reichsregierung unbeachtet blieben.

Hatte sich die Justiz bisher vor allem im Disziplinarrecht mit radikalen Parteien beschäftigt und dabei an einem Urteil des Preußischen Oberverwaltungsgerichts von 1923 festgehalten, wonach das »bloße Bekenntnis« der Beamten zu einer auch auf den gewaltsamen Umsturz zielenden Partei zulässig sei, solange sie sich nicht durch »positive Handlungen« aktiv daran beteiligten, so fällte das Reichsgericht im Februar 1931 erstmalig ein Urteil, das bei der NSDAP den Tatbestand des Hochverrats erfüllt sah. Kurz darauf traf der Preußische Disziplinarhof eine Entscheidung, die ebenfalls zu dem Ergebnis kam, daß die NSDAP die »gewaltsame Erringung« der politischen Macht anstrebe (S. 146). Erstmals widerlegten diese höchstrichterlichen Urteile Hitlers Legalitätsbeteuerungen, denen Brüning, Groener u. a. so kritiklos gefolgt waren; sie blieben jedoch eine Ausnahme in der politischen Justiz und fanden auch keine Beachtung im Reichskabinett.

Unterstützt von einigen süddeutschen Staaten, verfolgte lediglich die Preußische Regierung eine relativ kontinuierliche Linie im Kampf gegen den Nationalsozialismus, wengleich auch bei ihr zahlreiche Fehleinschätzungen, etwa Severings Hoffnung auf einen Zersetzungsprozeß nach dem Austritt der Otto-Strasser-Gruppe, und taktische Winkelzüge unverkennbar sind.

Mit Hitlers eigener Kandidatur bei der Reichspräsidentenwahl war die Strategie der Reichsregierung wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Erst jetzt kamen Groener erste Zweifel über das »Helldunkel« der bisherigen Reichspolitik, und er schloß sich dem harten Kurs Preußens und einiger anderer Länder an. Doch die von ihm bei Hindenburg durchgesetzte Notverordnung zur Auflösung der SA und SS vom 13. April 1932 blieb weitgehend folgenlos: Einmal kam sie zu spät, zum anderen waren die Organisationen von »beamteter Seite des Reiches«, wie im Preußischen Innenministerium vermutet wurde, rechtzeitig vorgewarnt worden, und drittens wurde das Verbot von dem kurze Zeit darauf berufenen neuen Reichskanzler Papen sogleich wieder aufgehoben.

Der von der Weimarer Verfassung stillschweigend vorausgesetzte gesellschaftliche Konsens war eine Fiktion geblieben; nicht einmal bei der Abwehr der wachsenden staatsgefährdenden Bestrebungen konnten sich die politisch Verantwortlichen in der Wirtschafts- und Staatskrise nach 1929 auf eine einheitliche Strategie verständigen. Die Dokumentation zeigt an ausgewählten Beispielen, daß dem liberalen Verfassungssystem von Weimar nicht nur die nötigen Schutzbestimmungen zur Sicherung ihrer eigenen Grundlagen fehlten, sondern daß die ohnehin spärlichen Ansätze des Republiksschutzes von der Reichsexekutive nach 1929 nicht nur nicht aufgegriffen, sondern sogar noch systematisch unterhöhlt wurden. Die umfangreiche Quellensammlung ergänzt damit vorzüglich die bereits für die politische Justiz vorliegenden Untersuchungen, die bereits dargelegt haben, wie sehr die Weimarer Republik von einer monarchischen Traditionen verhafteten, auf dem rechten Auge blinden Richterschaft paralyisiert worden ist.

Claus-Dieter Krohn

Peter H. Merkl, *Political Violence under the Swastika*. 581 Early Nazis, Princeton University Press, Princeton, New Jersey 1975, XIV, 735 pp., cloth-bound, \$ 37.50.

Much historical writing depends for its interpretative cogency upon a high degree of generalisation and systematisation of evidence. This in no way reflects on its methodological soundness — indeed it might be argued that generalisation is the very stuff of history — but in the process, the smallest participant element in the historical chain, the individual, is frequently abstracted into oblivion. It is this problem which preoccupies Peter Merkl in his work *Political Violence under the Swastika* as he sets out »to reveal the motives of the ordinary, pre-1933 Nazis [...] precisely at their moment of triumph« (p. IX).

Good fortune provided Merkl with a manageable body of material upon which to base his survey in the form of 581 political autobiographies of early Nazis collected in 1934 by Theodor Abel. Abel obtained these autobiographies by organising an essay contest within Nazi Germany in which he invited early Nazis to give detailed accounts of their personal lives and political development. The response provided Abel with a remarkably frank collection of accounts which varied greatly in length, scope and detail, but nonetheless enabled him to postulate the grounds for mass support for the early Nazi movement. His findings were first published in 1938 and republished in New York in 1965 under the title *The Nazi Movement*.

However, Merkl does not set out to question Abel's findings, or to compare his own results with them. Instead, he perceives implicitly the main reason for re-working the Abel evidence as lying in the advent of that mighty tool of analysis; the computer. And truly, in terms of volume, the results of his computer analysis are overwhelming. Seventy-nine questions are asked of each of the 581 autobiographies with the results set out in seventy-nine tables (frequency distributions), while forty-three further tables shed light on the massive range of cross-tabulations designed to explain the motives of the early Nazis. Almost seven hundred pages of script accompany and amplify the statistical presentation, probing in the minutest detail into the attitudes and experiences of the Abel respondents whose replies are further illustrated by frequent citations from their original accounts.

In this way, Merkl proceeds from an examination of the range of factors leading individuals into the Nazi movement, to a study of individuals within the movement itself. This broad survey does not stand in complete conceptual isolation. Merkl briefly sets many facets of discussion in an historical context, whilst occasionally using his findings to question or confirm a wide range of economic, social, psychological and historical interpretations of fascism. However, this approach is never pursued far, or to any great depth, since for Merkl the placing of his own work in a wider context, whether within the framework of a general historical narrative or within the bounds of a methodological debate, is only of secondary interest. His main thrust lies in the massive and detailed presentation of the material itself. Nor does he regard his voluminous work as a prerequisite for, or precursor of, wider debate, perhaps to be joined at a later date, for although stressing that *Political Violence* lays no claim to finality, he foresees its supplementation by further work of a similar nature.

These markedly restricted aims in so extensive a survey pose substantial problems for the reader. At times the detail can fascinate, and there are some highly enlightening glimpses of bewildered, angry, or sometimes frightened German citizens who sought salvation in the Nazi movement. However, these revealing portraits are swamped in a mass of detail which, through page after page, does not necessarily lead anywhere in particular. Even in his summary, Merkl is prone to indulge in essentially descriptive narrative, as illustrated by his account of the activism of Weimar youth:

»The likes and dislikes of the different groups mirrors their changes in orientation. The war

generation, and especially the members of quasi-military groups, like comradeship, marching, and violence best — a simile of the *Fronterlebnis*. They dislike the advocacy of class struggle and ›un-national views‹. The postwar generation prefers hiking, folk culture, marching and ideology and dislikes a lack of leadership and political direction. Among them, the Youth Movement groups tend to give the edge to hiking and cultural appreciation, while the young stormtroopers and those in other *voelkisch* youth groups prefer proselytising. But they join in their desire for violent action or ›struggle‹.

There are also striking differences in location experiences: The great ›urge to march‹ on which even Hitler comments derisively in *Mein Kampf* [. . .] seems to have come more naturally to young respondents from the occupied areas, the borderland, rural-urban migrants, the urban upwardly mobile, and families in social decline. The spatially immobile, who play such a central role, instead love group comradeship and glory in the cultural traditions.« (pp. 675—676).

Even some of the briefer snippets of information seem to be of uncertain overall significance. For instance, Merkl writes of extreme activists that ›business and the professions, blue- and white-collar men, and the military-civil service predominate among them‹ (p. 683). Quite what this combination of utterly disparate social groups might signify, if anything, is left for the reader to guess. Later, Merkl's declared aim to ›examine the random occurrence of beliefs and attitudes‹ (p. 686) leads to some extremely random categorisation of analytical groups: ›respondents from the border areas, women, and persons in social decline combined the Nordic-German line with the Hitler cult‹ (p. 687) — whatever the significance of that may have been.

Of course, Merkl does not aim to provide a conventional historical interpretation for the rise of Nazism, but the reader, swamped by the vast range of biographical material, might still ask why this disgruntled collection of early Nazis should or could have amounted to anything. For a cogent, systematic answer he must look elsewhere, for in his conclusion Merkl is only able to venture the suggestion that the lapsing of the *Republiksschutzgesetz* in 1929 unleashed a totalitarian torrent on Germany. As he so rightly says: ›The rest is history‹ (p. 716).

However, although the work lacks any coherent analytical strand, it could arguably serve as a source of reference on the veteran Nazi membership. To a certain degree, Merkl succeeds in producing such a volume, in which the student of the social sciences can find plausible substantiation of, or telling challenges to his own ideas. This notwithstanding, a crucial test of the survey's overall usefulness as a basic reference source would lie in the degree to which it was representative of the phenomenon under consideration. Clearly, if the Nazis presented in the book were atypical of the early movement as a whole, the survey's conclusions would have to be treated with reserve.

In fact, Merkl is aware of, and takes account of his material's unrepresentativeness in terms of age, occupational background and geographical location. One might add other factors to the list, such as the overly large proportion of functionaries and leaders of one kind and another in the source material. Therefore the work is not a reference source on the Nazi veteran membership in any general sense; but rather, performs a limited role in providing information on certain biographical characteristics of early Nazis, both in their progression into the Nazi party and their existence within it.

So all in all, Merkl's complex and extensive work must be regarded with some reserve. Perhaps the critical shortcoming is his tendency to take empirical observation to extraordinary lengths, sometimes almost for its own sake. On the other hand Merkl does remind us that behind many of the broad sweeps of interpretative historical writing on Nazism, there was a reality which was exceptionally complex, and as the book — perhaps involuntarily — demonstrates, virtually defies systematisation even at the hands of the computer. Whether

this point need be demonstrated at such lengths however, remains very much an open question.

Conan Fischer

Anja E. Bagel-Bohlan, *Hitlers industrielle Kriegsvorbereitungen 1936—1939* (= Beiträge zur Wehrforschung, Bd. 24), Verlag Wehr & Wissen, Koblenz/Bonn 1975, 143 S., kart., 18,80 DM.

Frei nach Karl Kraus möchte man sagen: Zu diesem Buch fällt mir nichts ein — außer daß es schon aus dem Leim ging, bevor der Rezensent es erhielt. Dabei ist das Thema nach wie vor ein Desiderat. Wir wissen noch längst nicht genügend über die wirtschaftliche Entwicklung der unmittelbaren Vorkriegszeit, über die genauen Konturen und vor allem über die Ursachen der militärwirtschaftlichen Planung bzw. Fehl- und Mißplanung, über die konkreten Auswirkungen einzelner politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, schließlich über das Verhalten der Industrie insgesamt und der Rüstungsindustrie im besonderen, über die es überhaupt noch keine verlässliche Darstellung gibt. Was wir wissen, hat zu dem Zeitpunkt, als diese Arbeit als Dissertation vorlag, Berenice Carroll aufbereitet und dabei beachtenswerte Thesen zur Entwicklung von Rüstung und Wehrwirtschaft vorgelegt. Offensichtlich hat es niemand für notwenig erachtet, die Autorin auf diese Untersuchung hinzuweisen. So muß sie sich mit den alten Darstellungen aus den 1940er und 1950er Jahren abrackern, was natürlich daneben gehen mußte (etwa in bezug auf den Rüstungshaushalt), zumal sie in den Akten des Wehrwirtschaftsstabes nicht allzu tief und in den Akten des Bundesarchivs (Reichskanzlei, Reichsfinanzministerium) überhaupt nicht gebohrt hat.

Dabei wird man dem Buch seine Meriten nicht ganz absprechen wollen. Die Autorin hat eine Menge Material aus schwer erhältlichen oder nicht genügend ausgewerteten sekundären und primären (u. a. die »Effects of Strategic Bombing on German War Economy«) Unterlagen kollationiert und dabei auch Bereiche abgedeckt, mit denen sich die Historiker des Dritten Reiches nicht gerne beschäftigen. Wer hat sich denn schon mit Fragen der Rohstoffverteilung oder der Standortpolitik in der Vorkriegszeit intensiv auseinandergesetzt? Oder wer kennt sich in Fragen der Munitionsherstellung, der Produktion von Heeresgerät und in der gesamten Problematik der Zulieferindustrie aus? Tatsächlich wurde in solchen Bereichen die Rüstungspolitik des Dritten Reiches im engeren Sinne — abzuheben von der Vierjahresplan-Politik, obwohl sich beide etwa in der Munitionsproduktion überschneiden — entschieden bzw. eine systematische Rüstungspolitik verspielt. Schließlich gibt es kaum eine neuere Arbeit, die so systematisch, wie es die Autorin dieses Bandes versuchte, Vierjahresplan-Politik, Wehrwirtschaft und die Rüstung der drei Wehrmachtsteile und damit den Gesamtumfang kriegsorientierten Wirtschaftens des Dritten Reiches zusammenzieht. (Eigentlich fehlt nur eine Erwähnung der nicht zu unterschätzenden außenwirtschaftlichen Seite.). Faßt man dies alles zusammen, so kann man nur zu dem Schluß kommen, daß sich diese Arbeit wie ein Manual für die noch ausstehende Forschung liest.

Ohne Zweifel werden auch diese zukünftigen Arbeiten zu ähnlichen Globalthesen kommen wie die Autorin, daß nämlich der Rüstungspolitik gravierende Fehler unterliefen, daß die mangelhafte Organisation der Rüstungswirtschaft eine noch schnellere Aufrüstung verhinderte, daß die waffentechnische Orientierung den massenfabrikatorischen Aspekt in den Hintergrund drängte und daß schließlich ein mangelndes Gesamtrüstungsprogramm bzw. die fehlende Schwerpunktbildung zu chaotischen Zuständen und Produktionsstörungen führten mit dem Ergebnis, daß das Dritte Reich 1939 zwar hochgerüstet, aber für einen großen Krieg nicht genug gerüstet war. Aber das alles ist ja nicht unbekannt, teilweise auch schon differenzierter vorgetragen worden. Was wir besser verstehen lernen müßten, ist, warum dies so geschah. Selbst wenn man zu dem Schluß kommen sollte, zu dem die Autorin neigt, daß

this point need be demonstrated at such lengths however, remains very much an open question.

Conan Fischer

Anja E. Bagel-Bohlan, Hitlers industrielle Kriegsvorbereitungen 1936—1939 (= Beiträge zur Wehrforschung, Bd. 24), Verlag Wehr & Wissen, Koblenz/Bonn 1975, 143 S., kart., 18,80 DM.

Frei nach Karl Kraus möchte man sagen: Zu diesem Buch fällt mir nichts ein — außer daß es schon aus dem Leim ging, bevor der Rezensent es erhielt. Dabei ist das Thema nach wie vor ein Desiderat. Wir wissen noch längst nicht genügend über die wirtschaftliche Entwicklung der unmittelbaren Vorkriegszeit, über die genauen Konturen und vor allem über die Ursachen der militärwirtschaftlichen Planung bzw. Fehl- und Mißplanung, über die konkreten Auswirkungen einzelner politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, schließlich über das Verhalten der Industrie insgesamt und der Rüstungsindustrie im besonderen, über die es überhaupt noch keine verlässliche Darstellung gibt. Was wir wissen, hat zu dem Zeitpunkt, als diese Arbeit als Dissertation vorlag, Berenice Carroll aufbereitet und dabei beachtenswerte Thesen zur Entwicklung von Rüstung und Wehrwirtschaft vorgelegt. Offensichtlich hat es niemand für notwenig erachtet, die Autorin auf diese Untersuchung hinzuweisen. So muß sie sich mit den alten Darstellungen aus den 1940er und 1950er Jahren abrackern, was natürlich daneben gehen mußte (etwa in bezug auf den Rüstungshaushalt), zumal sie in den Akten des Wehrwirtschaftsstabes nicht allzu tief und in den Akten des Bundesarchivs (Reichskanzlei, Reichsfinanzministerium) überhaupt nicht gebohrt hat.

Dabei wird man dem Buch seine Meriten nicht ganz absprechen wollen. Die Autorin hat eine Menge Material aus schwer erhältlichen oder nicht genügend ausgewerteten sekundären und primären (u. a. die »Effects of Strategic Bombing on German War Economy«) Unterlagen kollationiert und dabei auch Bereiche abgedeckt, mit denen sich die Historiker des Dritten Reiches nicht gerne beschäftigen. Wer hat sich denn schon mit Fragen der Rohstoffverteilung oder der Standortpolitik in der Vorkriegszeit intensiv auseinandergesetzt? Oder wer kennt sich in Fragen der Munitionsherstellung, der Produktion von Heeresgerät und in der gesamten Problematik der Zulieferindustrie aus? Tatsächlich wurde in solchen Bereichen die Rüstungspolitik des Dritten Reiches im engeren Sinne — abzuheben von der Vierjahresplan-Politik, obwohl sich beide etwa in der Munitionsproduktion überschneiden — entschieden bzw. eine systematische Rüstungspolitik verspielt. Schließlich gibt es kaum eine neuere Arbeit, die so systematisch, wie es die Autorin dieses Bandes versuchte, Vierjahresplan-Politik, Wehrwirtschaft und die Rüstung der drei Wehrmachtsteile und damit den Gesamtumfang kriegsorientierten Wirtschaftens des Dritten Reiches zusammenzieht. (Eigentlich fehlt nur eine Erwähnung der nicht zu unterschätzenden außenwirtschaftlichen Seite.). Faßt man dies alles zusammen, so kann man nur zu dem Schluß kommen, daß sich diese Arbeit wie ein Manual für die noch ausstehende Forschung liest.

Ohne Zweifel werden auch diese zukünftigen Arbeiten zu ähnlichen Globalthesen kommen wie die Autorin, daß nämlich der Rüstungspolitik gravierende Fehler unterliefen, daß die mangelhafte Organisation der Rüstungswirtschaft eine noch schnellere Aufrüstung verhinderte, daß die waffentechnische Orientierung den massenfabrikatorischen Aspekt in den Hintergrund drängte und daß schließlich ein mangelndes Gesamtrüstungsprogramm bzw. die fehlende Schwerpunktbildung zu chaotischen Zuständen und Produktionsstörungen führten mit dem Ergebnis, daß das Dritte Reich 1939 zwar hochgerüstet, aber für einen großen Krieg nicht genug gerüstet war. Aber das alles ist ja nicht unbekannt, teilweise auch schon differenzierter vorgetragen worden. Was wir besser verstehen lernen müßten, ist, warum dies so geschah. Selbst wenn man zu dem Schluß kommen sollte, zu dem die Autorin neigt, daß

nämlich Hitlers unglaubliches wirtschaftliches Unverständnis in die Misere geführt hat, müßte dies nachgewiesen werden, wobei dann immer noch zu fragen wäre, wieso gerade dieser Mann zur Quelle allen Irrtums werden konnte. Interessant ist schließlich auch die Schlußbetrachtung, daß selbst bei einer optimalen Rüstungspolitik letztlich die Potentialdifferenzen zwischen den USA, der Sowjetunion und dem Dritten Reich ins Gewicht gefallen wären. Abgesehen von den methodischen Schwierigkeiten eines solchen Vergleichs der (Rüstungs-)Potentiale, stellen sich hier natürlich grundsätzliche militärpolitische und -strategische Fragen, die durch eine bloße Potentialanalyse nicht bewältigt werden können. Einer Lösung dieser Frage wird man durch die Arbeit von Frau Bagel-Bohlan nicht wesentlich näher gebracht.

Michael Geyer

Alexander Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941—45 (= Studien zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1975, 252 S., Folieneinband, 28 DM.

Während die Deutschlandpolitik der USA und teilweise auch die Großbritanniens während des Krieges in den letzten Jahren durch zahlreiche Monographien und Akteneditionen erschlossen worden sind und sich die wichtigen Nuancen und Akzentsetzungen inzwischen relativ genau erkennen lassen, ist die zeitgeschichtliche Forschung hinsichtlich der französischen Deutschlandpolitik in den Kriegsjahren — soweit sie das »Freie Frankreich« betreffen — immer noch weitgehend auf Äußerungen de Gaulles und seiner engeren Mitarbeiter verwiesen. Während durch dieses Material in den wichtigsten Fragen immerhin Umriss sichtbar werden, bleiben zentrale Beweggründe, Strategien und taktische Varianten der Deutschlandpolitik des vierten und neben den USA wichtigsten Alliierten der Anti-Hitler-Koalition, der Sowjetunion, nach wie vor im Dunkeln.

Die außerordentlich schwierige Quellenlage hat offenbar viele Forscher entmutigt. Die bisherigen Arbeiten zu diesem Gegenstand beleuchten entweder, wie die von B. Meissner, völkerrechtliche Aspekte oder haben (so etwa die Arbeiten von E. Deuerlein, W. Marienfeld, H.P. Schwarz und Th. Weingartner) weitgehend den Charakter von Überblicksdarstellungen. Zwar hat sich die Quellenlage inzwischen nicht prinzipiell verbessert, aber durch die sowjetischen Protokolle der alliierten Kriegskonferenzen und durch zahlreiche in der DDR erschienene Monographien und Quellenpublikationen zur Politik der emigrierten KPD-Führung immerhin so verbreitert, daß in der vorliegenden Studie von Alexander Fischer erstmals der Zusammenhang zwischen sowjetischer Politik und den politischen Nachkriegskonzeptionen der KPD systematisch untersucht und dargestellt werden konnte. Dies ist nicht das einzig Neue, das Fischers Arbeit bietet. Das beginnt schon mit dem Bericht über den harten und riskanten Poker, den Stalin im Sommer und Herbst 1941 — in einer Zeit äußerster Bedrängnis durch die noch vorwärts rollende Invasion der Hitlerarmeen — mit seinem damaligen westlichen Hauptpartner, Großbritannien, spielte. Stalin wollte nicht nur alle Landgewinne aus seinem Pakt mit Hitler garantiert wissen, sondern auch noch die Ziele erreichen, die Hitler ihm 1940 verweigert hatte: militärische und politische Kontrolle Finnlands, Rumäniens, Bulgariens und der Türkei sowie Einfluß auf dem ganzen Balkan (S. 28). Als der britische Außenminister Eden Mitte Dezember 1941 nach Moskau kam, sah er sich mit noch detaillierteren sowjetischen Vorstellungen zur Nachkriegsordnung Europas konfrontiert. Sie waren von der Überlegung bestimmt, nicht nur die sowjetischen Eroberungen von 1939/40 zu behalten, sondern den Fortbestand bzw. die Wiedererrichtung der kleineren und mittleren europäischen Staaten zu sichern sowie das Deutsche Reich aufzuteilen, also nicht nur Österreich als selbständigen Staat wiederherzustellen, sondern das Rhein-

nämlich Hitlers unglaubliches wirtschaftliches Unverständnis in die Misere geführt hat, müßte dies nachgewiesen werden, wobei dann immer noch zu fragen wäre, wieso gerade dieser Mann zur Quelle allen Irrtums werden konnte. Interessant ist schließlich auch die Schlußbetrachtung, daß selbst bei einer optimalen Rüstungspolitik letztlich die Potentialdifferenzen zwischen den USA, der Sowjetunion und dem Dritten Reich ins Gewicht gefallen wären. Abgesehen von den methodischen Schwierigkeiten eines solchen Vergleichs der (Rüstungs-)Potentiale, stellen sich hier natürlich grundsätzliche militärpolitische und -strategische Fragen, die durch eine bloße Potentialanalyse nicht bewältigt werden können. Einer Lösung dieser Frage wird man durch die Arbeit von Frau Bagel-Bohlan nicht wesentlich näher gebracht.

Michael Geyer

Alexander Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941—45 (= Studien zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1975, 252 S., Folieneinband, 28 DM.

Während die Deutschlandpolitik der USA und teilweise auch die Großbritanniens während des Krieges in den letzten Jahren durch zahlreiche Monographien und Akteneditionen erschlossen worden sind und sich die wichtigen Nuancen und Akzentsetzungen inzwischen relativ genau erkennen lassen, ist die zeitgeschichtliche Forschung hinsichtlich der französischen Deutschlandpolitik in den Kriegsjahren — soweit sie das »Freie Frankreich« betreffen — immer noch weitgehend auf Äußerungen de Gaulles und seiner engeren Mitarbeiter verwiesen. Während durch dieses Material in den wichtigsten Fragen immerhin Umriss sichtbar werden, bleiben zentrale Beweggründe, Strategien und taktische Varianten der Deutschlandpolitik des vierten und neben den USA wichtigsten Alliierten der Anti-Hitler-Koalition, der Sowjetunion, nach wie vor im Dunkeln.

Die außerordentlich schwierige Quellenlage hat offenbar viele Forscher entmutigt. Die bisherigen Arbeiten zu diesem Gegenstand beleuchten entweder, wie die von B. Meissner, völkerrechtliche Aspekte oder haben (so etwa die Arbeiten von E. Deuerlein, W. Marienfeld, H.P. Schwarz und Th. Weingartner) weitgehend den Charakter von Überblicksdarstellungen. Zwar hat sich die Quellenlage inzwischen nicht prinzipiell verbessert, aber durch die sowjetischen Protokolle der alliierten Kriegskonferenzen und durch zahlreiche in der DDR erschienene Monographien und Quellenpublikationen zur Politik der emigrierten KPD-Führung immerhin so verbreitert, daß in der vorliegenden Studie von Alexander Fischer erstmals der Zusammenhang zwischen sowjetischer Politik und den politischen Nachkriegskonzeptionen der KPD systematisch untersucht und dargestellt werden konnte. Dies ist nicht das einzig Neue, das Fischers Arbeit bietet. Das beginnt schon mit dem Bericht über den harten und riskanten Poker, den Stalin im Sommer und Herbst 1941 — in einer Zeit äußerster Bedrängnis durch die noch vorwärts rollende Invasion der Hitlerarmeen — mit seinem damaligen westlichen Hauptpartner, Großbritannien, spielte. Stalin wollte nicht nur alle Landgewinne aus seinem Pakt mit Hitler garantiert wissen, sondern auch noch die Ziele erreichen, die Hitler ihm 1940 verweigert hatte: militärische und politische Kontrolle Finnlands, Rumäniens, Bulgariens und der Türkei sowie Einfluß auf dem ganzen Balkan (S. 28). Als der britische Außenminister Eden Mitte Dezember 1941 nach Moskau kam, sah er sich mit noch detaillierteren sowjetischen Vorstellungen zur Nachkriegsordnung Europas konfrontiert. Sie waren von der Überlegung bestimmt, nicht nur die sowjetischen Eroberungen von 1939/40 zu behalten, sondern den Fortbestand bzw. die Wiedererrichtung der kleineren und mittleren europäischen Staaten zu sichern sowie das Deutsche Reich aufzuteilen, also nicht nur Österreich als selbständigen Staat wiederherzustellen, sondern das Rhein-

land als unabhängigen Staat oder als Protektorat loszulösen und eventuell auch ein selbständiges Bayern zu bilden (S. 30). Auf diese Weise war Stalin der erste führende Staatsmann der Alliierten, der von der Absicht sprach, Deutschland aufzuteilen. Da es auch in den folgenden Monaten keine Einigung über die Kriegsziele gab, signalisierte Stalin seinen westlichen Bündnispartnern 1942/43 mehrfach, daß er auch Alternativen zur gegenwärtigen Zusammenarbeit in Erwägung ziehe und dabei nicht einmal ein Sonderfriede mit NS-Deutschland ausgeschlossen sei. Besonders nach dem sowjetischen Sieg in Stalingrad, der die Peripetie des Krieges markierte, strebte diese »intriganteste Periode der sowjetischen Kriegsdiplomatie« (S. 42) ihrem Höhepunkt zu. Der stellvertretende sowjetische Außenminister Kornejčuk, der über schwedische Diplomaten Fühler zur Vorbereitung deutsch-sowjetischer Sonderverhandlungen in Stockholm ausstreckte, stellte im Februar 1943 in der »Pravda« die unterschiedlichen Auffassungen in der Anti-Hitler-Koalition über die politische Frage heraus.

Nachdem Anfang Mai 1943 mehrtätige deutsch-sowjetische Gespräche ohne Ergebnis geblieben waren — vermutlich wegen der zu hohen Forderungen der deutschen Seite —, unternahm die sowjetische Diplomatie in der zweiten Junihälfte noch einmal »einen energischen Versuch zur Wiederannäherung an Deutschland«, als Stalin von Roosevelt erfahren hatte, an die Errichtung einer zweiten Front im Westen sei vor Frühjahr 1944 nicht zu denken (S. 43). Dieser über mehrere Kanäle — nicht nur über Stockholm, sondern über Sofia und Tokio — vorgetragene Vorstoß, der verstärkt wurde, als der sowjetischen Regierung westliche Absichten bekannt wurden, eine ihr höchst unerwünschte zweite Front auf dem Balkan zu errichten, scheiterte vor allem an der Weigerung Hitlers zu ernsthaften Verhandlungen mit Moskau. Auf die Stockholmer Kontaktgespräche soll er mit einem Wutanfall reagiert und sie als »dreiste jüdische Provokation« bezeichnet haben. Während auf hitlerdeutscher Seite die ideologische Verblendung nun völlig dominierte, hatte die sowjetische Regierung erneut ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, ideologische Gründe als flexibles Instrument zu handhaben. Die nicht ganz von der Hand zu weisende Sorge, eine letztlich über die Hitlerarmeen siegreiche, aber ausgeblutete Sowjetunion müsse dann »den blanken, von keinem Hieb abgestumpften Waffen der Westmächte entgegentreten«, wie einer der sowjetischen Unterhändler die Ernsthaftigkeit des Vorstoßes zu untermauern suchte, wurde im Rückgriff auf die Position der 1930er Jahre damit begründet, daß der einzige sozialistische Staat der »weltrevolutionären Entwicklung« eher diene, wenn er am Rande des internationalen Geschehens bleibe und zusehe, wie sich die Kräfte der kapitalistischen Staaten aneinander aufrieben (S. 44). Angesichts der totalen Borniertheit der Hitler-Regierung sah Stalin sich vorsichtig nach anderen deutschen Gesprächspartnern um. Die im Juli 1943 gegründete Bewegung »Freies Deutschland« sollte sowohl dieses Ziel — das am ehesten als Neuauflage von »Tauroggen« bezeichnet werden kann — unterstützen als auch ein Instrument für das weitere Hineinwirken in die innere Entwicklung Nachkriegsdeutschlands bilden. Denn den deutschen Kommunisten, für deren Moskauer Emigranten die befohlene Partnerschaft mit Schwarz-Weiß-Rot den »Gipfelpunkt der Selbstverleugnung« (B. Scheurig) bedeutete, hat die sowjetische Führung auch künftig nicht zugetraut, die Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen zu können. Dieses Mißtrauen, genährt durch die Erfahrungen zweier Jahrzehnte, in denen die KPD-Führung den Spitzengenossen ihrer sowjet-russischen Bruderpartei ein ums andere Mal vorgelogen hatte, die proletarische Revolution in Deutschland stünde unmittelbar bevor, war für die Politik Stalins ein Kontinuum geworden, das ihn dazu brachte, auch nach der auf der Teheraner Konferenz im November 1943 begonnenen Einigung mit den USA und Großbritannien über die Kriegsziele Alternativen in der Deutschlandpolitik bereitzuhalten. Dies schien um so notwendiger zu sein, als die KPD-Führung, die sich seit Januar 1944 mit ihren inhaltlichen, organisatorischen und propagandistischen — und deshalb vom Autor mit Recht breit analysierten — Vorbereitungen muster-schülerhaft in die vom Politbüro der KPdSU seit Dezember 1943 ausgearbeitete Konzeption

der allmählichen »volksdemokratischen« Machtübernahme der kommunistischen Parteien in allen von der Roten Armee eroberten Ländern Ost- und Mitteleuropas durch breite »antifaschistische« Bündnisse mit Sozialdemokraten und kompromißwilligen bürgerlichen Kräften einzufügen schien, einmal mehr ihre Wunschvorstellungen mit der Wirklichkeit verwechselte. Die gegen Jahresende 1944 von der KPD in Moskau unter der Federführung des Politbüromitglieds Anton Ackermann fertiggestellte Fassung des fast ein Jahr in zahlreichen Unterausschüssen beratenen »Aktionsprogramms des Blocks der kämpfenden Demokratie« (S. 108 ff.) ging nämlich von der Annahme aus, daß im Zuge des Vormarsches der Roten Armee in Deutschland die deutsche Bevölkerung sich zum aktiven Widerstand gegen das NS-Regime erheben würde. Das Gegenteil war aber der Fall. Die Verluste der Roten Armee bei den Kämpfen auf deutschem Boden gehörten zu den höchsten während des ganzen Krieges. Der als Folge dieser Fehleinschätzung gering gewordene Spielraum der Politik der KPD gegenüber der Sowjetunion fand ihren Niederschlag in den Anfang April 1945 vom Politbüro der KPD verabschiedeten »Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet« (S. 142), deren wesentlicher Kern von Ulbricht in dem sehr prägnanten (von Wolfgang Leonhard überlieferten) Satz zusammengefaßt wurde: »Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten«.

Die Zweifel Stalins an den Chancen einer breiten Massenwirksamkeit der deutschen Kommunisten in ganz Deutschland haben offenbar dazu beigetragen, daß die Verfechter einer raschen »volksdemokratischen« Lösung auf dem Teiltterritorium der SBZ schneller grünes Licht erhielten als in einigen osteuropäischen Ländern. Auch wenn der Rezensent nach wie vor meint, daß letztlich das für die Kommunisten katastrophale Ergebnis der ersten Wahlen in Ungarn und Österreich im November und Dezember 1945 hierbei den Ausschlag gegeben hat, kann Fischer für seine Auffassung, diese Entscheidung sei schon wesentlich früher gefallen, einleuchtendes Material präsentieren; so etwa eine Äußerung eines führenden Mitarbeiters der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee vom 11. September 1945, K.L. Seleznev, die den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands schon als integralen Bestandteil der sowjetischen Einflußsphäre beschrieb (S. 157).

Auch wenn angesichts der Quellenlage in solchen Fragen präzisere Datierungen wichtiger Zäsuren auch künftig kaum erreichbar sein werden, eröffnet die Studie von A. Fischer die Möglichkeit, von einer bedeutend sichereren Basis als bisher auch die sowjetische Deutschlandpolitik der folgenden Jahre zu untersuchen, nicht zuletzt auch die vier sowjetischen Noten vom Frühjahr und Sommer 1952 (in der Forschung sind bisher fast nur die ersten beiden Noten beachtet worden), hinter denen offenbar auch die Sorge des alternden Stalin stand, die deutschen Kommunisten könnten nicht einmal den von ihnen verwalteten Separatteil Deutschlands politisch stabil erhalten.

Hartmut Soell

Horst-Wilhelm Jung, Rheinland-Pfalz zwischen Antifaschismus und Antikommunismus. Zur Geschichte des Landesparlaments 1946—1948 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 32), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1976, XII, 136 S., brosch., 38 DM.

Es ist verdienstvoll, eine Studie über die Anfänge der parlamentarischen Arbeit in Rheinland-Pfalz vorzulegen. Die Entstehung und Entwicklung der Länder der französischen Besatzungszone sind bisher Stiefkind der zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung gewesen. Das gleiche gilt auch für die französische Besatzungspolitik, die Parteien und Interessengruppen im südwestdeutschen Raum. Von daher fällt jeder Arbeit über die

der allmählichen »volksdemokratischen« Machtübernahme der kommunistischen Parteien in allen von der Roten Armee eroberten Ländern Ost- und Mitteleuropas durch breite »antifaschistische« Bündnisse mit Sozialdemokraten und kompromißwilligen bürgerlichen Kräften einzufügen schien, einmal mehr ihre Wunschvorstellungen mit der Wirklichkeit verwechselte. Die gegen Jahresende 1944 von der KPD in Moskau unter der Federführung des Politbüromitglieds Anton Ackermann fertiggestellte Fassung des fast ein Jahr in zahlreichen Unterausschüssen beratenen »Aktionsprogramms des Blocks der kämpfenden Demokratie« (S. 108 ff.) ging nämlich von der Annahme aus, daß im Zuge des Vormarsches der Roten Armee in Deutschland die deutsche Bevölkerung sich zum aktiven Widerstand gegen das NS-Regime erheben würde. Das Gegenteil war aber der Fall. Die Verluste der Roten Armee bei den Kämpfen auf deutschem Boden gehörten zu den höchsten während des ganzen Krieges. Der als Folge dieser Fehleinschätzung gering gewordene Spielraum der Politik der KPD gegenüber der Sowjetunion fand ihren Niederschlag in den Anfang April 1945 vom Politbüro der KPD verabschiedeten »Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet« (S. 142), deren wesentlicher Kern von Ulbricht in dem sehr prägnanten (von Wolfgang Leonhard überlieferten) Satz zusammengefaßt wurde: »Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten«.

Die Zweifel Stalins an den Chancen einer breiten Massenwirksamkeit der deutschen Kommunisten in ganz Deutschland haben offenbar dazu beigetragen, daß die Verfechter einer raschen »volksdemokratischen« Lösung auf dem Teiltterritorium der SBZ schneller grünes Licht erhielten als in einigen osteuropäischen Ländern. Auch wenn der Rezensent nach wie vor meint, daß letztlich das für die Kommunisten katastrophale Ergebnis der ersten Wahlen in Ungarn und Österreich im November und Dezember 1945 hierbei den Ausschlag gegeben hat, kann Fischer für seine Auffassung, diese Entscheidung sei schon wesentlich früher gefallen, einleuchtendes Material präsentieren; so etwa eine Äußerung eines führenden Mitarbeiters der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee vom 11. September 1945, K.L. Seleznev, die den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands schon als integralen Bestandteil der sowjetischen Einflußsphäre beschrieb (S. 157).

Auch wenn angesichts der Quellenlage in solchen Fragen präzisere Datierungen wichtiger Zäsuren auch künftig kaum erreichbar sein werden, eröffnet die Studie von A. Fischer die Möglichkeit, von einer bedeutend sichereren Basis als bisher auch die sowjetische Deutschlandpolitik der folgenden Jahre zu untersuchen, nicht zuletzt auch die vier sowjetischen Noten vom Frühjahr und Sommer 1952 (in der Forschung sind bisher fast nur die ersten beiden Noten beachtet worden), hinter denen offenbar auch die Sorge des alternden Stalin stand, die deutschen Kommunisten könnten nicht einmal den von ihnen verwalteten Separatteil Deutschlands politisch stabil erhalten.

Hartmut Soell

Horst-Wilhelm Jung, Rheinland-Pfalz zwischen Antifaschismus und Antikommunismus. Zur Geschichte des Landesparlaments 1946—1948 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 32), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1976, XII, 136 S., brosch., 38 DM.

Es ist verdienstvoll, eine Studie über die Anfänge der parlamentarischen Arbeit in Rheinland-Pfalz vorzulegen. Die Entstehung und Entwicklung der Länder der französischen Besatzungszone sind bisher Stiefkind der zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung gewesen. Das gleiche gilt auch für die französische Besatzungspolitik, die Parteien und Interessengruppen im südwestdeutschen Raum. Von daher fällt jeder Arbeit über die

genannten Probleme eine Pionierrolle zu. Um so bedauerlicher ist es, daß Horst-W. Jung die wenigen Arbeiten, die schon zu diesen Themen vorliegen, nicht berücksichtigt hat, wie z. B. die Studie von F. Roy Willis, *The French in Germany*, Stanford 1962, die, trotz einiger Mängel, das wichtigste Werk über die französische Besatzungszone ist.

Jung versetzt den Leser unter dem groben Raster Antifaschismus und Antikapitalismus unmittelbar in die Diskussion der Beratenden Landesversammlung, ohne daß der Autor auf die Entstehung und die Aufgaben dieses Gremiums im besonderen und auf den politischen Hintergrund und die daraus resultierenden Rahmenbedingungen im allgemeinen aufmerksam macht. Die Landesversammlung hatte sowohl die Aufgabe, eine Landesverfassung zu erarbeiten, als auch Mitwirkungsbefugnisse bei der Abfassung von Verordnungen. Sie war ein Übergangsgremium, das von November 1946 bis April 1947 in Koblenz, der provisorischen Hauptstadt des neuen Landes Rheinland-Pfalz, tagte. Durch die Vernachlässigung dieser Bedingungen entsteht der Eindruck, daß die Beratende Landesversammlung und der erste Landtag, auf dessen Arbeit nur am Rande eingegangen wird, selbständig agierende Institutionen gewesen wären, in denen die Parteivertreter wie in einem heutigen Parlament offen und ungebunden hätten debattieren und analysieren können. Diese, dem Leser unterschobene Voraussetzung verschleiert die Tatsache, daß solche Gremien nur eine eingeschränkte mitwirkende Funktion hatten und die Entscheidungen der Militärregierung vorbehalten waren. Die französische Deutschlandpolitik in der Zeit von 1945 bis 1948 wurde von der Vorstellung bestimmt, den Deutschen dürfe nur eine begrenzte Teilnahme eingeräumt werden. Hierin unterschied sie sich von der der anderen Besatzungsmächte, die ein geringeres Mißtrauen gegenüber den Deutschen hatten und den politischen Neubeginn stärker förderten.

Die Studie von Horst-W. Jung konzentriert sich auf die Analyse der Diskussionen in der Beratenden Landesversammlung und erarbeitet anhand der Reden die Positionen der CDU, der Liberalen, der SPD und der KPD zu den Problemkreisen Antifaschismus, Entnazifizierung, Antikapitalismus, Antikommunismus und Kalter Krieg. Die Untersuchung bestätigt die bekannten Ergebnisse, die darin liegen, daß die CDU und die Liberalen insoweit übereinstimmende Vorstellungen entwickelten, daß sie den Nationalsozialismus als einen Betriebsunfall in der deutschen Geschichte interpretierten und von daher auf eine Bestrafung der führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches drängten, jedoch die Mehrzahl ehemaliger Nationalsozialisten glimpflich behandelt wissen wollten, um sie so rasch wie möglich in das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben einzugliedern. Von daher bot sich eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien an, die außerdem in dem allgemeinen Wunsch übereinstimmten, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung lediglich zu modifizieren und nicht grundsätzlich zu verändern. Die SPD forderte eine grundlegende Reform des Systems durch Einbeziehung wirtschaftsdemokratischer Elemente und Sozialisierung der Grundstoffindustrien. In der Entnazifizierungsfrage ergaben sich Übereinstimmungen mit den bürgerlichen Parteien; denn die Sozialdemokraten wünschten ebenfalls eine schnelle Rehabilitierung derjenigen Nationalsozialisten, die sie als Mitläufer und Verführte bezeichneten, und eine Bestrafung der führenden Repräsentanten, zu denen für sie auch Vertreter der Wirtschaft gehörten. Die weitestgehenden Forderungen zur Sozialisierung und Entnazifizierung entwickelte die KPD, deren Argumente auf der gleichen Linie lagen, wie sie die Kommunisten auch in den anderen Zonen vertraten. Auf das schwierige Verhältnis SPD — KPD wird vom Autor nicht eingegangen, und die Zwangsfusionierung der beiden Parteien zur SED in der sowjetisch besetzten Zone im April 1946 wird nicht erwähnt. Ohne diese Tatsache ist ein Teil des Antikommunismus der SPD gar nicht zu verstehen.

Der Grundthese des Autors, daß »die Ebene [. . .des. . .] Strukturwandels der politischen Diskussion zwischen den gerade erst zugelassenen Parteien« (Vorwort) in den Länderparlamenten lag, wobei der Wandel vom Antifaschismus zum Antikommunismus gemeint war,

kann nicht zugestimmt werden, da der Umschlag durch den Antagonismus zwischen den Siegermächten bedingt war, die sich nicht auf einen deutschen Friedensvertrag und auf gemeinsame Grundlagen für eine Nachkriegsordnung in Deutschland einigen konnten. Die Landesparlamente waren nicht die Ebene, auf der sich der Strukturwandel vollzog, sondern sie spiegelten nur diesen Wandel wider und nicht mehr.

Es ist verdienstvoll, daß Jung einer größeren Leserschaft die Diskussionen in der Beratenden Landesversammlung zugänglich gemacht hat. Die zu starke Einengung auf den Innenraum dieses Gremiums schränkt die Bedeutung der Arbeit ein. Zu viele Probleme bleiben offen, von denen einige genannt werden sollten: Deutschlandpolitik der französischen Besatzungsmacht, Beziehungen zwischen den Parteien und den Franzosen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des künstlich geschaffenen Landes Rheinland-Pfalz, das eine überwiegend agrarische Struktur aufwies und aufweist. Es ist zu begrüßen, daß mit der Arbeit von Horst-W. Jung die Erforschung der Nachkriegsgeschichte in der französischen Besatzungszone in Angriff genommen wurde. Die entscheidenden Arbeiten stehen jedoch nach wie vor noch aus.

Kurt Thomas Schmitz

Onno-Hans Poppinga, Bauern und Politik (= Studien zur Gesellschaftstheorie), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 338 S., kart., 32 DM.

Der Verfasser verfolgt mit seinem Buch die Absicht, »das politische Handeln« deutscher Bauern in historischer wie aktueller Perspektive »vor dem Hintergrund ihrer sozialökonomischen Lage zu untersuchen« (S. 7). Zu diesem Zweck geht die Analyse in drei Schritten vor. Zum einen wird unter Anwendung von Kategorien aus der Marxschen Grundrententheorie die allmähliche Eingliederung der bäuerlichen Landwirtschaft in das »hochentwickelte kapitalistische System« (S. 7) geschildert. Der zeitliche Schwerpunkt dieses Überblicks, der auf Materialien und Gewährsleute von sehr unterschiedlichem Gewicht fußt und auf lange Datenreihen verzichtet, liegt deutlich auf den Jahrzehnten nach 1933 und wird, je näher er an die Gegenwart heranreicht, um so konkreter, anschaulicher, origineller. Manches aus diesem Kapitel trägt allerdings vorläufigen Charakter und bedürfte einer erneuten Überprüfung, so die von Sohn-Rethel (Ökonomie und Klassenstruktur, Frankfurt 1973, S. 78 ff.) übernommene These von der »Agrarkartellierung« im unmittelbaren Umfeld der nationalsozialistischen »Machtergreifung«, so die nicht weiter belegte Behauptung von der Dominanz der »Gutsbesitzer und Großbauern in den wichtigsten Schaltstellen der NS-Agrarpolitik« (S. 64). Die »zentralen Merkmale« der bundesdeutschen Landwirtschaft im Rahmen der EG benennt Poppinga als »massive Steigerung der Produktivkräfte«, »Konzentration der Produktion«, »Proletarisierung von Bauern« (S. 97): Es sieht so aus, als erfüllten sich erst jetzt, hundert Jahre nach der Abfassung des »Kapital«, die Marxschen Prognosen über die Entwicklungstendenzen des Agrarsektors.

Der zweite Teil des Buches (S. 124—157) wendet sich der »gesellschaftlichen Realität« und ihrer »Interpretation« zu. Dies geschieht nun freilich nicht mit Hilfe von Befragungen, sondern auf der Basis von Vermutungen darüber, wie das Bewußtsein von Bauern angesichts ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation eigentlich — gewissermaßen »notwendig« — beschaffen sein müßte. Ein solches Verfahren schließt nützliche Einzelbeobachtungen nicht prinzipiell aus, etwa über die Bedeutung des Eigentums für die bäuerlichen Produzenten, über deren Verhältnis zum Staat, über den »ganzheitlichen« Charakter ihrer Arbeit (was im übrigen auch schon der Agrarrevisionist Eduard David — gegen Marx und Kautsky — betont hat). Aber insgesamt scheint mir, daß die spekulativen Momente bei dieser Betrachtungsweise überwiegen, daß der Bauer zu sehr Objekt »fremder«, von außen herangetragenener Interpretationen ist.

kann nicht zugestimmt werden, da der Umschlag durch den Antagonismus zwischen den Siegermächten bedingt war, die sich nicht auf einen deutschen Friedensvertrag und auf gemeinsame Grundlagen für eine Nachkriegsordnung in Deutschland einigen konnten. Die Landesparlamente waren nicht die Ebene, auf der sich der Strukturwandel vollzog, sondern sie spiegelten nur diesen Wandel wider und nicht mehr.

Es ist verdienstvoll, daß Jung einer größeren Leserschaft die Diskussionen in der Beratenden Landesversammlung zugänglich gemacht hat. Die zu starke Einengung auf den Innenraum dieses Gremiums schränkt die Bedeutung der Arbeit ein. Zu viele Probleme bleiben offen, von denen einige genannt werden sollten: Deutschlandpolitik der französischen Besatzungsmacht, Beziehungen zwischen den Parteien und den Franzosen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des künstlich geschaffenen Landes Rheinland-Pfalz, das eine überwiegend agrarische Struktur aufwies und aufweist. Es ist zu begrüßen, daß mit der Arbeit von Horst-W. Jung die Erforschung der Nachkriegsgeschichte in der französischen Besatzungszone in Angriff genommen wurde. Die entscheidenden Arbeiten stehen jedoch nach wie vor noch aus.

Kurt Thomas Schmitz

Onno-Hans Poppinga, Bauern und Politik (= Studien zur Gesellschaftstheorie), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 338 S., kart., 32 DM.

Der Verfasser verfolgt mit seinem Buch die Absicht, »das politische Handeln« deutscher Bauern in historischer wie aktueller Perspektive »vor dem Hintergrund ihrer sozialökonomischen Lage zu untersuchen« (S. 7). Zu diesem Zweck geht die Analyse in drei Schritten vor. Zum einen wird unter Anwendung von Kategorien aus der Marxschen Grundrententheorie die allmähliche Eingliederung der bäuerlichen Landwirtschaft in das »hochentwickelte kapitalistische System« (S. 7) geschildert. Der zeitliche Schwerpunkt dieses Überblicks, der auf Materialien und Gewährsleute von sehr unterschiedlichem Gewicht fußt und auf lange Datenreihen verzichtet, liegt deutlich auf den Jahrzehnten nach 1933 und wird, je näher er an die Gegenwart heranreicht, um so konkreter, anschaulicher, origineller. Manches aus diesem Kapitel trägt allerdings vorläufigen Charakter und bedürfte einer erneuten Überprüfung, so die von Sohn-Rethel (Ökonomie und Klassenstruktur, Frankfurt 1973, S. 78 ff.) übernommene These von der »Agrarkartellierung« im unmittelbaren Umfeld der nationalsozialistischen »Machtergreifung«, so die nicht weiter belegte Behauptung von der Dominanz der »Gutsbesitzer und Großbauern in den wichtigsten Schaltstellen der NS-Agrarpolitik« (S. 64). Die »zentralen Merkmale« der bundesdeutschen Landwirtschaft im Rahmen der EG benennt Poppinga als »massive Steigerung der Produktivkräfte«, »Konzentration der Produktion«, »Proletarisierung von Bauern« (S. 97): Es sieht so aus, als erfüllten sich erst jetzt, hundert Jahre nach der Abfassung des »Kapital«, die Marxschen Prognosen über die Entwicklungstendenzen des Agrarsektors.

Der zweite Teil des Buches (S. 124—157) wendet sich der »gesellschaftlichen Realität« und ihrer »Interpretation« zu. Dies geschieht nun freilich nicht mit Hilfe von Befragungen, sondern auf der Basis von Vermutungen darüber, wie das Bewußtsein von Bauern angesichts ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation eigentlich — gewissermaßen »notwendig« — beschaffen sein müßte. Ein solches Verfahren schließt nützliche Einzelbeobachtungen nicht prinzipiell aus, etwa über die Bedeutung des Eigentums für die bäuerlichen Produzenten, über deren Verhältnis zum Staat, über den »ganzheitlichen« Charakter ihrer Arbeit (was im übrigen auch schon der Agrarrevisionist Eduard David — gegen Marx und Kautsky — betont hat). Aber insgesamt scheint mir, daß die spekulativen Momente bei dieser Betrachtungsweise überwiegen, daß der Bauer zu sehr Objekt »fremder«, von außen herangetragenener Interpretationen ist.

Thema des dritten Kapitels (S. 158—288) ist das »politische Verhalten von Bauern und Arbeiterbauern«, wobei letztere allerdings nur in ihrem Status als Nebenerwerbslandwirte vorgestellt werden. Analysiert werden zum einen »bäuerliche Selbsthilfebewegungen«, ein Strukturtypus, der recht Unterschiedliches, wenn nicht Heterogenes zusammenfaßt: die rechtsradikale, im wesentlichen auf Schleswig-Holstein beschränkte Landvolkbewegung am Ende der Weimarer Republik, die NPD-orientierte »Notgemeinschaft deutscher Bauern« im nördlichen Niedersachsen Anfang der sechziger Jahre, die parteipolitisch ungebundene »Aktion gerechter Milchpreis« im Allgäu 1971/72 sowie der »Arbeitskreis junger Landwirte« im württembergischen Kreis Böblingen seit 1973/74. Gerade letzterer verdient besonderes Interesse, nicht nur weil der Verfasser als aktives Mitglied aus eigenem Erleben berichtet, sondern vor allem deshalb, weil hier Ansätze und Methoden einer alternativen Bauernpolitik sichtbar werden, die sich aus der einseitigen Verklammerung mit dem Bauernverband zu lösen beginnt. Ob freilich die Hoffnung trägt, »daß die wachsende Einordnung der bäuerlichen Landwirtschaft in den hochentwickelten Kapitalismus zwar nicht die Ambivalenz der selbstorganisierten Bauernbewegungen aufhebt, wohl aber der *Möglichkeit* der Entwicklung radikaldemokratischer und auch sozialistischer Positionen breiteren Raum schafft« (S. 208), wird erst noch abzuwarten sein.

Auf diese aktuellen Überlegungen folgt ein überblickshafter Abschnitt über die Methoden der NSDAP bei der Rekrutierung und Mobilisierung von Bauern seit 1928/30, der über das bereits Bekannte kaum hinausgeht, sowie über die Bauernpolitik der KPD von 1918/19—1933, der sich im großen und ganzen auf ein Referat der Programmatik beschränkt, die konkreten Probleme bei der Landagitation der Partei jedoch nur andeutet. Daß diese mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert war wie die der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, mag die (auf S. 261) zitierte Äußerung Wilhelm Piecks auf der Brüsseler Parteikonferenz von 1935 illustrieren: »Unsere Bauernagitation in der Zeit vor Hitler hatte gewisse außerordentliche Schwächen. Das betraf sowohl die Sprache unserer Agitation als auch den Mangel organisatorischer Stützpunkte. Die Agitation wurde sehr sporadisch, meistens durch gelegentliche Landsontage oder durch unsere aufs Land ziehenden Sportler betrieben. Es fehlte dieser Agitation jede Systematik und vor allen Dingen die Kenntnis der Verhältnisse im Dorfe, die sehr unterschiedlich in den verschiedensten Teilen des Reiches sind.«

Nicht daß diese Passagen ohne jeden Informationsgehalt wären. Zu erwägen bliebe aber, ob durch die Konzentration auf die Extreme im Parteienspektrum die Frage nach dem politischen Bewußtsein und dem Wahlverhalten von Bauern nicht unzulässig verengt wird und ob der Blick nicht auch auf die übrigen Parteien hätte ausgeweitet werden müssen, vielleicht so, wie das unlängst für die Anfangsphase der Weimarer Republik Martin Schumacher (Land und Politik, Düsseldorf 1978) auf einem eindrucksvoll breiten Fundament von Quellen mit Gewinn getan hat.

Jens Flemming

Wolfgang Kleinschmidt, Der Wandel des Festlebens bei Arbeitern und Landwirten im 20. Jahrhundert. Eine empirische Untersuchung in zwei unterschiedlich strukturierten Gemeinden der Westpfalz (= Kultureller Wandel, Bd. 4), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1977, X, 168 S., brosch., 48 DM.

Kleinschmidts Untersuchung, eine Dissertation aus dem Schülerkreis des Münsteraner Volkskundlers Günter Wiegmann, behandelt das Festleben der Bevölkerung in zwei kleinen Gemeinden der Westpfalz, von denen Herchweiler (1970: 562 Einwohner) von einer in die nahen Industrieräume der Saar pendelnden Arbeiterbevölkerung geprägt ist, während Selchenbach (417 Einwohner) bis heute überwiegend seinen ländlich-agrarischen Charakter be-

Thema des dritten Kapitels (S. 158—288) ist das »politische Verhalten von Bauern und Arbeiterbauern«, wobei letztere allerdings nur in ihrem Status als Nebenerwerbslandwirte vorgestellt werden. Analysiert werden zum einen »bäuerliche Selbsthilfebewegungen«, ein Strukturtypus, der recht Unterschiedliches, wenn nicht Heterogenes zusammenfaßt: die rechtsradikale, im wesentlichen auf Schleswig-Holstein beschränkte Landvolkbewegung am Ende der Weimarer Republik, die NPD-orientierte »Notgemeinschaft deutscher Bauern« im nördlichen Niedersachsen Anfang der sechziger Jahre, die parteipolitisch ungebundene »Aktion gerechter Milchpreis« im Allgäu 1971/72 sowie der »Arbeitskreis junger Landwirte« im württembergischen Kreis Böblingen seit 1973/74. Gerade letzterer verdient besonderes Interesse, nicht nur weil der Verfasser als aktives Mitglied aus eigenem Erleben berichtet, sondern vor allem deshalb, weil hier Ansätze und Methoden einer alternativen Bauernpolitik sichtbar werden, die sich aus der einseitigen Verklammerung mit dem Bauernverband zu lösen beginnt. Ob freilich die Hoffnung trägt, »daß die wachsende Einordnung der bäuerlichen Landwirtschaft in den hochentwickelten Kapitalismus zwar nicht die Ambivalenz der selbstorganisierten Bauernbewegungen aufhebt, wohl aber der *Möglichkeit* der Entwicklung radikaldemokratischer und auch sozialistischer Positionen breiteren Raum schafft« (S. 208), wird erst noch abzuwarten sein.

Auf diese aktuellen Überlegungen folgt ein überblickshafter Abschnitt über die Methoden der NSDAP bei der Rekrutierung und Mobilisierung von Bauern seit 1928/30, der über das bereits Bekannte kaum hinausgeht, sowie über die Bauernpolitik der KPD von 1918/19—1933, der sich im großen und ganzen auf ein Referat der Programmatik beschränkt, die konkreten Probleme bei der Landagitation der Partei jedoch nur andeutet. Daß diese mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert war wie die der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, mag die (auf S. 261) zitierte Äußerung Wilhelm Piecks auf der Brüsseler Parteikonferenz von 1935 illustrieren: »Unsere Bauernagitation in der Zeit vor Hitler hatte gewisse außerordentliche Schwächen. Das betraf sowohl die Sprache unserer Agitation als auch den Mangel organisatorischer Stützpunkte. Die Agitation wurde sehr sporadisch, meistens durch gelegentliche Landsontage oder durch unsere aufs Land ziehenden Sportler betrieben. Es fehlte dieser Agitation jede Systematik und vor allen Dingen die Kenntnis der Verhältnisse im Dorfe, die sehr unterschiedlich in den verschiedensten Teilen des Reiches sind.«

Nicht daß diese Passagen ohne jeden Informationsgehalt wären. Zu erwägen bliebe aber, ob durch die Konzentration auf die Extreme im Parteienspektrum die Frage nach dem politischen Bewußtsein und dem Wahlverhalten von Bauern nicht unzulässig verengt wird und ob der Blick nicht auch auf die übrigen Parteien hätte ausgeweitet werden müssen, vielleicht so, wie das unlängst für die Anfangsphase der Weimarer Republik Martin Schumacher (Land und Politik, Düsseldorf 1978) auf einem eindrucksvoll breiten Fundament von Quellen mit Gewinn getan hat.

Jens Flemming

Wolfgang Kleinschmidt, Der Wandel des Festlebens bei Arbeitern und Landwirten im 20. Jahrhundert. Eine empirische Untersuchung in zwei unterschiedlich strukturierten Gemeinden der Westpfalz (= Kultureller Wandel, Bd. 4), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1977, X, 168 S., brosch., 48 DM.

Kleinschmidts Untersuchung, eine Dissertation aus dem Schülerkreis des Münsteraner Volkskundlers Günter Wiegmann, behandelt das Festleben der Bevölkerung in zwei kleinen Gemeinden der Westpfalz, von denen Herchweiler (1970: 562 Einwohner) von einer in die nahen Industrieräume der Saar pendelnden Arbeiterbevölkerung geprägt ist, während Selchenbach (417 Einwohner) bis heute überwiegend seinen ländlich-agrarischen Charakter be-

wahrt hat. Die Studie stützt sich neben verstreuten archivalischen Quellen vor allem auf eine in ihren Motiven, in Aufbau und methodischen Vorüberlegungen eingangs dargelegte Repräsentativerhebung durch Interviews in den Jahren 1970/71 (Fragebogen im Anhang). Das auf diese Weise erhobene, mit guten Gründen entlang der Sozialstruktur der 1930er Jahre gewichtete Sample (15 % der Erwerbstätigen: insgesamt 24 Arbeiter und 21 Landwirte) hat zwar zahlreiche, geschickt mit den Ergebnissen der älteren regionalen Volkskunde verwobene Informationen erbracht; dennoch bleiben wegen der geringen, schon durch den Umfang der Untersuchungsfelder begrenzten Dimensionen der Umfrage z. T. erhebliche Lücken und auch Zweifel gegenüber den Ergebnissen.

Der Ausbreitung und Interpretation der Umfrageresultate wird eine ausführliche Darstellung der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur, der geographischen Lage, der administrativen und kirchlichen Organisation vorangestellt. Besondere Aufmerksamkeit gilt hierin der angesichts des Mangels an ortsansässigen Industriebetrieben in Herchweiler relativ starken Pendelwanderung auf der einen, dem an der Viehhaltung aufgewiesenen Wandel der Agrarstruktur auf der anderen Seite. Die hierin eingebettete Untersuchung des Festlebens verfolgt zunächst die Entwicklung der Familienfeste unregelmäßiger (Taufe, Hochzeit u. a.) und regelmäßiger (Geburtstag, Muttertag u. a.) Realisierung. Die Darstellung der Jahresfeste schließt sich dem Rhythmus des Kirchenjahres an (Weihnachten, Ostern u.a.). Unter den öffentlichen Festen wird die Kirchweih als das bis heute bedeutsamste kommunale Ereignis detailliert geschildert, während über Vereinsfeste infolge Materialmangels nur spärliche Aussagen möglich sind — hier vor allem wirkt sich der geringbemessene Umfang des Untersuchungsraums nachteilig aus, weil bekanntermaßen Vereinsaktivitäten in Klein- und Kleinstgemeinden schon wegen der schmalen Rekrutierungsfelder bis heute unbedeutend geblieben sind. Entstehung und Entwicklung von Vereinen (hier vor allem: Arbeiter- und Gesangsvereine; Feuerwehr) werden deshalb vielfach nur aus den besonderen örtlichen Verhältnissen wie dem persönlichen Ansehen und Engagement ihrer Führer verständlich. — Ähnliches gilt von der lokalen Bedeutung politischer Feste wie dem Geburtstag des Landesherrn, dem Führergeburtstag und der Maifeier, die offenbar in den untersuchten Gemeinden kaum Widerhall fanden, deren Realisation vielmehr deutlich von Einflüssen aus der dörflichen Bildungsschicht, darunter einem überzeugten nationalsozialistischen Lehrer in Herchweiler, abhing. Indessen rechtfertigt auch dieses in Teilen negative Ergebnis den Untersuchungszweck.

Zusammenfassend hebt Kleinschmidt die starke Zunahme der Familienfeste nach Zahl und Aufwand vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg hervor; auch anlässlich der Jahresfeste hat der Aufwand in den (protestantischen) Untersuchungsgemeinden durchweg erheblich zugenommen. Dagegen erlitt die jährliche Kirchweih mit dem Verlust zahlreicher ehemals zentraler Festelemente starke Bedeutungseinbußen, und der Höhepunkt der ohnehin seltenen Vereinsfeste lag ebenfalls deutlich vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Auf der Suche nach den Ursachen dieses Wandels lassen sich wiederholt städtische Einflüsse und Auswirkungen einer vermehrt industriellen Erwerbsbevölkerung ausmachen, während in der Diffusion solcher Innovationen den Schulen, Ortsverwaltungen und Pfarrgemeinden etwa im Blick auf den Muttertag, die goldene Hochzeit und die goldene Konfirmation mehr als der geringentwickelten Lokalpresse Bedeutung zukommt. Regressionen im Festleben lassen sich, am Beispiel des Geschenkaufwands, mehrfach unter dem Einfluß der politischen und ökonomischen Krisen beider Weltkriege und der Zwischenkriegszeit nachweisen.

Der Einfluß der modernen Massenmedien und der auch in dörflichen Gemeinden mit der Motorisierung immens gewachsenen Mobilität vor allem in der Dorfjugend wird zwar gestreift, nicht jedoch hinreichend im Blick auf den Wandel des Freizeitverhaltens, die Verschiebung der Bedürfnisstruktur und deren Auswirkungen auf das Festleben vertieft, wenn auch die in jüngster Zeit zunehmende Auflösung der überkommenen dörflichen Gruppenbindungen und -beziehungen Erwähnung findet (S. 115). Im ganzen gleichen sich die Phasen

der Festentwicklung in den beiden, nur wenige Kilometer entfernten, Gemeinden; allerdings deutet sich im Zusammenhang mit der Verschiebung der Erwerbsstruktur in Herchweiler zugunsten der Arbeiterschaft dort eine stärkere Innovationslatenz an, während trotz mancher Schattierungen im weiterhin agrarischen Selchenbach größere Nähe zu den Elementen der überkommenen Festkultur bewahrt wird. Sicherlich hätte dieses Ergebnis durch einen präzisen Vergleich der dörflichen Lebensweisen in den beiden Gemeinden, etwa durch eine Gegenüberstellung des Arbeits- und Lebensrhythmus einer auf Pendelwanderung und industriellen Arbeitserwerb angewiesenen Bevölkerung mit dem saisonal gegliederten Daseinsrhythmus der Landbevölkerung, vertieft werden können. So bleibt unklar, inwieweit der Umstand des Pendelverkehrs unter der Herchweilerer Arbeiterbevölkerung auch hier den älteren Lebensverhältnissen und der entsprechenden Festkultur eine relative Fortdauer ermöglicht hat, während eine Ansiedlung von Industriebetrieben am Ort die Verhältnisse weit grundlegender verändert hätte.

Angesichts der neuerlichen Tendenz der Sozialgeschichtsschreibung, sich vermehrt dem Bereich des Alltagslebens, der familiären und kommunalen Beziehungen neben dem Arbeitsplatz zuzuwenden, liegt der Wert dieser Untersuchung in der Konzentration auf bisher weithin von der Geschichtswissenschaft vernachlässigte Bereiche: auf den dörflichen Alltag und das ländliche Festleben. Gegenüber ihren älteren sektorwissenschaftlichen oder auch ideologisch verhangenen Sichtweisen vermag die neuere Volkskunde, in der sich der Akzent zugunsten des Studiums kultureller Innovation und Diffusion verschoben hat, hierzu einen bedeutenden, von der Sozialgeschichte vermehrt heranzuziehenden Beitrag zu leisten. Zwar mag dem methodischen Ansatz, kulturellen Wandel mit Hilfe von Befragungen von Zeitgenossen zu rekonstruieren, unter Fachhistorikern begründeter Zweifel begegnen, doch bleibt allemal zu berücksichtigen, daß aus dem Alltagsleben nicht eben reiche Quellen überliefert sind — ein Umstand, der etwa in der englischen Sozialgeschichtsschreibung längst zu neuen, der volkskundlichen Befragungstechnik nahekommenden Ansätzen wie der sog. »oral history« geführt hat.

Klaus Tenfelde

Richard Sorg, Ideologietheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität (= Pocket Wissenschaft Soziologie/Politologie), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976, 134 S., kart., 14,80 DM.

In knapper und übersichtlicher Gedankenführung zeichnet der Verfasser ein Spektrum der Bedeutungsinhalte des Ideologiebegriffs und skizziert dabei die historischen Hintergründe, die seinen inhaltlichen Wandel bzw. seine Erweiterung bewirkten. Dabei legt die Studie das Schwergewicht auf die Begründung der Ideologietheorie von Marx und Engels, beginnend mit der Basis-Überbau-Lehre und gipfelnd in der Darstellung des Warenfetischismus als speziellen, aber zentralen Bestandteiles bürgerlichen Bewußtseins. Der Verfasser verfolgt sodann die Weiterentwicklung des marxistischen Ideologiebegriffs durch Lenin, der unter veränderten sozialgeschichtlichen Verhältnissen den Terminus Ideologie unter Rückgriff auf Marx' »Überbau« generell als klassengebundenes Denken interpretierte und somit die Konzeption eines entwickelten proletarischen Bewußtseins ermöglichte. In Verbindung mit der marxistischen Theorie und ihrer Fortentwicklung durch die Partei als Avantgarde und politisch bewußten Teil der Arbeiterschaft konnte sich daher der Ideologiebegriff im Sprachgebrauch verengen zur Kennzeichnung der Lehre des Marxismus-Leninismus als »proletarischer Ideologie«. Es ist das Hauptverdienst der Studie, die historischen Gründe für die jeweiligen weiteren und engeren Fassungen des marxistischen Ideologiebegriffs in ihrer historischen Bedingtheit nachzuzeichnen und sie voneinander abzugrenzen.

Etwas pauschal werden die sogenannten bürgerlichen Ideologietheorien behandelt, von

der Festentwicklung in den beiden, nur wenige Kilometer entfernten, Gemeinden; allerdings deutet sich im Zusammenhang mit der Verschiebung der Erwerbsstruktur in Herchweiler zugunsten der Arbeiterschaft dort eine stärkere Innovationslatenz an, während trotz mancher Schattierungen im weiterhin agrarischen Selchenbach größere Nähe zu den Elementen der überkommenen Festkultur bewahrt wird. Sicherlich hätte dieses Ergebnis durch einen präzisen Vergleich der dörflichen Lebensweisen in den beiden Gemeinden, etwa durch eine Gegenüberstellung des Arbeits- und Lebensrhythmus einer auf Pendelwanderung und industriellen Arbeitserwerb angewiesenen Bevölkerung mit dem saisonal gegliederten Daseinsrhythmus der Landbevölkerung, vertieft werden können. So bleibt unklar, inwieweit der Umstand des Pendelverkehrs unter der Herchweilerer Arbeiterbevölkerung auch hier den älteren Lebensverhältnissen und der entsprechenden Festkultur eine relative Fortdauer ermöglicht hat, während eine Ansiedlung von Industriebetrieben am Ort die Verhältnisse weit grundlegender verändert hätte.

Angesichts der neuerlichen Tendenz der Sozialgeschichtsschreibung, sich vermehrt dem Bereich des Alltagslebens, der familiären und kommunalen Beziehungen neben dem Arbeitsplatz zuzuwenden, liegt der Wert dieser Untersuchung in der Konzentration auf bisher weithin von der Geschichtswissenschaft vernachlässigte Bereiche: auf den dörflichen Alltag und das ländliche Festleben. Gegenüber ihren älteren sektorwissenschaftlichen oder auch ideologisch verhangenen Sichtweisen vermag die neuere Volkskunde, in der sich der Akzent zugunsten des Studiums kultureller Innovation und Diffusion verschoben hat, hierzu einen bedeutenden, von der Sozialgeschichte vermehrt heranzuziehenden Beitrag zu leisten. Zwar mag dem methodischen Ansatz, kulturellen Wandel mit Hilfe von Befragungen von Zeitgenossen zu rekonstruieren, unter Fachhistorikern begründeter Zweifel begegnen, doch bleibt allemal zu berücksichtigen, daß aus dem Alltagsleben nicht eben reiche Quellen überliefert sind — ein Umstand, der etwa in der englischen Sozialgeschichtsschreibung längst zu neuen, der volkskundlichen Befragungstechnik nahekommenden Ansätzen wie der sog. »oral history« geführt hat.

Klaus Tenfelde

Richard Sorg, Ideologietheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität (= Pocket Wissenschaft Soziologie/Politologie), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976, 134 S., kart., 14,80 DM.

In knapper und übersichtlicher Gedankenführung zeichnet der Verfasser ein Spektrum der Bedeutungsinhalte des Ideologiebegriffs und skizziert dabei die historischen Hintergründe, die seinen inhaltlichen Wandel bzw. seine Erweiterung bewirkten. Dabei legt die Studie das Schwergewicht auf die Begründung der Ideologietheorie von Marx und Engels, beginnend mit der Basis-Überbau-Lehre und gipfelnd in der Darstellung des Warenfetischismus als speziellen, aber zentralen Bestandteiles bürgerlichen Bewußtseins. Der Verfasser verfolgt sodann die Weiterentwicklung des marxistischen Ideologiebegriffs durch Lenin, der unter veränderten sozialgeschichtlichen Verhältnissen den Terminus Ideologie unter Rückgriff auf Marx' »Überbau« generell als klassengebundenes Denken interpretierte und somit die Konzeption eines entwickelten proletarischen Bewußtseins ermöglichte. In Verbindung mit der marxistischen Theorie und ihrer Fortentwicklung durch die Partei als Avantgarde und politisch bewußten Teil der Arbeiterschaft konnte sich daher der Ideologiebegriff im Sprachgebrauch verengen zur Kennzeichnung der Lehre des Marxismus-Leninismus als »proletarischer Ideologie«. Es ist das Hauptverdienst der Studie, die historischen Gründe für die jeweiligen weiteren und engeren Fassungen des marxistischen Ideologiebegriffs in ihrer historischen Bedingtheit nachzuzeichnen und sie voneinander abzugrenzen.

Etwas pauschal werden die sogenannten bürgerlichen Ideologietheorien behandelt, von

denen nur auf die von Max Weber, Karl Mannheim, Ernst Topitsch und Jürgen Habermas näher eingegangen wird. Wünschenswert wäre beispielsweise eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem kritischen Rationalismus gewesen, für den Topitsch kaum als alleiniger und berufenster Sprecher ausreichen dürfte. Andererseits besticht die Kritik an den hier behandelten Ideologietheoretikern. Der Verfasser weist nach, daß deren Ideologiebegriffe als Antwort auf den marxistischen zu verstehen sind, und versucht aufzuzeigen, in welcher Abhängigkeit vom Entwicklungsstand der bürgerlichen Gesellschaft sich deren Terminologie befindet. Ausgehend vom marxistischen Standpunkt des Verfassers, ist der Studie innere Folgerichtigkeit in der Fortführung des Ansatzes und dabei Differenzierungsvermögen ohne Verwässerung oder Preisgabe zentraler theoretischer Positionen zu bescheinigen. Auf dem neuesten Stand gerade auch der marxistischen Forschung, bietet sie eine komprimierte Übersicht über die komplexe Problematik des marxistischen Ideologiebegriffs und vermag mit ihrer Kürze und vor allem ihrer klaren und prägnanten Sprache langatmige Jargonergüsse sozio- und politologischer Kompendien zu diesem Thema zu ersetzen.

Angesichts der formalen Qualität der Studie kann und muß eine Auseinandersetzung sich auf den Inhalt und damit auf die politische Position des Verfassers konzentrieren. Die marxistische Ideologiediskussion insgesamt hat zwar die Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften seit 1917 verfolgt und zudem ihr theoretisches Instrumentarium durch Entlehnungen aus anderen Forschungsgebieten, namentlich der Sozialpsychologie, erweitert und verfeinert. Sie hat jedoch, scheint mir, die parallele Entwicklung von rund 60 Jahren sozialistischer Gesellschaft unterschlagen. Der marxistische Ideologiebegriff ist, ungeachtet der durch Lenins Begriffserweiterungen gegebenen Möglichkeiten, vor dem Hintergrund des Klassenantagonismus stehen geblieben und folglich auf die Frage, was Ideologie in sozialistischen Gesellschaften bedeutet und bewirken kann, kaum eingegangen. Der Verfasser kritisiert wiederholt die ausschließlich pejorative Verwendung des Begriffs Ideologie und deutet dies als Übertragung der Verkehrtheit des bürgerlichen Bewußtseins auf jedes Klassenbewußtsein schlechthin, als Reaktion auf die Politisierung und Bewußtseinsbildung der Arbeiterschaft. Er stellt indessen nicht die Frage, welchen Beitrag der Marxismus-Leninismus selbst zur Entstehung dieses abschätzigen Sprachgebrauchs geliefert hat.

Nach Ansicht des Verfassers (S. 49 f.) benötigt das Bürgertum zur Wahrnehmung seiner Interessen eine zumindest partiell richtige Erkenntnis der Gesellschaft. An anderer Stelle (S. 59) bestätigt er, daß das bürgerliche Klasseninteresse ungeachtet seiner Erkenntnisverweigerung gegenüber der historisch-sozialen Realität eine »Vielfalt möglicher zutreffender Detailerkenntnisse gesellschaftlicher Erscheinungen im einzelnen« zulasse. An dritter Stelle erwähnt er, daß der proletarische Klassenstandpunkt die *Voraussetzung*, nicht jedoch die *Garantie* richtiger Erkenntnis sei. Mit anderen Worten: Die bürgerliche Ideologie kann ungeachtet der Verkehrtheit ihres gesellschaftlichen Gesamtbildes sehr wohl zahlreiche richtige Details, die sozialistische jedoch trotz der Richtigkeit im ganzen viele Irrtümer im einzelnen enthalten. Man sieht, daß hier die Begriffe *richtig* und *falsch*, *Teil* und *Ganzes* nicht unbeträchtliche theoretische Schwierigkeiten aufwerfen. Die offizielle marxistisch-leninistische Lehre hat eine Reihe von Fachgebieten als »bürgerlich« verdammt, die sie später ganz oder teilweise rehabilitiert hat: Quantenmechanik und Relativitätstheorie, Kybernetik, Psychoanalyse und Genetik. Sowohl Verdammung als auch spätere Rehabilitierung wurden aus dem theoretischen Argumentationsarsenal des Marxismus-Leninismus abgeseget, jeweils mit einem recht anmaßenden Anspruch auf Unfehlbarkeit aufgrund des richtigen Klassenstandpunktes. Der abschätzige Beigeschmack in der Kennzeichnung des Marxismus als Ideologie hat durchaus historische Anlässe.

Die Frage erhält zusätzlich politischen Charakter durch die Tatsache, daß die Verdammung ganzer Fachgebiete nicht auf die private und persönliche Borniertheit fachlich inkompetenter Parteifunktionäre zurückgeht, sondern Ausfluß und Bestandteil einer systematischen Politik

war. Wir können weiter ergänzen, daß der Marxismus-Leninismus bisher stets dazu gedient hat, divergierende Interessen zu artikulieren und zu rechtfertigen. Zerstrittene Fraktionen oder Gruppierungen wie Stalinisten und Trotzisten, abtrünnige Parteien wie die jugoslawische, verfeindete Regime in Moskau und Peking haben sich gleichermaßen und mit dem gleichen Anspruch auf den gleichen Marxismus-Leninismus berufen, der anderen Seite jedoch Verrat, Verdrehung, Verblendung und nicht zuletzt Verschleierung antisozialistischer Motive unterstellt. Der Marxismus-Leninismus hat stets auch dazu gedient, vor allem dort, wo Kommunisten regieren, nationale, staatliche, administrative, parteiamtliche und nicht zuletzt auch persönliche Interessen zu verschleiern, und hat zweifellos in einem anderen Sinne als nach eigenem Selbstverständnis als herrschaftstechnisches Instrument gedient.

Der pejorative Gebrauch des Ideologiebegriffs hinsichtlich des Marxismus-Leninismus ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß er für vielfältige Formen von Machtmißbrauch hat erhalten müssen. Die theoretische Problematik hieraus ergibt sich aus dem Widerspruch zwischen marxistischem Selbstverständnis und historischer Wirklichkeit, wonach das herrschaftstechnische Instrument der Bewußtseinstrübung bislang fast ausschließlich dem Arsenal zur Verteidigung von Klasseninteressen zugeordnet wurde und somit die Möglichkeit eines Mißbrauchs der Theorie in sozialistischen Gesellschaften ausschloß. Daß ausgerechnet eine Theorie, die für sich die Funktion der Aufklärung und Entschleierung von Herrschaftsstrukturen in Anspruch nahm, selbst zur legitimierenden Phraseologie verkümmern konnte, zeigt die Notwendigkeit zur Neubestimmung des Ideologiebegriffs, der auch den »Priester- und Herrentrug« in den Bereich möglicher Bedeutungsinhalte einbezieht. Jedenfalls dürfte das Flair politischer Jungfräulichkeit, wonach ein Marxist das (und nur das), was er sagt, auch tatsächlich und ohne Arg meint, zum Schatz politischer Legendenbildung gehören.

Patrik von zur Mühlen